



KÄMMEREI KREIS PADERBORN

Beteiligungsbericht 2024

Kreis Paderborn



Vorbemerkungen

Gem. § 116 der Gemeindeordnung (GO NRW) ist eine Kommune grundsätzlich verpflichtet, zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres einen Gesamtabschluss aufzustellen, in dem die Jahresabschlüsse aller verselbständigte Aufgabenbereiche mit dem Jahresabschluss der Kommune zu konsolidieren sind.

Mit dem zweiten NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde in § 116a GO NRW ab dem Jahr 2019 erstmalig die Möglichkeit der großenabhangigen Befreiung von der Pflicht, einen Gesamtabschluss aufzustellen, geschaffen. Die Gesetzesbegründung zum zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (Landtag NRW, DS 17/3570) führt zur Schaffung der Befreiungsmöglichkeit u.a. wie folgt aus:

„Aus den gemeindlichen Erfahrungen mit der Erstellung und der Beratung von Gesamtabschlüssen ergibt sich, dass die damit erwartete Transparenz der kommunalen Mutter – der Stadt – zu ihren Unternehmensbeteiligungen überwiegend nicht im Ergebnis erzielt worden ist. ... Die Zielsetzung ist es, gegenüber den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern das kommunale (Verwaltungs-)Handeln transparent und nachvollziehbar darzulegen. Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht in seiner bisherigen Form hat diese Zielsetzung überwiegend – als Rückspiegelung aus der kommunalen Verwaltungspraxis sowie aus kommunalen Vertretungskörperschaften - nicht erreicht.“

Sofern eine Gemeinde von der großenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO NRW zu erstellen.

Für das Jahr 2024 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 29.09.2025 beschlossen, von der Befreiungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde seitens des Kreises Paderborn ein umfangreicher (rd. 300 Seiten) Beteiligungsbericht aufgestellt und als Anlage dem Gesamtabschluss beigelegt.

Der nachfolgende Beteiligungsbericht 2024 wurde auf die Gliederung des vorgeschriebenen Musters geändert und um die zusätzlich geforderten Angaben ergänzt.

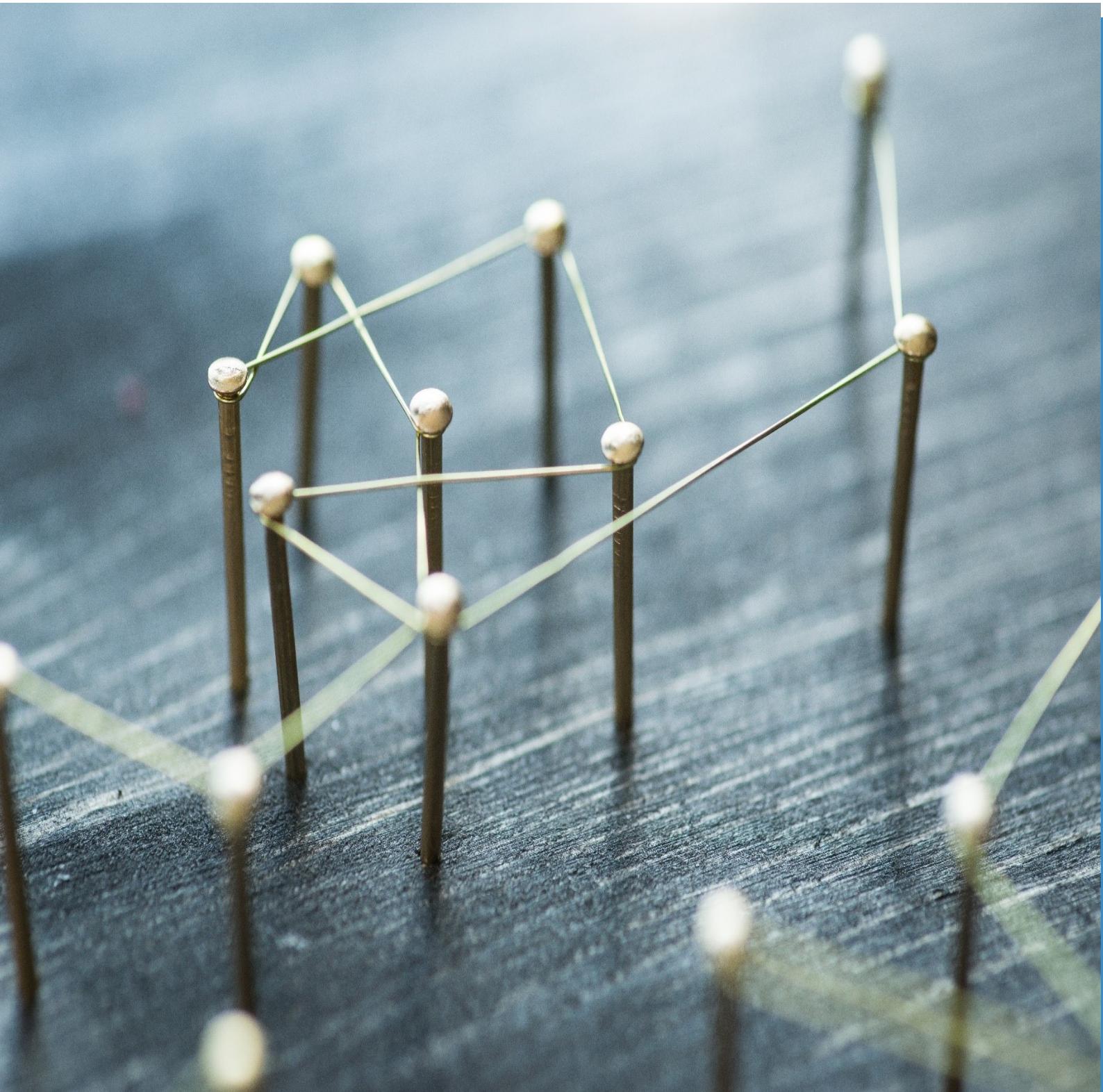
Da der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung vom Kreistag zu beschließen ist, enthält dieser keine Informationen, die nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten/beschlossen werden dürften.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	2
Inhaltsverzeichnis	3
1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn	8
1.2 Erläuterung von Kennzahlen	10
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	14
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	14
3.1 Beteiligungsstruktur	18
3.2 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024	26
3.3 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024	27
3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024	28
4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH.....	32
4.2 RWE AG.....	46
4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG.....	52
4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH	63
4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH.....	72
4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH.....	78
4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.....	86
4.8 Wege durch das Land gGmbH	96
4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region	98
4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB).....	108
4.11 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen.....	116
4.12 Interargem GmbH.....	120
4.13 Landestheater Detmold GmbH.....	128
4.14 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.	132
4.15 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH.....	134
4.16 Klärschlammverwertung OWL GmbH	154
4.17 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)	164
4.18 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren	178
4.19 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen.....	180
4.20 Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT, Paderborn/Lemgo 4.21.1 Basisdaten	182
4.21 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter	196
4.22 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge	208
4.23 Sparkassenzweckverband.....	210
4.24 Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter	212

4.25 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland.....	232
4.26 Zweckverband Wertstofferfassung und -verwertung Paderborner Land	234
4.27 Wasserverband Aabach-Talsperre	240
4.28 Wasserverband Obere Lippe	244
4.29 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe.....	248
4.30 d-NRW AöR	262
4.31 Breitband OWL eG.....	266
4.32 Energiegenossenschaft Paderborner Land eG	270
5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung	276
Impressum	277
Satz und Gestaltung.....	277





1. EINFÜHRUNG



1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben. Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform –öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“). Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3). Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

Die Aufgaben des Kreises Paderborn können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird. Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen o-der sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler

Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.



1.2 Erläuterung von Kennzahlen

Zur Bewertung von Informationen aus Jahresabschlüssen, Prüfberichten und Wirtschaftsplänen sind finanzwirtschaftliche Kennzahlen bzw. Kennzahlensysteme ein geeignetes Instrument. Die Bewertung von Unternehmen anhand von Kennzahlen erfordert umfangreiche zusätzliche Informationen sowie branchenspezifische Fachkenntnisse. Unternehmensvergleiche über Branchengrenzen hinweg sind daher nicht tunlich. Gleichwohl können durch eine mehrjährige Darstellungsform Entwicklungen und Trends von wichtigen Kenngrößen aufgezeigt werden. Nachstehend sind die in diesem Beteiligungsbericht verwendeten Kennzahlen näher erläutert. Die Definition der einzelnen Kennzahlen orientiert sich weitgehend am NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es nicht auszuschließen, dass im Unternehmensabschluss Kennzahlen mit gleichem Namen aufgeführt sind, die jedoch anders definiert werden. Die Kennzahlen werden im Übrigen nicht immer in der vollen Breite bei jeder Beteiligung aufgeführt. So ist mit Blick auf die Regelung in § 52 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW nur bei den wesentlichen Beteiligungen ein breites Kennzahlenspektrum dargestellt.

Analyse der Vermögens- und Kapitallage

a) Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote ist eine Kennzahl, die den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital bzw. an der Bilanzsumme eines Unternehmens angibt. Die Eigenkapitalquote zeigt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit. Sie wird von Banken oft zur Beteiligung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit einer Gesellschaft. Je geringer die Eigenkapitalquote, umso abhängiger ist das Unternehmen von fremden Geldgebern.

Berechnung: $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (Bilanzsumme)}}$

b) Eigenkapitalrentabilität

Bei der Eigenkapitalrentabilität handelt es sich um eine Kennzahl, die es Anlegern, Investoren oder Unternehmern ermöglicht, die Verzinsung des eigenen eingesetzten Kapitals festzustellen.

Berechnung: $\frac{\text{Bilanzgewinn} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

c) Anlagendeckungsgrad 2

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Ein Anlagendeckungsgrad 2 von 100 % bedeutet, dass das Anlagevermögen zu 100 % mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt ist. Damit ist die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände über langfristig zur Verfügung stehende Finanzmittel sichergestellt. Die sogenannte „goldene Bilanzregel“ fordert einen Anlagendeckungsgrad 2 von mindestens 100 %. Je weiter der Anlagendeckungsgrad 2 über 100 % liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit -zumindest stichtagsbezogen - die Fähigkeit gegeben, fällig werdende Verbindlichkeiten fristgerecht bedienen zu können. Ist das Anlagevermögen hingegen zum Teil kurzfristig finanziert (Anlagendeckungsgrad 2 unter 100 %) könnte ein privates Unternehmen bei Fälligkeit der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Zahlungsschwierigkeiten geraten, da das Umlaufvermögen zur Deckung nicht ausreicht und das Anlagevermögen nicht so schnell liquidierbar ist.

Berechnung: $\frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

d) Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt an, wie hoch die Verschuldung des Unternehmens ist. Dazu werden Eigenkapital und Fremdkapital ins Verhältnis gesetzt. Die betriebswirtschaftliche Kennzahl ist eine Ergänzung zur Fremdkapitalquote und Eigenkapitalquote, die ebenfalls über die Kapital- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens informiert. Grundsätzlich gilt:

Je höher der Verschuldungsgrad, desto mehr Schulden hat das Unternehmen gegenüber Gläubigern. Und je höher die Schulden, desto stärker ist wiederum die Abhängigkeit des Unternehmens.

Berechnung: $\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

e) Umsatzrentabilität

Umsatzrentabilität (Umsatzrendite). Sie ist im Rahmen jeder Unternehmensanalyse von Bedeutung und gibt das prozentuale Verhältnis des Jahresüberschusses zum erzielten Umsatz an. Sie lässt somit erkennen, wie viel Cent Gewinn mit jedem € Umsatz erwirtschaftet wurde.

Berechnung: $\frac{\text{Gewinn (nach Steuern)}}{\text{Umsatz}} \times 100$



2. BETEILIGUNGSBERICHT



2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständiger Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen. Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreis Paderborn gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat am 06.09.2021 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Kommune gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen. Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigteten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigteten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigteten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreises Paderborn plant am 15.12.2025 den Beteiligungsbericht 2024 zu beschließen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtlichen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigteten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Paderborn. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigteten Aufgabenbereiche des Kreises Paderborn, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Paderborn durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Paderborn durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Paderborn insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Kommune. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Kommune die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Paderborn unmittelbar von jedem verselbständigteten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2025 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2024. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2024 aus, soweit entsprechende Rückmeldungen der Beteiligungen vorliegen.

Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigte Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigte Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigte Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

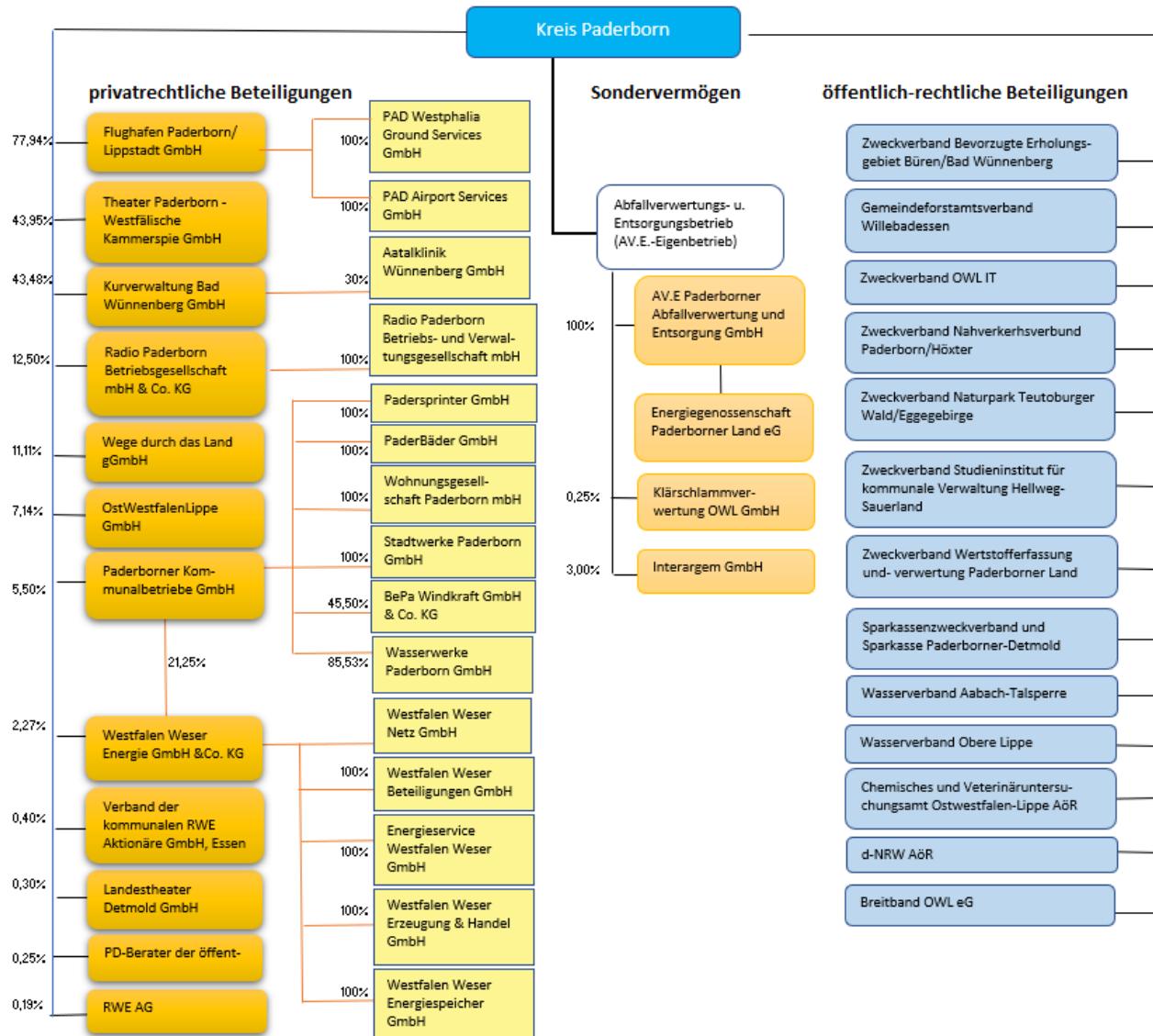


3. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES PADERBORN



3.1 Beteiligungsstruktur

Der Kreis Paderborn war 2024 an 30 Unternehmen unmittelbar beteiligt.



Lfd. Nr.	Unternehmen	Jahresergebnis zum 31.12.2024	Höhe des Nennkapitals zum 31.12.2024	Anteil des Kreises Paderborn am Nennkapital		Beteiligungs- art
		T€	T€	T€	%	
1.	A.V.E. GmbH*	-387	1.023	1.023	100,00	unmittelbar
2.	Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH	1.160	10.000	779	77,941	unmittelbar
3.	Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH	-6.181	26	11	43,95	unmittelbar
4.	Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH	-501	51	8	16,00	unmittelbar
5.	Radio Paderborn	-67	520	65	12,50	unmittelbar
6.	Wege durch das Land gGmbH	*2	99	11	11,11	unmittelbar
7.	OstWestfalenLippe GmbH	-91	29	2	7,15	unmittelbar
8.	Paderborner Kommunalbetriebe GmbH	-3.505	2.127	117	5,50	unmittelbar
9.	Interargem GmbH*	30.687	2.200	66	3,00	unmittelbar
10.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG	40.700	72.842	1.656	2,27	unmittelbar
11.	Landestheater Detmold GmbH (JA 2022/2023)	-997	3.000	9	0,30	unmittelbar
12.	PD -Berater der öffentlichen Hand GmbH	14.446	2.004	1<	0,25	unmittelbar
13.	Klärschlamm OWL GmbH	-22	50	>1	0,25	unmittelbar
14.	RWE AG	929.000	13.106	0,171	0,171	unmittelbar
15.	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (2022/2023)	-240	128	>1	0,40	unmittelbar

*Als Beteiligungen des A.V.E. Eigenbetriebes (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) werden die A.V.E. GmbH, Interargem GmbH und die Klärschlamm OWL GmbH sowie die Energiegenossenschaft eG im Folgenden als unmittelbare Beteiligungen betrachtet.

*1 Gesellschaft ist in Liquidation bzw. wurde gelöscht.

*2 Die Jahresabschlüsse wurden zum Stichtag noch nicht festgestellt bzw. liegen uns nicht vor. Daher können für die hier behandelte Gesellschaften keine Angaben zum Jahresergebnis gemacht werden.

Lfd. Nr.	öffentl.-rechtliche Betriebe	Jahresergebnis zum 31.12.2024	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungs- art
		T€		absolut	%	
16.	Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn	576	15	15	100,00	unmittelbar
17.	Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter	3.752	19	13	68,42	unmittelbar
18.	Ostwestfalen-Lippe-IT	735	94	4	4,26	unmittelbar
19.	Sparkasse Paderborn- Detmold/ Sparkassenzweckverband	14.641	78	15	19,23	unmittelbar

20.	Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge*2	*2	*1	6	26,09	unmittelbar
21.	Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Büren/ Bad Wünnenberg*1	*1	13	3	23,08	unmittelbar
22.	Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland *2	*1	*1	1	14,29	unmittelbar
23.	Zweckverband Wertstofferfassung und –verwertung Paderborner Land	15	21	2	9,52	unmittelbar
24.	Gemeindeforstamtsverband Willebadessen*2	*1	44	1	0,23	unmittelbar

Lfd. Nr.	Wasserverbände	Jahresergebnis zum 31.12.2024	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungs- art
		T€		absolut	%	
25.	Wasserverband Obere Lippe	0	15	11	73,33	unmittelbar
26.	Wasserverband Aabach-Talsperre	0	25	4	16,00	unmittelbar

Lfd. Nr.	Anstalten öffentlichen Rechts	Jahresergebnis zum 31.12.2024	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungs- art
		T€		absolut	%	
27.	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe	4.139	14	1	7,14	unmittelbar
28.	d-NRW AöR	0	13	0	0,081	unmittelbar

Lfd. Nr.	Andere Rechtsformen	Jahresergebnis zum 31.12.2024	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungs- art
		T€		absolut	%	
29.	Breitband OWL ¹	*1	10	1	10,00	unmittelbar
30.	Energiegenossenschaft Paderborner Land eG1	*1				

¹ Die Jahresabschlüsse wurden zum Stichtag noch nicht festgestellt bzw. liegen uns nicht vor. Daher können für die hier behandelten Gesellschaften keine Angaben zum Jahresergebnis gemacht werden.

Die meisten **mittelbaren** Beteiligungen werden in tabellarischer Form wiedergegeben:

Anteilseigner: Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	€	Anteil %
1.	PAD Airport Services GmbH	Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insb. Bodenabfertigung und Passagierhandling	25.000,00	25.000,00	100,00
2.	PAD Westphalian Ground Services GmbH	Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherungsgesetzes	25.000,00	25.000,00	100,00

Anteilseigner: RWE

Der Geschäftsbericht der RWE weist als Anteilsbesitz rund 1.100 Beteiligungen aus. Aufgrund der enormen Anzahl wurde auf eine einzelne Nennung an dieser Stelle verzichtet. Der Jahresabschluss 2024 der RWE AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft² bereitgestellt und weist auf den Seiten 23 - 710 den Anteilsbesitz der RWE AG aus.

Anteilseigner: Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Der Jahresabschluss 2024 der **Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG** weist den Anteilsbesitz der **Gesellschaft als Anlage, die Bestandteil des Anhangs ist, wie folgt aus:**

Ifd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar m = mittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€
1.	Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		561.947	0 0)
2.	Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern	u	100,00		27.521	0 0)
3.	Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		71.302	0 0)
4.	Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		40	1
5.	Westfalen Weser 2. Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		25	0
6.	Westfalen Weser Energiespeicher GmbH & Co. KG, Paderborn	u	100,00		1.000	- 4)
7.	Westfalen Weser Energieerzeugung GmbH & Co.KG, Paderborn	u	100,00		1.000	- 4)
8.	Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1.	4.198	884 1)
9.	Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1.	341	7 1)
10.	Wasserservice Westfalen Weser GmbH, Paderborn	m	50,00	1.	547	254 1)
11.	Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1.	5.758	536 1)
12.	Holzminden Netz GmbH & Co. KG, Holzminden	m	49,00	1.	1.000	- 3)

² www.group.rwe/investor-relations/finanzberichte-praesentationen-videos/finanzberichte

13.	GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1.	1.767	-3.230	1)
14.	GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1.	23	-1	1)
15.	Westfälische Energie Effizienz GmbH i. L., Kirchlengern	u	100,00	2.	688	210	1)
16.	Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	2.	2.763	778	1)
17.	Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2.	535	70	1)
18.	Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern	m	50,00	2.	602	141	1)
19.	Nahwärme Brakel GmbH, Brakel	m	50,00	2.	419	123	1)
20.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2.	-24	-157	1)
21.	Mindener Wärme GmbH, Minden	m	49,00	2.	10.225	429	1)
22.	Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt) i. L. Herford	m	100,00	3.	3	-9	2)
23.	EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3.	97	5	1)
24.	AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	m	62,00	3.	8.791	1.179	1)
25.	AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	24.	8.984	1.019	1)
26.	AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	24.	5	736	1)
27.	AWINTO Windpark Schönesseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	24.	1.106	162	1)
28.	ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	25 & 26	35	5	1)
29.	AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62.00	3.	41	4	1)
30.	Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3.	658	-14	1)
31.	Bad Driburg-Energie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg	m	49,00	3.	38	1	1)
32.	Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3.	109	6	1)
33.	Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3.	726	97	1)
34.	Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45.00	3.	9.917	1.229	1)
35.	Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3.	3.299	0	5)
36.	Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3.	2.210	15	1)
37.	Wasserstoff Lichtenau Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	m	100,00	7.	25	-	4)

38.	Wasserstoff Lichtenau GmbH & Co. KG, Paderborn	m	90,96	7.	100	-	4)
-----	---	---	-------	----	-----	---	----

Legende:

- 0) Ergebnisabführungsvertrag
- 1) Zahlen 31.12.2023
- 2) Zahlen 31.12.2022
- 3) Gründung in 2023. Es liegt kein geprüfter Jahresabschluss vor
- 4) Gründung in 2024. Es liegt kein geprüfter Jahresabschluss vor
- 5) Ergebnisabführungsvertrag mit Stadtwerke Vlotho GmbH

Anteilseigner: Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital		Anteil	
			in €	€	%	
1.	Aatalklinik Wünnenberg GmbH	Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen	51.129,19	15.338,76	30,00	

Anteilseigner: Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital		Anteil	
			in €	€	%	
1.	Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Übernahme dessen Geschäftsführung	25.600,00	25.600,00	100,00	

Anteilseigner: Paderborner Kommunalbetriebe GmbH

Name der Gesellschaft, Sitz		Anteil Eigen- kapital am Kapital			Jahres- ergebnis
unmittelbare Beteiligung			TEuro	%	TEuro
Wasserwerke Paderborn GmbH,	Paderborn	21.486,2	82,027		0,0*
PaderBäder GmbH,	Paderborn	16.566,9	100,0		0,0*
PaderSprinter GmbH,	Paderborn	11.763,3	100,0		0,0*
Stadtwerke Paderborn GmbH,	Paderborn	500,0	100,0		0,0*
Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH,	Paderborn**	17.728,2	100,0		-542,4
Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, Paderborn		665.963,7	20,429	40.700,2	
		300,0	45,506		862,9
BePa Windkraft GmbH & Co. KG,	Paderborn				
Wärmeservice Paderborn GmbH, **	Paderborn	200,0	50,0		-181,5
mittelbare Beteiligung			beteiligt über		
Wassernetz- Servicegesellschaft mbH, ``	Paderborn	1.	398,7	5,0	57,2
Egge-Wasserwerke GmbH,	Paderborn	1.	2.634,0	33,3	0,0
Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH,	Paderborn	1.	26,1	33,3	0,0
Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH,	Paderborn	3.	29,2	100,0	0,0 *

* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2023 zugrunde

Anteilseigner: Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil €	Anteil %
1.	A.V.E Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH	Abfallverwertung sowie Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien	1.022.583,76	1.022.583,76	100,00
2.	Interargem	Entsorgungsgeschäfte	2.200.000,00	66.000,00	3,00
3.	Klärschlamm OWL GmbH	Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und – aufbereitung anfallenden Abfälle	50.000,00	125,00	0,25
4.	Energiegenossenschaft Paderborner Land eG				

Anteilseigner: Ostwestfalen-Lippe-IT

In der Bilanz 2024 der OWL-IT werden die Beteiligungen mit 0,0 € angegeben.

Anteilseigner: Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil €	Anteil %
1.	Verbundgesellschaft/ Paderborn Höxter mbH (VPH)	Aufgaben im Bereich des ÖPNV auf Straße und Schiene; Einsatz von durchschnittlich ca. 300 Bussen täglich	26.000,00	3.640,00	14,29

Anteilseigner: Sparkassenzweckverband

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil €	Anteil %
1.	Sparkasse Paderborn - Detmold	Geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft	/	/	100,00

Anteilseigner: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil €	Anteil %
1.	Ostwestfalen-Lippe-IT	Erbringen von Dienstleistungen als Beratungs-, Organisations-, Software- und Hardwareverbund	/	165.224,47	1,06



3.2 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kreis Paderborn nach § 51 KomHVO NRW:

	Kreis Paderborn	A.V.E. Eigenbetrieb	A.V.E. GmbH	Flughafen Paderborn- Lippstadt GmbH	NPH (Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter)
Forderungen		27.656,57	0,00	2.121,38	42,70
Verbindlichkeiten		-35.500,01	0,00	5.646,73	0,00
Erträge		449.203,06	5.700,00	136.604,51	46.096,90
Aufwendungen		838.041,93	150.000,00	2.159.530,57	5.548.131,00
Forderungen	134.414,41		8.146.771,84	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	27.656,57		55.092,31	0,00	0,00
Erträge	765.495,42		333.781,01	0,00	0,00
Aufwendungen	453.903,56		46.296,06	0,00	0,00
Forderungen	24.684,10	55.092,31		0,00	0,00
Verbindlichkeiten	155.700,00	8.146.771,84		0,00	0,00
Erträge	20.742,94	46.296,06		0,00	0,00
Aufwendungen	5.700,00	333.781,01		0,00	0,00
Forderungen	10.482,26	0,00	0,00		0,00
Verbindlichkeiten	2.365,38	0,00	0,00		0,00
Erträge	2.177.056,13	0,00	0,00		0,00
Aufwendungen	138.325,51	0,00	0,00		0,00
Forderungen	0,00	0,00	0,00		0,00
Verbindlichkeiten	440,24	0,00	0,00		0,00
Erträge	5.548.131,00	0,00	0,00		0,00
Aufwendungen	47.658,59	0,00	0,00		0,00

Die genaue Zusammensetzung der einzelnen Beträge sind in den Einzeldarstellungen erläutert.

3.3 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024

Im Jahr 2024 hat es verschiedene Änderungen in der unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn gegeben:

Zugänge

Keine

Veränderung der Beteiligung

Keine

Abgänge

Der Antrag auf Löschung der Gesellschaft „Deutsche Jugendwandertage 2020 gGmbH“ wurde im Jahr 2024 beantragt und genehmigt.

3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2024

Der Kreis Paderborn war 2024 unmittelbar an 30 Unternehmen und mittelbar an verschiedenen Unternehmen beteiligt.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Paderborn einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Kommune mehr als 50,0 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt,
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich u.a. um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Paderborn geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 104 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung zum Kreis Paderborn zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Paderborn gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Paderborn dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.





4. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN IN PRIVATER UND ÖFFENTLICHER RECHTSFORM



4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH

4.1.1 Basisdaten

Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Flughafenstraße 33

33142 Büren

Tel.: 02955/77-0, Fax: 02955/77-147, Internet: www.airport-pad.com

Gründungsdatum: 13. Oktober 1969

4.1.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt sowie der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck erreicht und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich unter den Voraussetzungen des § 108 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten. Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

4.1.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, für den Flugverkehr einen leistungsgerechten Flughafen bereitzustellen und zu betreiben.

4.1.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 10 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Kreis Paderborn	7.794.100,00	77,941
Kreis Soest	1.225.500,00	12,255
Hochsauerlandkreis	392.200,00	3,922
Kreis Höxter	392.200,00	3,922
IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	156.800,00	1,568
IHK zu Detmold	39.200,00	0,392
Gesamt	10.000.000,00	100,0000

4.1.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Erträge in Höhe von 136.604,51 € (vgl. Übersicht zu Punkt 3.2) setzen sich zusammen aus Personalkostenerstattungen aus dem Projekt „FastGate“ (131.793,63 €), Bauaufsichtsgebühren (2.889,75 €), Verwaltungsgebühren (305,00 €), Entgelten für Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale (1.436,63 €) sowie Sonstiges (179,50 €). Dem stehen auf Seite der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Aufwendungen in Höhe von 138.325,51 € gegenüber.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Aufwendungen in Höhe von 2.159.530,57 € setzen sich zusammen aus der Beteiligung an den hoheitlichen Kosten des Flughafens Paderborn (1.987.500,00 €), der Miete für Büroräume, Lagerhalle und Parkplatz (95.440,64 €), der Vereinbarung zur Unterstützung der Kreisfeuerwehrzentrale (50.575,00 €), der Nutzung von Räumlichkeiten für Aus- und Fortbildung, Workshops und Catering (17.704,20 €), Aufwendungen für Katastrophenschutz/Übung des Krisenstabes (4.760,00 €) sowie sonstigen Aufwendungen (3.550,73 €). Dem

stehen auf Seite des Flughafens Erträge in Höhe von 2.177.056,13 € gegenüber. Die Abweichung ist auf die unterschiedliche Zuordnung zwischen den Wirtschaftsjahren zurückzuführen.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 2.121,38 € setzen sich zusammen aus Bauaufsichtsgebühren (464,75 €), Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale bzw. Atemschutzwerkstatt (1.436,63 €) sowie Kosten für eine Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn (220,00 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Verbindlichkeiten in Höhe von 2.365,38 € aus.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 5.646,73 € setzen sich zusammen aus Entgelten für Raumnutzung/Veranstaltungen (6.758,61 €) sowie Gutschriften im Rahmen von Nebenkostenabrechnungen (-1.111,88 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Forderungen in Höhe von 10.482,26 € aus. Diese ergeben sich ebenfalls aus Entgelten für Raumnutzung/Veranstaltungen. Die Abweichung ist auf die unterschiedliche Zuordnung zwischen den Wirtschaftsjahren zurückzuführen. Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	27.716.281,31	28.992.749,88	-1.276
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	145.900,14	150.977,14	-5
II. Sachanlagen	27.520.381,17	28.791.772,74	-1.271
III. Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00	0
B. Umlaufvermögen	13.051.671,15	9.819.459,87	3.232
I. Vorräte	381.969,44	379.642,39	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.884.712,58	2.639.612,37	245
III. Flüssige Mittel	9.784.989,13	6.800.205,11	2.985
C. Rechnungsabgrenzungsposten	256.370,51	126.567,26	130
Summe Aktiva	41.024.322,97	38.938.777,01	2.086
Passiva			
A. Eigenkapital	31.979.067,14	30.818.643,28	1.160
I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	10.000.000,00	0
II. Kapitalrücklage	276.859,61	276.859,61	0
III. Gewinnrücklagen	20.541.783,67	19.928.153,80	614
IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.160.423,86	613.629,87	547
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.207.029,35	2.293.232,51	-86
C. Rückstellungen	1.367.212,70	1.165.142,53	202
D. Verbindlichkeiten	5.438.930,45	4.624.675,36	814
E. Rechnungsabgrenzungsposten	32.083,33	37.083,33	-5
Summe Passiva	41.024.322,97	38.938.777,01	2.086

4.1.6 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	32.165.098,14	29.751.797,99	2.413
2. sonstige betriebliche Erträge	3.696.263,28	3.493.868,80	202
3. Materialaufwand	-22.683.924,04	-20.954.021,89	-1.730
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-12.824.508,13	-12.464.781,23	-360
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-9.859.415,91	-8.489.240,66	-1.370
4. Personalaufwand	-5.503.338,26	-5.285.918,85	-217
a) Löhne und Gehälter	-4.384.056,56	-4.249.325,29	-135
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-1.119.281,70	-1.036.593,56	-83
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-2.597.630,38	-2.853.414,25	256
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.274.907,40	-3.726.805,61	-548
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	502.102,77	411.342,07	91
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	43.794,66	13.356,23	30
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-57.009,50	-107.274,44	50
10. Ergebnis nach Steuern	1.290.449,27	742.930,05	548
11. Sonstige Steuern	-130.025,41	-129.300,18	-1
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.160.423,86	613.629,87	547

4.1.7 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	78	79	-1
Eigenkapitalrentabilität	4	2	2
Anlagendeckungsgrad 2	140	126	14
Verschuldungsgrad	21	19	2
Umsatzrentabilität	4	2	2

4.1.8 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31.12.2024 beschäftigt die Gesellschaft 66 Vollzeit-, 8 Teilzeitbeschäftigte (2023: 65 MA).

4.1.9 Geschäftsentwicklung

Der Luftverkehr hat sich in den Jahren nach der Pandemie wieder sehr deutlich erholt. Im Berichtsjahr 2024 wurden am Flughafen Paderborn/Lippstadt mit mehr als 818.000 Fluggästen 18% mehr Fluggäste gezählt als im Vor-Pandemie-Jahr 2019. Dies spiegelte sich auch in den Erlösen wider und führte zu einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bei einem sehr großen Teil der Kostenpositionen handelt es sich um Fixkosten, die durch die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Verkehrsflughafens entstehen.

Die Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH lassen sich grundsätzlich in die fünf Gruppen

- Aviation
- Non Aviation
- Treibstoffverkauf
- sonstige Umsatzerlöse und
- sonstige betriebliche Erträge

einteilen.

Die Aviation-Erlöse, wie z.B. Anflug- und Landeentgelte, sowie der Treibstoffrohertrag werden maßgeblich von der Entwicklung des Linien- und Touristikflugverkehrs mit größerem Fluggerät beeinflusst.

Die Non Aviation-Erlöse, die z.B. durch das Parkgeschäft und die Vermietung von Einzelhandels-, Gastronomie- und sonstigen Gewerbeflächen erzielt werden, sind zum Großteil ebenfalls verkehrsabhängig. Damit hat die Luftverkehrsentwicklung auf den größten Teil der Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH unmittelbare Auswirkungen. Wie oben bereits erläutert, konnte im Jahr 2024 die bereits im Vorjahr zu beobachtende sehr deutliche Erholung des Luftverkehrs am Flughafen Paderborn/Lippstadt fortgesetzt werden. In der Folge stiegen sowohl die Aviation- als auch die Non Aviation-Erlöse im Vergleich zu den beiden Vorjahren nochmals spürbar an.

Darstellung des Flugbetriebes in der Bundesrepublik Deutschland allgemein

Im Jahr 2024 wurden laut der Statistik des Flughafenverbandes ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughäfen) an den deutschen Flughäfen ca. 212 Mio. Fluggäste gezählt. Das entspricht einem Zuwachs von 7,5% gegenüber dem Jahr 2023. Allerdings beträgt der Rückstand gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau aus 2019 immer noch rund 15%, der Erholungsgrad liegt im bundesdeutschen Durchschnitt bei ca. 85%.

Der innerdeutsche Luftverkehr lag mit 23,9 Mio. Passagieren um 3,5% über Vorjahr und um 48,5% (!) unter dem Vor-Pandemie-Jahr 2019. Der Europaverkehr wuchs um 8% auf 146,4 Mio. Passagiere, lag damit aber immer noch um 8,5% unter dem Vor-Krisen-Niveau von 2019. Der Interkontinentalverkehr verzeichnete mit 8,3% auf 41,3 Mio. Passagiere ein ähnlich starkes Wachstum gegenüber dem Vorjahr wie der Europaverkehr, lag jedoch nach wie vor um 5,5% unter dem Niveau von 2019.

Darstellung des Flugbetriebes am Flughafen Paderborn/Lippstadt

Die Fluggastzahlen sind im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr noch einmal um rund 13% auf 818.378 Fluggäste gestiegen. 708.185 (+12%) der Fluggäste generierte der Touristikflugverkehr, 104.318 (+21%) der Linienflugverkehr und 5.875 (+14%) die allgemeine Luftfahrt.

Mit 36.999 liegt die Anzahl der Gesamtflugbewegungen unter dem Vorjahresniveau, wobei jedoch die erlös- und volumenrelevanten Linienflugbewegungen (1.692) mit 19,4% und die Touristikflugbewegungen (4.464) mit 11,2% eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnen können.

Der Erholungsgrad bei den Fluggästen gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag mit 118% deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von ca. 85%.

3. Personal- und Sozialbereich

Der von der weltweiten Pandemie ausgelöste erhebliche Einbruch des Verkehrsaufkommens und der daraus resultierende geringere Personalbedarf hatte im Jahr 2021 einen sehr deutlichen Personalabbau nötig gemacht, der im Zuge eines Planinsolvenzverfahrens umgesetzt wurde.

Im Jahr 2022 hatte es vor dem Hintergrund, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zuge der Unternehmenssanierung eine Kündigung erhalten hatten, dagegen Kündigungsschutzklage eingereicht hatten, noch einige Verhandlungstermine vor dem Arbeitsgericht gegeben. Ein Großteil dieser Verfahren war

seinerzeit auf dem Vergleichswege beendet worden, mit einigen wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde das Arbeitsverhältnis fortgesetzt.

Im Berichtsjahr 2024 gab es innerhalb der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH wie bereits im Vorjahr keine wesentlichen Personalveränderungen mehr.

Mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Komba steht die Geschäftsleitung in einem regelmäßigen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Nachdem sich die Verkehrszahlen nach der Pandemie bereits im Jahr 2022 deutlich auf über 500.000 und im Jahr 2023 auf über 720.000 Passagiere gesteigert hatten, konnte diese Erholung auch im Berichtsjahr 2024 auf fast 820.000 Passagiere fortgesetzt werden. Die Umsatzerlöse betrugen 32.165 T€. Die Erlöse im Bereich Aviation beliefen sich inklusive Treibstoffverkauf auf 24.655 T€. Im Geschäftsbereich Non-Aviation betragen die Erlöse 7.510 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Berichtszeitraum 3.696 T€. Der Materialaufwand (ohne Treibstoffeinkauf) betrug 11.039 T€. Der Personalaufwand belief sich auf 5.503 T€. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2.598 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 4.275 T€. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen 57 T€. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (Grund- und Kfz-Steuern) in Höhe von 130 T€ ergibt sich ein positives Geschäftsjahresergebnis von 1.160 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Die Rückstellungen zum 31.12.2024 belaufen sich auf 1.367 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 77,95 % (2023: 79,15 %). Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 1.296 T€ getätigt. Diese wurden vollständig aus den laufenden Mitteln finanziert. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 67,58 % (2023: 74,46 %) der Bilanzsumme. Im Berichtsjahr ergibt sich ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2024 in Höhe von 9.785 T€.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Künftige Finanzierung der Flugsicherungskosten

Bereits im Jahr 2021 konnte ein Durchbruch bei der seit langem angestrebten Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund erreicht werden. Das Luftverkehrsgesetz wurde geändert, so dass nunmehr auch der Flughafen Paderborn/Lippstadt seit September 2021 von dieser Kostenentlastung profitiert.

Neben der Reduktion der fixen Personalkosten trägt diese Maßnahme erheblich zur Absenkung der Fixkosten bei. Ohne die Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund würde ohne Berücksichtigung der bisher vereinnahmten Abflugentgelte und abhängig von der Intensität des Flugbetriebes eine Unterdeckung im siebenstelligen Bereich verbleiben. Aktuell gibt es im Bundesministerium für Digitales und Verkehr Pläne, den im Jahr 2021 geschaffenen 2. Gebührenkreis, der zu der o.g. Entlastung bei den Flugsicherungskosten führt, wieder abzuschaffen. Dies würde dazu führen, dass die Flugsicherungskosten an den Flughäfen, an denen die Deutsche Flugsicherung kein eigenes Personal vorhält (2. Gebührenkreis), die Flugsicherungskosten wieder selbst tragen müssten. Allein in Nordrhein-Westfalen sind davon 5 Flughäfen (Dortmund, Mönchengladbach, Paderborn/Lippstadt, Siegerland und Weeze) betroffen, bundesweit noch sehr viel mehr Flughäfen und größere Verkehrslandeplätze. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen führen die betroffenen Flughäfen derzeit zahlreiche Gespräche mit der Bundes- und Landespolitik sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr und dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung mit dem Ziel des dauerhaften Erhalts des 2. Gebührenkreises und einer gesicherten Finanzierung.

Chancen und Risiken aus dem Flugverkehrsgeschäft

Bereits in den Jahren nach der Pandemie und auch im Berichtsjahr 2024 zeigte sich sehr deutlich, dass die Nachfrage im Touristikflugverkehr nach wie vor in großem Umfang vorhanden ist. Die Reiseveranstalter und touristischen Fluggesellschaften haben ihr Sitzplatzangebot nach und nach wieder stark ausgebaut, so dass die Kapazität während der Sommerferien NRW 2022 schon fast das Niveau von 2019 erreicht hatte. Im Jahr 2023 hatte die Anzahl der Fluggäste während der Sommerflugplanperiode zum Teil sogar deutlich über dem Niveau des Jahres 2019 gelegen. Dieser Trend setzte sich auch im Berichtsjahr 2024 fort. Die für den Flughafen Paderborn/Lippstadt insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der Flugbewegungen sehr relevante sog. Allgemeine Luftfahrt erweist sich ebenfalls als robust.

Im Linienflugverkehr nach München zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Lufthansa hat sich im Herbst 2024 dazu entschieden, neben diversen innerdeutschen Strecken auch die Strecke Paderborn-München ab dem Sommerflugplan 2025 nicht mehr zu bedienen.

Im Nachgang hat sich auf Initiative ost- und südwestfälischer Unternehmer und Privatpersonen das Unternehmen skyhub PAD GmbH & Co. KG gegründet, das die Verbindung nach München in Zusammenarbeit mit einer Regionalfluggesellschaft fortführen möchte. Dabei sollen nicht nur Punkt-zu-Punkt-Flüge nach München, sondern mit Hilfe eines sog. Interline-Abkommens zwischen der Regionalfluggesellschaft und der Lufthansa auch Weiterflüge ab München möglich gemacht werden.

Für den Touristikflugverkehr sahen wir in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch ein Risiko aus den Preisentwicklungen an den Energiemarkten und der seinerzeit noch relativ hohen Inflation, da die zusätzlichen Belastungen für die privaten Haushalte zu einer reduzierten Nachfrage bei Reiseprodukten hätten führen können. Im Jahresverlauf konnte ein Nachfragerückgang jedoch nicht beobachtet werden. Abgesehen davon hat sich die Lage an den Energiemarkten mittlerweile deutlich entspannt und auch die Inflation ist wieder auf ein niedrigeres Niveau gesunken.

Chancen bieten die noch nicht ausgeschöpften Potentiale bei bisher nicht bedienten touristischen und ethnischen Destinationen. So ergeben entsprechende Analysen, dass insbesondere Ziele in Südeuropa (z.B. spanisches Festland, Kanarische Inseln, Kroatien etc.) derzeit nicht oder nicht ausreichend bedient werden, obwohl eine erhebliche Reisetätigkeit aus unserer Region zu diesen Zielen festgestellt werden kann, derzeit jedoch benachbarte Flughäfen dafür genutzt werden. Die seit Frühjahr 2023 von der Ryanair neu angebotenen Strecken nach Alicante und Malaga haben sich während der vergangenen Sommerflugplanperiode gut entwickelt.

Eine Chance für den Flughafen Paderborn/Lippstadt kann sich auch aus operativen Herausforderungen der größeren Flughäfen ergeben. Während der Pandemie haben sich viele Arbeitskräfte hin zu anderen Branchen orientiert, was dort beim Wiederanlaufen des Verkehrs zu großen Personalengpässen führte. In Verbindung mit dem demographischen Wandel und dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge im Laufe der kommenden Jahre, ist zu erwarten, dass große Standorte ihren Personalbedarf nur schwer decken können und insofern auch aus dieser Sicht an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Auch Fluggesellschaften machen die Erfahrung, dass die operativen Abläufe an kleineren Standorten reibungsloser und damit verzögerungsfreier ablaufen. Vor diesem Hintergrund gewinnen kleinere Standorte sowohl für Endkunden als auch für Systempartner an Attraktivität.

Nicht zuletzt die 24-stündige Öffnungszeit des Flughafens stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Flughäfen dar, aus dem sich Wachstumschancen ergeben.

Künftige Entwicklung

Wie oben bereits erläutert, entwickelt sich der Luftverkehr seit der Pandemie und der Unternehmenssanierung wieder positiv. Die Luftverkehrs nachfrage der Region wird derzeit durch unseren

Flughafen noch nicht vollständig bedient. Zusätzliche Verkehre sollen durch die Abschöpfung der Potentiale bisher nicht oder nicht ausreichend bedienter Ziele generiert werden.

Daher finden fortlaufend Verhandlungsgespräche auch mit Fluggesellschaften statt, mit denen der Flughafen Paderborn/Lippstadt bisher noch nicht kooperiert. Die Streckenaufnahmen nach Malaga, Alicante und Palma durch die Fluggesellschaft Ryanair mit Beginn des Sommerflugplans 2023 sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Erfolg. Für die kommenden Jahre werden bei einer weiteren Erholung der Verkehrszahlen und einem moderaten Wachstum und unter der Voraussetzung einer Fortführung der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund sowie der Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben durch die kommunalen Gesellschafter, insbesondere für die Flughafenfeuerwehr, ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Das in den Berichten der Vorjahre angestrebte Ziel von 800.000 Passagieren im Jahr 2025 konnte bereits im Berichtsjahr 2024 erreicht bzw. übertroffen werden. In der zweiten Hälfte der 2020er Jahre sollen die Passagierzahlen auf einem Niveau zwischen 800.000 und 1 Mio. stabilisiert und möglichst auf mehr als 1 Mio. gesteigert werden.

4.1.10 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Roland Hüser, Paderborn (ab 08/2021)

Gesellschafterversammlung

Seit 2021 sind die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung die Herren Kreistagsmitglieder Bernd Langer und Carsten Birkelbach sowie Herr Dezernent Tiemann.

Aufsichtsrat

Name	
Landrat Christoph Rüther (Vorsitzender)	Kreis Paderborn
Carsten Birkelbach	Kreis Paderborn
Meinolf Päsch	Kreis Paderborn
Christoph Neesen	Kreis Paderborn
Verena Maria Haese	Kreis Paderborn
Markus Bömelburg	Kreis Höxter
Landrat Dr. Schneider (stellv. Vorsitzender)	Hochsauerlandkreis
Landrätin Eva Irrgang	Kreis Soest
Matthias Ruthemeyer	Kreis Soest
Petra Pigerl-Radtke	IHK Bielefeld
Svenja Jochens	IHK Lippe

4.1.11 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören vier Frauen an (Frauenanteil: 25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.1.12 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.1.13 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
PAD Airport Services GmbH, Büren	100,00
PAD Westphalian Ground Services GmbH, Büren	100,00

PAD Airport Services GmbH

Zweck / Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Das Ziel der Beteiligung ist im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft zu sehen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, Dienstleistungen für die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH zu erbringen, die wiederum den Flughafen betreibt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	16.349,00	22.354,00	-6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0
II. Sachanlagen	16.348,00	22.353,00	-6
B. Umlaufvermögen	367.103,56	189.322,44	178
I. Vorräte	15.903,50	17.574,02	-2
II. Forderungen /sonstige Vermögensgegenstände	281.731,72	313,50	281
III. Flüssige Mittel	69.468,34	171.434,92	-102
C. Rechnungsabgrenzungsposten	282,90	272,57	0
Summe Aktiva	383.735,46	211.949,01	172
Passiva			

A. Eigenkapital	25.000,00	25.000,00	0
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
B. Rückstellungen	51.482,22	55.916,37	-4
C. Verbindlichkeiten	307.253,24	131.032,64	176
Summe Passiva	383.735,46	211.949,01	172

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
1. Umsatzerlöse	2.332.277,55	2.291.333,79	41
2. sonstige betriebliche Erträge	62.061,36	14.899,68	47
3. Materialaufwand	32.461,01	40.669,20	-8
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.670,48	38.699,90	-9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.790,53	1.969,30	1
4. Personalaufwand	1.694.846,03	1.568.157,98	127
a) Löhne und Gehälter	1.413.613,16	1.311.458,13	102
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	281.232,87	256.699,85	25
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	16.026,97	12.920,86	3
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	373.856,29	290.936,70	83
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,95	0,00	0
8. Finanzergebnis	2,95	0,00	0
9. Ergebnis nach Steuern	277.145,66	393.548,73	-116
10. Sonstige Steuern	796,00	531,00	0
11. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne	276.349,66	393.017,73	-117
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 5 Vollzeit- und 62 Teilzeitbeschäftigen (VJ.:6,5 bzw. 46,5).

Leistungen der Beteiligung

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die PAD Airport Services GmbH wurde am 03.01.2013 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Servicedienstleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Die PAD Airport Services GmbH verantwortete auch im Jahr 2024 die Passagierabfertigung, das General Aviation Terminal, die Warenannahme und die Frachtabfertigung. Des Weiteren die Position Terminal Service Agent, die Besetzung der Information, weitere Dienste rund um das Terminal, das Management der Verkaufsautomaten, den Kundendialog, die Flughafenführungen und Unterstützung im Bereich Marketing. Alle Tätigkeiten konnten trotz weiterhin angespannter personeller Situation erfolgreich durchgeführt werden.

Personal- und Sozialbereich

Die angespannte Situation am Arbeitsmarkt führte auch in der Saison 2024 zu personellen Engpässen. Erschwert wird die Personalsuche dadurch, dass das Arbeitsangebot der PASG fast ausschließlich Teilzeitarbeit beinhaltet, so dass der Kreis der Bewerber sich verkleinert. Ein Anstieg der Personalkosten lässt sich einerseits

durch Lohnsteigerungen erklären und liegt andererseits darin begründet, dass es immer mehr Schulungsvorgaben gibt.

Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die PAD Airport Services GmbH 32,76 FTE bei durchschnittlich 67 Mitarbeitern (Vorjahr 30,05 FTE bei durchschnittlich 56 Mitarbeitern).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Seit Gründung der PAD Airport Services GmbH resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus dem Dienstleistungsvertrag mit der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Die Umsatzerlöse von T€ 2.332 (Vorjahr T€ 2.291) entfallen in erster Linie mit T€ 573 (Vorjahr: T€ 631) auf Sicherheitsleistungen sowie Leistungen im Bereich Luftfracht und Warenannahme, T€ 1.196 (Vorjahr: T€ 1.103) auf die Passagierabfertigung, mit T€ 142 (Vorjahr: T€ 150) auf die personelle Besetzung der Flughafeninformation sowie mit T€ 190 (Vorjahr: T€ 181) auf die Serviceeinrichtung Terminal Service Agent.

Die sonstigen Erlöse T€ 231 (Vorjahr: T€ 226) bestehen aus Leistungen der Besetzung der Ausweisstelle und Tätigkeiten im Non-Aviation Bereich, wie z.B. Durchführung des Kundendialogs, der Führungen, Unterstützung des Marketings, Management der Verkaufsautomaten und Schulungen. Aufwandseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von T€ 1.695 (Vorjahr T€ 1.568) die Ertragslage. Des Weiteren Aufwendungen für Mieten für die Abfertigungsflächen im Terminal, die an die Muttergesellschaft gezahlt werden in Höhe von T€ 189 (Vorjahr T€ 188). Von den Kosten für Buchführung, IT-Betreuung, Rechtsberatung und Prüfungskosten sind von T€ 41 (Vorjahr T€ 45) ca. T€ 15 an die Muttergesellschaft für Buchführung und IT-Leistungen gezahlt worden. Das Jahresergebnis von T€ 276 wurde entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die Muttergesellschaft abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Investitionen des Berichtsjahres betreffen im Wesentlichen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Weitere, zur Erbringung der Dienstleistung benötigten Vermögensgegenstände werden von der Muttergesellschaft angemietet. Die Eigenkapitalquote von rund 6,5 Prozent ist vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit als zufriedenstellend anzusehen.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die wirtschaftliche Entwicklung der PAD Airport Services GmbH ist nach wie vor von der Entwicklung des Flugbetriebs am Standort und der damit verbundenen Auftragsteilung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abhängig. Auf der Abhängigkeit zum Mutterunternehmen beruhend gelten als Basis für die Prognose des nächsten Geschäftsjahres die Annahmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH bezüglich der Passagierzahl und des Verkehrsaufkommens sowie die Risikobeurteilung und der Prognosebericht somit auch für die PASG.

Durch einen flexiblen, kostengünstigen Personalkörper trotz steigender Lohnkosten und notwendigen Qualifikationen und nicht zuletzt Loyalität dem Standort gegenüber schnell auf Veränderungen reagieren zu können, ist die Herausforderung, um Erfolg zu garantieren. Die Kombination dieser Faktoren zu erreichen, ist das Ziel, um weiterhin zum Prosperieren des Flughafens beizutragen.

PAD Westphalian Ground Services GmbH

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH ist die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherheitsgesetzes.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bis auf weiteres ist die Gesellschaft operativ nicht tätig, sodass die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks derzeit nicht gegeben ist.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist ein 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	23.881,00	28.254,00	-4
B. Umlaufvermögen	768.214,12	403.599,05	365
I. Vorräte	31.466,61	19.198,87	12
II. Forderungen	361.227,36	356.011,02	5
III. Flüssige Mittel	375.520,15	28.389,16	347
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.023,12	3.044,26	0
Summe Aktiva	795.118,24	434.897,31	360
Passiva			
A. Eigenkapital	13.031,15	13.031,15	0
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	-11.968,85	-11.968,85	0
B. Rückstellungen	54.125,45	64.184,68	-10
C. Verbindlichkeiten	727.961,64	357.501,48	370
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	180,00	0
Summe Passiva	795.118,24	434.717,31	360

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr in T€
1. Umsatzerlöse	3.787.195,08	2.997.141,74	790
2. Gesamtleistung	3.787.195,08	2.997.141,74	790
3. sonstige betriebliche Erträge	67.487,91	54.173,42	13
4. Materialaufwand	-111.663,78	-2.456,65	-109
5. Rohergebnis	3.743.019,21	3.048.858,51	694
6. Personalaufwand	-2.559.667,41	-2.171.029,46	-389
a) Löhne und Gehälter	-2.084.901,62	-1.772.620,16	-312
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-474.765,79	-398.409,30	-76
7. Abschreibung	-20.818,06	-16.471,65	-4
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-936.589,45	-842.176,77	-94
9. Betriebsergebnis	225.944,29	19.180,63	207

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18,82	-142,51	0
11. Finanzergebnis	18,82	-142,51	0
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10,00	-513,78	1
13. Ergebnis nach Steuern	225.953,11	19.038,12	207
14. Sonstige Steuern	-200,00	-200,00	0
15. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	225.753,11	18.838,12	207
16. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 28 Vollzeit- und 67 Teilzeitbeschäftigte (Vj.: 26 Vollzeit bzw. 47 Teilzeit).

Leistungen der Beteiligung

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft wurde am 20. August 2013 unter der Firmierung PAD Security Services GmbH als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Am 03. Februar 2021 erfolgte die Änderung in PAD Services GmbH, am 01. September 2022 in „Westphalian Ground Services GmbH“, nachfolgend WGS abgekürzt.

Seit Februar 2021 führt die Gesellschaft im Auftrag der Flughafengesellschaft die Flugzeugabfertigung durch. Beschränkte sich die Tätigkeit zunächst nur auf die Be- und Entladung, wurden nach und nach weitere Aufgaben übernommen. Seit dem Jahr 2024 erweitert der Tankdienst das Portfolio und schafft neben der Flugzeugabfertigung, der Tätigkeit des Rampagenten, der personellen Besetzung der Abteilung Operations, der Enteisung und des Betreibens der Sixt Agentur und der Werkstatt eine gute Möglichkeit, das Personal ganzjährig zu beschäftigen.

Personal- und Sozialbereich

Aufgrund der Tätigkeit des Unternehmens sind qualifizierte Mitarbeiter eine Voraussetzung für die sichere und qualitativ hochwertige Ausführung von Aufträgen. Bedingt durch den hohen Beschäftigungsstand in der deutschen Wirtschaft sowie im Zuge des demografischen Wandels nimmt der Wettbewerb um qualifiziertes Personal weiter zu. Daneben tragen branchenspezifische Faktoren, wie unattraktive Arbeitszeiten, saisonale Arbeit und Arbeit in Teilzeit zu einem zunehmenden Personalmangel für bestimmte Positionen bei. Zu den Personalrisiken zählen daher ein nicht ausreichendes Angebot an gut qualifizierten Personen am Arbeitsmarkt und die Steigerung der Personalkosten.

Die WGS begegnet Ersterem durch Einstellung und Qualifizierung von Auszubildenden für den Beruf Servicekauffrau/-kaufmann im Luftverkehr.

Durchschnittliche Beschäftigung im Berichtsjahr 2024:

28 Vollzeit- und 33 Teilzeitbeschäftigte sowie 67 geringfügig Beschäftigte

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Seit Gründung der Westphalian Ground Services GmbH resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus den Dienstleistungsverträgen mit der Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH.

Die Umsatzerlöse von T€ 3.787 (Vorjahr: T€ 2.997) entfallen in erster Linie mit T€ 1.801 (Vorjahr: T€ 1.437) auf die Flugzeug- und Gepäckabfertigung, mit T€ 504 (Vorjahr: T€ 482) auf die Besetzung des Operations, mit T€ 241 (Vorjahr: T€ 6) auf den Tankdienst und mit T€ 1.241 (Vorjahr: T€ 1.072) auf sonstige Dienstleistungen. Diese sonstigen Dienstleistungen bestehen aus Leistungen im Bereich der Werkstatt, Rampentätigkeit, des Facility Managements und der Autovermietung SIXT.

Aufwandseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von T€ 2.560 (Vorjahr: T€ 2.171). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 936 (Vorjahr: T€ 842) verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Fahrzeugkosten T€ 9 (Vorjahr: T€ 104), Fremdleistungen aufgrund von überlassendem Personal T€ 219 (Vorjahr: T€ 206), Mietleasing in Höhe von T€ 459 (Vorjahr: T€ 322) und Raumkosten in Höhe von T€ 40 (Vorjahr: T€ 50).

Das Jahresergebnis von T€ 226 wird entsprechend des Ergebnisabführungsvertrages an die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abgeführt.

Vermögenslage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die zur Erbringung der Dienstleistungen benötigten Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen von der Muttergesellschaft angemietet. Nur zu einem geringen Anteil bestehen diesbezüglich Verträge mit externen Dienstleistern.

Die Eigenkapitalquote beträgt 2% und ist als zufriedenstellend einzustufen.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die wirtschaftliche Entwicklung der Westphalian Ground Services GmbH ist von der Entwicklung des Flugbetriebs am Standort und der damit verbundenen Auftragserteilung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abhängig. Auf der Abhängigkeit zum Mutterunternehmen beruhend, gelten als Basis für die Prognose des nächsten Geschäftsjahres die Annahmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH bezüglich der Passagierzahl und des Verkehrsaufkommens sowie die Risikobeurteilung und der Prognosebericht somit auch für die Westphalian Ground Services GmbH.

Die Übernahme des Tankdienstes im Jahr 2024 hat sich positiv auf die Auslastung der Westphalian Ground Services GmbH ausgewirkt.

Für das Jahr 2025 wird eine weitere positive Entwicklung erwartet und die Westphalian Ground Services GmbH soll weitere Beiträge nicht nur im Servicebereich, sondern auch bei der Bereitstellung der Infrastruktur des Flughafens leisten.



4.2 RWE AG

4.2.1 Basisdaten

RWE AG

Altenessener Straße 35

451141 Essen

Tel.: 0 201/12-00, Fax: 0201/12-15199, Internet: www.group.rwe

Gründungsdatum: 25. April 1898

4.2.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die RWE AG leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienz-dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den o. g. Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

4.2.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

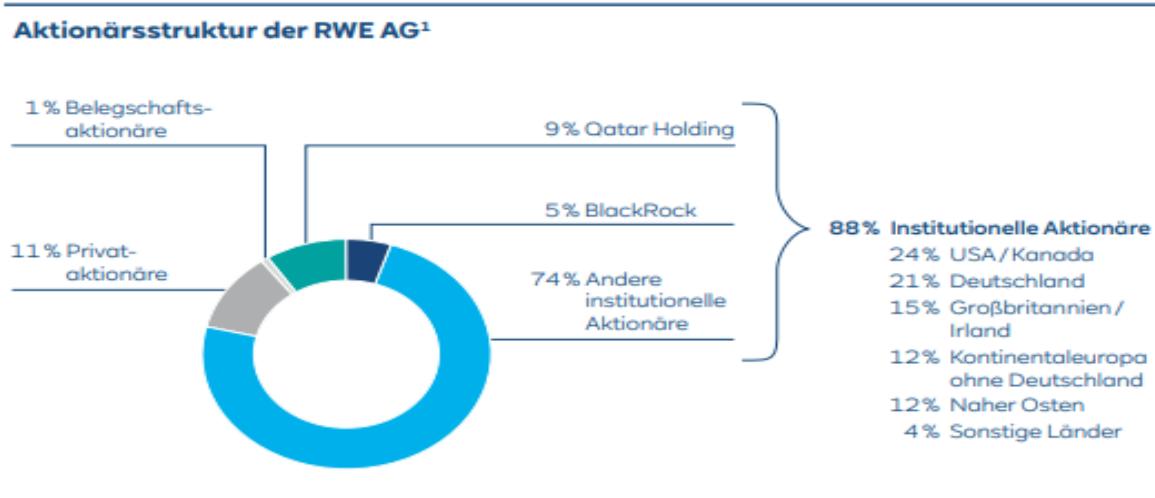
Insbesondere mit dem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung leistet die RWE AG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Aufrechterhaltung des öffentlichen Einflusses bei der RWE AG andererseits ist eine Beteiligung geboten.

4.2.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital beträgt rd. 1.904 Mio. € und besteht aus 743.841.217 auf den Inhaber lautenden Stückaktien. Im November 2024 hat RWE ein Aktienrückkaufprogramm im Volumen von bis zu 1,5 Mrd. € beschlossen, das innerhalb von 18 Monaten abgeschlossen werden soll.

Der Kreis Paderborn ist mit 1.273.917 Stück Stammaktien (3.260.827,60 €) an der RWE AG beteiligt. Dies entspricht einer Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft von rd. 0,171 % .

Aktionärsstruktur (Stand: Ende 2024):



¹ Schätzungen auf der Grundlage von eigenen Erhebungen und von Mitteilungen nach dem deutschen Wertpapierhandelsgesetz.
Stand: Ende 2024.

4.2.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2024 eine Ausschüttung in Höhe von 1.072.319,64 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.2.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in Mio. €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio. €
Aktiva			
Anlagevermögen	19.448	19.239	209
flüssige Mittel	46.820	44.570	2.250
Forderungen	37.875	32.652	5.223
Wertpapiere	5.262	6.835	-1.573
Flüssige Mittel	3.683	5.083	-1.400
Rechnungsabgrenzungsposten	16	17	-1
Summe Aktiva	66.284	63.826	2.458
Passiva			
Eigenkapital	13.106	12.133	973
Stammaktien	1.893	1.904	-11
Kapitalrücklage	6.488	6.488	0
Andere Gewinnrücklagen	3.796	2.997	799
Bilanzgewinn	929	744	185
Rückstellungen	2.754	2.608	146
Verbindlichkeiten	50.424	49.085	1.339
Summe Passiva	66.284	63.826	2.458

4.2.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio. €
Umsatzerlöse	71	55	16
Ergebnis aus Finanzanlagen	2378	1392	986
Zinsergebnis	-95	-356	261
sonstige betriebliche Erträge	480	714	-234
Personalaufwand	-125	-126	1
sonst. betriebliche Aufwendungen	-552	-646	94
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-300	252	-552
Ergebnis nach Steuern	1857	1285	572
Jahresüberschuss	1857	1285	572
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-928	-541	-387
Bilanzgewinn	929	744	185

0=Betrag in geringer Höhe

4.2.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	20	19	1
Eigenkapitalrentabilität	7	6	1
Anlagendeckungsgrad 2	327	318	8
Verschuldungsgrad	406	426	-20
Umsatzrentabilität	33	41	-8

4.2.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 beschäftigt die AG 22.098 Mitarbeiter (VJ. 19.749).

4.2.10 Geschäftsentwicklung

Aufgrund der Länge des Geschäftsberichts wird auf eine Darstellung im Beteiligungsbericht verzichtet. Der Beteiligungsbericht kann unter dem Link:

www.rwe.com/investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2024-GJ/
aufgerufen werden.

4.2.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand: Den Vorstand der RWE AG bilden Dr. Markus Krebber, Dr. Michael Müller und Katja van Doren.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus dreiundzwanzig Mitgliedern. Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat der RWE AG nicht vertreten. Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Ifd. Nr.	Name	
1	Dr. Werner Brandt	Bad Homburg
2	Dr. Frank Appel	Königswinter
3	Ralf Sikorski	Hannover
4	Michael Bochinsky	Grevenbroich
5	Sandra Bossmeyer	Duisburg
6	Ute Gerbaulet	Düsseldorf
7	Dr. Hans Friedrich Bünting	Mühlheim an der Ruhr
8	Matthias Dürbaum	Heimbach
9	Prof. Dr. -Ing. Dr. -Ing. E.h. Hans -Peter Keitel	Essen
10	Mag. Dr. h. c. Monika Kircher	Krumpendorf, Österreich
11	Thomas Kufen	Essen
12	Reiner van Limbeck	Dinslaken
13	Harald Louis	Jülich
14	Prof. Jörg Rocholl, PhD	Berlin
15	Thomas Westphal	Dortmund
16	Dagmar Paasch	Solingen
17	Dr. Erhard Schipporeit	Hannover
18	Dirk Schuhmacher	Rommerskirchen
19	Ullrich Sierau	Dortmund
20	Hauke Stars	Königstein
21	Helle Valentin	Birkeroed, Dänemark
22	Dr. Andreas Wagner	Grevenbroich
23	Marion Weckes	Dormagen

4.2.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 23 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 22 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.2.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG befindet sich in Erstellung.

4.2.14 Beteiligungen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist nach § 285 Nr. 11 und 11a und § 313 Abs. 2 i.V. m. § 315 e Abs. 1 HGB Teil des Anhangs. Aufgrund der vielen Beteiligungen wird hier von der Auflistung abgesehen. Die Übersicht

kann im Jahresabschluss RWE AG 2024 auf den Seiten ab 23 (Internetseite: www.rwe.com/-2025-03-20-rwe-jahresabschluss-2024.pdf (Aufruf 29.10.2025) eingesehen werden.



4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

4.3.1 Basisdaten

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Tegelweg 25

33102 Paderborn

Tel.: 0 5251/503-0, Fax: 05251/503-6278, Internet: westfalenweser.com

Gründungsdatum: In der Mitte des Jahres 2013 hat die E.ON Energie AG ihre Beteiligung an der E.ON Westfalen Weser AG (EWA) an Kommunen und kommunale Unternehmen im Netzgebiet der EWA veräußert. Am Ende des Veräußerungsprozesses war die EWA rekommunalisiert und die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) entstanden.

4.3.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind, im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung,

- a) die Verwaltung der Komplementärin sowie von Beteiligungen an Unternehmen, die in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar in der Region Westfalen-Weser tätig sind, insbesondere die Verwaltung von Beteiligungen
 - 1. an der Westfalen Weser Netz GmbH, die als Verteilnetzbetreiberin die Leitungsnetze Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser betreibt und das Eigentum an den Leitungsnetzen Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser sowie an dem von der Energieservice Westfalen Weser GmbH betriebenen Kraftwerk und den von der AWP GmbH betriebenen Abwasseranlagen inne hat;
 - 2. an der Energieservice Westfalen Weser GmbH, die in den Bereichen der Erzeugung von Strom und Erzeugung und Verteilung von Wärme auf Basis fossiler und erneuerbarer Energieträger sowie im Bereich Contracting tätig ist und zu diesem Zweck Erzeugungsanlagen betreibt;
 - 3. an der Westfalen Weser Beteiligungen GmbH; deren Unternehmensgegenstand im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen, die insbesondere in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser sowie Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar primär in der Region Westfalen-Weser tätig sind, sowie die Erbringung und Vermittlung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, insbesondere gegenüber Beteiligungsunternehmen;
- b) die Verwaltung von Tochtergesellschaften, die auf dem Gebiet der Energieerzeugung, der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasserwirtschaft, der Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Westfalen-Weser Dienstleistungen erbringen, soweit diese den Hauptzweck des jeweiligen Unternehmensgegenstandes der Tochtergesellschaften fördern sowie die im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen anfallende Informationsverarbeitung. Bei der Erbringung von verbundenen Dienstleistungen durch Tochtergesellschaften auf dem Gebiet der Energieversorgung sind die Anforderungen des § 107a Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu beachten.

c) die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Unternehmenskommunikation, Kommunalmanagement, Controlling, Recht, Finanzen, IT und Personal für Konzerngesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen im Inland beteiligen und Unternehmensverträge aller Art abschließen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Die Gesellschaft beachtet im Rahmen ihrer unternehmensgegenständlichen Tätigkeit insbesondere kommunalrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften. Das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) vom 09.11.1999 findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

4.3.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insbesondere mit dem satzungrechtlich festgelegten Unternehmensgegenstand der Dienstleistungen in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben leistet die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Damit nimmt das Unternehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr.

4.3.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die WWE hat 56 Kommanditisten, die ausschließlich Kreise, Städte und Gemeinden der Region sowie deren Eigengesellschaften sind. Die Kapitalanteile der Kommanditisten betragen insgesamt 72.841.505 €. Hieran ist der Kreis Paderborn mit 1.656.110,00 € beteiligt. Dies entspricht einer Quote von rund 2,27 %.

Die Komplementärin der WWE ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleiniger Gesellschafter die WWE ist.

4.3.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2024 eine Ausschüttung in Höhe von 1.229.476,92 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.3.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	966.550.387,09	961.815.145,43	4.735
I. Sachanlagen	100.194,00	133.421,00	-33
II. Finanzanlagen	966.450.193,09	961.681.724,43	4.768
B. Umlaufvermögen	697.625,73	988.451,50	-291
I. Vorräte	404.481,19	59.654,36	345
1. Unfertige Leistungen	346.659,52	0,00	347
2. Handelswaren	57.821,67	59.654,36	-2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	293.144,54	928.797,14	-636
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.944,42	0,00	14
2. Sonstige Vermögensgegenstände	279.200,12	928.797,14	-650
III. Guthaben bei Kreditinstituten	74.154.710,81	96.833.956,85	-22.679
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	154.939,69	107.248,07	48
Summe Aktiva	1.041.557.663,32	1.059.744.801,85	-18.187
Passiva			
A. Eigenkapital	665.963.713,90	672.103.670,00	-6.140
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	72.841.505,00	72.841.505,00	0
II. Rücklagen	593.122.208,90	599.262.165,00	-6.140
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25.000,00	25.000,00	0
C. Investitionszuschüsse	3.709,00	5.459,00	-2
D. Rückstellungen	33.896.933,18	19.655.033,81	14.242
1. Rückstellungen für Pensionen	13.700.401,80	12.700.262,80	1.000
2. Steuerrückstellungen	19.297.722,84	5.555.345,72	13.742
3. sonstige Rückstellungen	898.808,54	1.399.425,29	-501
E. Verbindlichkeiten	341.668.307,24	367.955.639,04	-26.287
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102.429.000,00	110.017.000,00	-7.588
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.632,69	46.518,60	-23
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	205.282.166,31	226.987.650,28	-21.705
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.309.255,25	22.970.736,16	-661
5. sonstige Verbindlichkeiten	11.624.252,99	7.933.734,00	3.691
Summe Passiva	1.041.557.663,32	1.059.744.801,85	-18.187

4.3.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	8.248.559,38	7.349.640,19	899
1. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	346.659,52	0,00	347
2. sonstige betriebliche Erträge	5.048.225,44	128.141,74	4.920
3. Personalaufwand	3.896.297,07	3.566.991,42	329
a) Löhne und Gehälter	2.231.538,40	2.373.456,22	-142
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.664.758,67	1.193.535,20	471
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	33.227,00	38.977,15	-6
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.596.984,52	4.485.444,46	112
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	67.547.703,35	101.201.614,48	-33.654
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.264.247,95	3.136.325,33	1.128
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.226.241,14	11.703.118,24	2.523
9. Steuern vom Ertrag	22.002.426,32	6.320.552,05	15.682
10. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	40.700.219,59	85.700.638,42	-45.000
11. Belastungen/Gutschrift auf Rücklagenkonten	6.139.956,10	52.588.000,00	-46.448
12. Gutschrift auf Verbindlichkeiten Konten	46.840.175,69	33.112.638,42	13.728
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0

4.3.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	64	63	1
Eigenkapitalrentabilität	6	13	-52
Anlagendeckungsgrad 2	108	110	-2
Verschuldungsgrad	56	58	-2
Umsatzrentabilität	493	1166	-58

Individuelle Leistungskennzahlen

Stromnetz:	2022	2023	Ver- ände- rung Berichts- zu Vorjahr (in %)	2024	Ver- ände- rung Berichts- zu Vorjahr (in %)
Netzlänge (in km)	29.846	30.240	1	30.446	0,68
Netzkunden (alle Spannungsebenen)	669.000	671.000	0	680.000	1,34
Durchgeleitete Strommenge (in TWh)	6,0	5,6	-7	5,7	1,79

Umspannwerke	104	111	7	111	0,00
Ortsnetzstationen	7.661	7.706	1	7.846	1,82
Betreute Straßenleuchten	97.000	97.000	0	105.000	8,25
Hausanschlüsse	340.351	341.742	0	346.396	1,36

Erdgasnetz	2022	2023	Berichts- zu Vorjahr (in %)	Ver- ände- rung	Berichts- zu Vorjahr (in %)
				2024	
Netzlänge (in km)	3.377	3.361	-0,47	3.494	3,96
Netzkunden	75.000	74.000	-1,33	78.000	5,41
Durchgeleitete Erdgasmenge (in TWh)	3,3	3,2	-3,03	3,2	0,00
Gasdruckreglerstationen	106	106	0,00	107	0,94
Hausanschlüsse	70.467	70.292	-0,25	74.436	5,90

4.3.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte die GmbH & Co. KG durchschnittlich 39 Mitarbeiter (VJ 27 MA).

4.3.10 Geschäftsentwicklung

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) mit Sitz in Paderborn hat zum Bilanzstichtag 56 Kommanditisten, die ausschließlich kommunale Gebietskörperschaften der Region sowie deren Eigengesellschaften sind.

Die persönlich haftende Gesellschafterin der WWE, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH (WWV), Paderborn, ist nicht am Kapital der WWE beteiligt ist. Alleiniger Gesellschafter der WWV ist wiederum die WWE.

Die WWE erbringt als dienstleistende Holding für den gesamten WWE-Konzern auf Basis entsprechender Verträge Zentralfunktionen und Dienstleistungen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Dienstleistungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsmanagement, Geschäftsprozess- und Risikomanagement sowie Gremien, Revision und Compliance erbracht. Die Verwaltungstätigkeiten werden in der Hauptverwaltung in Herford sowie am Unternehmenssitz in Paderborn erbracht.

Die Tochtergesellschaften Westfalen Weser Netz GmbH (WWN), Energieservice Westfalen Weser GmbH (ESW) Westfalen Weser Beteiligungen GmbH (WWB), Westfalen Weser Energiespeicher GmbH & Co. KG (WWSP) und Westfalen Weser Energieerzeugung GmbH & Co. KG (WWER) sind als regionale Dienstleister der kommunalen Daseinsvorsorge in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland tätig.

Die WWN betreibt in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland regionale Verteilnetze für Strom und Gas. Die Länge des eigenen Stromnetzes beläuft sich auf rund 30.200 Kilometer und die des Erdgasnetzes auf rund 3.300 Kilometer.

Die ESW ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Region Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und nördlichen Sauerland. Im Jahr 2024 wurde die Neuausrichtung der ESW als Marktgesellschaft umgesetzt. Im Zuge dessen wurde das Marktgeschäft der WW-Gruppe in der ESW gebündelt sowie die Geschäftsaktivitäten in "Business Units" nach den Tätigkeitsschwerpunkten zusammengefasst. Dabei beinhalten die Geschäftsaktivitäten der ESW die Business Units Wärmelösungen, welche sich mit der Wärmeversorgung von

Endkunden, Dienstleistungen im Bereich der Wärmelösungen, der Kommunalen Wärmeplanung sowie dem Betrieb des Kraftwerkes beschäftigt. In der Business Unit Energie- und Infrastrukturlösungen werden die Bereiche Beleuchtung, Energie (Infrastruktur, Telekommunikation sowie Wasser- und Abwasserlösungen abgebildet. In der Business Unit Mobilitätslösungen werden die Planung und Bau Ladesäulen Dritter, Abrechnungslösungen B2B sowie der Bau und Betrieb eigener Ladesäulen abgebildet. Die Geschäftsaktivitäten der Mobilitätslösungen werden in der Westfalen Weser Ladeservice (WWL) vereint.

Die WWB bündelt weitgehend die Beteiligungen der WWE-Gruppe. Bei den direkten und indirekten Beteiligungen handelt es sich um Unternehmen des Energiesektors sowie des energienahen Bereichs. In den Finanzanlagen sind neben den Beteiligungen Fondsanlagen ausgewiesen, die zur Drittsicherung von Pensionsverpflichtungen von Konzerngesellschaften über Treuhandmodelle gebunden sind (sog. CTA-Deckungsvermögen). Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen sowie die Erbringung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Die Steuerung der eigenen Beteiligungen stellt dabei die Kernaufgabe der unternehmerischen Tätigkeit dar.

Die WWSP ist ein Unternehmen, welches die Entwicklung, die Planung, den Bau und den Betrieb von Anlagen zur Speicherung von Energie, insbesondere elektrischer Energie, sowie die Vermarktung der Speicherkapazitäten der Anlagen und der mit diesen Anlagen gespeicherten Energiemengen zusammenführt. Neben den oben genannten operativen Geschäftsfeldern hat die WWSP die Aufgabe den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen (Beteiligungsunternehmen), die im Bereich der Speicherung von Energie, insbesondere in Batteriespeicheranlagen, sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar tätig sind zu bündeln.

Die WWER hat als Unternehmensgegenstand die Entwicklung, die Planung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Nutzung und Einspeisung von Energie und Wärme, insbesondere aus erneuerbaren Ressourcen, und deren Vermarktung sowie die Initiierung und die Entwicklung von Projekten in diesem Bereich. Ebenfalls zum Unternehmensgegenstand gehört der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen (Beteiligungsunternehmen), die in den Bereichen Erzeugung, Einspeisung, Nutzung und Vermarktung von Energie und Wärme, insbesondere aus erneuerbaren Ressourcen, unmittelbar oder mittelbar tätig sind.

II. Wirtschaftsbericht

a) Geschäftsverlauf

Die Wahrnehmung der zentralen Holdingfunktionen für die Westfalen Weser Gruppe ist eine Kernaufgabe der WWE; diese beinhalten die strategische und operative Steuerung der Tochterunternehmen, die Weiterentwicklung des Konzerns als Dienstleister mit einem wesentlichen Fokus auf kommunale Kunden und die Entwicklung von neuen profitablen Wachstumsfeldern. Hierzu zählten u.a. die Prüfung von Investitionsalternativen und Kooperationsmodellen sowie der intensive Austausch mit den Anteilseignern sowie mit potenziellen neuen Anteilseignern.

Die wirtschaftliche Lage der WWE wurde entsprechend ihrer Holdingfunktion auch im laufenden Jahr von den Entwicklungen in den Tochtergesellschaften dominiert.

Der in den zahlreichen Gesetzesinitiativen der Bundesregierung im Jahr 2024 deutlich sichtbare politische Wille nach einer Beschleunigung der Energie- und Wärmewende hat auch die Westfalen Weser Gruppe vor große Umsetzungsherausforderungen gestellt. Gleichzeitig sind durch den Bruch der Regierungskoalition und den daraus resultierenden Neuwahlen des Bundestages viele insbesondere für die Energiewirtschaft notwendige Gesetzesvorhaben nicht mehr umgesetzt worden. Die energiepolitische Ausrichtung und Entwicklung unter der Führung einer neuen Bundesregierung bleibt abzuwarten.

Die bereits bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen zur Energiewende werden der Westfalen Weser weiterhin große Chancen bieten und sie zugleich vor große Herausforderungen stellen. Darüber hinaus erfordern der stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel sowie insbesondere die besorgniserregende volkswirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, der zunehmender Ergebnisdruck, die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die flächendeckende Digitalisierung in allen Geschäftsbereichen neben effizientem Handeln und modernen Formen der Zusammenarbeit vor allem eine erhöhte Anpassungsfähigkeit des Unternehmens. Das gruppenweite Projekt „Strategie 2035“ liefert mit seiner Umsetzung eine nachhaltige und ganzheitliche unternehmerische Antwort für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft der gesamten Westfalen Weser Gruppe. Wesentliche Eckpfeiler der Strategie bilden die Schaffung von Werten aus der Region für die Region, die Entwicklung spürbarer Nachhaltigkeit für die Lebensräume kommender Generationen, eine sichere und effiziente Energieversorgung sowie technologischer Fortschritt und Wachstum in bestehenden bzw. in neuen Geschäftsfeldern. Neben rentablem Wachstum in den bestehenden Geschäftsfeldern Netz und Markt, wird insbesondere die Integration die beiden neuen Geschäftsfelder Energieerzeugung/Handel und Energiespeicher wesentliche Wachstumsimpulse liefern und die strategische Wettbewerbsposition noch einmal deutlich verbessern. Beide Geschäftsfeldgesellschaften sind inzwischen gegründet. Erste Beteiligungsvorhaben wurden bereits beschlossen bzw. sind in der Umsetzung.

b) Ertragslage

Die Ertragslage der WWE hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebundenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab.

Das Finanzergebnis lag im Berichtsjahr bei 57,6 Mio. € (Vorjahr 92,6 Mio. €) und war von den Ergebnisabführungen der WWN (58,0 Mio. €; Vorjahr 99,0 Mio. €), ESW (4,5 Mio. €; Vorjahr 2,2 Mio. €) und WWB (5,0 Mio. €, Vorjahr 0,1 Mio. €) bestimmt. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 14,2 Mio. € (Vorjahr 11,7 Mio. €); dem standen Zinserträge von 4,3 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €) gegenüber. Da die WWN 61,3 Mio. € in die Gewinnrücklagen einstellen durfte, fiel die Ergebnisabführung entsprechend niedriger aus.

Die Umsatzerlöse wurden unverändert aus erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet und haben sich entsprechend des erhöhten Umfangs mit 8,2 Mio. € erhöht (Vorjahr 7,3 Mio. €).

Der Personalaufwand stieg auf 3,9 Mio. € (Vorjahr 3,6 Mio. €). Dies ist weitgehend durch die Anpassung von Parametern bei den Pensionsrückstellungen sowie Erhöhung der Mitarbeiterzahl sowie dem gegenläufigen Effekt der verminderten Abfindungen im Berichtsjahr begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich auf 4,6 Mio. € (Vorjahr 4,5 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der steuerlichen Organschaft mit der WWN, ESW und WWB waren Ertragsteuern von 22,0 Mio. € zu erfassen. Die um 15,6 Mio. € höheren Ertragsteuern resultieren im Wesentlichen aus dem höheren operativen Ergebnis. Per Saldo konnte ein Jahresüberschuss von 40,7 Mio. € (Vorjahr 85,7 Mio. €) erzielt werden.

Zum 31. Dezember 2024 wurden insgesamt 7,6 Mio. € (Vorjahr 52,6 Mio. €) in die Rücklagen eingestellt und unverändert 33,1 Mio. € den Entnahmekonten gutgeschrieben. Zusätzlich wurden im Mai 2024 gemäß Gesellschafterbeschluss 13,7 Mio. € aus der Rücklage entnommen und den Entnahmekonten gutgeschrieben.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme betrug 1.041,6 Mio. € (Vorjahr 1.059,7 Mio. €) und wurde erneut maßgeblich vom Finanzanlagevermögen in Höhe von 966,5 Mio. € (Vorjahr 961,7 Mio. €) geprägt, hiervon WWN 857,0 Mio. €, ESW 32,0 Mio. € und WWB 75,2 Mio. €. Es machte rd. 92,8 % des Gesamtvermögens aus.

Zum Bilanzstichtag bestanden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 74,2 Mio. € (Vorjahr 96,8 Mio. €).

Das Eigenkapital betrug nach entsprechenden Zuweisungen auf die Entnahmekonten der Kommanditisten 666,0 Mio. € (Vorjahr 672,1 Mio. €), wodurch sich eine Eigenkapitalquote von rd. 64 % ergab.

Die Rückstellungen erhöhten sich auf 33,9 Mio. € (Vorjahr 19,7 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten betrugen 341,7 Mio. € (Vorjahr 368,0 Mio. €) und resultierten maßgeblich aus langfristigen Darlehen im Rahmen des Finanzierungskonzepts der Rekommunalisierung gegenüber Banken (102,4 Mio. €; Vorjahr 110,0 Mio. €) und gegenüber der WWN (unverändert 132,8 Mio. €). Zudem bestanden Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 71,4 Mio. € (Vorjahr 92,9 Mio. €) und für Gewinnansprüche der Kommanditisten (29,4 Mio. €; Vorjahr 30,2 Mio. €).

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind zum Bilanzstichtag 32,2 Mio. € (Vorjahr 34,2 Mio. €) durch kommunale Bürgschaften abgesichert.

d) Finanzlage

Es erfolgt ein Konzern-Cash-Pooling bei der WWE mit den Tochtergesellschaften WWN, ESW, WWV und WWB. Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres 2024 und auch danach gewährleistet. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig mit 7,6 Mio. € getilgt.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein positiver Cashflow von 48,4 Mio. € (Vorjahr 124,1 Mio. €).

Die zum Bilanzstichtag zur Verfügung stehenden bilateralen Kreditlinien betrugen insgesamt 40,0 Mio. € (Vorjahr: 40,0 Mio. €) und wurden wie im Vorjahr nicht in Anspruch genommen.

e) Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der WWE erfolgt auf der Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung der zentrale Leistungsindikator ist. Für das Geschäftsjahr 2024 betrug das Ergebnis 40,7 Mio. € (Budget 40,7 Mio. €).

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft als positiv.

4.3.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat sowie eine Kommanditistenversammlung gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Jürgen Noch, ist zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt.

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüther.

Aufsichtsrat: Im Aufsichtsrat ist Herr Landrat Rüther mit einem Gastmandat vertreten.

Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.2024:

Ifd. Nr.	Name
1	Tim Kähler
2	Michael Dreier
3	Michael Berens
4	Lars Bökenkröger
5	Franz-Josef Henze
6	Michael Jäcke
7	Matthias Kalkreuter
8	Rüdiger Meier
9	Jürgen Müller
10	Bernd Poggemöller
11	Dr. Klaus Schröder

12	Michael Stickeln
13	Jochen Strieckmann
14	Oliver Theiß

Kommanditistenversammlung

Vertreter des Kreises in der Kommanditistenversammlung/ Gesellschafterausschuss ist Herr Landrat Rüther. Ist eine Teilnahme von Herrn Landrat Rüther an der Gesellschafter- oder Kommanditistenversammlung nicht möglich, so ist Herr Kämmerer Tiemann der 1. Verhinderungsvertreter und Herr Dezernt Egeler der 2. Verhinderungsvertreter (siehe DS.-Nr. 17.0049 vom 16.11.2020 sowie DS.-Nr. 17.0537 vom 22.08.2022).

4.3.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.3.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

4.3.14 Beteiligungen

Ifd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€
		m = mittelbar				
1.	Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		561.947	0 (0)
2.	Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern	u	100,00		27.521	0 (0)
3.	Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		71.302	0 (0)
4.	Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		40	1
5.	Westfalen Weser 2. Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		25	0
6.	Westfalen Weser Energiespeicher GmbH & Co. KG, Paderborn	u	100,00		1.000	- 4)

7.	Westfalen Weser Energieerzeugung GmbH & Co.KG, Paderborn	u	100,00		1.000	-	4)
8.	Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1.	4.198	884	1)
9.	Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1.	341	7	1)
10.	Wasserservice Westfalen Weser GmbH, Paderborn	m	50,00	1.	547	254	1)
11.	Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1.	5.758	536	1)
12.	Holzminden Netz GmbH & Co. KG, Holzminden	m	49,00	1.	1.000	-	3)
13.	GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1.	1.767	-3.230	1)
14.	GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1.	23	-1	1)
15.	Westfälische Energie Effizienz GmbH i. L., Kirchlengern	u	100,00	2.	688	210	1)
16.	Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	2.	2.763	778	1)
17.	Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2.	535	70	1)
18.	Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern	m	50,00	2.	602	141	1)
19.	Nahwärme Brakel GmbH, Brakel	m	50,00	2.	419	123	1)
20.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2.	-24	-157	1)
21.	Mindener Wärme GmbH, Minden	m	49,00	2.	10.225	429	1)
22.	Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt) i. L. Herford	m	100,00	3.	3	-9	2)
23.	EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3.	97	5	1)
24.	AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	m	62,00	3.	8.791	1.179	1)
25.	AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	24.	8.984	1.019	1)
26.	AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	24.	5	736	1)
27.	AWINTO Windpark Schönesseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	24.	1.106	162	1)
28.	ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	25 & 26	35	5	1)
29.	AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62.00	3.	41	4	1)
30.	Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3.	658	-14	1)
31.	Bad Driburg-Energie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg	m	49,00	3.	38	1	1)

32.	Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3.	109	6	1)
33.	Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3.	726	97	1)
34.	Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45.00	3.	9.917	1.229	1)
35.	Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3.	3.299	0	5)
36.	Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3.	2.210	15	1)
37.	Wasserstoff Lichtenau Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	m	100,00	7.	25	-	4)
38.	Wasserstoff Lichtenau GmbH & Co. KG, Paderborn	m	90,96	7.	100	-	4)

Legende:

- 0) Ergebnisabführungsvertrag
- 1) Zahlen 31.12.2023
- 2) Zahlen 31.12.2022
- 3) Gründung in 2023. Es liegt kein geprüfter
Jahresabschluss vor
- 4) Gründung in 2024. Es liegt kein geprüfter
Jahresabschluss vor
- 5) Ergebnisabführungsvertrag mit Stadtwerke
Vlotho GmbH

4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

4.4.1 Basisdaten

Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH
Neuer Platz 6
33098 Paderborn
Tel.: 0 52 51/28 81-102, Fax: 05251/2881-116, Internet: www.theater-paderborn.de
Gründungsdatum: 12. März 1991

4.4.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist der Betrieb des Theaters. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.4.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Gesellschaft. Der Betrieb von kulturellen und pädagogischen Einrichtungen wie z.B. eines Theaters gehört zum Gebiet der öffentlichen Daseinsfürsorge im engeren Sinne. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke.

4.4.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 26.050,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Kreis Paderborn	11.450,00 € (43,95 %)
Stadt Paderborn	11.450,00 € (43,95 %)
Theaterfreunde Paderborn e. V.	3.150,00 € (12,10 %)

4.4.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter Stadt Paderborn und Kreis Paderborn haben am 1. April 1992 eine Vereinbarung getroffen, in der sie sich im Innenverhältnis verpflichten, die zur Weiterführung der Geschäftstätigkeit notwendigen finanziellen Mittel mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, dass nach Abzug der Einnahmen und Spenden sowie Landeszuschüsse für ein jedes Rechnungsjahr der GmbH der zu erwartende Verlust durch einen Zuschuss von Kreis und Stadt Paderborn abgedeckt wird, und zwar im Verhältnis 1/3 Kreis und 2/3 Stadt Paderborn. Die Zuschusszahlungen sind in das Rücklagekapital einzustellen.

Die Vereinbarung wurde in den Jahren 1996, 2000, 2006 und 2019 jeweils verlängert. Die Vereinbarung wurde zuletzt am 04. Januar 2019 mit Wirkung vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2024 verlängert (siehe DS.-Nr. 16.1069). Der Kreis Paderborn hat 2022 von seinem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, sodass die Vereinbarung sich um weitere 5 Jahre (31. Juli 2029) verlängert hat. Die Verlängerung von dem Jahr 2014 sieht unter anderem vor, dass die Vereinbarung nur für Wirtschaftspläne gilt, denen der Kreis Paderborn in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft zugestimmt hat.

Die Zahlungen des Kreises im Haushaltsjahr 2024 von insgesamt 1.709.891,82 € erfolgten aus dem Produkt 040201 „Allgemeine Kulturflege“ und dort von dem Konto 531512 „Zuschüsse Theater Paderborn“.

4.4.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2023 / 2024	2022 / 2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen		224.463,00	258.648,00	-34
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte	16.787,00	21.993,00		-5
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206.586,00	235.565,00		-29
III. Finanzanlagen				
Genossenschaftsanteile	1.090,00	1.090,00		0
B. Umlaufvermögen		1.215.216,27	1.307.921,33	-93
I. Vorräte	220.102,41	190,25		220
1. Waren	3.500,99	190,25		3
2. geleistete Anzahlungen	216.601,42	0,00		217
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	353.489,29	470.972,99		-117
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.709,69	370,16		1
2. sonstige Vermögensstände	351.779,60	470.602,83		-119
III. Kassenbestand				0
Guthaben bei Kreditinstituten	641.624,57	836.758,09		-195
C. Rechnungsabgrenzungsposten		112.716,31	118.914,82	-6
Summe Aktiva		1.552.395,58	1.685.484,15	-133
Passiva				
A. Eigenkapital		441.439,07	934.657,41	-493
I. Gezeichnetes Kapital	26.050,00	26.050,00		0
II. Kapitalrücklage	907.782,05	908.607,41		-1
III. Bilanzverlust	492.392,98	0,00		492
B. Rückstellungen		369.250,00	274.450,00	95
sonstige Rückstellungen	369.250,00	274.450,00		95
C. Verbindlichkeiten		338.152,61	168.850,64	169
1. Verbindlichkeiten aus				0
Lieferungen und Leistungen	253.273,24	91.933,34		161
2. sonstige Verbindlichkeiten	84.879,37	76.917,30		8
D. Rechnungsabgrenzungsposten		403.553,90	307.526,10	96
Summe Passiva		1.552.395,58	1.685.484,15	-133

4.4.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023 / 2024	2022 / 2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	955.532,75	956.514,36	-1
2. sonstige betriebliche Erträge	661.369,45	710.227,10	-49
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	525.029,28	465.368,91	60
4. Personalaufwand	5.152.543,21	4.728.265,28	424
a) Löhne und Gehälter	4.194.552,50	3.890.791,87	304
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	957.990,71	837.473,41	121
5. Abschreibungen	97.938,59	125.619,55	-28
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	97.938,59	125.619,55	-28
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.022.846,74	1.777.433,38	245
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38,28	4,80	0
8. Ergebnis nach Steuern	-6.181.417,34	-5.429.940,86	-751
9. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.181.417,34	-5.429.940,86	-751
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage	5.689.024,36	-5.429.940,86	11.119
11. Bilanzverlust	492.392,98	0,00	492

4.4.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	28	55	-49
Eigenkapitalrentabilität	-1.400	-581	141
Anlagendeckungsgrad 2	512	533	-4
Verschuldungsgrad	160	47	238
Umsatzrentabilität	-647	-568	14

Individuelle Leistungskennzahlen

Spieljahr	Vorstellungen			Besucher		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		im Theatergebäude Paderborn	auswärts		im Theatergebäude Paderborn	auswärts
2011/2012	340	325	15	66.387	62.798	3.589
2012/2013	379	362	17	67.307	63.880	3.427
2013/2014	358	350	8	63.259	62.843	416
2014/2015	381	370	11	65.714	63.414	2.300
2015/2016	400	378	22	69.202	65.739	3.463
2016/2017	378	357	21	64.716	59.413	5.303
2017/2018	392	372	20	61.147	56.578	4.569
2018/2019	351	336	15	56.987	53.003	3.984
2019/2020	235 ^{*1}	235	0 ^{*2}	36.839	36.839	0
2020/2021	110 ^{*3}	96	14	3596 ^{*4}	2.569	1.027
2021/2022	229 ^{*5}	176	53 ^{*6}	17.100	13.406	3.694
2022/2023	212	193	19	46.586	43.336	3.250

2023/2024	289	262	27 ^{*7}	54.876	50.878	3.998
-----------	-----	-----	------------------	--------	--------	-------

^{*1} Pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebs ab dem

14.3.2021

^{*2} Pandemiebedingt fanden keine Vorstellungen im Freilicht statt

^{*3} erneute pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebes (Lockdown): 6.11.2020 bis 07.05.2021

^{*4} Über den Lockdown hinaus weitgehende Beschränkung der Platzkapazitäten

^{*5} Schrittweise Rückkehr zum Normalbetrieb, allerdings noch kein reguläres Abonnement und Vorstellungen im Abendspielplan ausschließlich im Großen Haus

^{*6} Vorstellungen der neugebildeten Kinder- und Jugendtheatersparte findet vermehrt in mobilen Spielbetrieben

statt, daher großer Anstieg

^{*7} Nach der Coronapandemie buchen Kitas und Schulen wieder vermehrt Vorstellungen im Theatergebäude anstatt im mobilen Spielbetrieb.

4.4.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 81 Mitarbeiter (Vj. 75).

4.4.10 Geschäftsentwicklung

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Theaters. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke. Im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit führt sie ihre Geschäfte nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen. Keine Person darf durch Geschäftsausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023/2024 setzen sich wie folgt zusammen:

Einnahmen	T€	955,5
Zuschüsse (ohne Gesellschaftereinlage) - netto	T€	655,6
Übrige	T€	5,8

Von den Einnahmen entfallen T€ 767,6 auf Eintrittsgelder aus dem freien Verkauf (inkl. der flexiblen Angebote "Wahl-Abo" und "Entdecker-Abo") und auf die Abonnements. Die weiteren Einnahmen entfallen mit T€ 89,0 auf Thekeneinnahmen, mit T€ 68,0 auf Spenden, mit T€ 15,1 auf Vermietung und mit T€ 15,8 auf sonstige Einnahmen.

Die Umsatzerlöse sind im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1,0 gesunken. Die Veränderungen betragen bei den einzelnen Positionen:

(Rückgang = "-")

Freier Verkauf	T€	-43,8
Abonnement	T€	30,3
Spenden/Sponsoren/zweckgebundene Drittmittel	T€	18,0
Thekeneinnahmen	T€	36,0
Vermietung	T€	-0,6
sonstige Einnahmen	T€	-40,8

In der zweiten Spielzeit nach der Corona-Pandemie haben sich die Zuschauerzahlen weiter verbessert: Die Gesamtbesucherzahlen beliefen sich in der Spielzeit 2023/2024 auf 54.664, eine Verbesserung gegenüber der Spielzeit 2022/2023 um 5.538 Zuschauer. Die Gesamtauslastung stieg von 76% auf 82%. Die Diskrepanz aus gestiegenen Zuschauerzahlen und gesunkenen Einnahmen aus dem freien Verkauf erklärt sich aus dem starken Anstieg der Zuschauerzahlen beim weihnachtlichen Familienstück. Die Einnahmen aus dem Aboverkauf konnten gegenüber dem Vorjahr (T€ 282,2) um T€ 30,3 gesteigert werden.

Im Abendspielplan konnten wie vorgesehen 12 Produktionen aufgeführt werden. Davon fanden 7 Produktionen im Großen Haus, 4 Produktionen im Studio sowie eine im Freilicht vor der Stadtbibliothek statt. Im Kinder- und Jugendtheater wurden 3 Produktionen erfolgreich zur Premiere gebracht, davon 2 im Theatertreff und eine im Studio.

Die Zuschüsse und Zahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2023/2024 betragen TEUR 5.688,2. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage für das Geschäftsjahr 2023/2024 erhöht sich für die Stadt Paderborn im Vergleich zum Vorjahr um T€ 67,9 auf T€ 3.652,0 (Vorjahr: T€ 3.584,1). In dieser Einzahlung sind T€ 739,5 für die Nutzungsgebühr (Miete) des Theaters enthalten. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage des Kreises Paderborn für den gleichen Zeitraum erhöht sich um T€ 33,9 auf T€ 1.456,2 (Vorjahr: T€ 1.422,3). Die Kapitalrücklage wird in Höhe von T€ 430,0 aufgelöst, um den zu erwartenden Anstieg der Personalkosten auszugleichen. Darüber hinaus erfolgt eine Auflösung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 150,8 für die Erneuerung der Bühnentechnik.

Der Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt zeitanteilig für das Geschäftsjahr 2023/2024 insgesamt T€ 650,6 (Vorjahr: T€ 696,9). Die Bezirksregierung Düsseldorf bewilligte dem Theater im November 2020 Mittel in Höhe von insgesamt T€ 1.081,9 im Rahmen des Förderprogramms Neue Wege (Land NRW) für den Zeitraum vom 05.11.2020 bis 31.12.2023. Mit Bescheid vom 10.11.2022 hat die Bezirksregierung Düsseldorf die Mittel um T€ 61,8 erhöht. Diese Förderung erhält das Theater für die Bildung einer vollständigen Kinder- und Jugendtheatersparte. Auf das Wirtschaftsjahr 2023/2024 entfallen aus diesen Mitteln T€ 242,4 (Vorjahr: T€ 312,6).

Weitere T€ 100,0 gewährt das Land NRW mittels Betriebskostenzuschuss zu den Personalkosten als Festbetragfinanzierung der bereits vor Spartengründung des jott durchgeföhrten Kinder- und Jugendtheaterarbeit.

Die Aufwendungen der Gesellschaft haben sich insgesamt um T€ 701,7 erhöht.

Entwicklung des Zuschuss- und Einzahlungsbedarfs

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2023/2024 wurde ein Zuschuss- und Einzahlungsbedarf in Höhe von T€ 5.725,2 (Vorjahr: T€ 5.691,0) ermittelt. Die Zuschüsse und Einzahlungen der Gesellschafter setzen sich wie folgt zusammen: T€ 2.912,4 für den Betrieb und T€ 739,5 für Gebäudeunterhalt durch die Stadt Paderborn; T€ 1.456,2 entfallen auf den Kreis Paderborn und T€ 617,1 auf das Land NRW.

Nachfolgend sind die Zahlen des Wirtschaftsplans 2023/2024 den Ist-Zahlen des Geschäftsjahres gegenübergestellt. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024/2025, der durch Beschluss in der Gesellschafterversammlung vom 02. Juli 2024 einstimmig genehmigt wurde, dargestellt:

	Plan 2024/ 2025 T€	Plan 2023 / 2024 T€	Ist 2023 / 2024 T€
Einnahmen			
Erlöse aus Kartenverkauf	480,0	470,0	455,0
"Neue Wege"	8,0	8,0	0,0
Abonnement / Gruppen	450,0	440,0	312,6
sonstige Einnahmen (u. a. zweckgebundene Drittmittel)	219,5	217,5	198,7
Stiftungsmittel	0,0	0,0	0,0
Zuschüsse:	- Land NRW	593,0	617,1
Gesamteinnahme	1.750,5	1.752,6	1.616,9
Ausgaben			
Personalkosten	5.066,0	4.977,0	5.152,5
Aufführungskosten (Materialaufwand)	413,7	406,0	525,0
Raumkosten	1.419,3	1.303,6	1.178,8
Reparaturen	69,0	67,9	271,8
Versicherungen und Beiträge	27,9	27,3	32,1
Fahrzeugkosten	24,8	24,2	8,2
Werbe- und Reisekosten	215,4	205,9	257,1
Abschreibungen	71,5	71,5	97,9
sonstige Ausgaben	211,1	207,4	274,9
Gesamtausgaben	7.518,7	7.290,8	7.798,3
Ergebnis	-5.768,2	-5.538,2	-6.181,4
Zuzahlungen Gesellschafter:	- Stadt Paderborn - Kreis Paderborn - Stadt Paderborn (GMP)	3.352,5 1.676,2 739,5	2.912,5 1.456,2 739,5
Auflösung Rücklage:	- Personalkosten - Bühnentechnik	0,0 0,0	430,0 150,8
Gesamtzuzahlungen / Auflösung Rücklage	5.768,2	5.538,2	5.689,0
Abweichung	0,0	0,0	-492,4

Die zwischen den Gesellschaftern Stadt und Kreis Paderborn geschlossene „Vereinbarung über die Finanzierung der Westfälischen Kammerspiele GmbH“ und die Verlängerung dieser Verlustübernahmeverklärung läuft bis zum 31.07.2024 (Ende des Geschäftsjahres 2023/2024). Sie verlängert sich jeweils um weitere 5 Jahre, sofern sie nicht seitens des Kreises oder der Stadt Paderborn mit einer Frist von 2 Jahren zum jeweiligen Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird.

II. Voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken

In der Spielzeit 2024/2025 ist abzusehen, dass sich der positive Trend der Besuchszahlen fortsetzt. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts blickt man auf eine äußerst erfolgreiche erste Spielzeithälfte mit

Besuchsrekorden im weihnachtlichen Familienstück zurück: So stieg im Vergleich zum Vorjahr im Zeitraum August bis November die Zahl der verkauften Tickets insgesamt um 1.912 auf 29.325. Auch hat sich das Niveau der Abonnementzahlen trotz Preiserhöhung zur Spielzeit 2024/2025 auf 1.990 stabilisiert.

Steigerungen der Personalkosten durch Tarifabschlüsse im NV Bühne sind im Wirtschaftsplan abgebildet, es bleibt abzuwarten, zu welcher Einigung die Tarifparteien im Frühjahr 2025 gelangen werden.

Weiterhin steigend sind die Ausfälle im Bereich der Ton- und Bühnentechnik. Weitere Erneuerungen werden bereits in der laufenden Spielzeit notwendig sein. Eine Erneuerung des Bühnenbodens im Großen Haus ist zum Ende der Spielzeit 2024/2025 geplant, die entsprechenden Kosten sind durch die Investitionssumme von T€ 130,0 im Wirtschaftsplan abgebildet.

Die Erneuerung der szenischen Beleuchtung im Studio durch moderne und vor allem energiesparende LED-Geräte erfolgte zum Ende der Spielzeit 2023/2024. Hierfür wurden Mittel des Klimafonds der Stadt Paderborn eingesetzt. Die teilweise Erneuerung der szenischen Beleuchtung im Großen Haus, ebenfalls durch Mittel des Klimafonds, ist beantragt. Eine rechtssichere Entscheidung über die Verfügbarkeit dieser Mittel erfolgt im Zuge des Beschlusses des Haushalts der Stadt Paderborn für das Jahr 2025.

4.4.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin ist Intendantin Katharina Kreuzhage.

Gesellschafterversammlung

Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist als Leiterin der Stabstelle Recht und Grundsatzangelegenheiten Frau Hering.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Ifd. Nr.	Name
1	Michael Dreier
2	Ingo Tiemann
3	Carsten Venherm
4	Claudia Steenkolk
5	Alexander Senn
6	Wolfgang Glunz
7	Sabine Kramm
8	Carsten Grabenstroer
9	Andrea Klausing
10	Susanne Schüssler
11	Rita Vahle-Kuhlmann
12	Rainer Rings

4.4.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts-

und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 42 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

4.4.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

4.5.1 Basisdaten

Kurverwaltung Wünnenberg GmbH

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg - Fürstenberg

Tel.:02953/709-0, Fax: 02953/709-78, Internet: -

Gründungsdatum: 12. März 1991

4.5.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist das Betreiben von Kuranlagen in Bad Wünnenberg und aller damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben. Insbesondere sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Bad Wünnenberg zu einem anerkannten Fremdenverkehrs- und Kurort fortentwickeln.

Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen gewerblicher und / oder gemeinnütziger, gleicher oder anderer Art zu errichten, zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen.

Die Gesellschaft soll sich insbesondere an der Aatalklinik Wünnenberg GmbH zum Betreiben einer Rehabilitationsklinik in Bad Wünnenberg beteiligen.

4.5.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Das „örtliche Gesundheitswesen“ bzw. die Errichtung und Unterhaltung von „Einrichtungen der Gesundheit“ gehört zu den Aufgaben kommunaler Körperschaften, insofern hier Bedarf besteht. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich im Geschäftsverlauf wieder.

4.5.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 51.200,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Kreis Paderborn	8.192,00 € (16,00 %)
Stadt Bad Wünnenberg	43.008,00 € (84,00 %)

4.5.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.5.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	14.329.790,70	13.813.616,72	-516
I. Immaterielle Vermögen	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	14.314.157,46	13.797.983,48	-516
III. Finanzanlagen	15.633,24	15.633,24	0
B. Umlaufvermögen	408.040,03	1.690.636,65	1.283
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	144.166,81	40.386,44	-104
III. Flüssige Mittel	263.873,22	1.650.250,21	1.386
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	859,77	1
Summe Aktiva	14.737.830,73	15.505.113,14	767
Passiva			
A. Eigenkapital	8.362.231,40	8.863.633,61	501
I. Gezeichnetes Kapital	51.200,00	51.200,00	0
II. Kapitalrücklage	3.940.028,62	3.940.028,68	0
III. Andere Gewinnrücklagen	500.000,00	500.000,00	0
IV. Bilanzgewinn	3.871.002,78	4.372.404,93	501
B. Rückstellungen	254.700,00	46.700,00	-208
C. Verbindlichkeiten	4.959.267,60	5.338.942,86	380
D. Rechnungsabgrenzungsposten	104.166,67	104.166,67	0
E. Passive latente Steuern	1.057.465,00	1.151.670,00	94
Summe Passiva	14.737.830,67	15.505.113,14	767

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Nach § 5 des am 7. November 1997 mit der Patienten-Heimversorgung gemeinnützige Stiftung, Bad Homburg (PHV), geschlossenen Gestattungsvertrages hat sich die Gesellschaft verpflichtet, die von der PHV errichteten Gebäude bei Vertragsbeendigung zu übernehmen und an die Pächterin eine Entschädigung für das Gebäude in Höhe des Brandversicherungswertes zu leisten.

Diese von der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH übernommene Verpflichtung wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 als Eventualverbindlichkeit aus Haftungsübernahme unterhalb der Bilanz mit einem Erinnerungswert von € 1,00 ausgewiesen, da aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden kann, ob der Brandversicherungswert dem Zeitwert des Gebäudes entspricht.

4.5.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	1.294.683,39	1.294.606,42	0
2. sonstige betriebliche Erträge	69.794,29	71.366,55	2
3. Personalaufwand	-8.199,36	-18.625,35	-10
a) Löhne und Gehälter	-6.240,00	-16.040,00	-10
b) soziale Abgaben und Aufw.f. Altersversorgung	-1.959,36	-2.585,35	-1
4. Abschreibungen	-545.210,00	-545.211,00	0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.365.365,85	-333.926,69	1031
6. Erträge aus Beteiligungen		0,00	0
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.811,06	19.627,30	11
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-50.120,83	-56.971,71	-7
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	94.205,15	-45.728,58	-140
10. Ergebnis nach Steuern	-501.402,15	385.136,94	887
11. Jahresergebnis	-501.402,15	385.136,94	887
12. Gewinnvortrag	4.372.404,93	4.187.267,99	
13. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0,00	-200.000,00	
13. Bilanzgewinn	3.871.002,78	4.372.404,93	

4.5.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
			Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	57	57	0
Eigenkapitalrentabilität	46	49	0
Anlagendeckungsgrad 2	95	98	-3
Verschuldungsgrad	62	61	2
Umsatzrentabilität	-39	30	-68

4.5.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die GmbH im Jahr 2024 kein weiteres Personal.

4.5.10 Geschäftsentwicklung

Rahmendaten

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland ebenfalls 0,2 %. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege. Dazu zählen zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten. In diesem Umfeld schrumpfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 erneut.

Unternehmensentwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH (Kurverwaltung) ist maßgeblich von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Aatalklinik Wünnenberg GmbH (Aatalklinik) abhängig, da der überwiegende Teil des Grundbesitzes mit Vertrag vom 03. August 2020 über eine Dauer von 20 Jahren an die Aatalklinik Wünnenberg verpachtet wird. Darüber hinaus sind beide Gesellschaften gesellschaftsrechtlich miteinander verflochten.

Der von der Aatalklinik an die Kurverwaltung zu entrichtender Pachtzins beträgt ab dem 1. Juli 2021 T€ 1.250 p.a., also monatlich ca. T€ 104. Neben der Umlage, welche die Aatalklinik an die Kurverwaltung entrichtet, werden die laufenden öffentlichen Lasten der verpachteten Grundstücke, namentlich die Grundsteuer, an die Aatalklinik weiterberechnet.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2024 entwickelte sich unterplanmäßig im Vergleich zu dem Wirtschafts- und Finanzplan und unterhalb des Ertragsniveaus des Vorjahrs. Grund hierfür waren in erster Linie die Kosten für die Instandhaltung des Klinikgebäudes (einschließlich der Dachsanierung) und Brandschutzmaßnahmen am Klinikgebäude. Bei einer Gesamtleistung von T€ 1.365 (Vorjahr T€ 1.366) hat die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von T€ 501 (Vorjahr Jahresüberschuss T€ 385) und einen Cash Flow aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von T€ 403 (Vorjahr T€ 1.016) erzielt. Der Ergebnisrückgang um T€ 866 auf – T€ 501 resultiert aus einer gegenüber dem Vorjahr verminderten Gesamtleistung (- T€ 1), höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- T€ 1.032), sowie ein um T€ 4 niedrigerem Zinsergebnis, denen niedrigere Personalaufwendungen (+ T€ 11) und Steueraufwendungen (+ T€ 140) gegenüberstehen.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. Dezember 2024 mit T€ 8.362 (56,7 % der Bilanzsumme) ein positives Eigenkapital aus, das sich bei zukünftiger planmäßiger Entwicklung des Geschäftsverlaufes in den nächsten fünf Jahren jährlich um durchschnittlich ca. T€ 159 erhöht. Mittelfristig kann daher weiterhin von einer sehr soliden Eigenkapitalausstattung der Kurverwaltung ausgegangen werden.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch Vorhaltung einer ausreichenden Barliquidität gesichert, die sich insbesondere durch im Berichtsjahr vorgenommene Grundstückskäufe und Instandhaltungsaufwendungen deutlich um T€ 1.386 vermindert hat.

Mit zwei Darlehensverträgen jeweils vom 28. Oktober 2020 über insgesamt 6,9 Mio. € wurde mit der VerbundVolksbank OWL eG eine Anschlussfinanzierung für die am 30. September 2021 auslaufenden Konsortialdarlehen mit der VerbundVolksbank OWL eG und der NRW.Bank Anstalt des öffentlichen Rechts vereinbart.

Die Kreditmittel werden ab dem 30. September 2021 allein durch die VerbundVolksbank OWL eG bereitgestellt. Die Darlehen über 4,4 Mio. € und 2,5 Mio. € haben eine vertragliche Laufzeit bis zum 30. September 2031 und werden über die Gesamtauflaufzeit mit einem Festzinssatz von nominal 1,00 % p.a. verzinst. Die Darlehen valutieren zum 31. Dezember 2024 mit insgesamt 4,6 Mio. €

Neben einer erstrangigen grundbuchlichen Absicherung lastend auf dem Grundbesitz der Gesellschaft, wurde der kreditgebenden Bank zur Besicherung des Darlehens die Miet- und Pachtzinsforderungen aus dem Pachtverhältnis abgetreten und eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bad Wünnenberg in Höhe von 80 % des jeweils zur Rückzahlung fälligen Darlehensbetrages zuzüglich anteiliger Zinsen und Nebenforderungen zur Verfügung gestellt. Mit dieser Anschlussfinanzierung wurde ein wesentlicher Beitrag zur Festigung der Kapitaldienstfähigkeit der Gesellschaft geleistet.

Chancen- und Risikoberichterstattung

Der Geschäftsverlauf der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH ist von den kontinuierlichen Einnahmezuflüssen aus der Verpachtung der Klinik und damit indirekt von der Belegungsquote der Aatalklinik und der zumindest kostendeckenden Vergütung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie der Beihilfe für die Patientenversorgung abhängig.

Bei einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Belegung von 95,0 % (Vorjahr 89,5 %) und demzufolge ansteigender betrieblichen Gesamtleistung (+ T€ 1.280) erwirtschaftete die Aatalklinik bei deutlich steigenden Personalkosten einen gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Jahresüberschuss von T€ 542 (Vorjahr T€ 335). Die Vergütung der Leistungen durch die Kostenträger hat sich im Jahr 2024 bei deutlich gestiegenen Kosten in etwa auf Vorjahresniveau stabilisiert. Insgesamt zeichnete sich auch für das Jahr 2024 eine zurzeit ausreichende, aber restriktive Haltung der Kostenträger bei Berücksichtigung der tatsächlichen Personalkostensteigerung ab.

Inwieweit sich die Inflation und geopolitische Spannungen (Ukraine, Nahost-Konflikt) sowie die neue Krankenhausbedarfsplanung für Nordrhein-Westfalen, die ab dem 01.04.2025 Gültigkeit erlangt hat und nach der die Aatalklinik Patienten der neurologischen Frührehabilitation nicht mehr betreuen darf, auf den zukünftigen Geschäftsverlauf der Aatalklinik auswirken werden, bleibt abzuwarten. Die hieraus zu erwartenden Umsatzrückgänge können nur teilweise durch die zusätzliche Aufnahme von Patienten der Phase C und D gedeckt werden. Bisher wurden die Pachtzahlungen durch die Aatalklinik stets fristgerecht geleistet. Aus den vorgenannten Gründen und insbesondere vor dem Hintergrund der Kapitalausstattung der Aatalklinik ist davon auszugehen, dass eine Bestandsgefährdung der Kurverwaltung nicht vorliegt. Es wird zunächst weiterhin von einer Nachhaltigkeit der von der Aatalklinik an die Kurverwaltung zu entrichtenden Pachtzahlungen ausgegangen.

4.5.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Bürgermeister Christian Carl, Bad Wünnenberg.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung sind Herr Landrat Rüther sowie Herr Kreistagsmitglied Hubert Nolte.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.5.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	30,00

Die Aatalklinik teilte mit, dass der Jahresabschluss und der Prüfbericht nur für interne Zwecke vom Wirtschaftsprüfer freigegeben ist und nicht an Dritte weitergegeben bzw. veröffentlicht werden darf. Herr Landrat Rüther wurde in der Gesellschafterversammlung der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH am 25.01.2021 als Mitglied für die Gesellschafterversammlung der Aatalklinik Wünnenberg GmbH gewählt.



4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH

4.6.1 Basisdaten

A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH (AV.E- GmbH)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.: 0 52 51/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: -

Gründungsdatum: 25. November 1991

4.6.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft nimmt alle dem Kreis Paderborn aufgrund des Abfallgesetzes für das Land NRW sowie des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen und des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Aufgaben, insbesondere die Abfallverwertung wahr, soweit sich der Kreis Paderborn im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Erfüllung dieser Aufgaben der Gesellschaft bedient. Die Gesellschaft kann andere Entsorgungs- und Verwertungsleistungen erbringen, z. B. im Rahmen des Dualen Systems.

Ebenso nimmt die Gesellschaft Aufgaben des Kreises Paderborn zur Umsetzung des am 12.12.2011 vom Kreistag des Kreises Paderborn beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes wahr. Zweck der Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien, z. B. aus Großwindkraftanlagen und Photovoltaikanlagen und damit unmittelbar verbundene Dienstleistungen einschließlich öffentlicher Energieberatungen im Gebiet des Kreises Paderborn.

4.6.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.6.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 1.022.583,76 €. Alleiniger Gesellschafter ist der AV.E-Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

4.6.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei den von der A.V.E. GmbH gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb (vgl. Tab. 3.2) ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 8.146.771,84 € handelt es sich um Darlehen (7.800.000,00 €) sowie Ausgaben aufgrund Pacht, Umlagen und Zinsen (335.466,84 €) und Kompensationen in Zusammenhang mit Windenergieanlagen (11.305,00 €). Auf der Seite des A.V.E. Eigenbetriebs werden Forderungen in gleicher Höhe gegenüber der A.V.E. GmbH ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für Photovoltaikanlagen werden gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb Erträge in Höhe von 46.296,06 € und Forderungen in Höhe von 55.092,31 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Aufwendungen und Verbindlichkeiten in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb 333.781,01 € Aufwendungen aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als entsprechende Erträge verbucht werden.

Gegenüber dem Kreis Paderborn werden Verbindlichkeiten in Höhe von 155.700,00 € aus der Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung (5.700,00 €) sowie der Rückgabe von Klimaschutzmitteln (150.000,00 €) ausgewiesen. Der Kreis Paderborn weist demgegenüber keine offenen Forderungen aus. Die Rückgabe der

Klimaschutzmittel in Höhe von 150.000,00 € wurde seitens des Kreises Paderborn als Forderung im Jahr 2025 eingebucht. Die Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung in Höhe von 5.700,00 € wird als Ertrag ausgewiesen.

Daneben werden Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 5.700,00 € ausgewiesen, die aus der Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung resultieren.

Gegenüber dem Kreis Paderborn werden Forderungen in Höhe von 24.684,10 € sowie Erträge in Höhe von 20.742,94 € aus Nutzungsentgelten für Photovoltaikanlagen ausgewiesen. Der Kreis Paderborn weist demgegenüber keine Verbindlichkeiten gegenüber der A.V.E. GmbH aus. Die Weiterleitung der Klimaschutzmittel an die A.V.E. GmbH in Höhe von 150.000,00 € wird unter Aufwendungen ausgewiesen.

4.6.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	14.284.885,17	14.610.421,19	-326
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	19.886,00	-20
II. Sachanlagen	14.267.385,17	14.585.535,19	-318
III. Finanzanlagen	17.500,00	5.000,00	13
B. Umlaufvermögen	2.213.617,34	2.092.724,64	121
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	833.097,36	561.026,15	272
II. Flüssige Mittel	1.380.519,98	1.531.698,49	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44.983,70	37.404,04	8
Summe Aktiva	16.543.486,21	16.740.549,87	-197
Passiva			
A. Eigenkapital	2.207.530,31	2.594.334,39	-387
I. Gezeichnetes Kapital	1.022.583,76	1.022.583,76	0
II. Gewinnrücklagen	919.460,20	919.460,20	0
III. Gewinnvortrag	652.290,43	-12.947,67	665
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-386.804,08	665.238,10	-1.052
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	526.611,26	3.600,00	523
C. Rückstellungen	212.692,15	525.213,36	-313
D. Verbindlichkeiten	13.596.652,49	13.617.402,12	-21
Summe Passiva	16.543.486,21	16.740.549,87	-197

4.6.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€2
1. Umsatzerlöse	1.666.579,31	2.748.824,32	-1.082
2. sonstige betriebliche Erträge	10.648,25	52.669,04	-42
3. Materialaufwand	142.507,83	107.114,84	35
Aufw. für bezogene Leistungen	142.507,83	107.114,84	35
4. Personalaufwand	107.502,09	131.097,91	-24
a) Löhne und Gehälter	89.766,12	107.028,84	-17
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	17.735,97	24.069,07	-6
- davon für Altersversorgung € 533,06 (€ 499,59) (€ 18,75)			
5. Abschreibungen	1.128.369,20	969.815,25	159
auf immat. Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.128.369,20	969.815,25	159
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	456.997,05	389.132,83	68
- davon aus verbundenen Unternehmen € 350,00 (€ 750,00)			
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.816,90	10.849,85	6
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	317.027,27	253.057,46	64
9. Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	-71.554,90	300.961,32	-373
10. Ergebnis nach Steuern	-386.804,08	661.163,60	-1.048
11. Sonstige Steuern	0,00	-4.074,50	4
12. Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-386.804,08	665.238,10	-1.052

4.6.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	13	15	-14
Eigenkapitalrentabilität	-18	26	-168
Anlagendeckungsgrad 2	112	115	-2
Verschuldungsgrad	626	545	15
Umsatzrentabilität	-23	24	-196

4.6.9 Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Geschäftsjahr ohne Geschäftsführung beträgt 2,0 Mitarbeitende (VJ: 2,0).

4.6.10 Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens und Wirtschaftsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes:

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.01.2015 wurde der Geschäftsbereich „Energie“ neu dem Aufgabenbereich der GmbH zugeordnet. Gedeckt durch Kreistagsbeschlüsse, soll die A.V.E. GmbH die regenerative Energieerzeugung auf kreiseigenen Flächen und Liegenschaften für den Kreis Paderborn prüfen, projektieren und betreiben.

Im Jahr 2023 wurde der mittels Wind- und Ertragsgutachten prognostizierte Ertrag für die Windenergieanlagen (WEA) 1 und 2 von 14,2 Mio. kWh mit 12,28 Mio. kWh deutlich um 13,5% unterschritten. Mit Zubau der dritten WEA - in Hauptwindrichtung vor den bestehenden Anlagen – reduziert sich jedoch der ermittelte jährliche Windertrag von 14,2 Mio. kWh um ca. 0,9 Mio. kWh (ca. 6,5%). Der erzielte Ertrag setzt sich aus 10,26 Mio. kWh verkaufter Energie sowie 2,02 Mio. kWh abgeregelter Energie (Menge aus Redispatch 2.0) zusammen. Die abgeregelte Energie wurde hierbei finanziell mit dem Bemessungssatz von 7,68 Cent/kWh laut EEG-Vergütung ausgeglichen. Die Ende 2023 eingestellte Drosselung der beiden Anlagen wegen einer Netzunverträglichkeit konnte im Januar 2024 aufgehoben werden.

Die Planung der dritten WEA mit 4,2 MW der Fa. Enercon wurde im Jahr 2021 abgeschlossen. Um eine sichere Einspeisevergütung nach dem EEG für den Betrieb der Anlage zu bekommen, hat man sich an dem Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur für Windenergieanlage beteiligt. Hier wurde ein Zuschlag für die Vergütung von 5,88 Cent/kWh erteilt. Dieser Zuschlag sichert der A.V.E. GmbH die Vergütung zzgl. eines Zuschlages für die Standortgüte von 35% für die Betriebszeit von 20 Jahren zu. Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Anlage incl. der Anbindung an das Versorgungsnetz erstellt. Die Anlage ist im März 2023 in Betrieb gesetzt worden und erzeugte im Jahr 2024 elektrische Energie in Höhe von 7,39 Mio. kWh.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde durch den Aufsichtsrat der Beschluss gefasst, die Photovoltaikanlagen auf den Hallendächern ab dem Jahr 2021 dem A.V.E. Eigenbetrieb zu verpachten. Hierdurch erhält der Eigenbetrieb die kompletten Stromerlöse; sie dient aber auch zur Eigenversorgung der betrieblichen eigenen Einrichtungen. Der A.V.E. Eigenbetrieb übernimmt hiermit das Betriebsrisiko für den Anlagenbetrieb. Die Pacht ist als Pauschale festgesetzt und wird unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg geleistet. Im Vorjahr verlief der Betrieb der PV-Anlage entsprechend der Erwartungen. Nach dem gleichen Betreibermodell hat die A.V.E. GmbH die Planung und den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kreisverwaltung initiiert. Die Inbetriebnahme erfolgte im Mai 2022. Betreiber dieser Anlage ist der Kreis Paderborn.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde mit der Montage einer weiteren PV-Anlage mit 530 kWp auf dem Kreisbauhof im Entsorgungszentrum begonnen. Diese Arbeiten wurden im Juni 2023 abgeschlossen und die Anlage am 14.07.2023 in Betrieb genommen. Die Anlage wird mit der Inbetriebnahme ebenfalls an den A.V.E. Eigenbetrieb verpachtet und dient wie die bestehende PV-Anlage im Entsorgungszentrum unter anderem der Eigenversorgung. Die Vermarktungserlöse aus der Stromproduktion erhält der Eigenbetrieb. Das Betreiberrisiko liegt beim A.V.E. Eigenbetrieb.

Im Jahr 2023 wurden noch drei weitere PV-Anlagen auf Kreisliegenschaften montiert und davon zwei im Jahr 2023 auch in Betrieb genommen. In den beiden Fällen handelt es sich um Anlagen auf Rettungswachen, und zwar in Büren und Fürstenberg. Beide Anlagen sind mit einem notstromfähigen Speicher ausgestattet. Die Anlagen wurden am 16.06. (Büren) und 14.07. (Fürstenberg) in Betrieb genommen. Die weitere Anlage (ehem. Job-Center) wurde am 10.01.2024 in Betrieb genommen. Im Jahr 2024 ist auf dem Dach des Ludwig-Erhard-

Berufskollegs in Büren eine weiter PV-Anlage installiert worden, welche am 17.02.2025 in Betrieb genommen wurde. Erstmalig wurde eine Aufteilung der Anlage vorgenommen, so dass ca. 56 kWp für den Eigenverbrauch genutzt werden und ca. 146 kWp komplett ins Netz einspeisen.

Insgesamt wurden 1409 kWp auf den verschiedenen Objekten des Eigenbetriebes und der Kreisverwaltung montiert. In allen Fällen ist die A.V.E GmbH nicht Betreiber und trägt nicht das Betreiberrisiko.

Im Jahr 2022 wurde im Aufsichtsrat beschlossen, eine Netzverknüpfung für die Einspeisung von ca. 10 MW zu planen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass im Entsorgungszentrum der Ausbau von Photovoltaikanlagen in der Fläche erfolgen kann. Maßgeblich hierfür ist ein leistungsstarker Zugang zu dem öffentlichen Versorgungsnetz. Nach der Untersuchung verschiedener Anschlussmöglichkeiten, wurde mittels Dringlichkeitsbeschluss am 24.08.23 und anschließendem Beschluss im Aufsichtsrat am 20.09.23 der Anschluss an das Umspannwerk in Salzkotten-Upsprunge favorisiert. Mit dem Kauf der Stromkabel und den Anschlussarbeiten wurde bereits im Herbst begonnen. Die Fertigstellung mit einer Anschlussstation am Windpark Alte Schanze ist für Mai 2025 geplant.

Eine Planung einer PV-Anlage auf der nord-ost Böschung der DK 0 in 2024 kam zu dem Ergebnis, dass kein wirtschaftlicher Betrieb an diesem Standort bei einer Volleinspeisung des erzeugten Stroms möglich ist. Aus diesem Grund wird die Umsetzung dieses Projektes zunächst nicht weiterverfolgt. Es bleibt abzuwarten, welche wirtschaftlichen Gegebenheiten sich bei den Untersuchungen der Süd- und Westböschung der DK 0 Deponie bei stärkerer Sonnenbestrahlung ergeben. Diese können erst nach Verfüllung ab Ende 2025 durchgeführt werden.

Auf der planfestgestellten Deponiefläche konnte ein Standort im Stadtgebiet Paderborn identifiziert werden, der einen weiteren Windkraftanlagenstandort zulässt. Dieser Standort liegt außerhalb von ausgewiesenen Windvorrangzonen. Somit bedarf es einer Positivplanung der Stadt Paderborn. Überschlägliche Ermittlungen haben für diesen Standort einen wirtschaftlichen Betrieb ergeben. Alle erforderlichen Untersuchungen wurden angestoßen, um den Standort zu finalisieren. Eine Entscheidung der Stadt Paderborn steht noch aus.

Seit 2018 stellt die A.V.E. GmbH den Malteser Werke gGmbH im Liebfrauengymnasium Büren eine wärmegesteuerte Heizungsanlage mit Stromauskopplung (Eigenverbrauch) zur Verfügung. Die Anlage selber hat der A.V.E. von der Energieservice Westfalen Weser GmbH aus Kirchlengern langfristig gepachtet und für die Objekte auch einen Wartungsvertrag geschlossen. Die Kosten der Pacht und der Wartung werden an die Malteser Werk weiterberechnet. Das Risiko des Betriebes und der Einkauf des Gases obliegt hierbei dem Betreiber, somit den Malteser Werken.

Die Vorplanungen für eine PV-Anlage am Flughafen konnten aufgrund des enormen Abstimmungsbedarfes mit und zwischen den Genehmigungsbehörden erst im März 2025 zum Abschluss gebracht werden. Durch das Blendgutachten konnten geeignete Flächen im Bereich des Rollfeldes identifiziert werden. Auf Basis dieses Gutachtens wurde auch ein signaltechnisches Gutachten erstellt, um letztlich einen sicheren Flugbetrieb zu gewährleisten. Das finale Gutachten sowie die Schlussrechnung wurden im März 2025 erstellt und der A.V.E. GmbH übergeben.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich zum Bilanzstichtag auf rund 13,3 %. Die Liquidität und Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Windenergieanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Wirtschaftliche Risiken bestehen durch erhöhte Ausfallzeiten beim Betrieb der WEAs durch Schäden an der Anlagentechnik. Dieses Risiko wird durch zwei Mechanismen weitgehend ausgeschlossen. Zum einen besteht mit der Fa. Enercon, ausgeführt durch die Fa. Lackmann Phymetric, ein Vollwartungsvertrag über die Laufzeit von 20 Jahren, der eine Verfügbarkeit der Anlagen von 97% bzw. ab dem 16. Jahr von 95% garantiert. Darüber hinaus wird für beide Anlagen mit Übergabe der Anlagen die Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherung vom Projektierer übernommen.

Bestimmt durch das EEG muss der erzeugte Strom vom Betreiber vermarktet werden. Hierzu bedient sich die A.V.E. GmbH seit dem 01.01.2021 des Direktvermarktes WestfalenWind Strom GmbH. Die hieraus erzielten Erlöse erhält die GmbH in Form des „Marktwertes“. Entsprechend dem EEG, zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Windenergieanlagen WEA 1 und WEA 2, hat die GmbH einen Vergütungsanspruch in Höhe von 7,68 Cent/kWh, bzw. 7,94 ct/kWh bei der WEA3. In Monaten, in denen der Marktwert (Vergütungsbasis des Direktvermarkters) kleiner als der Anspruch ist, wird der Differenzbetrag vom Netzbetreiber (Westfalen Weser Netz GmbH) mit der sogenannten „Marktpremie“ ausgeglichen.

Ein Ausfall des Netzbetreibers ist zu keinem Zeitpunkt zu erwarten. Ein Risiko besteht für die GmbH insoweit, dass der Direktvermarkter die Insolvenz beantragt. Hierdurch wäre die Zahlung von ca. zwei Monatserträgen gefährdet. Im Jahr 2024 lag der Monatsmarktwert lediglich im November über dem Anzulegenden Wert.

Heizungsanlage

Für die Heizungsanlage haben die Malteser Werke einen Vollwartungsvertrag mit der A.V.E. GmbH geschlossen. Diese wiederum hat die ESW mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten hieraus beauftragt. Ein Risiko für die A.V.E. GmbH besteht insoweit aus dem Betrieb der Heizungsanlage nicht.

Die Pachtverträge mit ESW haben eine Laufzeit von 20 Jahren; für die KWK-Anlage von 10 Jahren. Die Seitens der GmbH geschlossenen Verträge mit den Maltesern haben hingegen nur eine Laufzeit von 15 Jahren bzw. 10 Jahren für die beiden BHKWs. Für den Brennwertgaskessel und die Heizungsverteilung besteht insofern eine Vertragslücke von 5 Jahren. Da sich das Gebäude im Eigentum des Kreises Paderborn befindet und auch nach 15 Jahren eine Nutzung des Gebäudes erfolgen wird, ist das Risiko des Pachtausfalles zu vernachlässigen.

Photovoltaikanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Für die bestehende PV-Anlage ist durch den Betreiberwechsel das wirtschaftliche Risiko auf den A.V.E. Eigenbetrieb bzw. auf den Kreis Paderborn übergegangen. Die Pachtzahlungen an die GmbH sind hierbei erfolgsunabhängig. Nach politischem Beschluss sollen nach diesem Betreibermodell auch weitere PV-Anlagen auf Gebäuden des Kreises Paderborn errichtet und betrieben werden, sofern die Wirtschaftlichkeit hier vorliegt.

4.6.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der A.V.E. GmbH ist Henrik Egeler, technischer Dezernent des Kreises Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung besteht aus 12 Mitgliedern.

Ifd. Nr.	Name
1	Udo Fölling
2	Klaus Zündorf
3	Hanswalther Lüttgens
4	Thorsten Jakobsmeier
5	Anke Mersch
6	Ralf Pirsig
7	Klaus Schüssler
8	Burkhard Blienert
9	Johannes Risse
10	Lukas Lambrecht
11	Haese Verena
12	Andre Brandt

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Dies sind im Einzelnen:

Ifd. Nr.	Name
1	Meinolf Päsch
2	Ulrich Fresen
3	Hubert Nolte
4	Markus Müller
5	Jürgen Schmidt
6	Anke Thomas
7	Ingo Tiemann

4.6.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil
Energiegenossenschaft Paderborner Land eG	10 Geschäftsanteile à 500,00 €

4.6.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 14,29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.6.14 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten

Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

4.7.1 Basisdaten

Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Frankfurter Weg 22
33106 Paderborn
Tel.: 0 52 51/1737-30, Fax: 05251/1737-65, Internet: www.radiohochstift.de
Gründungsdatum: 18. Oktober 1990

4.7.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmenszweck der GmbH & Co. KG ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben. Dies sind im Einzelnen:

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen
3. für den Vertragspartner den in § 53 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
4. Hörfunkwerbung gemäß LMG NRW zu verbreiten.

Daneben sind alle damit zusammenhängenden Geschäfte zulässig. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen gründen.

4.7.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Landesmediengesetz.

4.7.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital beträgt 520.000,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Zeitungsvorlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG	390.000,00 € (75,00 %)
Kreis Höxter	65.000,00 € (12,50 %)
Kreis Paderborn	65.000,00 € (12,50 %)

Die Komplementärin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleinige Gesellschafterin die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist. Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ohne Einlage beteiligt.

4.7.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2024 keine Ausschüttung.

4.7.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	160.870,00	162.151,00	-1
I. Immaterielle Vermögen	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	135.270,00	136.551,00	-1
III. Finanzanlagen	25.600,00	25.600,00	0
B. Umlaufvermögen	1.217.876,87	1.286.154,02	-68
I. Vorräte	9.768,65	14.877,24	-5
II. Forderungen	1.087.556,01	1.075.610,08	12
III. Flüssige Mittel	120.552,21	195.666,70	-75
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.017,11	28.831,11	-3
Summe Aktiva	1.404.763,98	1.477.136,13	-72
Passiva			
A. Eigenkapital	1.056.167,24	1.122.931,46	-67
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	520.000,00	520.000,00	0
II. Rücklagen	536.167,24	602.931,46	-67
B. Sonderposten	25.600,00	25.600,00	0
C. Rückstellungen	33.693,00	18.201,00	15
D. Verbindlichkeiten	289.303,74	310.403,67	-21
Summe Passiva	1.404.763,98	1.477.136,13	-72

4.7.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	2.295.481,57	2.387.226,66	-92
2. sonstige betriebliche Erträge	16.772,44	23.221,86	-6
3. Materialaufwand	1.503.729,06	1.504.322,20	-1
4. Rohergebnis	808.524,95	906.126,32	-98
5. Abschreibungen auf immaterielle VG	38.754,96	25.998,28	13
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	831.999,50	901.372,76	-69
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.917,71	8.372,06	-4
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	4,68	0
9. Ergebnis nach Steuern	-66.147,22	-29.612,10	-37
10. Sonstige Steuern	617,00	399,00	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-66.764,22	-30.011,10	-37
12. Belastung der Rücklagen	66.764,22	30.011,00	37
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.7.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	75	76	-1
Eigenkapitalrentabilität	36	36	0
Anlagendeckungsgrad 2	2.640	2.640	0
Verschuldungsgrad	75	75	0
Umsatzrentabilität	15	15	0

4.7.9 Personalbestand

Siehe unter Punkt 4.7.10 Personal- und Sozialbereich

4.7.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft (BG) ist Betreiberin eines privaten lokalen Hörfunksenders für die Kreise Höxter und Paderborn. Die Geschäftstätigkeit erfolgt auf Grundlage des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NW) innerhalb des sogenannten Zwei-Säulen-Modells. Das bedeutet: Die programmatische Verantwortung liegt allein bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e.V. (VG), die auch Arbeitgeberin für die Beschäftigten in der Redaktion ist. Die Vermarktung des Programms, die Kosten seiner Verbreitung und das wirtschaftliche Risiko liegen allein bei der BG. Die Höhe der zu erwirtschaftenden Werbeerlöse ist wesentlich abhängig von den in den offiziellen Mediaanalysen (MA Audio und EMA NRW) gemessenen Hörerreichweiten des Programms sowie von der konjunkturellen Situation lokal und überregional. Das Geschäftsmodell ist, ein Hörfunkprogramm zu finanzieren, das über eine möglichst hohe Hörerreichweite Werbeeinnahmen generiert, welche die Kosten für die Programmproduktion und -verbreitung übersteigen.

Wirtschaftsbericht

Entwicklung des Hörfunkwerbemarktes

Der nationale Hörfunk-Werbemarkt entwickelte sich im Berichtsjahr positiv. Die Bruttowerbeeinnahmen aller öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunkanbieter in Deutschland beliefen sich nach einer Erhebung von The Nielsen Company im Jahr 2024 auf T€ 2.062.313. Das entspricht einem Plus von T€ 123.337 oder 6,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die von der ARD Media (vormals AS&S Radio) vermarktetem, überwiegend öffentlich-rechtlichen Hörfunksender nahmen in ihrer Umsatzentwicklung um T€ 27.075 auf T€ 517.374 zu (plus 5,5 %). Die von der RMS vermarkteten Privatradios, zu denen auch RADIO NRW zählt, verzeichneten in Summe ein Plus von T€ 96.262 oder 6,6 % auf T€ 1.544.939.

Der Gesamt-Marktanteil von Hörfunk im Wettbewerb der Werbemedien lag 2024 bei 5,7 % (Vorjahr: 5,6 %), was angesichts des nach wie vor relativ hohen Grades der Radionutzung in Deutschland im Vergleich zu den anderen Werbeträgern ein niedriger Wert ist. Den größten Anteil am Gesamtwerbemarkt hatte auch 2024 das Fernsehen mit 48,2 % (Vorjahr: 48,0 %), gefolgt von den Tageszeitungen mit 16,0 % (Vorjahr: 15,8 %), den Onlinemedien mit 12,9 % (Vorjahr 12,8 %), den Out Of Home Medien mit 9,1 % (Vorjahr: 8,4 %) und den Publikumszeitschriften mit 6,7 % (Vorjahr: 7,6 %).

Nach Nielsen beliefen sich die Bruttowerbeaufwendungen in den Werbemedien in Deutschland 2024 insgesamt auf € 36,147 Mrd. und lagen damit T€ 1.698 oder 4,9 % über Vorjahr.

Die Brutto-Werbeeinnahmen des mit den NRW-Lokalradios vertraglich verbundenen Rahmenprogramm-Anbieters RADIO NRW stiegen von T€ 145.282 im Jahr 2023 um T€ 7.659 auf T€ 152.941 in 2024 (plus 5,3 %).

Parallel nahmen die Brutto-Werbeeinnahmen der beiden mit RADIO NRW auf dem landes-weiten Hörfunk-Werbemarkt konkurrierenden WDR-Wellen von T€ 116.278 geringfügig um T€ 155 auf T€ 116.433 zu (plus 0,1 %). Einslive legte ggü. 2023 T€ 1.205 auf T€ 53.015 zu (plus 2,3 %). WDR 2 verlor T€ 1.051 auf T€ 63.418 (minus 1,6 %). Allerdings waren die Netto-Werbeeinnahmen von RADIO NRW 2024 stark rückläufig.

Die von der RADIO NRW GmbH an die 44 Lokalstationen ausgeschüttete Gesamt-BG-Vergütung inklusive der Erlöse aus Telefon-Mehrwertdienstgewinnspielen, flexibler Werbezeit und Überhangwerbung lag im Geschäftsjahr 2024 lt. Prognose vom 20.12.2024 bei T€ 14.710 und damit erheblich unter dem Niveau des Vorjahrs (minus T€ 3.993 oder minus 21,3 %). Die Ausschüttungen von RADIO NRW an die Lokalradios erreichten 2024 einen historischen Tiefpunkt. Ursächlich dafür waren vor allem ein außergewöhnlich schlechtes Reichweitenergebnis von RADIO NRW in der MA Audio 2023 II und einmalig entstandene Kosten zur Restrukturierung des Rahmenprogramm-Anbieters seit Januar 2024 unter neuer Geschäftsführung.

Die Entwicklung auf den lokalen Werbemarkten ist von der bundes- bzw. landesweiten Entwicklung zu unterscheiden, weil lokale Hörfunkwerbung eher für örtliche Handelsunternehmen, Handwerker und Dienstleister als für national operierende Discounter und Hersteller bzw. Händler von Markenartikeln interessant ist. Die für die Betriebsgesellschaft relevanten Bereiche a) Erlöse aus lokalem Verkauf (Einzelsenderbelegung, Funkkombi OWL+, Sonderwerbeformen) und b) Erlöse aus überregionaler Werbung (RADIO NRW) sind daher differenziert zu betrachten.

Geschäftsverlauf und Lage

Umsatzentwicklung

Die Gesamtleistung von Radio Hochstift sank von T€ 2.387 im Jahr 2023 nochmals um T€ 92 auf T€ 2.295 in 2024 (minus 3,8 %).

Lokaler Werbemarkt

Die Erlöse aus Spotsendungen (Funkkombi OWL+, Einzelbelegung des Senders und Sonderwerbeformen) nahmen nach dem schwachen Vorjahr im Geschäftsjahr 2024 nochmals um T€ 12 auf T€ 1.641 ab (minus 0,7 %).

radio NRW

Die auf Radio Hochstift entfallende BG-Vergütung von RADIO NRW inklusive der Erlöse aus Telefon-Mehrwertdienstgewinnspielen (TMWD), flexibler Werbezeit, Überhangwerbung und dem Sales Board Auftrag Aldi Nord ging um T€ 86 auf T€ 530 weiter zurück (minus 14,0 %). Im Geschäftsjahr 2021 hatte RADIO NRW noch T€ 977 an Radio Hochstift ausgeschüttet.

Die EMA 2024 I hat für Radio Hochstift eine deutlich verbesserte Hörerakzeptanz ausgewiesen. Die Durchschnittlichen Stundenreichweiten waren mit 11,89 % in der Gesamtzielgruppe 14plus und mit 12,01 % in der Altersgruppe 14 bis 49 Jahre erfreulich hoch. Radio Hochstift hatte somit im Geschäftsjahr 2024 einen Anteil von 3,46 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung von RADIO NRW (Vorjahr: 3,18 %). Die Gesamtvergütung von RADIO NRW an die 44 Lokalradios erreichte jedoch 2024 - wie bereits erwähnt - mit € 14,7 Mio. einen historischen Tiefpunkt.

Werbeveranstaltungen

Der Erlös aus Werbeveranstaltungen ging um T€ 7 auf T€ 6 zurück (minus 51,9 %). Ursache war, dass RADIO NRW 2024 keine Werbekostenzuschüsse zur Begleitung landesweiter Promotions leistete.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber 2023 um T€ 6 auf T€ 17 (minus 27,8 %).

Aufwandsentwicklung

Materialaufwand

Der Materialaufwand blieb unverändert bei T€ 1.504. Die Aufwendungen für den Vertragspartner Veranstaltergemeinschaft sanken gegenüber dem Vorjahr geringfügig um T€ 3 auf T€ 853 (minus 0,3 %).

Abschreibungen auf Anlagen

Die Abschreibungen auf Anlagen stiegen um T€ 13 auf T€ 39 (plus 49,1 %).

Investitionen

Die Investitionen im Jahr 2024 beliefen sich auf T€ 37. Die 2023 begonnenen Ersatzinvestitionen für mehr als zwölf Jahre alte Sendebetriebstechnik an den Redaktionsstandorten Paderborn und Höxter wurden 2024 abgeschlossen.

Personal- und Sozialbereich

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmens bezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von ams (Bielefeld), erledigt.

Bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e. V. waren auf Basis des jährlich zu verabschiedenden Stellen- und Wirtschaftsplans im Berichtsjahr 1 Chefredakteur, 1 CvD, 7,6 Redakteure, 2 Volontäre und 1 Redaktionsassistent beschäftigt.

Mit Ausnahme des Chefredakteurs fallen die fest angestellten Mitarbeiter unter den Tarifvertrag für die Angestellten im Lokalfunk NRW. Die über den Stellen- und Wirtschaftsplan eingestellten Mittel umfassen die Gehälter, die Aufwendungen für Arbeitgeberanteile an Lohn und Gehalt, Berufsgenossenschaft, Ausbildung, Honorare für freie Mitarbeiter sowie Beiträge für die Künstlersozialkasse.

Ertragslage

Mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 2024 und mit dem wirtschaftlichen Ergebnis ist die Geschäftsführung sehr unzufrieden. Es wurde ein Fehlbetrag von T€ 67 erwirtschaftet. Das Ergebnis verschlechterte sich gegenüber 2023 nochmals um T€ 37.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist weiterhin gut. Die Eigenkapitalausstattung ist im Hinblick auf die Aufgaben und die Ertragslage der Gesellschaft hinreichend bemessen. Zur Absicherung eventueller Verluste in Folgejahren besteht eine Gewinnrücklage in Höhe von T€ 536.

Während des Geschäftsjahres traten keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage ein. Auf die Einforderung von Gesellschafterdarlehen konnte verzichtet werden. Zahlungsbereitschaft war stets gegeben. Die Bonität der Kunden hat sich 2024 nicht wesentlich verschlechtert.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Hörerreichweiten von Radio Hochstift blieben 2024 auf hohem Niveau stabil. Die Entwicklung der Marke Radio Hochstift ist ebenfalls weiterhin als positiv zu bezeichnen. Die Bekanntheit der Marke in der Bevölkerung der Kreise Höxter und Paderborn lag in der EMA 2025 I bei sehr guten 87 % (Vorjahr: 88 %).

Die Transformation der Marke Radio Hochstift vom analogen UKW-Radio zu einer digitalen Medienmarke verläuft weiterhin erfolgreich, was die Nutzungszahlen der Website radiohochstift.de und der Radio Hochstift App belegen. radiohochstift.de verzeichnete 2024 im Monatsdurchschnitt 945 Tsd. Visits (Vorjahr: 959 Tsd.). Die Radio Hochstift App verzeichnete 2024 im Monatsdurchschnitt 130 Tsd. Visits (Vorjahr: 122 Tsd.).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft peilt für das Geschäftsjahr 2025 die Rückkehr in die Gewinnzone an. Das geplante Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 70.

Die lokalen Werbeumsätze sollen deutlich gesteigert werden. Vermarkter ams arbeitet ab 2025 nicht mehr mit zwei gleichberechtigten Verkaufsleitern, sondern mit einer Verkaufsleiterin und zwei Teamleitern als Zwischenebene. Die Teamleiter begleiten die lokalen Media Sales Manager sehr eng, unterstützen sie und sorgen für eine noch strukturiertere Marktbearbeitung. Die lokalen Verkaufsgebiete wurden Anfang 2025 neu aufgeteilt. Die Kundenzuordnung zu den Außendienstlern erfolgt nun nicht mehr nach Branchen, sondern nach Postleitzahlen. Dies ist in der Marktbearbeitung effizienter und soll die Chancen und Risiken in den Gebieten gleichmäßiger unter den Mitarbeitenden aufteilen. In einem der beiden lokalen Verkaufs-gebiete für Radio Hochstift wurde im Frühjahr 2025 ein personeller Wechsel herbeigeführt. Im Jahr 2024 gab es ein umfangreiches Coaching für das gesamte ams Verkaufspersonal. Die Werbepreise wurden zum 01.01.2025 um durchschnittlich 4,3 % erhöht.

Die EMA 2025 I weist für Radio Hochstift eine stabile Hörerakzeptanz aus. Die durchschnittlichen Stundenreichweiten sind mit 11,37 % in der Gesamtzielgruppe 14plus (Vorjahr: 11,81 %) und mit 11,79 % in der Altersgruppe 14 bis 49 Jahre (Vorjahr: 12,01 %) weiterhin hoch. Weil sich in der EMA 2025 I ein leicht negativer Reichweitentrend für die NRW-Lokalradios insgesamt ergab, hat Radio Hochstift im Geschäftsjahr 2025 einen Anteil von 3,51 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung von RADIO NRW (Vorjahr: 3,46 %).

Die bis 2023 aufgetretenen, massiven Probleme bei RADIO NRW sollten inzwischen gelöst sein, so dass die BG-Vergütungen im Geschäftsjahr 2025 wieder deutlich steigen werden. Diese positive Prognose stützt sich auf folgende Hintergründe:

Grundlage für die nationale Vermarktung in der Radiobranche bilden die durchschnittlichen Stundenreichweiten, die in der MA Audio gemessen werden. Hier ist im Langzeitrend für den NRW-Lokalfunk eine schleichend sinkende Kurve zu beobachten. Es gab aber bis 2023 niemals größere Schwankungen - bis zur MA Audio 2023 II. Da wurde dann plötzlich für den NRW-Lokalfunk ein Reichweitenverlust um rd. 25 % ausgewiesen. Die ams Geschäftsführung hat dieses katastrophale Ergebnis sofort für einen statistischen Ausreißer gehalten und ist in dieser Ansicht in der MA Audio 2024 II bestätigt worden. Denn ein Großteil der massiven Reichweitenverluste aus 2023 wurde 2024 zurückgewonnen.

Im nationalen Radiogeschäft bilden die Reichweitenergebnisse aus dem Sommer die Grundlage für die Preisbildung und für die Verteilung der Vermarktungserlöse im gesamten folgenden Geschäftsjahr. Auf den NRW-Lokalfunk bezogen heißt das: Wegen des miserablen Reichweitenergebnisses aus dem Sommer 2023 musste RADIO NRW 2024 einen erheblichen Rückgang des Nettoumsatzes hinnehmen. Und im Umkehrschluss: Nach dem verbesserten Reichweitenergebnis aus dem Sommer 2024 ist jetzt schon vorgezeichnet, dass RADIO NRW 2025 wieder deutlich mehr Einnahmen aus dem nationalen Werbemarkt erzielen wird als 2024.

Gleichzeitig wurden und werden bei RADIO NRW die Kosten spürbar gesenkt. Der neue Geschäftsführer steuert einen konsequenten Restrukturierungskurs. RADIO NRW hat sich 2024 von mehr als einem Dutzend Angestellten getrennt. Dies hat € 1,9 Mio. an Restrukturierungskosten verursacht, die das Ergebnis und die BG-Vergütungen im Jahr 2024 einmalig belastet haben. Die gewünschten Spareffekte stellen sich ab 2025 ein. Dann sinken die Kosten bei RADIO NRW auf das Niveau von 2017.

Aus den genannten Gründen hat die BG-Vergütung von RADIO NRW im Geschäftsjahr 2024 mit 14,7 Mio. € einen historischen Tiefpunkt erreicht. Und aus den genannten Gründen sind für 2025 mindestens 18,7 Mio. € BG-Vergütung zu erwarten. Erklärtes Ziel bei RADIO NRW ist es, ab 2026 wieder mehr als 20 Mio. € jährlich an die 44 NRW-Lokalradios auszuschütten.

Das NRW-Lokalfunkmodell ist weiterhin zerbrechlich. Die wirtschaftliche Situation der NRW-Lokalradios insgesamt hat sich 2023 gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert. Nach einer Erhebung des Verbandes der Betriebsgesellschaften arbeitet aktuell mehr als die Hälfte der 44 Stationen defizitär. Alle sieben

Lokalradios OWLplus (Ostwestfalen-Lippe und Kreis Warendorf) haben 2024 Fehlbeträge erwirtschaftet. Weiterhin auffällig ist das große Leistungsgefälle zwischen den reichweitenstarken westfälischen Lokalradios gegenüber den reichweitenschwachen Lokalstationen an Ruhr und Rhein.

Der von der Landesanstalt für Medien (LfM) 2021 angestoßene Prozess zur Strukturreform der NRW-Lokalradios ist 2024 fortgesetzt worden. Im 4. Quartal wurde ein von der LfM beauftragtes „Medienökonomisches Gutachten zum § 54 LMG“ veröffentlicht, welches nochmals die Wirtschaftlichkeit der NRW-Lokalradios untersucht hat, und welche Vorschläge zu einem Neuzuschnitt der lokalen Sendegebiete in NRW unterbreitet, um einen flächendeckenden wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk in NRW für die Zukunft sicherzustellen. Diese sogenannte „Goldmedia-Studie“ sieht verschiedene Fusionsszenarien von Lokal-radio-Sendegebieten vor. Die LfM-Medienkommission hat am 13.12.2024 beschlossen, das Fusionsszenario 1 ernsthaft in Erwägung zu ziehen, welches die 44 bestehenden lokalen Sendegebiete zukünftig auf 26 reduzieren will. Die LfM hat die Lokalradios dazu im Rahmen einer Anhörung um ihre Stellungnahmen gebeten. Für Ostwestfalen-Lippe ist in dem o. a. Fusionsszenario vorgesehen, die Kreise Minden-Lübbecke, Herford, Lippe, Höxter und Paderborn zu einem lokalen Sendegebiet zusammenzufassen sowie die Kreise Gütersloh und Warendorf miteinander zu verschmelzen. Alle Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften in unserer Region lehnen Fusionen grundsätzlich ab. Sie begründen dies mit sachlichen Mängeln im Gutachten und mit Verstößen gegen das Landesmediengesetz. Stattdessen setzen die OWLplus Lokalradios verstärkt auf freiwillige Kooperationen untereinander, wie sie schon seit 2011 gelebt werden.

Weil alle Veranstaltergemeinschaften im NRW-Lokalfunk unterdessen den sogenannten „Überlagerungsvertrag“ unterschrieben haben, ist kurzfristig nicht damit zu rechnen, dass die LfM Fusionen von lokalen Sendegebieten gegen den Willen der Betroffenen beschließen wird. Jedoch hat die Aufsichtsbehörde bereits angekündigt, bei den in den kommenden Jahren anstehenden Antragsverfahren zur Verlängerung von Zulassungen die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsfähigkeit der Antragsteller so intensiv zu prüfen wie nie zuvor. Verlängerungen der Sendelizenzen um zehn Jahre wird es nicht mehr geben. Spätestens im Sommer 2027 sollten alle OWLplus-Lokalradio in den schwarzen Zahlen sein, um ihre Eigenständigkeit für die Zukunft sicherstellen zu können.

Der Hörfunkmarkt in Nordrhein-Westfalen ist in den vergangenen Jahren geöffnet worden. Neben dem landesweiten UKW-Programm NRW 1 sind inzwischen 16 bundesweite und 16 landesweite Programme digital-terrestrisch über den technischen Standard DABplus empfangbar und haben den Konkurrenzdruck auf die NRW-Lokalradios verstärkt. Die Landesanstalt für Medien (LfM NRW) hat 2024 DABplus-Übertragungskapazitäten in fünf von sechs Regionen in NRW ausgeschrieben. Alle Lokalradios und weitere Programmanbieter haben sich beworben. Aktuell betreibt die LfM unter den Bewerbern ein Verständigungsverfahren. Wenn dieses erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist mit einem Sendestart von DABplus Regio in Ostwestfalen-Lippe im 4. Quartal 2025 zu rechnen.

Rechtliche Bestandsgefährdungspotenziale oder sonstige Risiken mit besonderem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

4.7.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt allein der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH. Geschäftsführer der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist Herr Wollgramm.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 3 Mitgliedern. Im Einzelnen sind dies die Herren Kallisch (Zeitungsvorlager Neue Westfälische GmbH & Co.KG), Rüther (Landrat Kreis Paderborn) und Stickeln (Kreis Höxter).

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.7.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	<u>100,00</u>

Beteiligungsverhältnisse

Einige Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH ist die Beteiligung an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, die wiederum Aufgaben wahrnimmt, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben.

Entwicklung der Bilanzen

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	78.616,28	74.749,38	4
I. Forderungen	78.616,28	74.749,38	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Aktiva	78.616,28	74.749,38	4
Passiva			
A. Eigenkapital	76.880,08	73.026,38	4
B. Rückstellungen	1.736,20	1.723,00	0
C. Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	78.616,28	74.749,38	4

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. sonstige betriebliche Erträge	2.628,50	2.560,00	0,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.725,19	1.907,50	0,00
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.674,04	3.498,82	0,00
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag	723,65	656,70	0,00
5. Ergebnis nach Steuern /Jahresüberschuss	3.853,70	3.494,62	0,00

Entwicklung des Personalbestandes

Neben dem Geschäftsführer beschäftigt die GmbH kein Personal.

Leistungen der Beteiligung

Die GmbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin beteiligt und übernimmt die Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer: Herr Uwe Wollgramm

In der Gesellschafterversammlung der GmbH ist der Kreis Paderborn nicht vertreten.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Verwaltungsgesellschaft. Sie erhält von der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG 10 % ihres Stammkapitals als Haftungs- und Geschäftsführungsvergütung.



4.8 Wege durch das Land gGmbH

4.8.1 Basisdaten

Wege durch das Land gGmbH

Hornsche Straße 38

32756 Detmold

Tel.: 05231/308020, Fax: 05231/3080220, Internet: www.wege-durch-das-land.de

E-Mail: info@literaturbuero-owl.de

Gründungsdatum: 03. November 2009

4.8.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfest „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Um die der Gesellschaft obliegenden Aufgaben erfüllen zu können, wird die Gesellschaft nach den Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes, allerdings ohne die Absicht der Gewinnerzielung, geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

4.8.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner dient dem öffentlichen Zweck. Wie aus dem Gegenstand des Unternehmens hervorgeht, handelt es sich hier um eine kulturelle Einrichtung.

4.8.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 99.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Kreis Paderborn	11.000,00	11,11
Kreis Minden-Lübbecke	11.000,00	11,11
Kreis Höxter	11.000,00	11,11
Stadt Bielefeld	11.000,00	11,11
Kreis Gütersloh	11.000,00	11,11
Kreis Lippe	11.000,00	11,11
Kreis Herford	11.000,00	11,11
Landesverband Lippe	11.000,00	11,11
Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e. V.	11.000,00	11,11
	99.000,00	100,00

4.8.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2024 zahlte der Kreis Paderborn 19.000,00 € zugunsten des OWL Festivals Wege durch das Land. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege verbucht.“

4.8.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Bislang wurde die Gesellschafterversammlung, die den v. g. Jahresabschluss feststellt, noch nicht terminiert. Zu den Punkten 4.8.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.8.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.8.8 „Kennzahlen“ und 4.8.10 „Geschäftsentwicklung“ können für die hier behandelte Gesellschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.8.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

siehe Punkt 4.8.6

4.8.8 Kennzahlen

siehe Punkt 4.8.6

Individuelle Leistungskennzahlen

Siehe Punkt 4.8.6

4.8.9 Personalbestand

Im Jahr 2024 waren bei der Gesellschaft 4 Vollzeit- und eine Teilzeitbeschäftigte beschäftigt, wobei eine Vollzeitbeschäftigte nur bis Mitte März noch beschäftigt war.

Frau Mathews als Geschäftsführerin in Teilzeit und Herr Szász als Künstlerischer Leiter mit einem Honorarvertrag.

Von Anfang März bis Ende Juli waren bei der Gesellschaft noch 2 Praktikanten plus Aushilfen ab Anfang Mai bis Mitte Juli beschäftigt.

4.8.10 Geschäftsentwicklung

siehe Punkt 4.8.6

4.8.12 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin der GmbH ist Frau Sandra Mathews. Frau Mathews hat mit Wirkung zum 30.09.2025 ihr Engagement bei WDDL aus persönlichen Gründen aufgekündigt.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises Paderborn in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dezernent Ingo Tiemann. Dieser wird vertreten von Amtsleiterin des Kulturamtes Frau Kirsten John-Stucke.

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

4.9.1 Basisdaten

„OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region
Walther-Rathenau-Straße 33 - 35
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/96733-0, Fax: 0521/96733-19, Internet: www.ostwestfalen-lippe.de
Gründungsdatum: 06. Oktober 1992

4.9.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise

- Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung),
- die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
- die Koordination von Kulturförderung,
- die Koordination von Tourismusförderung.

Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur im Rahmen dieser Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung, begünstigt werden. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

4.9.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

4.9.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 28.700,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Stadt Bielefeld	2.050,00	7,15
Kreis Gütersloh	2.050,00	7,14
Kreis Herford	2.050,00	7,14
Kreis Höxter	2.050,00	7,14
Kreis Lippe	2.050,00	7,14
Kreis Minden-Lübbecke	2.050,00	7,14
Kreis Paderborn	2.050,00	7,15
Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.	14.350,00	50,00
	28.700,00	100,00

4.9.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2024 einen Betrag von 225.836,00 € zur Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. Die Zahlungen erfolgten aus dem Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“ und dort von dem Konto 531511 „Zuschüsse OWL GmbH“.

4.9.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen	548.301,00	799.353,00		-251
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12.257,00	49.656,00		-37
II. Sachanlagen	507.044,00	720.697,00		-214
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	507.044,00	720.697,00		-214
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00		0
III. Finanzanlagen	29.000,00	29.000,00		0
Wertpapiere des Anlagevermögens	29.000,00	29.000,00		
B. Umlaufvermögen	1.930.881,44	2.120.489,52		-190
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	308.228,65	262.506,45		46
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	115.777,48	82.301,98		33
2. Sonstige Vermögensgegenstände	192.451,17	180.204,47		12
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.622.652,79	1.838.526,73		-216
C. Rechnungsabgrenzungsposten	17.285,89	19.456,34		-2
Summe Aktiva	2.496.468,33	2.919.842,52		-423
Passiva				
A. Eigenkapital	444.815,87	535.953,47		-91
I. Gezeichnetes Kapital	28.700,00	28.700,00		0
II. Gewinnvortrag	507.253,47	531.310,15		-24
III. Jahresfehlbetrag	-91.137,60	-24.056,68		-67
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	414.099,00	611.394,00		-197
C. Rückstellungen	1.390.546,43	1.471.437,78		-81
Sonstige Rückstellungen	1.390.546,43	1.471.437,78		-81
D. Verbindlichkeiten	228.741,58	217.172,31		12
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	168.614,60	171.576,08		-3
2. Sonstige Verbindlichkeiten	60.126,98	45.596,23		15
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.265,45	83.884,96		-66
Summe Passiva	2.496.468,33	2.919.842,52		-423

4.9.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Gesellschafterzuschüsse	1.689.670,95	1.731.355,29	-42
2. Öffentliche Zuschüsse	1.742.984,51	2.595.758,24	-853
3. Grundstückserträge	1.470,00	5.880,00	-4
4. sonstige betriebliche Erträge	1.584.501,86	963.464,94	621
5. Aufwendungen für Projekte	1.711.517,86	1.641.839,66	70

6. Personalaufwand	2.690.267,18	2.646.166,63	44
a) Löhne und Gehälter	2.242.940,98	2.197.080,24	46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	447.326,20	449.086,39	-2
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	57.778,86	111.642,03	-54
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	620.135,76	920.736,74	-301
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	87,00	87,00	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 163,00	191,00	378,00	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.246,51	483,68	30
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,25	0,25	0
13. Ergebnis nach Steuern	-91.040,60	-23.945,02	-67
14. Sonstige Steuern	97,00	111,66	0
15. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-91.137,60	-24.056,68	-67

4.9.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	18	18	-3
Eigenkapitalrentabilität	-20	-4	356
Anlagendeckungsgrad 2	376	278	35
Verschuldungsgrad	364	315	16
Umsatzrentabilität	0	0	0

4.9.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte die GmbH 52 Mitarbeiter (Vj. 49).

4.9.10 Geschäftsentwicklung

Grundlage des Unternehmens

Geschäftsmodell der OstWestfalenLippe GmbH

Die Gesellschaft wurde im Oktober 1992 als OstWestfalenLippe Marketing GmbH (seit 2012 „OstWestfalenLippe GmbH - Gesellschaft zur Förderung der Region“) gegründet und wird als Gemeinschaftsunternehmen von den sieben Gebietskörperschaften in Ostwestfalen-Lippe und vom Verein der Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V. getragen. Gesellschafter sind die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn und die Stadt Bielefeld sowie der Verein „Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.“, in dem die Industrie- und Handelskammern Ostwestfalen zu Bielefeld und Lippe zu Detmold, die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld, die staatlichen Hochschulen sowie im Jahr 2023 insgesamt 111 Unternehmen und Organisationen aus der Region zusammengeschlossen sind. Beide Gesellschaftergruppen sind zu gleichen Teilen an der GmbH beteiligt. Ein Leistungsaustausch zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft findet nicht statt.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Kommunikationskampagnen-, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung), die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Koordination von Kulturförderung und die Koordination von Tourismusförderung. Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können.

Im Gesellschaftsvertrag ist festgelegt, dass die Gesellschafter über die Höhe der Mittel, die der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, auf der Basis jährlicher Wirtschaftspläne ' entscheiden. In der Gesellschafterversammlung am 30. November 2023 wurde beschlossen, dass die Gesellschafter der Gesellschaft jährlich einen Beitrag von insgesamt 845.328 € zur Verfügung stellen.

Die Gesellschafter berücksichtigen diesen Beitrag in ihren jährlichen Haushaltsplanungen. Auf dieser Basis erstellt die Geschäftsführung einen Wirtschaftsplan, auf dessen Basis die erforderlichen Ausgaben der Gesellschaft erfolgen können. Im Jahr 2024 wurde ein neues Beitragssystem vorgestellt, welches bereits im Jahr 2023 von den Gesellschaftern beschlossen wurde. Zukünftige Wirtschaftspläne werden demnach auf Grundlage dieses neuen Beitragssystems vorgestellt und beschlossen.

Der Gesamtbetrag im Jahr 2024 für den Gesellschafter "Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V." beträgt 422.664 €. Dieser unterteilt sich in den Barbetrag von 316.998 € und einen Restbetrag in Höhe von 105.666 €, der in Form von Projektbeteiligungen erbracht wurde.

Neben der Gesellschafterversammlung als gesellschaftsrechtliches Gremium sind sogenannte Fachbeiräte eingerichtet, die die Aufgabe haben, die Geschäftsstelle in den jeweiligen Themenbereichen zu beraten und Entscheidungen der Gesellschafterversammlung vorzubereiten. Aktuell existieren folgende Fachbeiräte (FB): FB Innovation und Wissen, FB Tourismus, FB Kultur, FB Marketing sowie ein Lenkungskreis zur Steuerung der Regionalagentur OWL.:

Ziele und Strategien

Die Aufgaben und Ziele der OWL GmbH werden in fünf Handlungsfeldern umgesetzt:

Im Sinne der skizzierten Aufgabenstellung übernimmt die Gesellschaft wesentliche Aufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, sowie ausgewählte Aufgaben im Bereich der Regionalkoordination und des Regionalmarketings (Kernaufgaben). Im Mittelpunkt steht dabei die Verbesserung der Technologie- und Innovationsstruktur in Ostwestfalen-Lippe mit der Perspektive, die Region zu einem bundes- und europaweit attraktiven Standort für Spitzentechnologie und Nachhaltigkeitstransformation weiterzuentwickeln. Ein zentrales Thema dabei ist die Unterstützung der digitalen und nachhaltigen Transformation in OWL. Gleichzeitig soll eine entsprechende Profilierung der Region für die relevanten Anspruchsgruppen national wie international erreicht werden.

Weiterhin ist die OWL GmbH Plattform für die Umsetzung von Aufgaben, die interkommunal umgesetzt werden sollen (Regionalaufgaben). Dazu gehören die regionale Tourismusförderung (Teutoburger Wald Tourismus) und die Koordination regionaler Kulturaufgaben (OWL Kulturbüro). Daneben ist die OWL GmbH Trägerin des arbeitsmarktpolitischen Programms „Regionalagentur OWL“ und des „Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL“. Ergänzt wird das Aufgabenportfolio seit 2022 um das DigitalBüro OWL. Dabei versteht sich das DigitalBüro OWL als Impulsgeber für Digitalisierungsideen mit einem Themenfokus auf digitale Dienstleistungen. Das erklärte Ziel des DigitalBüros OWL ist, den Grad der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen voranzutreiben.

Als Nachfolgeprojekt für die REGIONALE 2022 wurde im Jahr 2024 das Projekt „UrbanLand OWL“ fortgeführt, dass insbesondere Themen der Raumentwicklung, Versorgung und Mobilität vorantreiben soll.

Zusatzbericht

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die öffentliche Zwecksetzung der OWL GmbH ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Kommunikationsmaßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus.

Öffentliche Zweckerreichung

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus und des Kulturbereichs unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen:

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Sei es eine sinkende nationale Wirtschaftskraft, anhaltende kriegerische Auseinandersetzungen in Europa und sowie stetig steigende regulatorische Anforderungen.

Die OWL GmbH begegnet diesen Herausforderungen durch eine neue interne Organisationsstruktur sowie durch die konsequente Umsetzung neuer digitaler Prozesse. Dem Thema Datenschutz und Datensicherheit wird hierbei ein besonderer Stellenwert beigemessen. Etwaige Preissteigerungen werden regelmäßig bewertet. Diesem wird konsequent durch Digitalisierung von Leistungen und einer weitergehenden Bereinigung des Produktpportfolios Rechnung getragen.

Bereich Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Mobilität:

Auch die stärkste Region bleibt nur wettbewerbsfähig, wenn sie technologischen Fortschritt nachhaltig entwickelt und effizient einsetzt. Der Bereich Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Mobilität hebt die Potenziale der Digitalisierung, macht sie für die nachhaltige Transformation anwendbar und stärkt die Mobilität in unserer Region durch intelligente und vernetzte Angebote. Dafür werden konzentrierte Initiativen mit regionalen Schlüsselpartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt, koordiniert und umgesetzt. In den Themenfeldern Digitalisierung, Nachhaltigkeit und berufliche Bildung wurden insgesamt fünf Projekte umgesetzt und mehrheitlich abgeschlossen, in denen konkrete Lösungen und Unterstützungsangebote für Mittelstand, Multiplikatoren und Nachwuchskräfte erarbeitet wurden: Mittelstand-Digital Zentrum Ruhr-OWL und DigitalBüro OWL (Digitalisierung für KMU und Kommunen), MINT Community 4.0.OWL (MINT-Förderung für Jugendliche), Weiterbildung 4.OWL (digitale Werkzeuge und Angebote für Weiterbildung) und 5G Lernorte OWL (Lernsituationen und Lernfabriken für die Ausbildung). Darüber hinaus ist das Projekt Green.OWL gestartet, in dem die OWL GmbH gemeinsam mit 40 Partnern ein Gesamtkonzept für die Nachhaltigkeitstransformation eines mittelständischen Industriestandorts erarbeiten. Die Projekte werden mit Mitteln des Bundes und Landes gefördert.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2024 das Transferprogramm UrbanLand als Fortführung der REGIONALE 2022 erfolgreich umgesetzt. Über einen gesamtregionalen Projektaufruf wurden 17 Kommunen und 1 Kreis als Projektpartner gewonnen. In fünf Themenfeldern Stadtentwicklung, Wohnen, Daseinsvorsorge, Begegnungsorte und Mobilität wurden für die beteiligten Kommunen lokale Konzepte und übertragbare Lösungsansätze entwickelt. Die Ergebnisse wurden der Region in der UrbanLand Konferenz zur Verfügung gestellt.

Arbeitsmarkt und Bildung

In diesem Bereich bündeln wir unsere Aktivitäten, die darauf abzielen, ungenutzte Beschäftigungspotentiale zu heben, den Zugang zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten zu verbessern und die regionale Arbeitsmarktentwicklung aktiv mitzugestalten. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die Integration sozial benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt sowie die Förderung digitaler und technologischer Kompetenzen.

Als Bindeglied zwischen den arbeitsmarktpolitischen Partnern und Unternehmen der Region und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) übernimmt die Regionalagentur OWL- in Trägerschaft der OWL GmbH - eine Steuerungs- und Transferfunktion im arbeitsmarktpolitischen Kontext. Sie ist zuständig für die Umsetzung der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik in Ostwestfalen-Lippe. Die Kosten werden zu 80 % aus Mitteln des Landes-ESF gefördert. Im Anschluss an die laufende Förderung bis zum 30.06.2025 wird das Projekt bis zum 31.12.2027 fortgesetzt. Aufgabe ist es, die Instrumente der Landesarbeitspolitik und die Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen der Region so miteinander zu vernetzen, dass sie ihre Wirkung optimal entfalten können. Das Schwerpunktthema ist die Fachkräftesicherung. Im Jahr 2024 stand insbesondere das „Aktionsprogramm Fachkräfte für OWL“ mit 80 regionalen Formaten im Mittelpunkt. Auftakt bildete im Jahr 2024 der Fachkräftekongress „Zukunft der Ausbildung in OWL“ mit Beteiligung des NRW-Arbeitsministers Karl-Josef Laumann im Marta in Herford mit ca. 150 Gästen. Darüber hinaus koordiniert die Regionalagentur die Initiative „Vernetzte Weiterbildungsräume OWL* mit Bildungskonferenzen (2024 bei der Fa. Benteler in Paderborn), Arbeitskreisen und Aktionen zum Thema Weiterbildung. Neben den ESF-Programmen des Landes NRW betreut die Regionalagentur das Bundesprogramm, INQA-Coaching*. Als Erstberatungsstelle bietet sie eine ganzheitliche Beratung von KMU zu betrieblichen Veränderungsbedarfen im digitalen Wandel und gibt jährlich ca. 70-80 Beratungsschecks an Unternehmen aus.

Mit dem Landesprogramm Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL - auch in Trägerschaft der OWL GmbH soll die verstärkte Erschließung der Fachkräftepotenziale von Frauen gesteigert werden. Im Umkehrschluss werden die beruflichen Perspektiven von Frauen verbessert. Die aktuelle Förderphase sieht eine Laufzeit bis zum 30.11.2027 vor. Das Kompetenzzentrum bietet u.a. Informationsveranstaltungen für kleine und mittlere Unternehmen an, in denen Strategien zur Gewinnung und Bindung von weiblichen Beschäftigten vermittelt werden. Es ist federführend für die Umsetzung der Auszeichnung Familienfreundliche Unternehmen zuständig. Bereits etablierte Formate und Themenfelder wie Vereinbarkeit, Rekrutierung sowie Aufstieg und Entwicklung werden fortgeführt und durch neue Formate, wie die Gründerinnenakademie oder Mentoringprogramme z.B. für Frauen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung ergänzt.

Tourismus, Kultur und Freizeit

Tourismus und Kultur sind zentrale Standortfaktoren für Ostwestfalen-Lippe. Mit einem jährlichen Umsatz von rund 3,1 Milliarden Euro und 53.000 Arbeitsplätzen leistet der Tourismus einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Wirtschaft. Der Teutoburger Wald Tourismus übernimmt das Destinationsmanagement, entwickelt zukunftsähnige Strategien und setzt auf digitale Sichtbarkeit, um die Urlaubsregion Teutoburger Wald für Gäste und Einheimische gleichermaßen attraktiv und weit über ihre Grenzen hinaus sichtbar zu machen. Auch werden zur Stärkung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft Kulturakteure beraten, vernetzt und qualifiziert.

Die OWL GmbH ist mit dem „Teutoburger Wald Tourismus“ die touristische Destinationsmanagementorganisation für die Urlaubs- und Freizeitregion Teutoburger Wald und somit zentraler touristischer Ansprechpartner für Ostwestfalen-Lippe. Der Bereich wird finanziert durch die Kreise und die kreisfreie Stadt Bielefeld sowie durch kommunale Tourismuspartner und Partner aus der Wirtschaft (Leistungsträger wie Hotels oder touristische Anbieter). Nach der Neuaustrichtung der Tourismusarbeit in OWL ab 2023 ist der Teutoburger Wald Tourismus zentraler Dienstleister für die Kreise und Kommunen in OWL. Das

neue Destinationsmanagementkonzept schafft positive Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Tourismus in der Region. Der größte Teil des Gesamtbudgets des Teutoburger Wald Tourismus war für das originäre Geschäft im Tourismusmanagement gemäß der im Businessplan Teutoburger Wald 2023+ definierten Aufgabenteilung vorgesehen. Für die Themenmanagements Gesundheit und Gruppen- und Busreisen stand jeweils ein gesondertes Budget zur Verfügung. Getragen werden diese von Partnern aus Kreisen und Kommunen sowie von touristischen Leistungsträgern. Ein weiterer Teil entfiel auf das Wander-Topprojekt Hermannshöhen, das neben Ostwestfalen-Lippe auch durch das Sauerland, Münsterland und Osnabrücker Land verläuft. Weitere Budgets standen für das von Land und EU geförderte Projekt Modellregion nachhaltiger Tourismus Teutoburger Wald zur Verfügung. Die Projekte werden mit Eigenmitteln von Partnern im Wesentlichen aus den Gebietskörperschaften kofinanziert. Der Teutoburger Wald Tourismus ist Mitglied im Tourismus NRW e.V., der touristischen Dachorganisation des Landes NRW sowie im Verband Deutscher Mittelgebirge e.V.

Des Weiteren ist die OWL GmbH Trägerin des OWL Kulturbüros. Im Mittelpunkt der Arbeit des OWL Kulturbüros stehen die Umsetzung des Förderprogramms Regionale Kulturpolitik des Landes NRW, die Pflege, Begleitung und strategische Weiterentwicklung des Netzwerkes Kulturelle Bildung in OWL, die Unterstützung von kulturpolitisch relevanten Projekten in der Region und der Ansatz, Kultur im Regionalmarketing zu stärken. Finanzielle Basis für das Kulturbüro bildet der Zuwendungsbescheid vom 29.11.2021 der Bezirksregierung Detmold für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 (Festbetragsfinanzierung). Das OWL Kulturbüro wird gefördert vom Land Nordrhein-Westfalen und unterstützt von den Sparkassen in OWL. Im Rahmen des OWL Kulturbüros wurde am 1. Januar 2020 das REGIONALE 2022 Projekt „OWL. Kultur-Plattform“ gestartet. Ziel war der Aufbau einer digitalen Informationsplattform für den Kulturbereich in OWL. Die OWL GmbH koordiniert das Projekt mit dem Markennamen „OWL live“ seit 2023 im laufenden Betrieb.

Regionalmarketing, Kommunikation und Strategie

Mit Blick auf den Standortwettbewerb der Regionen muss die Sichtbarkeit Ostwestfalen-Lippes als attraktiver Wirtschaftsraum mit besten Berufs- und Bildungsperspektiven und einem reichhaltigen Kultur- und Freizeitangebot weiter erhöht werden. Das Team des Bereichs führt zu diesem Zweck aufmerksamkeitsstarke Marketing- und Kommunikationsaktivitäten durch. Dazu gehören Formate wie die Verleihung des OWL-Innovationspreises, die herausragenden Unternehmen der Region auszeichnet, sowie der startklar Businessplan-Wettbewerb, der Gründerinnen und Gründer auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit unterstützt. Mit dem Nachhaltigkeitssummit Green.OWL setzen wir Impulse für eine zukunftsfähige Wirtschaft, während der Kongress DigitaleZukunft@OWL als Plattform für den Austausch zu digitalen Transformationsthemen dient. Um die Maßnahmen weiterzuentwickeln, werden im Foresight-Prozess zudem systematisch gesellschaftliche und technologische Trends geprüft und Chancen und Potenziale für Ostwestfalen-Lippe abgeleitet.

Lage

Die OWL GmbH hat sich seit vielen Jahren als anerkannter Partner in der Region OWL etabliert. Die notwendig gewordene Neuaustrichtung der OWL GmbH hat zu einer starken Fokussierung der Aufgaben geführt. Auch die organisatorische Neuaustrichtung der OWL GmbH zeigt, dass die neuen Bereiche, die in 2023 entwickelte Strategie bestmöglich unterstützen. Auch die konsequente Akquisition von neuen Förderprojekten entlang der Fokusthemen zeigt, dass die Umsetzung der Strategie erfolgreich ist. Vor allem die neuen Prozesse im Regionalmarketing und in der Kommunikation, gerade im Bereich der digitalen Medien, macht deutlich, dass die OWL GmbH die Vermarktung der Region in NRW und weit darüber hinaus positiv vorantreibt.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2024 hinsichtlich der im Folgenden erläuterten finanziellen Leistungsindikatoren grundsätzlich planmäßig entwickelt.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist um rd. 251.052 € gesunken. Dies ist insbesondere auf geringere Investitionen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um rd. 12.247 € gestiegen; dies ist im Wesentlichen durch mehr offene Mittelanforderungen in den Förderprojekten zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind um 12 % zum Vorjahr gesunken.

Der Rückgang der Rückstellungen um rd. 80.891 € ist bedingt durch geringeren Rückstellungsbedarf im Rahmen der Risiken für Zuschussrückzahlungen bei den einzelnen Projekten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um rd. 2.961 € gesunken. Zu begründen ist dies durch stichtagsbedingte Effekte; Sondereffekte sind nicht ausschlaggebend.

Finanzlage

Die Geschäftstätigkeit wird im Wesentlichen aus Eigenmitteln und Fördergeldern von EU, Bund und Land finanziert. Die Bilanzsumme hat sich um rd. 423.375 € auf 2.496.468 € verringert. Die Eigenkapitalquote beträgt 17,8 % (Vorjahr 18,4 %).

Eine Geldanlage in Geldmarktfonds o.ä. erfolgte im Berichtsjahr nicht. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Ertragslage

Insgesamt erzielt die Gesellschaft einen handelsrechtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 91.138 €. Geplant war ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 96.198 € (ohne Berücksichtigung von handelsrechtlichen Effekten aus Investitionen). Dieser Planwert wurde im Rahmen der Hochrechnung 2024 auf einen Jahresfehlbetrag von 95.353 € angepasst.

Die folgenden Daten beziehen sich auf das interne Rechnungswesen/Controlling und sind daher nur bedingt mit den Daten aus der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar.

Das Gesamtvolumen (Erträge/Einnahmen) der OWL GmbH hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Nach den Plandaten ergibt sich eine Senkung von rd. 3 % und nach den Ist Daten von rd. 4 %. Für die Aufgaben des Geschäftsjahres standen der Gesellschaft nach dem Budgetplan einschließlich eines Vortrages aus 2023 insgesamt 6.064.916 € als Erträge zur Verfügung.

Um die Transparenz zu gewährleisten, gliedert sich das Rechnungswesen im Erfolgsbereich in zwei Bereiche (Rechnungskreise). Der Bereich „Originäre GmbH“ umfasst ein Aufwands-/Ausgaben-Budget in Höhe von 3.717.937 € (Ist 3.332.033 €) und integriert die Kernaufgaben einschließlich der Aktivitäten Kulturbüro, Frau und Beruf, Regionalagentur, Projekte im Bereich Innovation & Wissen sowie die REGIONALE. Soweit Aufwendungen und Investitionen eindeutig dem jeweiligen Arbeitsbereich zuzuordnen waren, sind sie entsprechend im Rechnungswesen verarbeitet. Dies betrifft beispielsweise Personalkosten und Arbeitsplatzausstattung. Soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, erfolgte eine Aufteilung gemäß einem sachgerechten Schlüssel. Dies betrifft insbesondere Kosten wie Miete, Betriebskosten, Telefon/IT, Reparaturkosten, allgemeine Bürokosten etc.

Ein weiterer Rechnungskreis betrifft das Teutoburger Wald Tourismusmarketing. Inklusive der Projekte Hermannshöhen und der Förderprojekte Tourismus-Digital-Booster, Auszeit in OWL und Zukunftsfit Digitalisierung wurden hier 2.418.076 € budgetiert. Das tatsächliche Volumen ergibt sich mit 2.554.029 € einschließlich des Ergebnisübertrags nach 2024 in Höhe von rd. 579.552 € (Plan 397.516 €). Die Überträge betreffen die Hermannshöhen mit 64.863 €, die Themenmanagements/-pools mit 96.562 € und Teutoburger Wald Tourismusmarketing allgemein mit 418.096 €. Für den Bereich Tourismus haben die Gesellschafter Beiträge in Höhe von 970.001 € geleistet.

Im Bereich der originären OWL GmbH gliedern sich die Erträge in die Positionen: Gesellschafterbeiträge (Geldleistungen ohne Projektbeiträge) 719.670 €, Sponsoring von Einzelprojekten 101.503 €, Partnerbeiträge

678.746 €, sonstige Erträge 145.436 € sowie Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen für die REGIONALE 2022, Kulturbüro, Regionalagentur, Projekte im Bereich Innovation & Wissen sowie Frau und Beruf in Höhe von 1.595.541 €.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Risiken

Die kurz- und mittelfristigen Risiken in der finanziellen Ausstattung der Geschäftsprozesse sind durch einen entsprechenden Planungszeitraum transparent und abgrenzbar. Der Fluss der Finanzmittel hinsichtlich der mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten Projekte ist grundsätzlich mit Unwägbarkeiten behaftet. Dem wechselnden Umfang der Geschäftstätigkeit kann durch entsprechende Anpassungen der Personal- und Sachressourcen begegnet werden. Ebenso wird der Gefahr möglicher Zuschussrückzahlungen durch die Bildung entsprechender Rückstellungen proaktiv begegnet.

Aktuelle Unwägbarkeiten bestehen durch den Ukraine Krieg und die dadurch bedingten wirtschaftlichen Einbrüche. Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2024 werden nicht gesehen. Die OWL GmbH passt ihr Arbeitsprogramm an die neue Situation an. Dies kann beispielsweise durch die gezielte Steuerung von Maßnahmen bzw. deren Nicht-Durchführung geschehen.

Chancen

Die Regionen in Deutschland befinden sich in einem dynamischen Wettbewerb um Standortvorteile. Die Strategie der OWL GmbH besteht darin, Ostwestfalen-Lippe als eine der stärksten Regionen in Deutschland zu etablieren. Hierbei geht es darum, die Akteure aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bestmöglich zu vernetzen und ihre Produkte und Erfolge erfolgreich zu vermarkten. Dies geschieht durch eine ganze Reihe von medienwirksamen Aktivitäten, die sich zum einen in der Region etabliert haben und zum anderen neu entwickelt wurden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um den Innovationspreis sowie um den startklar Businesswettbewerb. Beide Wettbewerbe haben mittlerweile eine große Außenwirkung und zeigen die starke Innovations- und Transformationskraft von OWL. Um diese Aktivitäten auszubauen, werden die „Anstrengungen im Fokus thema „Nachhaltigkeitstransformation“ weiter ausgebaut. Zwei große Förderprojekte (Green.OWL und MoNaTour) zeigen die Exzellenz der Region im Bereich Nachhaltigkeit. Diese Anstrengungen werden durch ein neues Format, einen Nachhaltigkeitssummit unterstützt, der die Akteure der Region zusammenbringt und neue Impulse zu kommenden Nachhaltigkeitstrends setzen wird.

Neben den externen Anstrengungen hat die OWL GmbH begonnen, die internen Unternehmensprozesse stark zu straffen und neu zu ordnen. Es ist geplant, weiterhin die bestehenden analogen Prozesse durch neue digitale Prozesse und Formen der Zusammenarbeit zu ersetzen. Weiterhin sollen die Ressourcen der Gesellschaft durch die neue Organisationsstruktur gebündelt werden. Das Ziel besteht darin, die Effizienz und die Kostenstruktur der Gesellschaft weiter auszubauen.

Prognose

Nachdem der Strategieprozess und das neue Finanzierungsmodell in den Jahren 2023 und 2024 finalisiert wurden, wird es nun darauf ankommen die Strategieprojekte erfolgreich durchzuführen. Hierbei wird es zukünftig einen Foresight Prozess geben, der auf Landes- und Bundesebene alle relevanten Ausschreibungen identifiziert. Dies mit dem Ziel Förderprojekte mit größeren Volumen nach OWL zu holen. Im Hinblick auf die Verfestigung des neuen Finanzierungskonzeptes ist geplant, ein dynamisches Finanzierungsmodell zu entwickeln, welches jährlich die Kostensteigerungen betreffend der Personal- und Sachkosten berücksichtigt. Es ist geplant, das dynamische Beitragsmodell im zweiten Halbjahr 2025 zu verabschieden.

Das Gesamtbudget (Aufwand/Ausgaben) der OWL GmbH im Jahr 2025 umfasst ohne Vortrag nach 2025 von 0,42 Mio. € ca. 5,06 Mio. €. Es soll finanziert werden durch Einnahmen von 5,06 Mio. € und einer Entnahme

aus dem Gewinnvortrag von 0,41 Mio. €, so dass insoweit ein Jahresüberschuss für 2025 von ca. 4.262 € geplant ist.

4.9.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der GmbH: Herbert Weber (bis 30.09.2022), ab 01.10.2022: Björn Böker

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüther. Vertreter von Herrn Rüther ist Kreistagsmitglied Herr Bernd Langer.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

4.10.1 Basisdaten

Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)
Rolandsweg 80
33102 Paderborn
Tel.: 05251/1487-0, Fax: 05251/1487-99, Internet: -
Gründungsdatum: 1983

4.10.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH sind der Erwerb und die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeder Art, insbesondere von Beteiligungen auf dem Energiesektor und an sonstigen kommunalen Gesellschaften sowie die Übernahme der Geschäftsführung derartiger Gesellschaften. Unternehmensgegenstand ist ferner der Betrieb von Einrichtungen im Bäderbereich und des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten in der Stadt Paderborn. Die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH unterstützt die kommunalwirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Paderborn und des Kreises Paderborn sowie deren Wirtschaftsbetriebe durch Beratung, Förderung und die Vermittlung von Leistungen.

4.10.3 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.126.800,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Kreis Paderborn	117.000,00	5,50%
Eigenbetrieb Bäderbetriebe der Stadt Paderborn	1.311.700,00	61,7%
Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (eigene Anteile)	698.100,00	32,8%
	2.126.800,00	100,00%

4.10.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der PKB Konzern umfasst ausschließlich Einrichtungen der staatlichen Daseinsfürsorge. Die PaderBäder GmbH stellt Einrichtungen im Bäderbereich als Grundlage für die sportliche Betätigung einer breiten Bevölkerungsmasse zu erschwinglichen Preisen bereit. Dadurch dient die GmbH der Gesundheitsförderung und der Erholung. Die PaderSprinter GmbH und die Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH gewährleisten eine ausreichende Quantität und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs zu Fahrpreisen, die den Aufgaben eines Massenverkehrsmittels entsprechen. Die Stadtwerke Paderborn GmbH sowie die Wasserwerke Paderborn GmbH dienen der Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie- und Wasser. Die Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH widmet sich der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung in der Stadt Paderborn.

4.10.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2024 eine Ausschüttung in Höhe von 1.969,69 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.10.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	160.370.789,75	160.444.747,56	-74
I. Sachanlagen	862.341,00	1.001.206,00	-139
1. technische Anlagen und Maschinen	862.341,00	1.001.206,00	-139
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0
II. Finanzanlagen	159.508.448,75	159.443.541,56	65
1. Anteil an verbundenen Unternehmen	54.927.439,97	54.927.439,97	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	9.218.800,00	9.368.800,00	-150
3. Beteiligungen	95.362.208,78	95.147.301,59	215
B. Umlaufvermögen	25.498.665,21	23.730.862,13	1.768
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.307.681,50	16.098.235,79	209
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	78.028,85	94.241,79	-16
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.116.573,82	3.621.064,69	496
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.818.566,62	8.068.019,78	-249
4. Forderungen gegen Gesellschafter	56.110,57	19.316,61	37
5. sonstige Vermögensgegenstände	4.238.401,64	4.295.592,92	-57
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	9.190.983,71	7.632.626,34	1.558
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.174,20	0,00	1
Summe Aktiva	185.870.629,16	184.175.609,69	1.695
Passiva			
A. Eigenkapital	139.067.188,59	139.074.136,24	-7
I. ausgegebenes Kapital	1.428.700,00	1.428.700,00	0
Gezeichnetes Kapital lt. Gesellschaftsvertrag	2.126.800,00	2.126.800,00	0
abzüglich eigene Anteile	-698.100,00	-698.100,00	0
II. Kapitalrücklage	64.870.665,52	61.370.665,52	3.500
III. Gewinnrücklagen	76.272.430,72	72.344.079,26	3.928
IV. Gewinn- / Verlustvortrag	0,00	0,00	0
V. Jahresüberschuss /-fehlbetrag	-3.504.607,65	3.930.691,46	-7.435
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	31.416,67	34.666,67	-3
C. Rückstellungen	2.807.412,00	2.525.979,00	281
1. Rückstellungen für Pensionen	2.458.752,00	2.295.072,00	164
2. Steuerrückstellungen	174.410,00	65.307,00	109
3. sonstige Rückstellungen	174.250,00	165.600,00	9
D. Verbindlichkeiten	43.964.611,90	42.540.827,78	1.424
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.902.014,10	7.302.129,12	-400
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	92.568,67	68.579,08	24
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	22.485.286,74	18.937.367,94	3.548

4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.227.823,84	15.675.230,01	-1.447
6. sonstige Verbindlichkeiten	256.918,55	557.521,63	-301
Summe Passiva	185.870.629,16	184.175.609,69	1.695

4.10.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	812.074,45	842.528,99	-30
2. Sonstige betriebliche Erträge	190.184,80	132.416,71	58
3. Materialaufwand	243.282,46	247.393,76	-4
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	202.156,29	215.089,48	-13
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	41.126,17	32.304,28	9
4. Personalaufwand	803.246,97	543.934,35	259
a) Löhne und Gehälter	401.082,50	377.781,78	23
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	402.164,47	166.152,57	236
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	138.865,00	140.544,00	-2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	385.318,40	325.644,12	60
7. Erträge aus Beteiligungen	11.912.642,08	9.163.109,10	2.750
8. Erträge aus Gewinnabführung	3.766.133,40	3.146.793,00	619
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	163.954,00	172.829,00	-9
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	262.026,83	146.845,29	115
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	17.967.148,50	10.861.434,44	7.106
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.380.127,98	1.186.720,12	193
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-306.799,12	-3.632.262,90	3.325
14. Ergebnis nach Steuern	-3.504.174,63	3.931.114,20	-7.435
15. Sonstige Steuern	433,02	422,74	0
16. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.504.607,65	3.930.691,46	-7.435

4.10.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	75	76	-1
Eigenkapitalrentabilität	-3	3	-189
Anlagendeckungsgrad 2	116	115	1
Verschuldungsgrad	34	32	4
Umsatzrentabilität	-432	467	-193

4.10.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 6 Mitarbeiter (Vj. 6).

4.10.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis wird, wie bei Holdinggesellschaften, die über einen Ergebnisabführungsvertrag verfügen, üblich, überwiegend durch die vorhandenen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Hierbei schlagen sich die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich auch bei der PKB nieder, mit unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bereichen.

PaderSprinter GmbH

Die Fahrgastzahlen sind im Geschäftsjahresvergleich von 16,9 Mio. Personen im Jahr 2023 auf 18,0 Mio. Personen in 2024 gestiegen. Dieser deutliche Zuwachs wird in großen Teilen dem Fahrplanwechsel zugeschrieben, zu dessen Zielvorgaben die Verbesserung des Angebotes gehört. Die Umsatzerlöse von 18,7 Mio. € sind in 2024 um 1,4 Mio. € (-6,8 %) niedriger als 2023.

Maßgeblich hierfür ist insbesondere ein Sondereffekt im Vorjahr bei den Erstattungsleistungen aus dem Corona-Rettungsschirm, da Nachzahlungen aus dem Corona-Rettungsschirm 2022 erst im Jahr 2023 berücksichtigt werden konnten. Weiterhin ergab sich ein Rückgang der Barverkäufe und der Schüler- bzw. Semesterticketerlöse bezüglich des Deutschlandtickets.

Gleichzeitig erhöhten sich die Aufwendungen des Unternehmens deutlich um 16,5 % auf 36,8 Mio. €, welches hauptsächlich mit Kostensteigerungen für bezogene Leistungen von Auftragsunternehmen sowie den Serviceleistungen der Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn GmbH – KVP – (eine 100%ige Tochtergesellschaft der PaderSprinter GmbH) zusammenhängt. Insgesamt erhöhte sich der Aufwand aus der Verlustübernahme der PKB im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 6,8 Mio. € auf 16,7 Mio. €.

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Die Erträge aus der Beteiligung an der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Mio. € auf 11,8 Mio. €, welches mit einer zusätzlichen Ausschüttung aus der gesamthaerischen Rücklage der WWE zusammenhängt.

Wasserwerke Paderborn GmbH

Die Wasserwerke Paderborn GmbH (WWP) betreibt die Wassergewinnung und stellt die Wasserversorgung in der Stadt Paderborn, der Stadt Bad Lippspringe und der Gemeinde Borchen sicher. Nachfragebedingt ging die Wasserabgabe gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Dennoch sind die Umsatzerlöse infolge einer zum 01.01.2024 durchgeföhrten Preisanpassung im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Ebenso war eine Steigerung im Bereich der Aufwendungen zu verzeichnen. Der Ertrag der PKB aus der Gewinnabführung (inkl. Steuerumlage) von der WWP erhöhte sich deutlich.

Stadtwerke Paderborn GmbH

Die Stadtwerke Paderborn GmbH (SWP) beliefert Kunden im Versorgungsgebiet Kreis Paderborn mit Strom und Erdgas. Aufgrund gefallener Beschaffungspreise konnten die Preise für Erdgas und Strom zum 01.01.2024 gesenkt werden. Mit fallenden Beschaffungspreisen zog jedoch auch die Wettbewerbssituation merklich an. Hierdurch nahm die Wechselbereitschaft bei den Kunden zu und führte zu Kundenverlusten auf der einen Seite und andererseits wiederum zu Kundengewinnen. Insgesamt erwirtschaftete die Gesellschaft – bei geringeren Umsatzerlösen und ebenfalls geringeren Materialaufwendungen – ein gegenüber dem Vorjahr nahezu gleichbleibendes Rohergebnis. Unter Berücksichtigung der infolge des Tarifabschlusses und der

getätigten Neueinstellungen gestiegenen Personalaufwendungen und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierte sich der Ertrag der PKB aus der Gewinnabführung der SWP gegenüber dem Vorjahr.

Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Die PKB schließt das Berichtsjahr 2024 mit einer Bilanzsumme von 185,9 Mio. € (Vorjahr 184,2 Mio. €) ab.

Auf der Aktivseite dominiert in fast unveränderter Höhe das Finanzanlagevermögen mit 159,5 Mio. € (entspricht 85,8 % der Bilanzsumme), wovon wiederum die Beteiligung an der WWE mit 95,1 Mio. € (entspricht 59,6 % der Finanzanlagen) die größte Position ist. Das Umlaufvermögen erhöhte sich durch den Anstieg des Guthabens bei Geldinstituten geringfügig um 1,8 Mio. € auf 25,5 Mio. €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft verblieb bei einem negativen Jahresergebnis mit 139,1 Mio. € (Vorjahr 139,1 Mio. €) unverändert). Ursächlich hierfür ist eine Einlage der Stadt Paderborn in Höhe von 3,5 Mio. € in die Kapitalrücklage der Gesellschaft. Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag betrug 74,8 % (Vorjahr 75,5 %). Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft kann weiter als gut bezeichnet werden.

Die Rückstellungen erhöhten sich zum 31.12.2024 um 0,3 Mio. € auf 2,8 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten stehen weiterhin überwiegend im Zusammenhang mit den aufgrund der im Jahre 2013 erfolgten Beteiligung an der WWE aufgenommenen Darlehen. Diese Darlehen gingen im Berichtsjahr aufgrund der planmäßigen Tilgungen zurück. Diese Minderung wurde von den konzerninternen Verbindlichkeiten aufgrund der Verlustübernahmeverpflichtungen überkompensiert, so dass die Verbindlichkeiten in Summe um 1,4 Mio. € auf 44,0 Mio. € Mio. € anstiegen und damit 23,7 % (Vorjahr 23,1 %) der Bilanzsumme ausmachen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus den eigenen Aktivitäten Wärmeversorgung, Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen und kaufmännischen Dienstleistungen betragen wie im Vorjahr 0,8 Mio. €. Unter Einbeziehung des damit im Zusammenhang stehenden Materialaufwands und den sonstigen betrieblichen Erträgen beträgt das Rohergebnis 0,8 Mio. € und bewegt sich damit auf Vorjahresniveau (Vorjahr 0,7 Mio. €).

Das operative Ergebnis der Gesellschaft beträgt -0,6 Mio. €. und liegt damit um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Mit dem Abschluss der Ergebnisabführungsverträge zu den Beteiligungen an Versorgungsunternehmen, an Unternehmen des lokalen öffentlichen Personennahverkehrs und einer Bädergesellschaft wurde ein Ergebnisverbund geschaffen. Die Verluste der PaderSprinter GmbH und in geringerem Ausmaß der PaderBäder GmbH können nicht durch die Erträge aus der Ergebnisabführung von WWP und SWP sowie den Beteiligungserträgen – im Wesentlichen WWE – ausgeglichen werden. Aus diesem Grund ergibt sich für das Berichtsjahr ein negatives Jahresergebnis. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch in den Folgejahren kein vollständiger Ausgleich der negativen Ergebnisbeiträge aus dem ÖPNV-Bereich durch die anderen Erträge erreicht werden kann.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen im Berichtsjahr - 0,3 Mio. €. Im Vorjahr ergab sich ein deutlich höherer Steuererstattungsanspruch (3,6 Mio. €), der aus Einmaleffekten aus der steuerlichen Betriebsprüfung für die Jahre 2017 bis 2020 resultierte.

Das Jahresergebnis beträgt - 3,5 Mio. € und liegt damit um 7,4 Mio. €. unter dem Vorjahresergebnis. Im Wirtschaftsplan 2024 ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2,9 Mio. € ausgewiesen. Die eigenen wirtschaftlichen Betätigungen der Gesellschaft treten gegenüber den Beteiligungserträgen deutlich in den Hintergrund, tragen aber dennoch positiv zum Unternehmensergebnis bei.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis und die ausreichende Liquidität der Gesellschaft.

Gesamtaussage

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Herausforderung für die PKB im Geschäftsjahr 2024, nämlich die finanziellen Verluste aus dem öffentlichen Personennahverkehr und dem öffentlichen Bäderbetrieb als Bestandteile der Daseinsvorsorge, mit Gewinnen aus dem Versorgungsbereich auszugleichen – wie erwartet – nicht umgesetzt werden konnte. Angesichts der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Geschäftsführung mit der Entwicklung der Paderborner Kommunalbetriebe im Geschäftsjahr 2024 insgesamt zufrieden.

Risikomanagement und -prozess

Die PKB hat ein Risikomanagement eingerichtet, damit Risiken frühzeitig identifiziert und bewertet werden. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Klassen eingeordnet und mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit versehen. Die Klassen reichen von „gering“ über „mittel“ und „groß“ bis hin zu „hoch“.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.

Prognosebericht

Zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Sicherstellung der Liquidität wird die PKB im Geschäftsjahr 2025 eine weitere Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von voraussichtlich 11,0 Mio. € von der Stadt Paderborn erhalten.

Für das Geschäftsjahr 2025 rechnet die Geschäftsführung mit einem insgesamt steigenden Rohergebnis, bedingt durch den Bereich der Wärmelieferung. Zusätzlich wird mit geringeren Personalaufwendungen und zunehmenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen gerechnet. Die geplanten Beteiligungserträge werden sich voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2024 bewegen. Gleichzeitig werden die erneut deutlich steigenden Aufwendungen aus der Verlustübernahme, insbesondere der PaderSprinter GmbH, das Jahresergebnis erheblich belasten. Die Planung für das Geschäftsjahr 2025 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 9,9 Mio. € aus.

Die PKB ist mit den bestehenden Beteiligungen an Versorgungsunternehmen ertragmäßig grundsätzlich gut aufgestellt. Die vermutlich weiter steigenden und zu übernehmenden Verluste der PaderBäder GmbH und der PaderSprinter GmbH werden dazu führen, dass die Gesellschaft zur Sicherung der Liquidität in den kommenden Jahren und für einen noch nicht abschätzbaren Zeitraum auf externe Mittelzuflüsse angewiesen sein wird.

Chancen und Risiken

Aufgrund der geplanten Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des bevorstehenden Wechsels der Antriebsarten hin zu emissionsfreien bzw. emissionsarmen Fahrzeugen, wird das Defizit des PaderSprinters in den kommenden Jahren vermutlich weiter zunehmen. Damit wird die PKB – allein – nicht in der Lage sein, mit Beteiligungserträgen und eigenen Erlösen die Verlustausgleichsverpflichtungen vollständig zu erfüllen. Zu berücksichtigen sind dabei auch die eigenen Zahlungsverpflichtungen aus den bestehenden Verbindlichkeiten. Andererseits geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Ertragslage der Versorgungsunternehmen, an denen Beteiligungen bestehen, mittelfristig relativ unverändert bleiben und somit langfristige für eine stabile Ertragssituation sorgen werden.

4.10.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der PKB GmbH ist Herr Markus Tempelmann, Kämmerer der Stadt Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Allgemeine Vertreterin des Landrates Annette Mühlenhoff für den Gesellschafter Kreis Paderborn und Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor Rudolf Oberließen für die Gesellschafterin Stadt Paderborn.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht neben den geborenen Mitgliedern (Bürgermeister der Stadt Paderborn) aus 17 weiteren stimmberechtigten Mitgliedern. Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der PKB GmbH ist Kämmerer Herr Tiemann.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum 31.12.2024:

Ifd. Nr.	Name
1	Dreier, Michael
2	Scherhans, Catharina
3	Mertens, Markus
4	Borgmeier, Reinhard
5	Bürger, Markus
6	Dülme, Matthias
7	Grabenstroer, Carsten
8	Henze, Franz-Josef
9	Honervogt, Dietrich
10	Hoppe, Stephan
11	Kemper, Andreas
12	Koch, Ulrich
13	Konersmann, Ludger
14	Rittmeier, Florian
15	Schaefer, Bernhard
16	Schröder, Dr. Klaus
17	Tiemann, Ingo

4.10.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 5,88 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.10.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten

Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.10.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

	Name der Gesellschaft, Sitz	Eigen- kapital	Anteil am Kapital	Jahres- ergebnis
unmittelbare Beteiligung				
1.	Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn	21.486,2	82,027	0,0*
2.	PaderBäder GmbH, Paderborn	16.566,9	100,0	0,0*
3.	PaderSprinter GmbH, Paderborn	11.763,3	100,0	0,0*
4.	Stadtwerke Paderborn GmbH, Paderborn	500,0	100,0	0,0*
5.	Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn**	17.728,2	100,0	-542,4
6.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, Paderborn	665.963,7	20,429	40.700,2
7.	BePa Windkraft GmbH & Co. KG, Paderborn	300,0	45,506	862,9
8.	Wärmeservice Paderborn GmbH, ** Paderborn	200,0	50,0	-181,5
mittelbare Beteiligung beteiligt über				
9.	Wassernetz- Servicegesellschaft mbH, `` Paderborn	1.	398,7	5,0
10.	Egge-Wasserwerke GmbH, Paderborn	1.	2.634,0	33,3
11.	Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH, Paderborn	1.	26,1	33,3
12.	Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	3.	29,2	100,0
				0,0 *

* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2024 zugrunde

4.11 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen

4.11.1 Basisdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VKA)
Rüttenscheider Str. 62,
45130 Essen
Tel.: 0201/243439,
Fax: 0201/222974,
Internet: www.vka-rwe.de, Beteiligungsjahr: 2021

4.11.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

4.11.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen und alle geschäftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

4.11.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital in Höhe von 127.822,97 € ist der Kreis Paderborn mit 511,29 € (=0,40 %) beteiligt.

4.11.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen

4.11.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 30. Juni 2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.11.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.11.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.11.8 „Kennzahlen“ und 4.11.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

Bilanz (in €)	30.06.2023	30.06.2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	66.709,18	77.357,51	-11
I. Sachanlagen	1.442,03	1.151,68	0
II. Finanzanlagen	65.267,15	76.205,83	-11
B. Umlaufvermögen	268.028,11	297.403,13	-29
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.659,53	7.120,74	3
II. Guthaben bei Kreditinstituten	258.368,58	290.282,39	-32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.455,00	2.455,00	0
Summe Aktiva	337.192,29	377.215,64	-40

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	0
II. Kapitalrücklage	240.009,00	255.546,55	-16
III. Bilanzverlust	-240.275,52	-255.949,99	16
	127.556,45	127.419,53	0
B. Rückstellungen	10.600,00	10.400,00	0
C. Verbindlichkeiten	199.035,84	239.396,11	-40
Summe Passiva	337.192,29	377.215,64	-40

4.11.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	30.06.2023	30.06.2022	Berichts- zu Vorjahr	Verände-
				rung
1. Sonstige Erträge	22.170,79	61.469,63	-39	
2. Personalaufwand	194.391,65	239.390,50	-45	
a) Gehälter	170.383,93	206.392,07	-36	
b) Soziale Abgaben	24.007,72	32.998,43	-9	
3. Abschreibung auf Sachanlagen	673,88	323,98	0	
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	76.603,14	91.990,14	-15	
5. Erträge aus anderen Wertpapieren	9.625,80	14.285,00	-5	
6. Ergebnis nach Steuern	-239.872,08	-255.949,99	16	
7. Jahresfehlbetrag	-239.872,08	-255.949,99	16	
8. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-255.949,99	-170.269,45	-86	
9. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	255.546,55	170.269,45	85	
10. Entnahme aus Gewinnrücklagen/Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0	
11. Bilanzverlust	-240.275,52	-255.949,99	16	

4.11.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
	30.06.2023	30.06.2022	
	%	%	%
Eigenkapitalquote	38	34	4
Eigenkapitalrentabilität	-188	-200	12
Anlagendeckungsgrad 2	505	488	18
Verschuldungsgrad	164	196	-32
Umsatzrentabilität	./.	./.	

4.11.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.11.6.

4.11.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.11.6.

4.11.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Ifd.	Nr.	Name
1.	Landrat a.D. Peter Ottmann	Nettetal
2.	Kämmerer a.D. Ingolf Graul	Neuss (ab 1. Januar 2022)
3.	Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager	Dortmund (ab 01.07.2021)

Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

Ifd.	Nr.	Name
1.	Thomas Westphal (Vorsitzender)	Oberbürgermeister Stadt Dortmund
2.	Wolfgang Spelthahn (stellvertretender Vorsitzender)	Landrat Kreis Düren (ab 1. Januar 2022)
3.	Vorstand Thomas Gäng	Stadtsparkasse Oberhausen
4.	Landrat Dr. Olaf Gericke	Kreis Warendorf
5.	Landrat Thomas Hendele	Kreis Mettmann
6.	Lars Martin Klieve	nebenamtlicher Geschäftsführer EVV mbH
7.	Gerhard Grabenkamp	Kämmerer Stadt Essen
8.	Direktor Dr. Georg Lunemann	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (ab 1.7.2022)
9.	Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz	Stadt Remscheid
10.	Vorstandsvorsitzender Guntram Pehlke	Dortmunder Stadtwerke AG
11.	Bürgermeisterin Karin Rodeheger	WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH
12.	Landrat Dr. Karl Schneider	Hochsauerlandkreis
13.	Landrat Manfred Schnur	Landkreis Cochem-Zell (ab 1.1.2022)

4.11.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern eine Frauen an (Frauenanteil 7,14 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.11.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für

mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.12 Interargem GmbH

4.12.1 Basisdaten

Interargem GmbH

Schelpmilser Weg 30

33609 Bielefeld

Tel.: 0521/3398-0, Fax: 0521/3398-199, Internet: www.interargem.de

Gründungsdatum: 22. März 1996

4.12.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind Entsorgungsgeschäfte aller Art, insbesondere Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Klärschlamm und sonstigen Reststoffen durch thermische Behandlung, Deponierung und Kompostierung sowie das gesamte Stoffstrommanagement, sowie damit zusammenhängende Geschäfte. Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes mittelbar und unmittelbar geeignet sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Gesellschaft unmittelbar selbst oder mittelbar über Tochtergesellschaften tätig werden und sich anderer Unternehmen bedienen, insbesondere kann sie sich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder Tochterunternehmen gründen.

4.12.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Interargem GmbH betreibt über ihre Tochterfirmen MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH Müllverbrennungsanlagen in Bielefeld und Hameln. In diesen werden die im Kreisgebiet anfallenden Abfälle entsorgt. Die Beteiligung an der Gesellschaft dient daher der Sicherstellung der Entsorgungspflichten des Kreises Paderborn und eröffnet die Möglichkeit zur Einflussnahme mit dem Ziel möglichst geringer Entsorgungskosten und somit niedriger Abfallgebühren.

4.12.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.200.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	Einlage (€)	Anteil (%)
Stadtwerke Bielefeld GmbH, Bielefeld	1.668.500,00	75,84
Kreis Herford	115.500,00	5,25
Kreis Lippe	99.700,00	4,53
Kreis Höxter	71.000,00	3,23
Kreis Paderborn	66.000,00	3,00
GWS Stadtwerke Hameln GmbH, Hameln	28.000,00	1,27
Samtgemeinde Nienstädt	23.000,00	1,05
HVV Herforder Versorgungs- und Verkehrs-Beteiligungs-GmbH, Herford	22.000,00	1,00
AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Georgsmarienhütte	22.000,00	1,00
Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, Minden	22.000,00	1,00
Gemeinde Hiddenhausen	13.600,00	0,62

GEG Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Gütersloh	11.000,00	0,50
Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH, Soest	11.000,00	0,50
Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Schaumburg GmbH, Stadthagen	9.400,00	0,43
Landkreis Hameln-Pyrmont	6.000,00	0,27
Abwasserverband Auetal	3.600,00	0,16
Gemeinde Kirchlengern	3.300,00	0,15
Stadt Löhne	2.200,00	0,10
Entwicklungsgesellschaft SG Sachsenhagen mbH, Sachsenhagen	2.200,00	0,10
	2.200.000,00	100,00

4.12.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Anteilserwerb erfolgte durch den A.V.E-Eigenbetrieb, sodass Ausschüttungen (rd. 360 T€ brutto) direkt beim A.V.E-Eigenbetrieb vereinnahmt werden. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises Paderborn bestehen nicht.

4.12.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	190.458.885,52	190.463.226,52	-4
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.300,00	6.900,00	-4
II. Sachanlagen	2.202,00	2.943,00	-1
III. Finanzanlagen	190.453.383,52	190.453.383,52	0
B. Umlaufvermögen	82.517.149,26	97.678.850,18	-15.162
I. Forderungen	57.292.211,57	62.223.860,02	-4.932
II. Guthaben bei Kreditinstituten	25.224.937,69	35.454.990,16	-10.230
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	298.168,48	319.879,69	-22
Summe Aktiva	273.274.203,26	288.461.956,39	-15.188
Passiva			
A. Eigenkapital	233.091.221,01	214.404.589,22	18.687
I. Gezeichnetes Kapital	2.200.000,00	2.200.000,00	0
II. Kapitalrücklage	111.696.101,84	111.696.101,84	0
III. Gewinnrücklagen	88.508.487,38	61.799.660,41	26.709
IV. Bilanzgewinn	30.686.631,79	38.708.826,97	-8.022
B. Rückstellungen	2.784.034,00	4.632.118,93	-1.848
C. Verbindlichkeiten	37.398.948,25	69.425.248,24	-32.026
Summe Passiva	273.274.203,26	288.461.956,39	-15.188

4.12.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	9.507.792,00	9.217.999,99	290
2. sonstige betriebliche Erträge	380.783,09	280.925,30	100
3. Materialaufwand	7.259.792,76	7.303.655,83	-44
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.259.792,76	7.303.655,83	-44
4. Personalaufwand	1.624.126,39	967.022,59	657
a) Löhne und Gehälter	1.291.098,90	856.264,53	435
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	333.027,49	110.758,06	222
davon für Altersversorgung	170.278,66	1.952,48	168
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	4.341,00	13.894,00	-10
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	169.394,73	175.987,22	-7
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	43.033.325,04	56.393.852,95	-13.361
davon aus Steuerumlage	13.466.113,00	18.756.331,00	-5.290
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.629.890,12	455.891,88	1.174
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0
10. Ergebnis vor Steuern	45.494.135,37	57.888.110,48	-12.394
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14.807.971,58	19.179.165,51	-4.371
12. Ergebnis nach Steuern	30.686.163,79	38.708.944,97	-8.023
13. sonstige Steuern	-468,00	118,00	-1
14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	30.686.631,79	38.708.826,97	-8.022

4.12.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	85	82	3
Eigenkapitalrentabilität	13	18	-5
Anlagendeckungsgrad 2	143	151	-8
Verschuldungsgrad	17	35	-17
Umsatzrentabilität	323	420	-97

4.12.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 10 Mitarbeiter (Vj. 7).

4.12.10 Geschäftsentwicklung

Die Interargem GmbH wurde 1996 mit dem Aufgabenschwerpunkt der thermischen Behandlung und energetischen Verwertung von Abfällen gegründet. Sie ist in ihrer heutigen Struktur alleinige Gesellschafterin der anlagenbetreibenden MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH. Alle drei Gesellschaften zusammen bilden auf Basis bestehender Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge

sowohl eine ertragsteuerliche als auch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Interargem GmbH als Organträgerin. Mit dem Unternehmensgegenstand der thermischen Abfallbehandlung sowie der Bereitstellung von Strom und Fernwärme an den beiden Anlagenstandorten wird der öffentliche Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge erfüllt.

Für ihre beiden Tochterunternehmen erbringt die Interargem GmbH auf Grundlage entsprechender Dienstleistungsverträge vor allem die Vertriebsaktivitäten einschließlich eines anlagenübergreifenden Stoffstrommanagements sowie den Einkauf. Bei weiteren Funktionen arbeitet die Interargem GmbH eng mit ihrer Hauptgesellschafterin, der Stadtwerke Bielefeld GmbH, zusammen. Dies umfasst vor allem Rechtsberatung, Unternehmenskommunikation sowie Personal-, Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen. Darüber hinaus hat die Stadtwerke Bielefeld GmbH die Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Umweltschutzes, des Rechnungswesens und des Controllings übernommen.

Die Gesellschafterstruktur der Interargem GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. An der Interargem GmbH sind nach wie vor insgesamt 19 ausschließlich kommunale Gesellschafter beteiligt, wobei die Stadtwerke Bielefeld GmbH mit einem Anteil von 75,8 % Hauptgesellschafterin ist.

Wirtschaftsbericht

Branchenbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war im Jahresverlauf durch ein hohes Abfallaufkommen gekennzeichnet. Nach unserer Einschätzung ist dieses bei den Haushaltsabfällen vor allem auf ein gestiegenes Konsumverhalten sowie bei den Gewerbeabfällen auf die Kundenstruktur zurückzuführen. Ein weiterer Grund resultierte von außerplanmäßigen Stillständen anderer Müllverbrennungsanlagen und damit einer Reduzierung der Kapazitäten am Markt. Die gewerbliche Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe und Südniedersachsen wird im Wesentlichen von mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus, der Möbelindustrie, der Automatisierungstechnik und Lebensmittelindustrie geprägt und ist somit sehr breit aufgestellt.

Geschäftliche Entwicklung des Unternehmens

In einem insgesamt schwierigen Marktumfeld konnte eine gute Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazitäten in Bielefeld und Hameln erzielt werden. Der Geschäftsverlauf der Interargem GmbH ist im Jahr 2024 aus Sicht der Geschäftsführung insgesamt positiv zu bewerten.

Geprägt war das Geschäftsjahr maßgeblich durch die sinkenden Strompreise und durch die Einbeziehung der Müllverbrennung in das Brennstoffmissionshandelsgesetz (BEHG). Den damit verbundenen höheren Umsatzerlösen stehen entsprechend höhere Materialaufwendungen gegenüber.

Hinsichtlich der in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Energiemengen erhöhte sich der Fernwärmeabsatz bei der MVA Bielefeld-Herford und der Enertec Hameln GmbH im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund des moderat höheren Fernwärmeabsatzes ist die Stromabsatzmenge gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Mit den erbrachten Leistungen sowohl bei der Abfallentsorgung als auch der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wurde die öffentliche Zwecksetzung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vollumfänglich erfüllt. Im technischen Bereich stand vor allem die Gewährleistung eines möglichst störungsfreien Anlagenbetriebs im Mittelpunkt der Aktivitäten. Besonders herausfordernd war 2024 der Beginn der Errichtung der Klärschlammverbrennungsanlage in Bielefeld und der Beginn des Baus einer neuen Rauchgasreinigungsanlage für die Verbrennungslinie 1 in Hameln.

Aufgrund der anhaltend hohen Bedrohungspotentiale wurden die Anstrengungen für Informations- und Cybersicherheit zur Sicherstellung des Anlagenbetriebes an beiden Standorten weiter deutlich erhöht.

Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsprozesse und der hohe Standard der erbrachten Dienstleistungen wurden im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen als Entsorgungsfachbetrieb und den DIN-ISO-Normen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Energiemanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagement erneut unter Beweis gestellt.

Insgesamt waren im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Geschäftsführerin und ein Geschäftsführer sowie durchschnittlich acht Mitarbeiter direkt bei der Interargem GmbH beschäftigt. Darüber hinaus erfolgte eine zusätzliche Personalausstattung im Rahmen einer Personalgestellung von Mitarbeiter:innen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Ertragslage der Interargem GmbH ist im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich durch die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften bestimmt worden. Die entsprechenden Erträge resultieren im Wesentlichen aus den Gewinnabführungen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH in Höhe von 43,0 Mio. € (Vorjahr 56,4 Mio. €).

Eigene Umsatzerlöse von 9,5 Mio. € (Vorjahr 9,2 Mio. €) wurden insbesondere aus den für die Tochterunternehmen erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Betriebsaufwendungen konnte auf dieser Basis ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 45,5 Mio. € (Vorjahr 57,9 Mio. €) erzielt werden. Nach Abzug der Ertragsteuern und sonstigen Steuern verbleibt im Geschäftsjahr 2024 ein um 8,0 Mio. € geringerer Jahresüberschuss in Höhe von 30,7 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage

Den Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen stehen als Mittelabfluss insbesondere Ausschüttungen an die Gesellschafter gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war während des Geschäftsjahrs und danach jederzeit gegeben.

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch eine Eigenkapitalausstattung von 233,1 Mio. €. Bei einer Bilanzsumme von 273,3 Mio. € entspricht dies einer Eigenkapitalquote von 85,3 %.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2024	2023	Abweichung	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-18.321	-20.976	2.655	13%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	20.091	42.385	-22.294	-53%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-12.000	-12.000	0	0%
Veränderung des Finanzmittelfonds	-10.230	9.409	-19.639	-209%
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	35.455	26.046	9.409	36%
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	25.225	35.455	-10.230	-29%

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der Interargem GmbH stellt das Beteiligungsergebnis aus den Tochtergesellschaften dar. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung beträgt das Beteiligungsergebnis 29,6 Mio. € und liegt damit unter dem Vorjahreswert von 37,6 Mio. €, jedoch über dem Planwert von 26,6 Mio. €. Ursächlich für das geringere Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr ist der stark gesunkene Strompreis. Das bessere Beteiligungsergebnis gegenüber dem Plan resultiert aus einer hohen Auflösung von Rückstellungen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bei der operativen Steuerung gilt es vor allem, im Rahmen der Vertriebsaktivitäten für die Tochtergesellschaften eine optimale Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazität zu erzielen. Wesentliche Kennzahl hierfür ist die insgesamt zur Verbrennung angenommene Abfallmenge; diese lag mit rund 807 Tsd. Tonnen (Vorjahr 810 Tsd. t) aufgrund eines guten Abfallaufkommens über dem Planwert von 785 Tsd. Tonnen.

Prognosebericht

Die angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland birgt auch für die Abfallentsorgung erhebliche konjunkturelle Risiken mit möglichen Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Abfallmengen. Neben Mengen- und Preiseffekten im Segment der Abfallbehandlung sind auch Energiemengen und -preise von dieser Unsicherheit erfasst.

Zur Sicherstellung einer hohen Auslastung der Verbrennungsanlagen gilt es daher, die langjährigen und verlässlichen Kundenbeziehungen sowohl mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften als auch mit den privaten Entsorgungsunternehmen in der Region weiter fortzusetzen bzw. auszubauen. Damit soll die Rolle der Interargem GmbH als zentrale Partnerin für die thermische Abfallbehandlung in der Region weiter gestärkt werden.

Die Aufrechterhaltung eines möglichst kontinuierlichen und störungsfreien Anlagenbetriebs bei gleichzeitiger Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen ist ein zentrales Element für den Unternehmenserfolg.

Aufgrund der Entwicklung der Beteiligungsergebnisse liegt das Jahresergebnis 2024 leicht über den Erwartungen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der bereits angesprochenen Unsicherheiten rechnen wir für das Jahr 2025 mit einer Ergebnisentwicklung, die das Vorjahresniveau deutlich unterschreiten wird. Das Beteiligungsergebnis unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung wird damit ebenfalls nennenswert unter dem Vorjahreswert erwartet.

Bei der zur Verbrennung angenommenen Abfallmenge wird eine leichte Unterschreitung der Vorjahresmenge von 807 Tsd. Tonnen erwartet.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Das Risikomanagementsystem der Interargem GmbH ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur des Konzerns Stadtwerke Bielefeld integriert. Die Risiken der Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH werden konsolidiert. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird im

Rahmen der Risikoberichterstattung regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die interne Revision überprüft das Risikomanagementsystem prozessunabhängig in unregelmäßigen Abständen.

Die kontinuierliche Risikofrüherkennung sowie die Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgen dezentral in den Unternehmensbereichen durch eine einheitliche und systematische Methodik. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden regelmäßig alle relevanten Risikopotenziale identifiziert und ihre mögliche Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Darüber hinaus besteht eine sofortige Berichtspflicht für wesentliche Risiken als ad-hoc Meldung, die außerhalb des turnusmäßigen Risikomanagementprozesses identifiziert werden, um frühzeitig mit gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung gegenzusteuern. Die Risikolage der Interargem

GmbH ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Identifizierte und bewertete Risiken werden aufgrund der zu jedem Risiko angegebenen Werte zu Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten in Risikoklassen eingeordnet. Mit den Risikoklassen wird die Einschätzung der Risikolage des Unternehmens und des Gefährdungspotentials eines Risikos unterstützt.

Wesentliche Risiken für die Interargem GmbH, die über die Tochterunternehmen zu einer Ergebnisverschlechterung führen können, sind:

- Reduzierte Anlagenverfügbarkeit und Anlagenstillstand durch Brand, Störungen oder Schäden.
- Lieferantenrisiko aufgrund Nichteinhaltung des abgeschlossenen Vertrages oder Ausfall und somit Wechsel des Lieferanten zu höheren Preisen. Der höhere Aufwand und die Zeitverzögerung aufgrund der konjunkturellen Lage, mangelnde Angebotsabgabe der Lieferungen bis u.U. Anlagenausfall, Erlösausfall.
- Absatz- und Preisrisiken bei der Energie- und Fernwärmevermarktung.
- Kostenrisiken bei der Entsorgung und Verwertung insbesondere bei Stäuben und Schlacke.
- IT-Risiken, die u. a. zu falschen Daten oder sogar Datenverlusten insbesondere in den SAP-Systemen oder zu Cyber-Angriffen führen können, welche jedoch mit gezielten Sicherheitsmaßnahmen weitestgehend reduziert werden.

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Interargem GmbH wesentlich beeinträchtigen, waren für 2024 und sind auch für 2025 nach unserer Einschätzung nicht zu erkennen. Bestehende Risiken werden durch Gegen- und Vorsorgemaßnahmen begrenzt und gesteuert.

Insgesamt haben sich aus der Risikoinventur des Jahres 2024 ausschließlich Risiken ergeben, die gemäß der Risikoportfoliomatrix als gering einzuschätzen sind. Weitere schwerwiegende Risiken wurden im Geschäftsjahr nicht identifiziert.

Sowohl die eigenkapital- als auch die liquiditätsbasierte Risikotragfähigkeit sind im Stadtwerke Bielefeld-Konzern gewährleistet.

Chancenbericht

Für die Interargem GmbH können sich Chancen aus einer höheren Auslastung und höheren Strom- und Fernwärmevermögen bei den Tochterunternehmen aufgrund positiver Preisentwicklungen ergeben.

4.12.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Die Geschäftsführung der Interarem GmbH setzt sich wie folgt zusammen:

Stefan Pöschel, Lemgo; Geschäftsführer der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH (bis 31.03.2024,

Thomas Pörtner, Herford; Geschäftsführer der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH (ab 01.04.2024)

Rainer Müller, Bielefeld, Geschäftsführer der Stadtwerke Bielefeld GmbH.

Sarah Greinert, Bielefeld; Geschäftsführerin der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Kreistagsmitgliedr Päsch.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.12.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital Tsd. €	Jahresergebnis 2021 in Tsd. €
MVA Bielefeld-Herford GmbH, Bielefeld	100	30.077	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag
Enertec Hameln GmbH, Hameln	100	51.652	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag

4.13 Landestheater Detmold GmbH

4.13.1 Basisdaten

Landestheater Detmold GmbH

Theaterplatz 1

32756 Detmold

Tel.: 05231/974-60, Fax: 05231/974-701, Internet: www.landestheater-detmold.de

Gründungsdatum: Das Landestheater Detmold besteht seit 1825. Der Landestheater Detmold e. V. wurde 1972 gegründet. Der Verein war Gesamtrechtsnachfolger des Theaterverein Detmold e. V.. Mit Wirkung zum 1. August 2006 wurde der Verein im Rahmen eines Formwechsels in eine GmbH umgewandelt. Die Gesellschaft firmiert seit dem unter „Landestheater Detmold GmbH“ und ist am 11. Oktober 2006 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Lemgo eingetragen worden.

4.13.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Theateraufführungen und andere Veranstaltungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Die Gesellschaft betreibt dazu das Landestheater Detmold als Mehrspartentheater (Musiktheater, Ballett, Schauspiel mit Kinder- und Jugendtheater, Orchester einschließlich Konzertwesen). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird ohne die Absicht der Gewinnerzielung geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.13.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine kulturelle und pädagogische Einrichtung gehört das Theater zu den öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

4.13.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter:	€	%
Kreis Lippe	1.479.000,00	49,30
Stadt Detmold	831.000,00	27,70
Landesverband Lippe	636.000,00	21,20
Stadt Paderborn	27.000,00	0,90
Staatsbad Bad Oeynhausen GmbH	15.000,00	0,50
Kreis Paderborn	9.000,00	0,30
Verein zur Förderung des Landestheaters Detmold e. V.	3.000,00	0,10
Gesamt:	3.000.000,00	100,00

4.13.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 zahlte der Kreis Paderborn einen Beitrag in Höhe von 34.014,33 € (32.087,16 €) an das Landestheater. Die Zahlungen des Kreises erfolgen über das Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege (einschl. Kreisarchiv)“.

4.13.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 2023/2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.13.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.13.7 „Entwicklung

der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.13.8 „Kennzahlen“ und 4.13.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

Bilanz (in €)	2022/2023	2021/2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	1.554.933,26	1.914.323,43	-359
I. Immaterielles Vermögen	387,00	380,00	0
II. Sachanlagen	1.554.546,26	1.913.943,43	-359
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	4.453.356,18	4.882.793,17	-429
I. Vorräte	371.419,13	347.996,22	23
II. Forderungen und sonstige VG	822.677,83	274.783,68	548
III. Kassenbestand und Guthaben	3.259.259,22	4.260.013,27	-1.001
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128.642,07	121.322,57	7
Summe Aktiva	6.136.931,51	6.918.439,17	-782
Passiva			
A. Eigenkapital	4.545.779,44	5.542.713,23	-997
I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00	3.000.000,00	0
<u>Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen</u>	<u>-1.482.000,00</u>	<u>-1.482.000,00</u>	0
Eingefordertes Kapital	1.518.000,00	1.518.000,00	0
II. Gewinn- / Verlustvortrag	4.024.713,23	4.879.280,26	-855
III. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-996.933,79	-854.567,03	-142
B. Rückstellungen	910.124,61	712.683,03	197
C. Verbindlichkeiten	681.027,46	663.042,91	18
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	6.136.931,51	6.918.439,17	-782

4.13.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022/2023	2021/2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Gesellschafterbeiträge	8.113.704,00	7.993.797,00	120
2. Förderung gemäß Zuwendungsbescheid	12.254.810,59	11.347.000,28	908
3. Sonstige öffentliche Förderung	499.708,00	499.708,00	0
4. Zuwendungen/ Sponsoring/ Spenden	201.244,83	171.332,08	30
5. Veranstaltungserlöse	2.680.151,96	1.995.633,38	685
6. Erlöse aus sonstigem Verkauf	70.378,13	52.851,57	18
7. Sonstige betriebliche Erlöse	381.270,77	80.890,53	300
9. Personalaufwand	-20.863.662,28	-18.933.839,33	-1.930
a) Löhne und Gehälter	-16.379.729,43	-14.890.428,51	-1.489
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-4.483.932,85	-4.043.410,82	-441
10. Abschreibungen auf immaterielles VG	-846.895,40	-689.452,17	-157
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.500.574,58	-3.358.272,45	-142

12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.299,60	150,49	21
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-292,20	-7.253,88	7
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-973,21	-1,56	-1
15. Ergebnis nach Steuern	-989.829,79	-847.456,06	-142
16. Sonstige Steuern	-7.104,00	-7.110,97	0
17. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-996.933,79	-854.567,03	-142

4.13.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr 2022/2023	Vorjahr	Veränderung Berichts-
			zu Vorjahr
			%
Eigenkapitalquote	74	80	-6
Eigenkapitalrentabilität	-22	-15	-7
Anlagendeckungsgrad 2	395	361	33
Verschuldungsgrad	35	25	10
Umsatzrentabilität	./.	./.	

4.13.9 Personalbestand

Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Stellen) im Wirtschaftsjahr	2022/ 2023	
	ständig beschäftigt	nicht ständig beschäftigt
Künstlerisches Personal	155,90	4
Technisches Personal	107,40	5
Verwaltungspersonal	25,00	0
Einlass- und Garderobendienst	12,40	12
Summe	300,70	21
Auszubildende	7,00	

4.13.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.13.6

4.13.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Intendant und künstlerischer Geschäftsführer ist Herr Georg Heckel. Verwaltungsdirektor und kaufmännischer Geschäftsführer ist Herr Stefan Dörr.

Gesellschafterversammlung: Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Frau Kreistagsmitglied Martina Gramlich.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat gehören an:

Ifd. Nr.	Mitglieder des Aufsichtsrats:	Spalte2
1	Dr. Axel Lehmann	Vorsitzender, Landrat des Kreises Lippe
2	Frank Hilker	stellv. Vorsitzender u. Stellvertreter Stadt Detmold
3	Heike Busse	Kreis Lippe
4	Sabine Mirbach	Kreis Lippe
5	Moritz Ileemann	Kreis Lippe
6	Walter Neuling	Kreis Lippe
7	Hans-Jörg Düning-Gast	Verbandsvorsteher Landesverband Lippe
8	Andreas Kuhlmann	Landesverband Lippe
9	Carsten Venherm	Stadt Paderborn/Kreis PB
10	Adrian Thomser	Betriebsratsvorsitzende (beratendes Mitglied)

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.13.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.13.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.14 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.

4.14.1 Basisdaten

Deutscher Wandertag 2015 gGmbH / Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH

Marienplatz 2 a

33098 Paderborn

Tel.:05251/88-2094, Fax: 05251/88-2013, Internet: -

Gründungsdatum: 29. April 2013

4.14.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der GmbH war zunächst die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung „Deutscher Wandertag 2015“. Nach der Änderung des Satzungszweckes am 22. November 2019 liegt dieser in der Durchführung des „1. Deutschen Jugendwandertages 2020“.

Die Gesellschaft kann Geschäfte und Maßnahmen betreiben, die zur Erreichung des Gesellschafts-zweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Sie darf sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

4.14.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der Gesundheit. Der Kreis Paderborn tritt bei der Veranstaltung in der Außenwahrnehmung als Mitausrichter auf.

4.14.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.300,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	in €	in %
Stadt Paderborn	12.100,00	47,826
Kreis Paderborn	11.000,00	43,478
Eggegebirgsverein e. V.	2.200,00	8,696
Summe	25.300,00	100,000

4.14.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.14.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Der letzte aufgestellte Jahresabschluss ist die Liquidationsschlussbilanz zum 31.12.2022. Danach wurden keine weiteren Jahresabschlüsse mehr aufgestellt, bis zur Endgültigen Löschung der Gesellschaft. Das Restguthaben der Gesellschaft in Höhe von 2.555,30 € wurde am 13.06.2024 gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2021 zugunsten des Eggegebirgsvereins e.V. vorgenommen. Am 18.06.2024 wurde die Löschung der Gesellschaft beim Notar beantragt.



4.15 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

4.15.1 Basisdaten

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstr. 149

10117 Berlin

Tel.:030/25 76 79-0, Fax: 030/25 76 79-199, Internet: www.pd-g.de

Gründungsdatum: 2008

4.15.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.

4.15.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH wird ausschließlich für die öffentliche Hand tätig. Sie soll die Funktion einer öffentlichen Inhouse-Infrastrukturberatungsgesellschaft für Bund, Länder und insbesondere Kommunen im Sinne der Vorschläge der BMWi-Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ausfüllen.

4.15.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr hielten die Gesellschafter insgesamt 10.020 Geschäftsanteile (Stammkapital beträgt 2.004.000,00 €) an dem Unternehmen. Die Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 200,00 € verteilt sich folgt:

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	3.513
Bundesrepublik Deutschland	2.603
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V.	280
PD-Beteiligungsverein „Kommunale Großkrankenhäuser“ e.V.	160
Land Baden-Württemberg	100
Land Berlin	100

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Land Brandenburg	100
Land Freie Hansestadt Bremen	100
Land Freie Hansestadt Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Mecklenburg-Vorpommern	100
Land Niedersachsen	100
Land Nordrhein-Westfalen	100
Land Rheinland-Pfalz	100
Land Saarland	100
Land Sachsen-Anhalt	100
Land Schleswig-Holstein	100
Land Thüringen	100
Republik Zypern	100
Stadt Bremen	25
Stadt Bochum	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Essen	25
Stadt Frankfurt am Main	25
Stadt Köln	25
Stadt Leipzig	25
Stadt Mannheim	25
Märkischer Kreis	25
Stadt Nürnberg	25
Kreis Pinneberg	25
Stadt Wuppertal	25
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Schleswig-Holsteinischer Landkreistag	20
Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20
Bergisch Rheinischer Wasserverband KÖR	20

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Bundesagentur für Arbeit	20
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben AöR	20
Dataport AöR	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
Deutsche Rentenversicherung Rheinland AöR (DRV)	20
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main	20
Kommunal BIT AöR (Kommunaler Betrieb für Informationstechnik)	20
Komm.ONE	20
Kommunaler Zweckverband ITK Rheinland	20
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Unfallkasse NRW	20
Universität Bonn	20
Universität Duisburg-Essen KöR	20
Universität zu Köln	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Westfälische Hochschule	20
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20
Zweckverband eGo-Saar	20
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20
Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH (ENO)	20
govdigital eG	20
Klinikum Worms gGmbH	20
Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	20
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig-Holstein	20
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Stadt Aachen	15
Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Bremerhaven	15
Landkreis Euskirchen	15
Stadt Freiburg i.Br	15
Stadt Herne	15
Stadt Jena	15
Stadt Krefeld	15
Stadt Leverkusen	15
Stadt Mainz	15
Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Oberhausen	15
Stadt Offenbach	15
Kreis Olpe	15
Stadt Paderborn	15
Stadt Potsdam	15
Stadt Recklinghausen	15
Stadt Regensburg	15
Stadt Remscheid	15
Rhein-Hunsrück-Kreis	15
Stadt Salzgitter	15
Kreis Segeberg	15
Stadt Solingen	15
Landkreis Trier-Saarburg	15
Stadt Wiesbaden	15
Burgenlandkreis	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme-Spreewald	15

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Landkreis Görlitz	15
Kreis Groß-Gerau	15
Kreis Herzogtum Lauenburg	15
Hochsauerlandkreis	15
Main-Taunus-Kreis	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Kreis Ostholstein	15
Landkreis Sigmaringen	15
Landkreis Uckermark	15
Stadt Bergkamen	10
Stadt Castrop-Rauxel	10
Stadt Dinslaken	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Frechen	10
Landkreis Helmstedt	10
Stadt Hürth	10
Stadt Iserlohn	10
Stadt Langenfeld	10
Stadt Lüneburg	10
Landkreis Prignitz	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Troisdorf	10
Stadt Unna	10
Landkreis Lichtenfels	10
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10
Kreisstadt Bad Hersfeld	5
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Dreieich	5
Stadt Ennepetal	5

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Stadt Erkrath	5
Stadt Espelkamp	5
Gemeinde Ganderkesee	5
Stadt Gelnhausen	5
Stadt Halle (Westf.)	5
Stadt Hamminkeln	5
Stadt Heiligenhaus	5
Stadt Kamp-Lintfort	5
Stadt Kempen	5
Stadt Königs Wusterhausen	5
Stadt Lengerich (Westf.)	5
Stadt Lindau	5
Stadt Mettmann	5
Stadt Monheim am Rhein	5
Kreisstadt Olpe	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Rheinberg	5
Stadt Sehnde	5
Gemeinde Stuhr	5
Stadt Taunusstein	5
Gemeinde Uetze	5
Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Wedel	5
Stadt Wesseling	5
Stadt Wülfrath	5
Stadt Würselen	5
Stadt Boizenburg/Elbe	2
Stadt Brake (Unterweser)	2
Samtgemeinde Heeseberg	2
Stadt Heusenstamm	2

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Marktgemeinde Holzkirchen	2
Stadt Hünfeld	2
Samtgemeinde Lachendorf	2
Gemeinde Langerwehe	2
Gemeinde Lilienthal	2
Stadt Luckau	2
Gemeinde Marpingen	2
Stadt Mengen	2
Gemeinde Merzenich	2
Gemeinde Metelen	2
Gemeinde Michendorf	2
Gemeinde Neubiberg	2
Gemeinde Nörvenich	2
Gemeinde Nohfelden	2
Gemeinde Oberthal	2
Stadt Pattensen	2
Gemeinde Schönenfeld	2
Stadt Schwarzenbek	2
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2
Gemeinde Tholey	2
Stadt Uetersen	2
Gemeinde Windeck	2
Stadt Wittingen	2
Gemeinde Zöllnitz	2
Deutscher Landkreistag e. V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.	1
Deutscher Städtetag	1
	10.020

*Anzahl Geschäftsanteil im Nennwert von je 200,00 €

4.15.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.15.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	3.632.436,18	3.954.261,18	-322
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	214.930,18	442.691,18	-228
II. Sachanlagen	3.417.506,00	3.511.570,00	-94
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	81.458.580,13	68.223.546,53	13.235
I. Vorräte	6.147.952,67	9.421.960,28	-3.274
II. Forderungen	19.732.271,20	15.155.198,03	4.577
III. Kassenbestand, Guthaben	55.578.356,26	43.646.388,22	11.932
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.452.554,24	1.377.827,15	75
Summe Aktiva	86.543.570,55	73.555.634,86	12.988
Passiva			
A. Eigenkapital	55.546.477,52	45.348.466,26	8.019
I. Gezeichnetes Kapital	2.004.000,00	2.004.000,00	0
1. Stammkapital	-508.000,00	-702.600,00	195
II. Kapitalrücklage	3.608.072,60	3.608.072,63	0
III. Gewinnrücklagen	27.292.966,99	21.075.876,93	6.217
IV. Gewinnvortrag	8.703.506,38	8.703.506,63	0
V. Jahresüberschuss	14.445.931,55	10.659.610,07	3.786
B. Rückstellungen	20.752.789,13	18.511.245,55	2.242
1. Steuerrückstellungen	3.240.254,43	1.060.843,62	2.179
2. Sonstige Rückstellungen	17.512.534,70	17.450.401,93	62
C. Verbindlichkeiten	10.231.541,12	9.680.453,05	551
D. Rechnungsabgrenzungsposten	12.762,75	15.470,00	-3
Summe Passiva	86.543.570,52	73.555.634,86	16.540

4.15.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	161.178.578,37	137.077.467,48	24.101
2. Erhöhung (Minderung) des Bestands an Vorräten	-3.339.071,59	2.089.369,20	-5.428
3. sonstige betriebliche Erträge	842.507,34	689.238,35	153
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.259.647,63	-22.128.179,19	2.869
5. Personalaufwand	-95.385.570,74	-81.708.408,39	-13.677
a) Löhne und Gehälter	-81.928.769,44	-70.611.858,91	-11.317
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-13.456.801,30	-11.096.549,48	-2.360
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-1.529.220,04	-1.428.008,03	-101
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.910.473,21	-19.259.423,62	-2.651

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	537.712,17	214.368,48	323
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.172,32	-365,32	-1
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.687.362,95	-4.885.786,89	-1.802
11. Ergebnis nach Steuern	14.446.279,40	10.660.272,07	3.786
12. Sonstige Steuern	-348,00	-662,00	0
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.445.931,40	10.659.610,07	3.786

4.15.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	64	65	-4
Eigenkapitalrentabilität	26	25	-2
Anlagendeckungsgrad 2	2.382	1.402	458
Verschuldungsgrad	56	53	9
Umsatzrentabilität	8	16	-8

4.15.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 1.145 Mitarbeiter (Vj. 970).

4.15.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft PD- Berater der öffentlichen Hand GmbH liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von 5 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von 5 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. 5 99 Nr. I bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber einschließlich der Republik Zypern als derzeit einzige ausländische Gesellschafterin in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektemanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilenvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den

Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Hand.

Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2024 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Geschäftsbereiche und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanges wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen monatlichen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleichermaßen gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen.

Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des operativen Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) sowie neutralem Ergebnis und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Die Gesamtleistung (Umsätze zzgl. Bestandsveränderungen und sonstige betriebliche Erträge), der Deckungsbeitrag (Gesamtleistung abzgl. Aufwendungen der projektbezogenen Kosten), der Deckungsbeitrag abzgl. des Personalaufwandes sowie das operative Ergebnis (EBIT abzgl. neutralem Ergebnis¹) werden in der monatlichen Berichterstattung als zusätzliche Leistungskennziffern an die Geschäftsführung und Leitungsfunktionen dargelegt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden sollte und erreicht wurde.

Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden sollte und erreicht wurde.

Die Geschäftsführung besteht gemäß Satzung aus mindestens zwei Personen, wobei in 2024 ab dem 1. November für eine Übergangszeit nur ein Geschäftsführer bestellt war. Die erste Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung ist die Geschäftsleitung, die zum 31.12.2024 aus sechs Mitgliedern bestand.

Wirtschaftsbericht

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmobilisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe regelmäßig neu ausgerichtet werden. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Mittel und Treiber des Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade mit der Umsetzung des OZG (Onlinezugangsgesetz) hat die Verwaltung die Erfahrung machen müssen, dass die notwendige Digitalisierung an Grenzen stößt und so strukturelle Veränderungen unumgänglich werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten.

Das neutrale Ergebnis umfasst Erträge und Aufwendungen, die auf strategischen Entscheidungen basieren oder als seltene bzw. unregelmäßige Ereignisse eingestuft werden. Diese Geschäftsvorfälle werden nicht als Indikator für die laufende operative Leistung des Unternehmens betrachtet und daher im operativen Ergebnis eliminiert. Im Geschäftsjahr setzte sich das neutrale Ergebnis im Wesentlichen aus der

Inflationsausgleichsprämie (T€ 1.149), den Kosten des Aufsichtsrats (T€ 54), Fremdleistungen für interne Projekte (T€ 396) sowie periodenfremden Erträgen (TEUR 92) zusammen.

Sowohl der in 2024 verstetigte Fachkräftemangel als auch die sich absehbar verengenden haushälterischen Spielräume der öffentlichen Hand erhöhen die Transformationsnotwendigkeit in der Verwaltung.

Dabei sind die sich daraus ergebenden Herausforderungen auf allen föderalen Ebenen anzutreffen und von der Verwaltung von innen heraus nur sehr eingeschränkt zu bewältigen.

Mit den vorgenannten Aspekten geht weiterhin eine große Nachfrage nach Unterstützung nach Leistungen des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung einher. Auf Grund der Gesellschafterstruktur der PD ist diese auf allen föderalen Ebenen (zu der kommunalen Ebene siehe den folgenden Abschnitt) aktiv und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung etabliert.

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand vermehrt vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen, das Gefüge zwischen Stadt-Land-Region und Gebäudebestände mit begrenzten Haushaltsmitteln zu organisieren, zu bauen oder zu sanieren und auszubauen sowie Verwaltungsstrukturen bei den Bau-, Gesundheits- und den sonstigen Kommunalverwaltungen zu modernisieren und die kommunale Verwaltung nachhaltig aufzustellen. Nach wie vor führen die Auswirkungen von Corona (auslaufend) und der Krieg in der Ukraine zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das damit verbundene drastische Wachstum der Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern werden vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Der bereits im letzten Jahr spürbare Gegentrend hält allerdings weiter an, da die bisher hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor wegen der hohen Preise wegbreicht. Umso wichtiger bleibt die große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln. Im Rahmen des DARP (Deutsche Aufbau- und Resilienzplan) wurden im Jahr 2024 weitere wichtige Meilensteine erreicht. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen im Bereich Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung bleibt aufgrund der nach wie vor sehr hohen Investitionsrückstände weiterhin hoch. Die PD hat sich insbesondere im kommunalen Bereich, aber auch im Bereich von Bundes- und Landesbau, als Vertraute der öffentlichen Hand in der Bandbreite von Strategie-, Organisations- und Infrastrukturberatung etabliert.

Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein Umsatzwachstum verzeichnen.

Die PD wurde 2021 zum „Hidden Champion“ des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Sector“ gewählt und erhielt diese Auszeichnung erneut für 2024/2025. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes“ wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben.

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch im Jahr 2024 erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft, die im Wirtschaftsplan 2024 konkretisierten Wachstumserwartungen für das Betriebsergebnis voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in den vergangenen Jahren

gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf, Frankfurt am Main und Hamburg entwickelten sich im Berichtsjahr weiter positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, dadurch eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die im Jahr 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die im Jahr 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden und Kundinnen der PD aus den jeweiligen Regionen. Die PD hat während des Geschäftsjahrs 2024 durchschnittlich 1.145 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 970 im Geschäftsjahr 2023.

In Folge der von der Gesellschafterversammlung im Jahr 2023 beschlossenen PD-Strategie 2024-2028 wurden in den Geschäftsbereichen der PD konkrete Beratungsfelder identifiziert, für die entsprechende Produkte entwickelt wurden und zudem ein stärkerer Fokus auf interföderale Beratungsprojekte gelegt. Darüber hinaus wurde das Wissensmanagement intern, aber auch in Richtung der Gesellschafter und Kunden weiter ausgebaut. Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bzgl. des zweiten Nachtragshaushalts 2021 und der daraus resultierenden Haushaltssperre, wurde die bereits in der Strategie vorgesehene stärkere Diversifizierung der Kundenbasis und Ausweitung des Geschäfts auf der Länderebene forciert und somit mögliche Einbußen verhindert.

Der Gesellschafterkreis ist im Jahr 2024 auf 247 Gesellschafter angewachsen und wird im Jahr 2025 weiterwachsen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögen

Im Rahmen des Weiteren Wachstums der PD hat sich die Bilanzsumme um 13,0 Mio. € (+ 17,7%) gegenüber dem Vorjahreswert von 73,5 Mio. € auf 86,5 Mio. € erhöht.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist um 34,8% (+4.467 T€) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Vorräte verringerten sich im Gegenzug um 34,7% von 9.422 T€ auf 6.148 T€. Demgegenüber haben sich in der Berichtsperiode die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.513 T€ auf 1.913 T€ erhöht (+26,4%). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die sonstigen Rückstellungen in Summe nur geringfügig um 62 T€. Während die Rückstellung für Tantieme anstieg (+1.622 T€), verminderten sich die Rückstellungen für Fremdleistungen (-919 T€) und für die Rückstellungen sonstiger ausstehender Rechnungen (-788 T€).

Die Gesellschaft verfügte zum Ende des Jahres 2024 über direkte Geldmittel in Höhe von 55,6 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten Festgeldanlagen. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 11,9 Mio. € angestiegen. Maßgeblich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 4,4 Mio. €.

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2024) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 55,5 Mio. € bei rund 64,2% der Bilanzsumme. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 15,3-fachen des Anlagevermögens. Damit erhöht sich der Faktor im Vergleich zum Vorjahr um 33,3%.

Finanzlage

Der Cash-Flow betrug insgesamt 11.932 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 55.578 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 17.582 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.207 T€. Sie liegen damit auf dem Niveau des Vorjahrs. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist einen Betrag von -4.443 T€ aus. Gewinnausschüttungen für das Jahr 2023 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß genau in dieser Höhe.

Das working capital zum 31.12.2024 betrug 48.087 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr um 26,5% gestiegen.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 14.446 T€ abgeschlossen. Damit erhöhte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 3.786 T€. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Umsatz zzgl. Bestandsveränderungen (T€)	54.578	65.407	94.040	116.635	139.167	157.840
Rohergebnis (T€)	31.952	48.767	73.184	94.482	117.728	139.422
Jahresüberschuss (T€)	2.898	6.303	12.704	9.353	10.660	14.446

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Umsätze gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der Positionierung als verlässlicher Projektberater und der somit stark einhergehenden Kundenbindung. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im Bereich der Länder, weiter auszuweiten und zu festigen.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt im Geschäftsjahr 2024 rund 20.597 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr um 5.265 T€ gestiegen.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung teilweise erfüllt. Während die Gesamtleistung den Vorjahreswert übertraf, konnte der vom Aufsichtsrat beschlossene Planwert nicht erreicht werden. Die Unterschreitung des Planwertes für die Gesamtleistung begründet sich durch eine deutlich geringe Inanspruchnahme für bezogene Fremdleistungen, was sich auch im Deckungsbeitrag widerspiegelt. Mit Steigerung der Gesamtleistung (+18.792 T€) gegenüber dem Vorjahr sind auch planmäßig die Gesamtkosten angestiegen (+13.561 T€). Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalkosten (+13.683 T€) aufgrund des nachhaltig geplanten Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Trotz Steigerung liegen die Personalkosten mit -6.229 T€ dennoch weit unterhalb des Planwertes. Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen durch geringere Einstellungen als geplant. Die Gesamtmietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum gegenüber dem Vorjahr konstant. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr bei den Fortbildungskosten, den Aufwendungen für Personalsuche und den IT-Kosten zu verzeichnen. Die Steigerung der Gesamtkosten zum Vorjahr wurde entsprechend des Weiteren Wachstums für das Jahr 2024 im Planungsprozess adäquat bemessen. Insgesamt lagen diese auf Grund des geringeren Personalaufwuchses (-3,3% zum Planwert) unterhalb der bestätigten Wirtschaftsplanung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Reiseintensität hat weiterhin zugenommen, Weiterbildungsmaßnahmen wurden stark intensiviert. Der Anstieg fiel in Relation zum Wachstum der Eigenleistung bzw. zum Wachstum der Mitarbeitenden unterproportional aus (-2%) und liegt leicht unterhalb des Planwertes. Das geplante operative Ergebnis wurde auf Grund der geringeren Personalkosten hingegen weit übertroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild der Leistungsindikatoren:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	176.398	158.590	-17.808
Deckungsbeitrag	141.070	139.330	-1.740
Deckungsbeitrag abzgl. Personalkosten	39.449	43.939	4.490
Operative Ergebnis (EBIT abzgl. neutralem Ergebnis)	16.123	20.505	4.382

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren betrachtet die PD nichtfinanzielle Leistungsindikatoren in den Bereichen Personal, Kundenzufriedenheit und Nachhaltigkeit.

Personal: Mitarbeitendenzufriedenheit, Personalentwicklung und Weiterbildung

Nach 2018 und 2021 führte die PD 2023 wieder eine Mitarbeitendenbefragung durch. Diese wurde mit einem zufriedenstellenden Ergebnis (Schulnote 2,36) abgeschlossen und im Jahr 2024 wurde ein Maßnahmenkatalog auf Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung erstellt und erste Maßnahmen wurden umgesetzt. Für 2025 wird angestrebt die Mitarbeitendenzufriedenheit weiterhin auf einem „guten“ Niveau zu halten und die definierten Maßnahmen umzusetzen. Eine weitere Mitarbeitendenbefragung wird voraussichtlich im Jahr 2026 durchgeführt.

Neben den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragung ist auch die im Durchschnitt moderate Fluktuationsrate, die im Jahr 2024 bei rd. 12,1 % lag, ein Zeichen der hohen Mitarbeitendenzufriedenheit. Eine ähnliche Fluktuationsrate wird auch für 2025 angestrebt.

Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung. So wurden Gesundheitswochen durchgeführt und zusätzlich eine Kooperation mit dem Fürstenberg Institut, einer Plattform für Mental Health geschlossen.

Im Bereich Weiterbildung konnte die PD ebenfalls eine positive Entwicklung verzeichnen. So haben in 2024 963 Mitarbeitende ein Training aus der sog. „PD-Lernwelt“ mit durchschnittlich 5,5 Tagen abgeschlossen. Damit konnten rund 80% aller Mitarbeitenden aktiviert werden.

Dabei wurden 60% der Trainings digital und ca. 40 % der Trainings analog angeboten.

Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.

Auch in 2025 sollen festangestellte Mitarbeitende möglichst durchschnittlich 5 Weiterbildungstage erhalten.

Kundenzufriedenheit

Die PD fragt kontinuierlich nach Abschluss von Projekten bei ihren Kunden nach Feedbacks. Diese werden mindestens einmal jährlich ausgewertet. So sind im Jahr 2024 insgesamt 54 ausgefüllte Fragebögen mit einer Rücklaufquote von 55% bei der PD eingegangen. Die Auswertung der Fragebögen zeigt die hohe Qualität der Beratungsleistung sowie die Zufriedenheit der Kunden.

Im Jahr 2025 soll das Kundenfeedback weiter optimiert werden, um eine noch höhere Rücklaufquote zu erreichen. Zudem wird das Qualitätsmanagement weiter ausgebaut, um dadurch eine hohe Kundenzufriedenheit abzusichern.

Nachhaltigkeit

Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013.

Die im Jahr 2022 beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie der PD enthält 50 Nachhaltigkeitsziele. Aufgrund der gestiegenen gesetzlichen Anforderungen aber auch wegen des hohen Verantwortungsbewusstseins der PD wird die Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Governance-Strukturen und Nachhaltigkeitsreportings stetig weiterentwickelt. So wurde im Jahr 2024 u.a. die Wesentlichkeitsanalyse ausgewertet und in unterschiedlichen Gremien besprochen und diskutiert.

Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens. Auch 2024 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an sechs gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt.

Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt — wenn immer möglich — alternative Besprechungsmedien.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Nach einem längeren Zeitraum des starken Wachstums hat die PD im Jahr 2024 einen Konsolidierungsprozess begonnen, der auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll.

Dabei fokussiert sich die PD auf eine gezielte und strategische Kundendiversifizierung, um möglichen Haushaltsengpässen, die u.a. im zeitlichen Zusammenhang mit Wahlen entstehen, begegnen zu können. So hat die PD durch die Gewinnung von strategisch wichtigen Gesellschaftern, wie einigen Großstädten und größeren Bundesbehörden weiteres Geschäftspotenzial gewonnen. Auch das Geschäft mit den Bundesländern wird weiter forciert und weiterhin ein Fokus auf die Gewinnung der beiden verbleibenden Bundesländer als Gesellschafter gelegt. Hierdurch bietet sich für die PD auch ein Skalierungspotenzial für ihre Beratungsprodukte.

Neben der strategischen Kundendiversifikation sieht die PD in ihren Expertise-Bereichen Verwaltungsmodernisierung sowie Infrastruktur aufgrund des weiterhin bestehenden Beratungsbedarfs der öffentlichen Hand ausreichend Nachfrage, um ihren konsolidierten Wachstumskurs zu verfolgen. So werden insbesondere auf Bundesebene durch die neue Bundesregierung neue Arbeitsprogramme erwartet, bei denen eine Begleitung durch die PD angestrebt wird. Auf allen föderalen Ebenen bestehen zudem für die öffentliche Hand Herausforderungen, dem steigenden Investitionsstau, Sanierungsbedarf der Infrastruktur (z. B. Gebäudesanierung und Brücken) und zunehmenden Fachkräftemangel zu begegnen. Auch hier bietet die PD mit ihrer Expertise in ihren Kernbereichen, wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, Cybersicherheit, strategische Beschaffung, Öffentliche Gebäude etc., vielfältige Beratungsangebote, die auf eine entsprechende Nachfrage treffen. Auf Grund ihrer Größe ist die PD mittlerweile in der Lage, sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. November 2024 beschlossen wurde und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2026-2029 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein Wachstum in Höhe von 4% bis 5% auf Basis aktueller qualifizierter Einschätzungen der Marktpotentiale insbesondere der eigenen Leistung der PD vor, jedoch ein abgeschwächtes im Vergleich zu den Vorjahren. Dabei wird im Zeitraum 2026 — 2029 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 5,1% p.a. erwartet. Zur Erreichung dieses Eigenleistungswachstum muss der Personalkörper im operativen Bereich im Vergleich zu den Vorjahren leicht anwachsen, was dementsprechend in der Planung verankert wurde. Die deutlich negative Entwicklung des Deckungsbeitrages abzgl. der Personalkosten ist im Wesentlichen auf den starken Anstieg der Personalkosten in Höhe von 11,4% gegenüber dem Jahr 2024 sowie der „Overperformance“ (höhere Auslastungswerte) der Beratenden im Geschäftsjahr 2024 zurückzuführen, welche für 2025 so nicht vorhersehbar war.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Leistungsindikatoren der Gesellschaft dar:

	IST 2024 (T€)	PLAN 2025 (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	158.590	156.808	-1.782
Deckungsbeitrag	139.330	142.324	2.994
Deckungsbeitrag abzgl. Personalkosten	45.087	37.332	-7.755
Operative Ergebnis (EBIT abzgl. neutralem Ergebnis)	22.169	12.545	-9.624

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risikobewertung:

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet. Die Bewertung erfolgt in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Realisierung des Risikos. Hierfür wurde eine einheitliche Systematik entwickelt, die in allen Bereichen, in denen Risiken ermittelt und bewertet werden, verwendet wird. Aufgrund dieser Systematik werden alle Risiken nach dem Ampelprinzip eingestuft. Die Risikolage wird jeweils jährlich im Risikobericht zusammengefasst, der dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates sowie dem gesamten Aufsichtsrat vorgestellt wird. Folgende Risikokategorien sind für die PD relevant (angeordnet nach Gewichtung):

Strategisches und Marktrisiko

Zu den strategischen und Marktrisiken gehören unter anderem eine fehlende strategische Ausrichtung, das Außerachtlassen von Markttendenzen und Veränderungen in der Wettbewerbslandschaft, die Nichtbeachtung von Entwicklungen in zentralen Geschäftsfeldern und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Beratungsleistungen, mangelndes Wissensmanagement oder eine fehlende Berücksichtigung neuer Methoden und Techniken. Auch Konjunktur- und Wirtschaftsschwankungen sowie politische Unsicherheiten und deren Auswirkungen auf die öffentliche Haushaltsslage sind hier zu berücksichtigen. Insbesondere Haushaltskrisen haben direkte Auswirkungen auf das Geschäft der PD und sind auch aufgrund ihrer Häufung in den vergangenen Jahren somit als eines der wesentlichen Risiken der PD anzusehen.

Reputationsrisiko

Die PD steht als Inhouse-Beratung der öffentlichen Hand aufgrund des besonderen medialen Interesses für das Handeln der Verwaltung vermehrt ebenfalls im Fokus. Daher ist eine Beeinträchtigung der Reputation für die PD ein hohes Risiko, dem entgegengewirkt werden muss. Der Ruf der PD kann zum Beispiel durch negatives Medienecho oder Kundenfeedback beschädigt werden. Die Ursachen und Risiken für solch negatives Feedback liegen in unzutreffenden und abschätzigen Meinungsäußerungen Dritter, schlechter Beratungsqualität, aber auch in Verletzung von Richtlinien oder Vorgaben.

Projektrisiko

Projektrisiken sind vielfältig und können beispielsweise durch ein Scheitern von Projekten, etwa aufgrund von Beratungsfehlern, durch die Nichtbeachtung von internen Geschäftsprozessen, durch fehlende oder nicht kommunizierte Prozessabläufe, durch unzureichende Dokumentation oder die Vernachlässigung interner Richtlinien entstehen. Hinzukommen können außerdem Qualifikationslücken bei Mitarbeitenden hinsichtlich einer erforderlichen Fachexpertise, mangelnde Sorgfalt oder fehlende Motivation bei Mitarbeitenden. Mit der steigenden Anzahl der Projekte der PD ist die Eintrittswahrscheinlichkeit für die benannten Risiken grundsätzlich gestiegen, aufgrund der vielfältigen Qualitätsmaßnahmen und der dadurch begrenzten Auswirkungen sind die Projektrisiken insgesamt jedoch als mittel einzuschätzen.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken sind solche, die die Arbeitsfähigkeit der PD schlechthin betreffen. Ein Mangel an personellen und materiellen Ressourcen für die Bearbeitung von Projekten oder eine eingeschränkte Nutzbarkeit beziehungsweise Nichtverfügbarkeit der IT-Systeme, der Infrastruktur oder von Versorgungseinrichtungen können hier exemplarisch als Ursachen genannt werden. Da Angriffe auf die IT-Systeme in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben, sind die operationellen Risiken in ihrer Bedeutung gestiegen, jedoch grundsätzlich weiterhin als mittel einzustufen, da die PD sich bei der Absicherung ihrer IT-Infrastruktur laufend weiterentwickelt.

Rechtliches Risiko

Rechtliche Risiken entstehen etwa aus Verstößen gegen Gesetze oder Vorschriften, durch Nichterfüllung von verbindlichen Anforderungen des Aufsichtsrates, durch die Nichteinhaltung von Vertraulichkeits-, Datenschutz- und Geheimschutzanforderungen, Verletzungen von Compliance-Richtlinien oder durch Lücken in den internen Kontrollsystmen. Diese Risiken werden bei der PD auch aufgrund der mehrstufigen Kontrollstrukturen und des grundsätzlich verankerten Vier-Augen-Prinzips überwiegend als mittel eingestuft.

Finanzielles Risiko

Finanzielle Risiken können viele Ursachen haben. Hierzu zählen finanziell nachteilige Lieferanten- oder Kundenverträge, eine unzureichende Liquiditätsausstattung, fehlerhafte Finanzplanung, unwirksames Controlling oder eine nicht ausreichende finanzielle Risikorücklage bis hin zu nicht vorhandenen Versicherungen. Da die PD ausschließlich öffentliche Kunden hat, die grundsätzlich stets als zahlungsfähig anzusehen sind, sind die Risiken eher als gering einzuschätzen.

Maßnahmen zur Risikomitigation:

Bezüglich der strategischen und Marktrisiken treibt die PD die Diversifizierung ihrer Kundenbasis voran und überwacht insbesondere bei anstehenden Bundes- und Landtagswahlen die Fortführungsprognose aller laufenden Projekte auf wöchentlicher Basis. Auch entwickelt sie das interne Wissensmanagement kontinuierlich weiter, um die Transparenz über die verschiedenen Projekte und die Nachnutzbarkeit von Wissen zu untermauern und mögliche Redundanzen oder Widersprüche zwischen den Beratungsprojekten zu vermeiden. Mögliche regulatorische Neuerungen werden mithilfe eines Rechtskatasters überwacht.

Um Projektrisiken zu begegnen, wird zum einen seit mehreren Jahren die Qualifizierung und Weiterbildung der Beratenden kontinuierlich verbessert und zum anderen das Qualitätsmanagement durch die Einführung von so genannten Quality Gates ausgebaut und verbindlich umgesetzt. Abgeschlossene Projekte werden mittels „Lessons Learned“ einer kritischen Nachbewertung unterzogen. Die Ergebnisse sind über die neue Projektdatei für alle Mitarbeitenden einseh- und auswertbar (Risikokommunikation). Zusätzlich wird ein Kundenfeedback eingeholt. Kaufmännisch wird die laufende Projektarbeit durch das Projektcontrolling kaufmännisch begleitet.

Mithilfe des Qualitätsmanagements wird auch möglichen Reputationsrisiken entgegengewirkt. Darüber hinaus betreibt die PD ein Pressemonitoring und eine intensive Marketing- und Kommunikationsarbeit, um auf negative Äußerungen z.B. auch auf den sozialen Netzwerken schnellstmöglich reagieren zu können und zugleich umfänglich über die Arbeit der PD zu informieren. Die Webseite ist hier eine zentrale erste Informationsquelle für Recherchen von Stakeholdern. Zudem hat die PD ein Compliance Management System etabliert und zertifizieren lassen sowie eine Whistleblower-Meldestelle eingerichtet.

Möglichen rechtlichen Risiken wird insbesondere durch fortlaufende Schulungen und Bekanntmachungen der Angebots- und Nachunternehmer-Prozesse bei den Mitarbeitenden und durch die Einrichtung eines zentralen Vertragsmanagements inkl. rechtlicher Prüfung der Verträge begegnet.

Im Bereich der finanziellen Risiken gibt es ein breites Spektrum an Instrumenten, wie z. B. wöchentliche Monitorings der Liquidität, des Working Capital und des Forderungsmanagements. Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Weitere Maßnahmen zur Risikomitigation, die insbesondere auf die operationellen Risiken abzielen sind ein umfangreiches IT-Sicherheitssystem, was auch durch die BSI-Re-Zertifizierung nach ISO 27001 im Jahr 2024 bestätigt wurde. Auch wurde im Jahr 2024 das IT-Tool „Trend Micro Tipping Point“ eingeführt, das in Echtzeit das gesamte Netzwerk auf Bedrohungen hin scannt und das Eindringen von Schadsoftware weitestgehend unterbindet. Im laufenden Geschäft unterstützt der Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) die Mitarbeitenden bei Fragen oder Anliegen hinsichtlich der Informationssicherheit. Im Bereich Personal werden unter anderem Mitarbeitendenbefragungen durchgeführt, die im Hinblick auf Anhaltspunkte für Verbesserungen ausgewertet werden sowie diverse Personalentwicklungsmaßnahmen ergriffen, um die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sicherzustellen. Zusätzlich wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut, das sowohl den Arbeitsschutz, gesundheitsfördernde Maßnahmen sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement langzeiterkrankter Mitarbeitenden umfänglich betreibt, um das Wohlergehen der Mitarbeitenden zu unterstützen und das Gesundheitsrisiko zu mindern. Darüber hinaus wird die Fluktuationsrate regelmäßig überprüft und Austrittsgespräche geführt, um rechtzeitig auf mögliche Austrittswellen reagieren zu können.

Neben all diesen Maßnahmen überprüft die Interne Revision entsprechend einer mehrjährigen Prüfplanung die Funktionsbereiche und Geschäftsprozesse auf Einhaltung der internen Richtlinien sowie von extern vorgegebenen Gesetzen und Verordnungen.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

4.15.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer sind Herr Stéphane Beemelmans und Herr Claus Wechselmann.

Gesellschafterversammlung :

Der Kreistag des Kreises Paderborn hat im Rahmen des Beschlusses über den Beteiligungserwerb ebenfalls beschlossen, keine Vertretung für die Gesellschafterversammlung zu bestellen, sondern sich in der Gesellschafterversammlung durch den Deutschen Landkreistag e.V., Berlin, vertreten zu lassen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Name	
Saebisch, Steffan	Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 10.12.2024)
Bösinger, Dr. Rolf	Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 11.12.2024)
Klesse, Dr. Astrid	
Scholz, Prof. Dr. Jens	(bis 10.12.2024)
Göppert, Verena	(bis 19.04.2024)
Karger, Pia	(bis 04.04.2024)
Mangelsdorff, Dr. Lukas	
Damm, Elmer	
Zimmermann, Uwe	
Rehfeld, Dieter	
Deix, Wolfgang	
Waßmuth, Melissa	(bis 30.06.2024)

Munoz, Tatiana	
Michel, Corinna	
Wilkens, Jan	
Werth, Dr. Jochen	
Wohltmann, Matthias	(seit 20.04.2024)
Pyka, Tina	(seit 01.07.2024)
Cordt, Jutta	(seit 05.04.2024)
Kerst, Dr. Andreas	(seit 19.12.2024)
Bussmann, Jens	(seit 19.12.2024)

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.15.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: 31,25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.15.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.



4.16 Klärschlammverwertung OWL GmbH

4.16.1 Basisdaten

Klärschlammverwertung OWL GmbH
Eckendorfer Straße 57
33609 Bielefeld
Gründungsdatum: 2020

4.17.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle, Gegenstände des Unternehmens sind a) der Transport von Klärschlamm, b) die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, c) die thermische Entsorgung von Klärschlamm, d) die Planung, Errichtung und der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage, e) die Erzeugung, Verwertung, Vermarktung und der Verkauf der bei der Klärschlammverbrennung gewonnenen Energien, f) die Deponierung und Entsorgung der bei der Verbrennung anfallenden Reststoffe, g) das Recyceln des Phosphors aus der Klärschlammrasche und dessen Verwertung und Vermarktung und h) Dienstleistungen aller Art auf dem Gebiet der Klärschlammversorgung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Abfallentsorgung. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der verbandlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung und der gesetzlichen Bestimmungen auf den Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit einem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen.

4.16.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft soll in Zukunft die Klärschlammversorgung in der Region sicherstellen.

4.16.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter (Stadt, Gemeinde, Kreis, etc.)	Anteil am Stammkapital in €	Beteiligungsanteil In %
AbfallWirtschaftsVerband Lippe	6.793,00	13,586
GEG Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH	5.334,00	10,668
Stadt Bielefeld	4.895,00	9,790
Stadt Paderborn	3.017,00	6,034
Stadt Minden (Städtische Betriebe Minden)	2.960,00	5,920
HAG Herforder Abwasser GmbH	2.732,00	5,464
Kreis Minden-Lübbecke (Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke (AML))	1.927,00	3,854
Stadt Gütersloh	1.879,00	3,758
AOL Abwasserverband Obere Lutter	1.708,00	3,416
Wasserverband Wittlage	1.537,00	3,074
Stadt Lübbecke	1.423,00	2,846
Wasserverband Bersenbrück	1.520,00	3,040

Stadtentwässerung Lippstadt AöR	1.138,00	2,276
Stadt Löhne (Eigenbetrieb Stadtwerke Löhne)	1.025,00	2,050
Stadtwerke Bad Oeynhausen AöR	1.025,00	2,050
Kommunalbetriebe Bünde AöR	865,00	1,730
Kommunalunternehmen der Stadt Warburg AöR	808,00	1,616
Stadt Delbrück	569,00	1,138
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Verl-West)	535,00	1,070
Stadt Höxter (Stadtentwässerung Höxter ESH)	512,00	1,024
Stadt Marsberg	501,00	1,002
Stadt Büren (Abwasserwerk der Stadt Büren)	491,00	0,982
Stadt Bad Driburg (Eigenbetrieb Abwasserwerk der Stadt Bad Driburg)	455,00	0,910
Stadt Geseke (Eigenbetrieb Abwasserwerk Geseke)	455,00	0,910
Stadt Salzkotten (Stadtwerke Salzkotten)	421,00	0,842
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	398,00	0,796
Stadt Brakel	376,00	0,752
Stadt Spende	376,00	0,752
Gemeinde Hiddenhausen	342,00	0,684
Stadt Beverungen (Abwasserwerk der Stadt Beverungen)	342,00	0,684
Stadt Enger (Wirtschaftsbetriebe Stadt Enger)	342,00	0,684
Stadt Steinheim	342,00	0,684
Stadt Vlotho (Vlothoer Wirtschaftsbetriebe)	307,00	0,614
Gemeinde Borchen	285,00	0,570
Sennegemeinde Hövelhof	285,00	0,570
Gemeinde Rödinghausen	273,00	0,546
Stadt Bad Wünnenberg	250,00	0,500
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Gemeinschaftsklarwerk Verl-Sende)	250,00	0,500
Stadt Bad Lippspringe	228,00	0,456
Stadtwerke Lichtenau GmbH	228,00	0,456
Gemeinde Altenbeken	182,00	0,364
Stadt Nieheim	171,00	0,342

Stadt Borgentreich (Abwasserwerk)	125,00	0,250
Stadt Marienmünster	125,00	0,250
Stadtwerke Espelkamp AöR	125,00	0,250
Kreis Paderborn (A.V.E Eigenbetrieb)	123,00	0,246
Summe	50.000,00	100,00

4.16.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.16.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	6.335.668,51	2.109.293,65	2.109
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.627,12	13.724,86	14
II. Sachanlagen	42.598,98	53.626,38	54
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.598,98	53.626,38	54
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	2.041.942,41	2.041.942,41	2.042
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.241.500,00	0,00	
B. Umlaufvermögen	2.287.607,95	1.549.631,30	273
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		111.349,99	-414
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.175,11	59.500,00	60
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.764.907,57	31.968,77	-468
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	41.145,62	0,00	
4. sonstige Vermögensgegenstände	19.110,38	19.881,22	-6
II. Kassen- und Bankbestand	453.269,27	1.438.281,31	687
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.027,00	4.804,00	5
Summe Aktiva	8.627.303,46	3.663.728,95	2.387
Passiva			
A. Eigenkapital	499.807,11	522.019,04	-585
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00	0
II. Kapitalrücklage	472.019,04	1.057.298,61	-482
III. Bilanzverlust	22.211,93	585.279,57	103
B. Rückstellungen	24.456,40	3.324,00	0
1. sonstige Rückstellungen	24.456,40	3.324,00	0
C. Verbindlichkeiten	8.103.039,95	3.138.385,91	2.972
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	252.007,10	48.569,30	-118
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.297.870,24	3.043.900,00	3.044
3. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.553.162,61	0,00	0
4. sonstige Verbindlichkeiten	0,00	45.916,61	46
Summe Passiva	8.627.303,46	3.663.728,95	2.387

4.16.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	15.456.552,40	50.000,00	15.407
2. sonstige betriebliche Erträge	31.593,87	7.675,72	24
3. Materialaufwand	14.630.658,86	0,07	14.631
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.202,74	0,07	2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	14.632.861,60	0,00	14.633
4. Personalaufwand	365.661,65	158.405,27	207
a) Löhne und Gehälter	309.568,08	149.605,33	160
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	56.093,57	8.799,94	47
5. Abschreibungen	16.037,04	10.464,96	6
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	16.037,04	10.464,96	6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	344.467,01	467.059,54	-123
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	55.139,50	0,00	55
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.567,07	2.800,00	17
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	228.978,71	9.086,95	220
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	738,50	738,50	0
11. Ergebnis nach Steuern	-22.211,93	-585.279,57	563
12. Jahresfehlbetrag	-22.211,93	-585.279,57	563
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-585.279,57	-481.869,86	-103
14. Entnahme aus der Kapitalrücklage	-585.279,57	-481.869,86	-103
15. Bilanzverlust	22.211,93	585.279,75	-563

4.16.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	6	14	-59
Eigenkapitalrentabilität	-4	-112	-96
Anlagendeckungsgrad 2	136	174	-22
Verschuldungsgrad	1626	602	170
Umsatzrentabilität	0	-1171	

4.16.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung wurden 2 Mitarbeitende beschäftigt.

4.16.10 Geschäftsentwicklung

I. Wirtschaftsbericht

a. Unternehmensgegenstand

Die Klärschlammverwertung OWL GmbH mit Sitz in Bielefeld wurde am 03.06.2020 von insgesamt 47 kommunalen Gesellschaftern gegründet, welche sich zuvor im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit der sog. „Klärschlammkooperation OWL“ zusammengefunden haben, um die zukünftige Klärschlammensorgung für die Region zu sichern.

Hintergrund ist, dass in Ostwestfalen-Lippe rund 100 Kläranlagen betrieben werden, die mittelbar oder unmittelbar in kommunaler Hand liegen und in denen zusammengefasst jährlich etwa 178.000 Mg Originalsubstanz (OS) bzw. 44.500 Mg Trockensubstanz (TS) Klärschlamm anfallen. Diese Klärschlämme enthalten eine ganze Reihe wertvoller Pflanzennährstoffe. Daher konnten in der Vergangenheit im Rahmen der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung rund zwei Drittel als Dünger auf den Feldern der Region genutzt werden. Die verbleibende Restmenge wurde in Kraftwerken (Stein- oder Braunkohle) und Zementwerken zur thermischen Verwertung oder Mitverbrennung eingesetzt.

Da der Klärschlamm neben wertvollen Bestandteilen jedoch auch umwelt- und gesundheitsgefährdende Schadstoffe enthalten kann, wurde in der seit 2017 gültigen Novelle zur Klärschlammverordnung (AbfKlärV) die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung sehr deutlich eingeschränkt. Weiterhin ist durch veränderte Parameter in der ebenfalls novellierten Düngeverordnung (DÜV) vom 26.05.2017 sowie der DÜV-20 vom 27.04.2020 das Aufbringen unter anderem von Stickstoff und Phosphor auf Äckern weiter eingeschränkt worden. Da aber Phosphor ein begrenzter und zugleich sehr wertvoller Rohstoff ist, hat der Gesetzgeber eine grundsätzliche Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen vorgesehen. Demnach sind Betreiber von Kläranlagen mit einer Ausbaugröße von mehr als 50.000 Einwohnerwerten in der Pflicht bis 2032 und bei einer Ausbaugröße von mehr als 100.000 Einwohnerwerten bis 2029, die Klärschlammverwertung neu zu organisieren. Aufgrund der Änderungen der Gesetzeslage haben aber bereits seit einigen Jahren alle Kläranlagenbetreiber in der OWL-Kooperation Probleme bei der Klärschlammverwertung. Der Grund ist, dass die bisher in OWL überwiegend betriebene landwirtschaftliche Verwertung der Klärschlämme nicht mehr bzw. nur noch sehr eingeschränkt aufgrund der veränderten Gesetzeslage möglich ist.

Eine ordnungsgemäße Entsorgung erfolgt daher meist in Hausmüll-Verbrennungsanlagen. In ganz Deutschland fehlen jedoch Kapazitäten, um den Klärschlamm thermisch zu verwerten. Daher stieg seit 2017 das Preisniveau für die Klärschlammverwertung sprunghaft an. In Niedersachsen sowie in einigen Regionen Ostwestfalens wurde zwischenzeitlich sogar von einem Entsorgungsnotstand gesprochen, da kaum noch Flächen für die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung zur Verfügung standen.

Aufgrund der erheblichen Vorlaufzeiten für die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen einer zukunftsfähigen Klärschlammverwertung in OWL bestand die Notwendigkeit, schon frühzeitig vor den genannten Umsetzungsfristen zu handeln.

Dies geschah, um für neu zu schaffende Entsorgungskapazitäten einen ausreichenden Planungs- und Umsetzungszeitraum zur Verfügung zu haben. Einigkeit herrscht darin, dass ein interkommunales Vorgehen, nicht zuletzt auch im Sinne der Gebührenzahler*innen, sehr sinnvoll ist.

Daher vereinbarten im Oktober 2018 der Abfallwirtschaftsverband Lippe, die Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, die Herforder Abwasser GmbH, der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld sowie die Stadt Gütersloh als Erstunterzeichner eine Vorvereinbarung zur interkommunalen Klärschlammkooperation in Ostwestfalen-Lippe.

Nach dem Beschluss des Gesamtkonzeptes auf der ersten Mitgliederversammlung der Klärschlammkooperation OWL am 24.06.2019 haben im Nachgang die Städte und Gemeinden am 14.02.2020 in Detmold den Kooperationsvertrag unterzeichnet. Auf Grund der Bündelung verschiedener Kommunen über die Kreise bzw. Kreisgesellschaften hat die Klärschlammverwertung OWL GmbH seit 2024 nun 46 Gesellschafter. Die Gesellschafter vertreten wiederum insgesamt 78 Gemeinden, Städte, Kreise, Wasser- und Zweckverbände, bei denen jährlich ca. 178.000 Mg Klärschlamm OS (rund 44.500 Mg TS) anfallen.

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Entsorgung und Verwertung der bei der Abwasserentsorgung und –aufbereitung anfallenden Abfälle.

Im Rahmen eines mehrjährigen öffentlichen Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Strategischen Partners ist im Jahr 2023 die Entscheidung gefallen. So konnte am 28.04.2023 eine Beauftragung und mehrjährige Zusammenarbeit mit der MVA Bielefeld-Herford GmbH vereinbart und notariell beurkundet werden. Ab dem 01.01.2024 bis zum 31.12.2043 gilt diese Partnerschaft mindestens, bei der der Strategische Partner den Bau und Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage auf dem Gelände der MVA Bielefeld-Herford GmbH, Schelpmilser Weg in Bielefeld umsetzen wird. Der Klärschlammverwertung OWL GmbH kommt in der Partnerschaft die Rolle des kaufmännischen Betriebsführers zuteil.

Im zweiten Halbjahr 2023 sind alle vorbereitenden Maßnahmen (Aufbau Verwaltungsstrukturen, Ausschreibung der logistischen Leistungen) abgeschlossen worden.

b. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2024 konnte die KSV OWL ihre Geschäftstätigkeiten erfolgreich aufbauen und die ihr übertragenen Aufgaben sofort effizient umsetzen. Die Gesellschaft nahm ihren operativen Betrieb im Bereich des Transports und der Verwertung von Klärschlamm auf, um ihren Gesellschaftern eine nachhaltige und effektive Lösung für die Entsorgung der Klärschlämme zu bieten. Durch den sofortigen Einsatz einer eigens programmierten Software wurden die logistischen Prozesse der Anmeldung von KS-Transporten sowie die Disposition mit Meldung an den jeweiligen Transporteur sowie gleichzeitig an die anmeldende Kläranlage ab dem 01.01.2024 durchweg digital abgebildet.

Die fünf Entsorgungsanlagen wurden im Rahmen der vereinbarten jährlichen Lieferpläne bedient. Bei außerplanmäßigen Stillständen musste entweder die nächste Entsorgungsanlage angefahren werden oder in Absprache mit der jeweiligen Kläranlage konnten die Mengen auch für 1-2 Wochen zwischengepuffert werden.

Die kaufmännischen Prozesse wurden mithilfe der Software „Diamant“ seit dem 01.01.2024 abgebildet. Dies gilt sowohl für den Bereich des Rechnungswesens als auch der Faktura. Alle eingehenden Rechnungen werden in einem elektronischen Workflow eingelesen, freigegeben und revisionssicher verarbeitet. Die Ausgangsrechnungen im Rahmen der Klärschlammversorgungen werden als E-Rechnungen den jeweiligen Gesellschaftern digital zur Verfügung gestellt.

Die KSV OWL konnte nicht nur ihre vertraglichen Leistungen etablieren, sondern auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit allen relevanten Partnern und der Tochtergesellschaft, der OWL Ressourcen GmbH, weiter intensivieren.

In Bielefeld konnte mit der Flächenberäumung für den Bau der Klärschlammverbrennungsanlage begonnen werden. Verschiedene Bau- bzw. Leistungslose wurden im Laufe des Jahres vergeben und das beauftragte Bauunternehmen startete im November mit den ersten Tiefbauarbeiten.

Ein wesentlicher Bestandteil der operativen Tätigkeit war die Übernahme der Rolle des kaufmännischen Betriebsführers der OWL Ressourcen GmbH. Durch die enge Kooperation mit der Gesellschaft konnte die KSV OWL GmbH die administrativen und kaufmännischen Aufgaben gezielt steuern, was zur Effizienzsteigerung und zur Optimierung der internen Prozesse beitrug.

Der regelmäßige monatliche Austausch innerhalb der OWL Ressourcen GmbH mit dem technischen Betriebsführer, der MVA Bielefeld-Herford GmbH, spielte dabei eine zentrale Rolle. Der kontinuierliche Dialog förderte die erfolgreiche Begleitung des Bauprojekts der neuen Klärschlammverbrennungsanlage, welche im Jahr 2024 mit Maßnahmen auf der Baustelleneinrichtungsfläche startete, und stärkte die Partnerschaft, die für den Erfolg der KSV OWL von entscheidender Bedeutung ist.

Zusätzlich nahm die Geschäftsführung der KSV OWL regelmäßig Kläranlagenbesuche vor, um vor Ort einen reibungslosen Ablauf der Verwertungsprozesse sicherzustellen. Diese Besuche ermöglichen es, denkbare Optimierungspotenziale frühzeitig zu erkennen und die Qualität der erbrachten Dienstleistungen kontinuierlich zu überwachen.

Im Zuge der Vorbereitung auf mögliche zukünftige Aufgaben wurden bereits erste Vorbereitungen für die Entsorgung der Fraktionen Rechen- und Sandfanggut, welche als Nebenprodukt/Abfälle auf den Kläranlagen anfallen, getroffen.

Diese Fraktionen wurden aufgrund der Gespräche auf den Kläranlagen in den Fokus genommen, um den Gesellschaftern der KSV OWL einen Full-Service für alle anfallenden Abfallarten anbieten zu können.

Insgesamt war 2024 für die KSV OWL ein Jahr der erfolgreichen Etablierung und Weiterentwicklung im Bereich der Klärschlammverwertung und -entsorgung. Die positive Zusammenarbeit mit den Partnern und dem Tochterunternehmen sowie die kontinuierliche Optimierung der betrieblichen Abläufe bieten eine solide Grundlage für den weiteren Geschäftserfolg in den kommenden Jahren.

c. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Entsprechend den Vereinbarungen aus dem Kooperationsvertrag vom 14.02.2020 und der Satzung der Gesellschaft wurde die Gesellschaft neben den Stammkapitaleinzahlungen mit einem sog. Agio ausgestattet, welches gemäß §4 Abs.3 der Satzung zur Deckung von Verlusten zu verwenden ist. Die Höhe des Agios beträgt für jeden Gesellschafter das 15fache seiner übernommenen Stammeinlage. Daneben haben sich die Gesellschafter entsprechend §5 Abs.3 des Kooperationsvertrages verpflichtet, zusätzlich zum Stammkapital und Agio ein weiteres Aufgeld zu zahlen, soweit zugesagte Mengen nicht bereits im Rahmen der Kooperation angegeben wurden. Die Einzahlungen des Agios und des zusätzlichen Aufgelds erfolgten in die Kapitalrücklage. Die Deckung der bislang aufgelaufenen Jahresfehlbeträge erfolgte entsprechend der jeweiligen Beschlüsse der Gesellschafterversammlung in voller Höhe durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage. Zugleich haben sich die Gesellschafter zur Stärkung der Finanzmittelsituation für eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 850 T€ in 2021 und 500 T€ in 2022 ausgesprochen.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag einen Bankbestand in Höhe von 453 T€, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 1.834 T€ und eine Bilanzsumme von 8.627 T€ aus.

Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich auf insgesamt 22 T€. Die Aufwandsbelastungen erfolgen im Wesentlichen aus den Entsorgungskosten durch das Tochterunternehmen OWL Ressourcen GmbH, den Transportkosten durch die für die Logistik beauftragten Spediteure, den Personalaufwendungen, Kosten für Geschäftsbesorgung sowie aus Rechts- und Beratungskosten.

II. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Der Wirtschaftsplan für 2025 sieht mit Fortsetzung des Entsorgungsgeschäfts einen Jahres-überschuss in Höhe von 141 T€ vor. Entsprechend der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft mit Fortführung der Geschäftstätigkeit Überschüsse erwirtschaftet.

Um die bisher auflaufenden Fehlbeträge ausgleichen zu können, wurde die Gesellschaft mit den entsprechenden Agios ausgestattet und zusätzlich wurden weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage vorgenommen.

Die Kosten für den Bau der KVA, welche die Tochtergesellschaft OWL Ressourcen GmbH durchführt, sind u.a. durch ein Gesellschafterdarlehen der KSV OWL finanziert. Kostensteigerungen im Rahmen des Baus der KVA und die daraus resultierende nötige Fremdfinanzierung der Mehrkosten belasten die Liquiditätslage der KSV

OWL. Ein weiterer Liquiditätsbedarf hat wiederum eine Aufstockung der Gesellschafterdarlehen durch die Gesellschafter der KSV OWL zur Folge. Zudem besteht die Gefahr, dass geplante Akquisitionen von Klärschlammengen nicht die erwarteten Ergebnisse liefern und das geringere Klärschlammaufkommen zu einer nicht vollständigen Erreichung der Umsatzerwartungen führt.

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Klärschlammverwertung OWL GmbH wesentlich beeinträchtigen, waren im Jahr 2024 und sind auch für 2025 nicht zu erkennen.

Bestehende Risiken werden durch Gegen- und Vorsorgemaßnahmen begrenzt und gesteuert. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts sah die Geschäftsführung keine bestandgefährdenden Risiken für die Klärschlammverwertung OWL GmbH.

Durch Mengensteigerungen von potenziell am Markt noch zu akquirierenden Klärschlammengen ergeben sich für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Chancen für die Gesellschaft.

Das erste Konzept zur Verwertung der Nebenprodukte Rechen- und Sandfanggut eröffnet der Klärschlammverwertung OWL GmbH zusätzliche Umsatz- und Ergebnispotenziale.

Die Geschäftsleitung blickt positiv auf das Geschäftsjahr 2025 sowie die Folgejahre.

4.16.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Lfd. Nr.	Name
1	Jars Helmer
2	Georg Kleikemper

Dem Aufsichtsrat gehören im Jahr 2024 als Mitglieder folgende Damen und Herren an:

Lfd. Nr.	Name
1	Dr. Ute Röder (Vorsitzende)
2	Thomas Grundmann (stellv. Vorsitzende)
3	Alexander Bansemer
4	Natalie Beck
5	Markus Beine
6	Michael Kemper
7	Andreas Kruse
8	Ralph-Erik-Schaffert
9	Karl-Heinz Schröder
10	Matthias Seipel
11	Carsten Torke
12	Dr. Andre Brandt (als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung)

4.16.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: 17 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.16.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.



4.17 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

4.17.1 Basisdaten

Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: www.ave-kreis-paderborn.de

Gründungsdatum: Am 02. Mai 1979 hat der Kreis Paderborn die Zentraldeponie „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen in Betrieb genommen. Gemäß Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 1993 wird der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn mit Wirkung vom 01. Januar 1994 als Einrichtung nach § 107 Abs. 2 GO NRW entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt.

4.17.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Durchführung der Abfallverwertung und -entsorgung des Kreises Paderborn im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 und des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 in der jeweils geltenden Fassung. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dazu gehört auch die Beauftragung von Dritten im Sinne des § 16 KrW-/AbfG.

4.17.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.17.4 Träger des Eigenbetriebes

Das gezeichnete Kapital beträgt 500.000,00 €, welches zu 100% dem Kreis Paderborn zuzuordnen ist.

4.17.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresgewinn wurde ein Betrag in Höhe von 20.451,68 € als Verzinsung des eingesetzten Stammkapitals an den Haushalt des Kreises Paderborn ausgeschüttet.

Der Betrag wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

Aus dem Jahresgewinn wurde ein Betrag in Höhe von 20.451,68 € als Verzinsung des eingesetzten Stammkapitals an den Haushalt des Kreises Paderborn ausgeschüttet.

Der Betrag wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 765.495,42 € (vgl. Tab. 3.2) setzen sich im Wesentlichen aus Deponiegebühren (217.700,09 €) sowie Pacht, Nebenkosten und Zinszahlungen im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisbauhofes (547.795,33 €) zusammen. Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Aufwendungen in Höhe von 838.041,93 € (davon 648.218,04 € für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen, 157.235,25 € für Entsorgung, 22.100,69 € für Unterhaltung und Instandhaltung sowie 10.487,95 € für Nutzungsentgelte im Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen) gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 453.903,56 € handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen von Personalkosten sowie Sachkosten, denen auf Seiten des Kreises

entsprechende Erträge (insgesamt 449.203,06 €, davon 305.559,45 € Erstattungen des A.V.E. Eigenbetriebs für Personal- und Sachkosten, 122.984,65 € aus Tankabrechnungen des Kreisbauhofs, 20.451,68 € aus der Verzinsung des Stammkapitals sowie 207,28 € für Sonstiges) gegenüberstehen.

Die Forderungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 134.414,41 € setzen sich aus offenen Posten aus verschiedenen Positionen wie insbesondere Entsorgung (1.161,68 €), Erstattung Umsatzsteuer (43.639,89 €), Weiterberechnungen Kreisbauhof einschließlich Nebenkosten und Pacht (89.612,32 €) sowie einem Erinnerungswert (0,52 €) zusammen. Demgegenüber weist der Kreis Paderborn negative Verbindlichkeiten gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb in Höhe von -35.500,01 € aus. Diese setzen sich zusammen aus Pachtzahlungen (-36.407,31 €; Zahlung für 2025 bereits im Jahr 2024 erfolgt), Entsorgung (419,96 €), Unterhaltung und Instandhaltung (479,34 €) sowie Sonstiges (8,00 €).

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 27.656,57 € resultieren aus Tankabrechnungen des Kreisbauhofs. Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Forderungen in identischer Höhe gegenüber.

Die von dem A.V.E. Eigenbetrieb gegenüber der A.V.E. GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 8.146.771,84 € resultieren aus Darlehen (7.800.000,00 €) sowie Einnahmen aus Pacht, Umlagen und Zinsen (335.466,84 €) und Kompensationen in Zusammenhang mit Windenergieanlagen (11.305,00 €). Auf der Seite der A.V.E. GmbH werden Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für Photovoltaikanlagen werden gegenüber der A.V.E. GmbH Aufwendungen in Höhe von 46.296,06 € und Verbindlichkeiten in Höhe von 55.092,31 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Erträge und Forderungen in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber der A.V.E. GmbH 333.781,01 € Erträge aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als Aufwendungen in gleicher Höhe verbucht werden.

4.17.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	71.130.856,66	66.372.807,99	4.758
I. Immaterielle VG	17.533,48	14.145,48	3
II. Sachanlagen	34.256.463,69	34.509.782,03	-253
III. Finanzanlagen	36.856.859,49	31.848.880,48	5.008
B. Umlaufvermögen	12.655.176,02	15.678.300,16	-3.023
I. Vorräte	41.128,91	21.826,09	19
II. Forderungen	10.151.196,65	9.694.282,35	457
III. Kassenbestand, Bundesbank-guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.462.850,46	5.962.191,72	-3.499
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23,47	0,00	0
Summe Aktiva	83.786.056,15	82.051.108,15	1.735
Passiva			
A. Eigenkapital	8.149.474,02	7.573.890,88	576

I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00	0
II. Allgemeine Rücklage	3.087.530,61	3.087.530,61	0
III. Andere Gewinnrücklagen	5.061.943,41	4.486.360,27	576
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1.226.397,84	1.290.945,09	-65
C. Rückstellungen	68.532.343,78	69.855.289,10	-1.323
D. Verbindlichkeiten	5.341.433,20	2.830.983,08	2.510
E. Rechnungsabgrenzungsposten	36.407,31	0,00	36
Summe Passiva	83.786.056,15	82.051.108,15	1.735

4.17.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts-zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	17.687.408,34	16.823.096,33	864
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	19.302,82	-3.215,33	23
3. sonstige betriebliche Erträge	158.868,87	207.271,12	-48
4. Materialaufwand	9.637.184,46	10.429.284,28	-792
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	159.415,88	148.564,17	11
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.477.768,58	10.280.720,11	-803
5. Personalaufwand	2.179.601,59	1.942.418,29	237
a) Löhne und Gehälter	1.683.209,01	1.517.286,41	166
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	496.392,58	425.131,88	71
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.499.132,63	1.306.493,97	193
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.995.996,61	1.995.231,34	1.001
8. Erträge aus Beteiligungen	360.000,00	360.000,00	0
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	387.239,86	233.859,49	153
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	270.973,78	100.311,34	171
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.023.626,00	684.665,00	339
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	422.980,21	535.969,02	-113
13. Ergebnis nach Steuern	1.125.272,17	827.261,05	298
14. Sonstige Steuern	529.237,35	2.533,86	527
15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	596.034,82	824.727,19	-229
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen	575.583,14	804.275,51	-229
17. Ausschüttung	20.451,68	20.451,68	0
18. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.17.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	10	9	5
Eigenkapitalrentabilität	7	11	-33
Anlagendeckungsgrad 2	115	121	-5
Verschuldungsgrad	906	960	-6
Umsatzrentabilität	3	5	-31

Individuelle Leistungskennzahlen

Entwicklung der Abfallmengen im Geschäftsjahr	2024 (in t)	2023 (in t)	Ver- änder- ung (in %)
Gewerbe-/Mischabfälle (und ähnliche Abfallgruppen)	13.873	13.267	4,57
Bioabfälle	35.344	35.744	-1,12
Haus- und Sperrmüll aus kommunaler Sammlung	40.080	38.522	4,04
Grünabfälle	7.855	7.271	8,03
PKW-Anlieferungen (ohne Grünabfälle)	2.075	1.977	4,96
Bodenaushub und Bauschutt zur DK II	4.486	1.936	131,71
Bodenaushub und Bauschutt zur DK 0	117.039	128.034	-8,59
Ablagerungsfähige Abfälle	10.611	9.486	11,86
sonstige Anlieferungen	3.724	3.500	6,40
Anlieferung aus anderen Kommunen	0	0	0
Anlieferung MVA-Schlacke	7.212	7.202	0,14
Abfälle zur Verwertung	167	1.289	-87,04
Klärschlamm	631	8.919	-92,93
Summe	243.097	257.147	-5,46

4.17.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 44 (davon 2 Auszubildende) Mitarbeiter (Vj. 32, davon 3 Auszubildende)(jeweils ohne Betriebsleitung).

4.17.10 Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2024 verhielt sich rückblickend weiterhin als angespannt. Spürbar waren diese Auswirkungen durch einen starken Konjekturteinbruch vor allem im Bausektor und zusätzlich auch durch eine allgemeine Stagnation in allen Wirtschaftsbereichen, bedingt durch eine geringere Konsumnachfrage sowie eine sich auf hohem Niveau haltende Inflation. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine setzte sich nun auch im dritten Jahr fest. Eine Konfliktlösung zeichnete sich bisher nicht ab, sodass weitere negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft die Folge sind. Weitere Schwierigkeiten wie zum Beispiel nach wie vor hohe Energiepreise geben keinen Wachstumsimpuls. Bis heute sind beispielsweise die Abhängigkeiten im Energiesektor in einem viel zu geringen Umfang durch die Gewinnung und Nutzung von Sekundärrohstoffen aus der Abfallwirtschaft kompensiert worden.

Der A.V.E. Eigenbetrieb ist in seiner abfallwirtschaftlichen Tätigkeit für den Kreis Paderborn von dieser wirtschaftlichen Entwicklung und Kostensteigerungen in allen Bereichen des Lebens grundsätzlich nicht verschont geblieben. Obgleich dieser schwierigen Umstände konnten viele Maßnahmen und Projekte im

Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ erfolgreich fort- bzw. umgesetzt werden, wie die nachfolgenden Geschehnisse im Berichtsjahr dokumentieren:

► **A.V.E. Betriebsausschuss votiert für die Beteiligung und Gründung an der Infrastruktur Alte Schanze GmbH**

Bei allen Bemühungen der A.V.E. Tochtergesellschaft, A.V.E. GmbH, den Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen auf dem Gelände des A.V.E.-Eigenbetriebes voranzutreiben, gibt es bekanntermaßen im Bereich der „Alten Schanze“ die Problematik der Ableitung der regenerativ erzeugten Energien in die unzureichend ausgebauten Netze. Zusammen mit der Gesellschaft Ventus Ante Portas GmbH & Co. KG wurden hierzu Planungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt. Von ursprünglich drei Optionen sind die Planungen zum Ausbau des Netzes nun soweit fortgeschritten, dass ein Kabelausbau zum Knotenpunkt in Salzkotten-Upsprunge als die ideale und machbare Einspeiselösung angesehen wird. Der erste Bereich des Teilausbau dazu ist bereits erschlossen. Der zweite Bauabschnitt soll Ende Mai 2025 fertiggestellt sein. Für die Mitbenutzung seines Kabels hat die A.V.E. GmbH einen Nutzungsvertrag mit der Fa. Eikel Wind GmbH & Co. KG geschlossen, die sich an der Trasse mit 40 Prozent der entstandenen Baukosten zugunsten der A.V.E. GmbH beteiligt.

Bei der Gründung der Infrastrukturgesellschaft „Alte Schanze“ geht es um die Bewirtschaftung des gesamten Leitungsnetzes zwischen dem Gebiet der „Alten Schanze“ und dem Umspannwerk in Upsprunge. Es gibt hiernach momentan drei Gesellschaften die ihre Anlagen einbinden werden. Später werden dann die Photovoltaikanlagen auf dem Deponiekörper an diese Leitung angeschlossen. Am Umspannwerk in Salzkotten wird nach dem Trassenbau der gesamtheitlich erzeugte Strom über einen Zählpunkt ins öffentliche Netz eingespeist. Eine der Aufgaben der neuen Gesellschaft wird sein, die hier erzielten Einnahmen auf alle Anschlussnehmer aufzuteilen.

Ein in diesem Zusammenhang ebenfalls ausgebautes Telekommunikationsnetzwerk für die Regelung der WEA- und späteren PV-Anlagen, welches mit Wartungsverträgen verbunden ist, wird ebenfalls von der neuen Infrastrukturgesellschaft bewirtschaftet werden.

Die neue Gesellschaft hat kein eigenes Personal. Die anfallenden Aufgaben werden anteilig auf die zwei Gesellschafter verteilt.

► **Interkommunale Kooperation Entsorgungslogistik - Gemeinsame Ausschreibung von Leistungen der kreisangehörigen Kommunen im Bereich der Abfalleinsammlung**

Die Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation der Entsorgungslogistik haben im Jahr 2024 in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Teilnehmenden Kommunen: Borchen, Bad Wünnenberg, Lichtenau, Büren, Altenbeken, Hövelhof, Delbrück und Salzkotten mit dem Kreis Paderborn gemündet. Dieses Konstrukt der Kooperation wurde als „niederschwelligste“ Variante gewählt. Die sich aus der Vereinbarung ergebenen Aufgaben des Kreis Paderborn übernimmt hierbei der A.V.E. Eigenbetrieb. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde von der Bezirksregierung Detmold genehmigt.

Für die nachfolgende öffentliche Ausschreibung der Abfalleinsammlung (gesetzliche Aufgabe der Kommunen) durch den A.V.E. Eigenbetrieb wurden zwei Lose gebildet. Das Los 1 (Nord) bilden die Kommunen Hövelhof, Delbrück und Salzkotten. Im Los 2 (Süd) befinden sich die Kommunen: Borchen, Bad Wünnenberg, Lichtenau, Büren und Altenbeken. Kooperationsstart ist der 01.01.2026. Die Gemeinde Borchen folgt operativ ein Jahr später dieser Kooperation auf Grund eines bis dato noch bestehenden Entsorgungsvertrages. Die Ausschreibungen zur Einsammlung des Haus- und Sperrmülls wurden mit den Teilnehmern ausführlich

besprochen und anschließend durch den Kreis Paderborn veröffentlicht ausgeschrieben. Wirtschaftliche Ergebnisse lagen für beide Lose vor und wurden beauftragt.

Insgesamt müssen noch zwei weitere Ausschreibungen durch den A.V.E. getätigt werden. Eine Ausschreibung beinhaltet die Ausschreibung für die Verwertung von Papier und Pappe in beiden Losen. Ferner werden noch neue Abfallsammeltonnen in den Größen 80 ltr., 120 ltr., 240 ltr. und 1100 ltr. für Kommunen ausgeschrieben. Neben der Beschaffung von neuen Behältern ist die Verchippung aller Behälter vorgesehen. Hierdurch ist die genaue Zuordnung der Behälter zu jedem Haushalt möglich.

Die Satzungshoheit bei der Einsammlung verbleibt wie bisher bei den Kommunen, ebenso der direkte Bürgerkontakt. Die künftige Abrechnung für die Einsammlung von Haus- und Sperrmüll wird direkt zwischen dem jeweiligen Entsorger und der Kommune erfolgen. Die Kostenbeteiligung der Kommunen an den Personal- und Aufwandskosten des A.V.E.-Eigenbetriebes sind dabei zu einem Fixum in Höhe von 40 Prozent und einem variablen Teil von 60 Prozent auf die Anzahl der Tonnengefäße bezogen, auf die Kommunen abzugrenzen.

► Politische Beratung zur Förderung der Deponiegaserfassung und -verwertung

Hierbei geht es um einen Förderantrag bezüglich neuer Erkenntnisse zur effektiveren Nutzung der vorhandenen Deponiegase. Die aufgelaufenen Kosten in Höhe von ca. 70.000 Euro sind mit 60 % gefördert worden. Hieraus ergaben sich verschiedene Optimierungsmaßnahmen. Mit einer Änderung der Deponiegasfassung besteht hiernach die Möglichkeit bis zu 6,7 Mio. Kubikmeter zusätzliches Deponegas zu erfassen. Dies führt rechnerisch zu zirka 69.000 Tonnen CO₂ Einsparungen. Für die Änderung der Deponiegasfassung wurde ein Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Detmold eingereicht.

Der Änderungsantrag sieht eine Trennung nach „guten“ und „schlechten“ Methangasbrunnen durch neue Leitungsverlegungen vor. Das sogenannte „Gutgas“ wird weiter, wie bisher, im BHKW zur Erzeugung von Strom und Wärme genutzt. Durch die optimale Trennung wird sich die Laufzeit der Deponiegasnutzung nun verlängern. Das „Schlechtgas“ würde mittels einer neuen Schwachgasfackel verbrannt und die Wärme durch bestehende Fernwärmeverteilungen an die Verwaltungsgebäude und den neuen Kreisbauhof geleitet. Die geplanten Kosten für eine solche Schwachgasfackel und damit die Schwachgasbehandlung, liegen bei zirka 350.000 Euro. Aktuell wäre dieser Vorgang noch mit bis zu 50 % förderfähig. In 2025 soll die Ausschreibung für die bautechnischen Maßnahmen an den Start gehen und in 2026 bis 2027 durchgeführt werden.

► Politische Beratungen über die Änderung der planfestgestellten Deponiefläche zur Ausweisung eines weiteren Windkraftstandortes

Der Kreis Paderborn beabsichtigt, im südöstlichen Bereich des Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetriebes „Alte Schanze“ eine weitere, vierte, Windenergieanlage aufzustellen. Im Rahmen einer Änderung des Flächennutzungsplanes zugunsten der Windenergie könnte unter dem zu berücksichtigenden Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung in Wewer, jedoch mit Blick auf die Festlegungen des zukünftigen sachlichen Teilplanes Windenergie/Erneuerbare Energien (Rotor-out-Flächen) eine solche Anlage entwickelt werden. Da im westlichen Nahbereich auf dem Salzkottener Stadtgebiet bereits mehrere Anlagen entstanden sind, unterliegt dieser Bereich bereits eine Vorbelastung. Weitere Gründe wie z. B. Artenschutzbefürchtungen stehen der Planung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht entgegen. Bei der Stadt Paderborn ist dieser Bereich im Flächennutzungsplan (FNP) noch nicht als Windkonzentrationszone dargestellt bzw. festgesetzt. Der Antrag auf Änderung der Planfeststellungsgrenze für diese Planung wird der A.V.E. Eigenbetrieb stellen, sobald die Planänderungen zum FNP durch die Stadt Paderborn vor einem positiven Abschluss stehen. Der Antrag auf Änderung des FNPs (Positivplanung) wird seitens des A.V.E. Eigenbetrieb als „Herr des Verfahrens“ durchgeführt. Die daraus resultierenden Kosten werden in einem Nutzungsvertrag an den möglichen Betreiber

weitergegeben werden. Nach derzeitigem Stand soll die WEA schlüsselfertig von der A.V.E. GmbH übergeben werden.

► Politische Beratungen zur Finanzierung einer 4. Windenergieanlage der A.V.E. GmbH durch den A.V.E. Eigenbetrieb

Auf Grund der Kapitalsituation der GmbH kann durch die Unterstützung des A.V.E. Eigenbetriebes ggf. die vierte Windkraftanlage gekauft und betrieben werden. Am Kapitalmarkt kann die A.V.E. GmbH selbst kein neues Darlehen in dieser Größenordnung beziehen. Sollte es keine Genehmigung für die Errichtung der neuen WK-Anlage geben, wird der Vertrag einen Passus mit aufschiebender Wirkung enthalten. Insofern kann der Darlehensvertrag nur auf Grundlage einer Genehmigung der Anlage in Kraft treten. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind auch bei konservativer Betrachtung positiv. So zeigt sich, dass auch nach 20 Jahren noch ein positiver Barwert vorhanden ist, der deutlich über dem eingesetzten Kapital liegt. Das Projekt ist hiernach wirtschaftlich und soll umgesetzt werden. Die neue Anlage ist eine Enercon E-160 mit 5,56 MWp.

► Biotonnenkontrollen werden verlängert

Schon seit Jahresbeginn 2021 ist der A.V.E. mit allen zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden an der bundesweiten Umweltkampagne #WIRFUERBIO angeschlossen, um gemeinsam für mehr Qualität in der Biotonne zu werben. Es besteht hier mehr denn je akuter Handlungsbedarf, denn regelmäßige Sichtkontrollen am Bioabfallumschlagplatz im Entsorgungszentrum lassen erkennen, dass die Qualität in der Biotonne sowohl im städtischen, aber leider auch im ländlichen Raum nachgelassen hat. Insbesondere Störstoffe wie Plastiktüten, Glasreste, Konservendosen, verpackte Lebensmittel, Kleidung und Altholz stören im erheblichen Umfang die anschließende Bioabfallkompostierung. Die Qualität muss deutlich besser werden, weil sich die gesetzlichen Anforderungen infolge Bioabfall- und Düngemittelverordnung extrem verschärfen werden. Insofern sorgt die Bundesregierung mit einer novellierten Bioabfallverordnung mit Wirkung zum 01.05.2025 bundesweit für einen kräftigen Qualitätsdruck auf die Biotonne.

Mit den Fachvertreterinnen und Fachvertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde der Sachverhalt über mehr Biotonnenqualität in interkommunalen Sitzungen im Vorjahr ausführlich erörtert. Alle Kommunalbeteiligte hatten sich zudem dafür ausgesprochen, flankierend zu einer fortgesetzten intensiven Öffentlichkeitsarbeit dauerhafte Biotonnenkontrollen im Jahr 2023 kreisweit einzuführen. Mit dem Beitritt zur #WIRFUERBIO-Kampagne hat eine Intensivierung der PR-Maßnahmen durch ASP und A.V.E. stattgefunden, die auch in diesem Jahr unvermindert fortgesetzt wurde.

Mit zwei für diesen Aufgabenbereich eingestellten und geschulten Mitarbeitern prüft nun der A.V.E. Eigenbetrieb, in Zusammenarbeit mit dem ASP-Paderborn, bereits seit Mai 2023 im wöchentlichen Wechsel die zur Abfallsammlung bereitstehenden grünen Biotonnen in den Kommunen des Kreises bzw. im städtischen Gebiet Paderborns. Bis zum Jahresende 2024 konnten insgesamt 112.000 Bioabfallgefäße kontrolliert und digital erfasst werden. 82 % der geprüften Biotonnen sind dabei seitens der Bürgerinnen und Bürger korrekt befüllt und wurden mittels einem grünen Tonnenanhänger gelobt. Mit wenigen Beanstandungen wurden 10 % erfasst, hier wurden die Bürgerinnen und Bürger über einige wenige Fehlwürfe, beispielsweise in Form von abbaubaren Kunststofftüten, informiert um diese künftig abzustellen. Letztlich blieben ca. 8 % der kontrollierten Bioabfalltonnen ohne die vorgesehene Abfallabholung stehen. Hier wurden massive Fehlwürfe von Fremdstoffen entdeckt, die einer Leerung widersprechen. Der Kreis Paderborn liegt mit diesen Zwischenergebnissen im guten Mittelfeld, betrachtet auf alle Kampagnenteilnehmer. Seitens des Betriebsausschusses wurden die Biotonnenkontrollen auf zunächst insgesamt zwei Jahre beschlossen.

Weitere Ereignisse des zurückliegenden Betriebsjahres in Kurzfassung:

► Neuinvestitionen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zur Modernisierung des Entsorgungszentrums sind entsprechend dem „Stand der Technik“ alljährliche Neuinvestitionen in den laufenden betrieblichen Arbeitsprozess notwendig. Meist dienen diese Investitionen dazu, den sehr hohen Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes (Beachtung von Unfallverhütungsvorschriften) Rechnung zu tragen. Im Jahr 2024 lagen die Investitionen bei ca. 1,3 Mio. EUR. Der weit überwiegende Teil fällt hierbei auf die Fertigstellung des neuen Kreisbauhofes mit ca. 0,85 Mio. EUR. Die anderen Mittel sind in Technische Anlagen, die Grüngutkompostierung und die Geschäftsausstattungen geflossen.

Abfallmengenentwicklung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Gegenüber den Vorjahren ergeben sich bei den kommunalen Entsorgungswegen geringfügige Änderungen. Haus- und Sperrmüll sowie organische Bioabfälle werden im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn eingesammelt. Zu den durch die Kommunen eingesammelten Abfallmengen gehören auch Restabfälle aus dem Kleingewerbe. Gemäß Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW und Kreis-Abfallsatzung sind die communal eingesammelten Siedlungsabfälle dem Kreis Paderborn bzw. dem ausführenden A.V.E. Eigenbetrieb zur anschließenden Verwertung und Entsorgung zu überlassen. Die kreisweit erfassten Siedlungsabfälle ergeben auf das zurückliegende Berichtsjahr folgendes Bild:

Haus- und Sperrmüll

Die Haus- und Sperrmüllmengen aus kommunaler Sammlung im Kreis Paderborn sind gegenüber den Vorjahren angestiegen. So verzeichnen diese 2024 eine Erhöhung um 4,0 Prozent von 38.522 t im Vorjahr auf jetzt 40.080 t; ein Höchststand der zurückliegenden Jahre. Gemäß derzeit bestehender Entsorgungsverträge wird der überwiegende Anteil von Hausmüll der MVA Bielefeld-Herford GmbH und dem zum Verbund gehörenden Kraftwerk Enertec in Hameln zur Verbrennung angedient (2024: 28.381 t). Beide Anlagen nutzen dank Kraft-Wärme-Kopplung die freiwerdende Energie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Die restlichen knapp 11.699 t Haus- und Sperrmüll sind zusammen mit den gewerblichen Mischabfällen der Pader Entsorgung GmbH & Co. KG (PEG) zur mechanischen Abfallaufbereitung überlassen worden. Die PEG betreibt als langjähriger Partner des A.V.E. seit 2005 eine mechanische Abfallaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Entsorgungszentrums. Mit Hilfe modernster Zerkleinerungs-, Sieb- und Sortiertechnik trennt die PEG brennbare von weniger brennbaren Abfallstoffen. Die erzeugten Ersatzbrennstoffe (EBS) finden als Alternative zu fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl, Gas Absatz in Zement- und Kraftwerksbetrieben. Die weniger brennbaren bzw. niederkalorischen Stoffe werden anderen Entsorgungsvertragspartnern der PEG angedient.

Bioabfall aus kommunaler Sammlung und Friedhofsabfälle

Mit knapp einem Prozent kommt es im Jahr 2024 zu einer geringfügigen Reduzierung bei den communal erfassten Bioabfällen auf 35.246 t (2023: 35.614 t). Dieser Umstand dürfte in erster Linie weiterhin mit den allgemeinen saisonalen Wettereinflüssen zu tun haben. Hinzu kommen Friedhofabfälle aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit rund 98 t, die aufgrund von Verunreinigungen und ihrer Zusammensetzung nicht der eigenen Grüngutkompostierung, sondern der Bioabfallverwertung zugeführt werden. Demzufolge ist auch das kreisweite Pro-Kopf-Aufkommen der erfassten Bioabfälle gegenüber dem Vorjahr, auf Grund der gestiegenen Einwohnerzahlen, auf 112 kg pro Einwohner und Jahr leicht gesunken. Nach Umschlag im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ gelangen die communal erfassten Bioabfälle in das Kompostwerk der Kompotec Kompostierungsanlagen GmbH in Nieheim (Kreis Höxter). Dort werden die Küchen- und Gartenabfälle nicht nur zu Qualitätskomposten verarbeitet, sondern vorab in einer Trockenvergärungsanlage in beträchtlichem Maße auch bioenergetisch zur Stromerzeugung genutzt. Als

Endprodukt entsteht ein Kompost, der das RAL-Qualitätssiegel trägt und regional vorwiegend in der Landwirtschaft vermarktet wird.

Grünabfallkompostierung auf der „Alten Schanze“

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ werden seit 1993 Grünabfälle aus privaten und öffentlichen Garten- bzw. Parkanlagen auf einer etwa ein Hektar großen Betriebsfläche separat in einer sechs- bis achtmonatigen Vor-, Haupt- und Nachrotte zu nährstoffreichen Kompost (u.a. Stickstoff, Phosphor, Kalium, Magnesium) verarbeitet. Der erzeugte Kompost unterliegt strengen RAL-Gütesiegelkriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. in Köln. Alle von der Bundesgütegemeinschaft festgelegten Qualitätsanforderungen eines gleichbleibend nährstoffreichen Kompostproduktes werden seit 1996 durch regelmäßige Kompostanalysen mehr als erfüllt, was durch die regelmäßigen Fremdüberwachungszeugnisse ihre positive Bestätigung findet. Der produzierte Kompost wird regional als „PaderKompost“ an Hobby- und Kleingärtner, GaLa-Bau, Gärtnereibetrieben sowie Erdenwerken verkauft. Im Gegensatz zu den Bioabfällen nimmt der A.V.E. die professionelle Grüngutkompostierung eigenverantwortlich wahr. Im Verhältnis zum Vorjahr (7.271 t) sind die Anlieferungsmengen aus Baum-, Strauch- und Rasenschnitt im Berichtsjahr deutlich um gut 8 Prozent auf 7.855 t gestiegen, was mit der Anpassungsfähigkeit der Vegetation in Verbindung gebracht werden kann - das entspricht einem steigenden Pro-Kopf-Wert von 23,2 kg im Vorjahr auf nunmehr knapp 24,9 kg.

Gewerbe-/ Mischabfälle zur Entsorgung

Bei den gewerblichen Mischabfällen ist zu unterscheiden zwischen verwertbaren Abfällen, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, und den beseitigungspflichtigen Abfällen, die andienungs- und somit gebührenpflichtig sind. Die beseitigungspflichtige und rein gewerbliche Abfallfraktion markiert ein Plus von knapp 1 Prozent von 7.994 t in 2023 auf nunmehr 8.054 t. Diese Abfälle sind nach wie vor konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die 2017 novellierte Gewerbeabfallverordnung weitaus höhere stoffliche Trenn- und Recyclinganforderungen an die gewerblichen Abfallbesitzer stellt. Insofern sind hier weiter einhergehend rückläufige Mengen wahrscheinlich. Seit Oktober 2018 bleiben als Folge der novellierten Gewerbeabfallverordnung die „Abfälle zur Verwertung“ im Entsorgungszentrum nahezu ausgeschlossen. Die steuerbaren Abfälle, vor allem die bituminösen Dachbahnen, haben sich gegenüber 2023 von 148 t auf nunmehr 167 t leicht erhöht.

Ablagerungsfähige Abfälle auf der Inertstoff- (DK 0) und Siedlungsabfalldeponie (DK II)

Auf die im Frühjahr 2015 in Betrieb genommene **DK 0-Inertstoffdeponie** sind die Boden- und Bauschuttmenge im siebten Jahr in Folge weiterhin stark rückläufig - gegenüber 2023 - von 128.034 t auf 117.038 t (ein Minus von 8,6 Prozent). Zum einen liegt dieses konjunkturbedingt an den jetzt vermehrt eingeschränkten Aktivitäten im regionalen Baubereich, zum anderen dürfte dieser fortgesetzt rückläufige Trend abhängig sein von den verschärften Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung.

Bei den ablagerungsfähigen bzw. reaktionsarmen Abfällen (z.B. Asbestabfälle, MVA-Schlacke, belasteter Bodenaushub) zur **DK II-Deponie** kommt es mit insgesamt 21.668 t zu einem starken Anstieg von fast vierundzwanzig Prozent (2023: 17.498 t). Vertraglich vereinbart stammen davon allein 7.212 t reaktionsfreie und deponiefähige Verbrennungsschlacken aus der MVA Bielefeld. Aus der MVA-Schlacke konnten letztjährig ca. 642 t Metallschrott gewonnen und verwertet werden. Letztlich ist die Gesamtmengeentwicklung der DK II-Mengen abhängig von den Bau- und vornehmlich Sanierungstätigkeiten auf Kreisebene und daher nur schwerlich prognostizierbar. Erfreulicherweise werden im Entsorgungszentrum seit 2018 sortenreine gipshaltige Abfälle anstelle der Deponierung privaten Gipsrecyclingunternehmen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2024 sind nur noch 789 t erfasst worden. Gipshaltige Bauabfälle fallen i.d.R. als Gipsplatten (z.B. Gipskartonplatten, Gipsfaserplatten,) oder als Bau Gipse (z.B. Putzmörtel, Gipsestrich) an. Sortenreine Gipsabfälle können recycelt und u.a. der Gipsplattenneuproduktion zugeführt werden. Im Sinne des

Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollte dieses ökologische Potential nicht nur genutzt, sondern ausgebaut werden, da Recyclinggips eine echte Alternative zum Naturgipsabbau bietet.

Da sich die Ablagerungskapazitäten der DK II-Deponie dem Ende neigen, plant der A.V.E. nach europaweiter Ausschreibung im Jahr 2025 eine Erweiterung auf der planfestgestellten DK II-Flächen um zirka zwei Hektar in Jahr 2026/2027.

Klärschlammensorgung über den A.V.E. Eigenbetrieb

Mit Gründung der Klärschlammkooperation Ostwestfalen-Lippe (KSV OWL) im Februar 2020 sind die Weichen für eine gemeinsame langjährige Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Klärschlammbetreiber in OWL gestellt worden. Im Kreis Paderborn haben sich neben dem Kreis alle zehn Städte und Gemeinden dieser Kooperation angeschlossen. In der Übergangsphase bis 2024 konnten die Städte und Gemeinden im Bedarfsfall auf Klärschlamm-Kontingente des A.V.E. von jährlich 9.000 t zurückgreifen, die nach Vertrag den Anlagen der MVA Bielefeld und Enerotec Hameln zur Verbrennung angedient werden konnten. Im Berichtsjahr wurde dieses Kontingent auf Grund der Kooperation nicht mehr genutzt (2023: 8.586 t). Die eigenen Klärschlämme in der Menge von 631 t aus der Sickerwasserkläranlage werden nun ebenfalls über die KSV OWL entsorgt.

Angelieferte Gesamtmenge zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zusammen mit dem Abfallaufkommen der DK 0-Deponie weist das Gesamtergebnis der Anlieferungsmengen zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ wiederum einen starken Rückgang von 257.147 t im Jahr 2023 auf jetzt 243.097 t (minus 5,5 Prozent) im Berichtsjahr auf. Rechnet man die Mengen der DK-0-Deponie heraus, sind die Anlieferungsmengen im hoheitlichen Bereich ebenfalls leicht, um knapp 1,5 Prozent, von 127.824 t im Jahr 2023 auf nunmehr 125.892 t gesunken.

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Siedlungsabfallmengenaufkommen (ohne DK 0) liegt mit 125.892 t in Summe doch deutlich über den prognostizierten Planzahlen für 2024 (111.430 t). Grundsätzlich werden die Abfallmengen im Wirtschaftsplan vom A.V.E. Eigenbetrieb konservativ prognostiziert. Mengenschwankungen sind in den Bereichen aufgrund der Witterung oder Konjunktur immer möglich. Für das Jahr 2025 rechnet der Eigenbetrieb entsprechend seinem Wirtschaftsplan im hoheitlichen Bereich mit einer Gesamtmenge von 117.675 t.

Im Bereich des wirtschaftlichen Betriebes (Betrieb gewerblicher Art) liegen die Mengen zur DK-0 Deponie mit 117.038 t gegenüber den Planzahlen für das Jahr 2024 (115.000 t) etwas höher. Dennoch bleibt der A.V.E. für das Jahr 2025 infolge der nur wenig kalkulierbaren Baukonjunktur bei einer vermindernd geplanten Anlieferungsmenge von 113.000 t. Trotz der geringeren Mengen halten sich die wirtschaftlichen Auswirkungen für den A.V.E. in Grenzen. Die vereinnahmten Entgelte, die je Gewichtstonne erhoben werden, bewegen sich auf konstantem Niveau. Auch erfolgt die Abschreibung DK 0 Deponie analog den Anlieferungsmengen. Insoweit werden hier auch Abschreibungen im gleichen Umfang zurückgehen.

Die ohnehin stets defensiv ausgerichteten Mengenprognosen bei den wiederkehrenden Jahresplanungen, tragen, wie in den Vorjahren auch, dazu bei, dass die wirtschaftliche Situation des A.V.E. Eigenbetriebes als unverändert gut, solide und sicher einzustufen ist. Die Gebühren- und Entgelteinnahmen für 2024 belaufen sich auf 16,50 Mio. €. Nach dem Wirtschaftsplan wurden für 2024 Gebühren- und Entgelteinnahmen in Höhe von 15,48 Mio. € erwartet. Somit weichen die prognostizierten Einnahmen um plus 6,6 Prozent von den geplanten Einnahmen im Jahr 2024 ab.

Bei Wahrnehmung seiner gesetzlichen Verwertungs- und Entsorgungsverpflichtungen gehört der Kreis Paderborn bei gleichbleibenden Abfallgebühren und -entgelten in den Jahren 2024 und 2025 unverändert mit zu den günstigsten Kreisen in NRW.

Ein Höchstmaß an Sicherheit spiegelt sich fortgesetzt in den Finanzanlagen des A.V.E. Eigenbetriebes wider. Alle Geldanlagen sind ohne Risiko angelegt und über das Sicherungs-system der jeweiligen Bank abgesichert. Die über mehrere Geldinstitute verteilten Finanzmittel sind für die umfangreichen Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen der Zentraldeponie im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ vorgesehen. Nach langen Jahren eines äußerst geringen Zinsniveaus am Kapitalmarkt ergaben sich nun wieder deutlich bessere und rentierlichere Geldanlagen für den A.V.E Eigenbetrieb. Die neuen Kapitalanlagen werden mittel- und langfristig nach eingehender Prüfung aller Risiken vom direkt A.V.E. abgeschlossen.

Unter Berücksichtigung der schwankenden Kapitalmarktentwicklung ist der A.V.E. Eigenbetrieb in den zurückliegenden Jahren mit vorhandenen Eigenmitteln aber auch investiv tätig geworden. Dieses gilt sowohl für die Beteiligung an der Interargem GmbH (MVA in Bielefeld, Enertec in Hameln) und für die Beteiligung an der Klärschlammverwertung OWL GmbH, als auch für die Errichtung dreier Windenergieanlagen im Standortbereich des Entsorgungszentrums im Rahmen von Gesellschafterdarlehen an die A.V.E. GmbH-Tochtergesellschaft. Eine möglicherweise weitere, vierte WEA im erweiterten Umfeld des Entsorgungszentrums, steht in der Planungsphase. Alle Investitionsprojekte werden im Vorfeld einer fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnung unterzogen und gleichermaßen mit ausreichenden Sicherheiten versehen, so dass aus den anstehenden Renditen mittel- und langfristig der Gebührenzahler profitieren kann. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer sicheren und gewinnbringenden Anlagestrategie plante und baute der A.V.E. Eigenbetrieb auf seinen Flächen den Kreisbauhof und stellt diesen für ein angemessenes Nutzungsentgelt, dem Kreis Paderborn zur Verfügung.

Im Investitionsplan für 2025 sind weitere Finanzmittel für Investitionen in Höhe von knapp 1,0 Mio. € auf der „Alten Schanze“ geplant, u. a. für die Ertüchtigung der Siedlungsabfalldeponie DKII und Modernisierung und Instandhaltung des Recyclinghofes und der Umschlagshallen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Finanzlage lässt sich in einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt darstellen:

	2023 T€	2024 T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.148	1.760
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	--949	-5.239
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-20	-20
Veränderungen des Finanzmittelfonds	5.783	5.962
Bestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember	5.962	2.463

Durch die gesunkenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB, veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank, ist es für 2024 unumgänglich der Rückstellung für die Deponienachsorge wiederum einen Betrag von 0,5 Mio. € zuzuführen. Dieser Zuführungsbetrag belastet in voller Höhe das Ergebnis, ohne dass hieraus jedoch eine reale Zahllast für den A.V.E. entsteht. Für einen Ausgleich stehen Mittel zur Verfügung.

Feststellungen nach § 53 HGrG

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgesetzes beachtet worden. Die Prüfungsfelder betrafen die Bereiche der Geschäftsführungsorganisation des Geschäftsführungsinstrumentariums und der Geschäftsführungstätigkeit sowie die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die vom Abschlussprüfer unter Verwendung eines standardisierten Fragenkatalogs durchgeführte Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

Chancen und spezifische Risiken

Bei den kommunal andienungspflichtigen Siedlungsabfällen wie Haus-/Sperrmüll und den Bioabfällen sind für das laufende Wirtschaftsjahr 2025 keine gravierenden Mengenänderungen zu erwarten. Die Schwankungen dürften fortgesetzt im üblichen Rahmen der zurückliegenden Jahre liegen. Eine Reduzierung der Hausmüllmengen, durch die 2016 kreisweit eingeführte Wertstofftonne für häusliche Kunststoff- und Metallabfälle, ist fortgesetzt nicht erkennbar. Die Wertstofftonne ist eine Gemeinschaftstonne zwischen den dualen Systembetreibern und dem Zweckverband Wertstofferfassung und -verwertung Paderborner Land (WPL), der gemäß den Anforderungen des Verpackungsgesetzes die Interessen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bündelt und artikuliert.

Die Gebühreneinnahmen aus dem Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle müssen weiter als stabil, solide und sicher eingestuft werden. Diese Kommunalabfälle aus Privathaushalten sind überlassungspflichtig und bleiben nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge im gesetzlichen Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Nur wenig prognostizierbar bleiben fortlaufend die Mengen der beseitigungspflichtigen Gewerbeabfälle und der ablagerungsfähigen Abfälle zur DK II. Hier spielen neue rechtliche Anforderungen und konjunkturelle Einflüsse eine ebenso große Rolle, wie die Tatsache, dass diese Abfälle aus dem gewerblich-industriellen Bereich dem freien Wettbewerbsmarkt ausgesetzt sind. Gleichwohl bestätigt auch das zurückliegende Jahr 2024, dass die zur „Alten Schanze“ gewerblich angedienten Abfälle eine geringere relative Mengenkonstanz gegenüber früheren Jahren aufweisen. Insofern bewirkt die gegenwärtige schwierige konjunkturelle Lage sowie die andauernden hohen Preise anderer Entsorgungsanlagen eine ähnliche Mengenkonstanz auch für die bevorstehenden Jahre erwarten.

Lediglich beim laufenden Klageverfahren gegen den Bescheid des Finanzamtes Paderborn könnten, sich bei ungewissem Ausgang, höhere Nachzahlungen zu Lasten des A.V.E. in der Zukunft ergeben, welche jedoch zum Teil bereits durch entsprechende Rückstellungen im Wirtschaftsplan berücksichtigt wurden.

Abwehr von betrieblichen Risiken bei Zahlungs- und EDV-Ausfall

Um das Risiko des Zahlungsausfalles entgegenzuwirken, wurde folgendes Forderungsmanagement installiert:

1. Die Gebühren werden in 14-tägigen Abständen den Anlieferern in Rechnung gestellt. Um Ausfälle zu vermeiden wird grundsätzlich einer Barzahlung der Abfallanlieferer der Vorzug gegeben.
2. Unproblematisch sind die Anlieferungen von öffentlichen Einrichtungen sowie der Städte und Gemeinden. Hier kann es quasi zu keinem Ausfall kommen.

3. Bei den weiteren Anlieferungen kann der Eigenbetrieb auf den Vorteil zurückgreifen, dass es sich um hoheitliche Forderungen handelt. Um diese einzufordern, kann unmittelbar eine Vollstreckung eingeleitet werden, ohne den Gerichtsweg zu beschreiten. Die Forderungsausfälle bewegen sich auf sehr niedrigem Niveau. Lediglich im Falle von Firmeninsolvenzen kann es zu größeren Ausfällen kommen.
4. Um Forderungsausfällen entgegenzuwirken, werden Anlieferer nach der ersten Mahnung als Rechnungsempfänger gesperrt und müssen zukünftig „bar“ zahlen. Auf diese Art und Weise wird verhindert, dass gewerbliche Unternehmer (insbesondere Transporteure) größere Verbindlichkeiten auflaufen lassen, andererseits haben sie weiterhin die Möglichkeit Anlieferungen zu tätigen. Insoweit sind sie nicht in ihrer Tätigkeit eingeschränkt.

Ein weiteres Risiko könnte der Ausfall der EDV-Anlage darstellen. Auf diese Situation hat sich der A.V.E. wie folgt vorbereitet:

1. Das Risiko eines Ausfalls der EDV-Anlage, zum Beispiel beim Diebstahl der Server oder der PC's bringt maximal einen Tag Datenverluste mit sich.
2. Bei einer völligen Zerstörung der EDV-Anlagen durch Brand oder Vandalismus könnte bei der Waage manuell gewogen werden. Für diesen Fall wurde ein Notfallplan für die genaue Vorgehensweise eingerichtet.
3. Dies bedeutet zwar einen erheblichen Aufwand, doch könnte mit einer zügigen Neuausstattung weiter automatisch verwogen werden.
4. Im Falle eines längeren Stromausfalles stehen Notstromaggregate zur Verfügung, mit denen der Wiegebetrieb aufrechterhalten werden kann.
5. Beim längeren vollständigen Ausfall der Waage sieht die geltende Gebührenordnung vor, dass Abfallanlieferungen nach Kubikmetern abgerechnet werden können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass insgesamt keine weiteren Anzeichen für Ereignisse oder Umstände im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems erkennbar sind, die die Arbeit oder gar den Fortbestand des Eigenbetriebes in irgendeiner Form belasten oder gefährden könnten. Durch die in der Vergangenheit mit namhaften regionalen Entsorgungspartnern geschlossenen Verträge ist für den Kreis Paderborn eine langfristige Entsorgungssicherheit bei strikter Beachtung der gesetzlichen und technischen Umweltstandards weiterhin gegeben.

4.17.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss.

Betriebsleitung: Herr Kahmen

Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern. Dies sind derzeit Kreistagsmitglieder Frauen Verena Haese, Claudia Wagener-Ragert bis 16.09.2024 sowie die Herren Kreistagsmitglieder Päsch, Vossebein, Fresen, Zündorf, Werth ab 09.2024 Nolte, Müller, Schäfers, Schüssler, Scholle, Blienert, Fölling, Risse und Koch.



4.18 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

4.18.1 Basisdaten

Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren
Poststraße 15
33181 Bad Wünnenberg
Tel.: 0160 654 02 32, E-Mail: erholungsgebiet@wuennenberg-bueren.de, Fax: -, Internet:
www.wuennenberg-bueren.de
Gründungsdatum: 28. Februar 1977

4.18.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, die Gebiete der Städte Bad Wünnenberg und Büren im Kreis Paderborn zu betreuen. Der Zweckverband soll im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen das Verbandsgebiet mit dem Ziel fördern, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, durch geeignete Einrichtungen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen und auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuführen. Die wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.18.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreise und kreisfreien Städte sind nach dem Landesnaturschutzgesetz NRW die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden. Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband „Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg/ Büren“ im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

4.18.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Wünnenberg und Büren Mitglieder des Zweckverbandes.

4.18.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn leistete im Haushaltsjahr 2024 eine anteilige Kostenübernahme für Verwaltungs- und Geschäftskosten in Höhe von 20.800,00 € .

Die Zahlungen wurden über das Konto 531306 „Umlage an Zweckverband Erholungsgebiet Büren -Bad Wünnenberg“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.18.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses wird nach Auskunft des geschäftsführenden Verbandsmitgliedes Stadt Bad Wünnenberg bedingt durch die Kommunalwahl wahrscheinlich erst Ende 2025 erfolgen. Zu den Punkten 4.18.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.18.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.18.8 „Kennzahlen“ und 4.18.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.18.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.18.6

4.18.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.18.6

Individuelle Leistungskennzahlen

Der Verband hat im Jahr 2024 folgende Maßnahmen durchgeführt:

2024 startete das Gemeinschaftsprojekt „DorfZukunft.Pflanzen“ der Kommunen Bad Wünnenberg und Büren. Ziel ist es, traditionelles Wissen über Dorfpflanzen durch Kräuterspaziergänge, Vorträge und Workshops niedrigschwellig zu vermitteln – auch an Anfänger*innen. Bereits über zehn Veranstaltungen wurden im ersten Jahr durchgeführt.

Ebenfalls umgesetzt wurde das Projekt „Hörmuseum Bleiwässcher Bergbau“ in Bad Wünnenberg-Bleiwäsche. Mithilfe von QR-Codes können Besucher*innen Geschichten zum Bleibergbau im Audioformat abrufen. Das Angebot ist barrierearm und richtet sich an die ganze Familie.

Auch im Gemeinschaftsgarten „Wurzgarten“ fanden wieder vielfältige Aktionen statt, darunter die Teilnahme an den „Tagen der Gärten und Parks“. Neu ist zudem der eigene Honig der Stadt Büren aus dem Wurzgarten.

Darüber hinaus war der Zweckverband 2024 aktiv in der Öffentlichkeit präsent – mit einer regelmäßigen Kolumne, über die Internetseite sowie mit Auftritten auf Stadtfesten.

4.18.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.18.6

4.18.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.18.6

4.18.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kannwahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist als Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Christian Carl Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist die Stadt Bad Wünnenberg.

Verbandversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Kreistagsmitglied Herr Nolte, Kreistagsmitglied Frau Birkelbach sowie von der Verwaltung Frau Schnell Sachbereichsleiterin - Naturschutz / Landschaftspflege im Amt für Umwelt, Natur und Klimaschutz.

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.19 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

4.19.1 Basisdaten

Gemeindeforstamtsverband Willebadessen
Klosterhof 1a
34439 Willebadessen
Tel.: 05646/94403, Fax: 05646/94405, Internet: www.gemeindeforstamt.de
Gründungsdatum: ca. 1830-1835

4.19.2 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Stadt Borgentreich einschließlich Gleidervermögen, die Städte Warburg, Willebadessen, Beverungen, Bad Driburg, Nieheim, Steinheim, Marienmünster, Marsberg, Lichtenau, Salzkotten, Bad Wünnenberg, Bad Lippspringe, Paderborn und Delbrück, die Gemeinden Altenbeken, Borchen und Hövelhof, die Pfarren Rimbeck, Welda, Oesdorf, Altenbeken, Atteln, Delbrück, Etteln, Helmern, Lichtenau, Neuenbeken, Schwaney, St. Magnus Niedermarsberg., die Anlieger Borgentreich, die Stiftung Armenhospital Borgentreich, die katholische Kirchengemeinde Marienmünster, die Pfarre Marienmünster, die Pfarrgemeinde St. Marien Bruchhausen, die Katholische Kirchengemeinde St. Joseph zu Westenholz, die Küsterei Westenholz und das Pastorat Westenholz sowie das Laurentius Heim Warburg, die Waldgenossenschaft Bruchhausen, die Wasserwerke Paderborn GmbH und die Wasserverbände Aabach-Talsperre und Diemel-Wasserverband Marsberg Mitglieder des Zweckverbandes.

4.19.3 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Die Aufgabe des Zweckverbandes besteht in der gemeinsamen Unterhaltung eines Gemeindeforstamtes zur forstlichen Verwaltung des Waldbesitzes der Verbandsmitglieder. Die Bewirtschaftung der Bewaldungen der Verbandsmitglieder erfolgt nach einem gemeinsamen Betriebsplan.

4.19.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ist Wald im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind diese dazu verpflichtet, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ (§11 Bundeswaldgesetz) zu bewirtschaften.

4.19.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2024 eine Verbundsumlage in Höhe von 11.822,94 €.
Die Verbundsumlage wurde auf dem Konto 531305 „Umlage an den Gemeindeforstamtsverband Willebadessen“ des Produktes 130201 „Natur- und Landschaftspflege“ verbucht.

4.19.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bisher hat die Verbandsversammlung den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Dieses soll in der nächsten Verbandsversammlung erfolgen. Diese wird aufgrund der Kommunalwahl erst im Januar 2026 stattfinden. Zu den Punkten 4.19.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.19.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.19.8 „Finanzkennzahlen“, 4.19.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Verbandes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.“

4.19.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.19.6

Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	2024	2023	Veränderung (in %)
Derholzeinschlag (in Festmeter)	37.250	30.801	20,94
Forstbetriebsfläche (in Hektar)	12.943,63	10.780,04	20,07

4.19.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte der Gemeindeforstamtsverband 9 Mitarbeitende (1 Forstamtsleiter, 2 Mitarbeitende in der Verwaltung und 6 Revierförster) (3 Beamte und 6 tariflich Beschäftigte).

4.19.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kannwahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der nach § 8 Abs. 1 der Satzung von der Verbandsversammlung gewählte Verbandsvorsteher Dr. André Brandt, Dezerent beim Kreis Paderborn, nahm während des Jahres 2022 die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes im Rahmen des Haushalts-, Investitions- und Stellenplanes wahr. Seine Stellvertreterin war bis 31.08.2024 Michaela Götz-Brinkmann, Mitarbeiterin des Rechtsamtes vom Kreis Paderborn. Stellvertreter ab 01.09.2024 ist Ulrich Schadomsky, Amtsleiter der Kämmerei des Kreises Paderborn

Verbandversammlung

Kreistagsmitglied Herr Hans-Bernd Janzen für das Verbandsmitglied Kreis Paderborn.

Die Verbandsversammlung besteht gem. § 5 Abs. 1 der Verbandssatzung aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Zum Vorsitzenden der z. Zt. aus 44 Vertretern bestehenden Versammlung wurde Herr Tobias Scherf, Bürgermeister der Stadt Warburg, gewählt. Die Versammlung tritt nach Änderung der Verbandssatzung ab 2009 nach § 5 Abs. 2 der Verbandssatzung wenigstens einmal im Haushaltsjahr zusammen, und zwar zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und die Rechnungslegung sowie zur Entlastung des Verbandsvorstehers.

4.20 Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT, Paderborn/Lemgo 4.21.1 Basisdaten

Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT Paderborn, Paderborn/Lemgo

Technologiepark 11

33100 Paderborn

Am Lindenhaus 19

32657 Lemgo

Tel. Paderborn: 05251/1322-0,

Tel. Lemgo 05261/252-0

Fax: 05251/132-2700,

Internet: www.technik.owl-it.de

Zum 1. Januar 2024 erfolgte die Fusion der drei kommunalen Zweckverbände Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn, Paderborn, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo, und Ostwestfalen-Lippe-IT, Lemgo/Paderborn. Kommunalrechtlich haben sich die Zweckverbände Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn, Paderborn, und Ostwestfalen-Lippe-IT, Lemgo/Paderborn, nach § 22a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW dem krz Lemgo zum 1. Januar 2024 angeschlossen. Es erfolgte zeitgleich die Umfirmierung des krz Lemgo in Ostwestfalen-Lippe-IT (OWL-IT).

4.20.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, den Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen zu erbringen. Hierbei ist die Organisationshöheit des einzelnen Verbandsmitgliedes unter Berücksichtigung der wechselseitigen Informationsbeziehungen sowie wirtschaftlicher und technischer Gegebenheiten besonders zu beachten.

(2): Seine Aufgaben sind insbesondere:

- a. Information und Beratung der Verbandsmitglieder in allen Angelegenheiten der technikunterstützten Informationsverarbeitung,
- b. Beschaffung, Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung von DV-Verfahren auf der Grundlage der Anforderung der Verbandsmitglieder,
- c. Beratung der Verbandsmitglieder bei der Einführung von Verfahren und Schulung des Personals,
- d. Planung, Beschaffung und Unterstützung bei der Installation der für die Informationsverarbeitung bei den Mitgliedern erforderlichen Technik, soweit Mitglieder dies nicht im Benehmen mit dem Zweckverband in eigener Zuständigkeit durchführen,
- e. Einrichtung und Durchführung eines Rechenzentrumsbetriebes,
- f. Betrieb eines Kommunikationsnetzes für das Verbandsgebiet,
- g. Beratung und Unterstützung der Verbandsmitglieder in Angelegenheiten des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

- (3) Die Beschreibung des gemeinsamen Organisationskonzeptes und die Steuerung der Aufgaben erfolgt durch einen Entwicklungsplan, der regelmäßig fortgeschrieben wird.
- (4) Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben hält der Zweckverband die erforderlichen Personal- und Sachmittel vor.

(5) Der Zweckverband ist berechtigt, unter den Voraussetzungen der §§ 107 ff. GO NRW Gesellschaften in der Rechtsform des Privatrechts zu gründen oder sich an ihnen zu beteiligen, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch gefördert wird. Die Anzeigepflicht nach § 115 GO NRW bleibt unberührt. Der Zweckverband kann zur Erledigung von Aufgaben Dritte beauftragen, soweit eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sichergestellt ist.

(6) Die Daten eines Verbandsmitgliedes dürfen bei Speicherung durch den Zweckverband nur auf ausdrückliche Weisung durch das Verbandsmitglied an oder für andere übermittelt oder ausgewertet werden.

4.20.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der gemeinsame Zweckverband stellt seinen Mitgliedern IT-Leistungen im Rahmen einer abgestimmten informationstechnischen Strategie umfassend, kundenorientiert, effektiv und wirtschaftlich ohne Gewinnerzielungsabsicht zur Verfügung.

4.20.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lipppringen, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder des Zweckverbandes. Darüber hinaus ist die Anstalt des öffentlichen Rechts „Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe“ (CVUA-OWL) dem Zweckverband zum 1. Januar 2009 beigetreten. Seit dem 01. Juli 2018 ist auch die Stadt Höxter Mitglied des Zweckverbandes GKD Paderborn.

Die ehemaligen kommunalen IT-Dienstleister und Zweckverbände Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung (GKD) Paderborn und Ostwestfalen-Lippe-IT haben sich nach § 22a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW mit Wirkung zum 01.01.2024 in den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe eingegliedert.

ZV-Mitglied	Stimmenanteil VB	Beteiligung in €	Beteiligung in %
Herford, Kreis	3	495.673,40 €	3,19%
Bünde, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Enger, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Herford, Stadt	3	495.673,40 €	3,19%
Hiddenhausen, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Kirchlengern, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Löhne, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Rödinghausen, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Spenge, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Vlotho, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Höxter, Kreis	0	0,00 €	0,00%
Bad Driburg, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%

Beverungen, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Borgentreich, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Höxter, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Nieheim, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Steinheim, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Willebadessen, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Lippe, Kreis	4	660.897,86 €	4,26%
Augustdorf, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Bad Salzuflen, Stadt	3	495.673,40 €	3,19%
Barntrup, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Blomberg, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Detmold, Stadt	3	495.673,40 €	3,19%
Dörentrup, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Extertal, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Horn-Bad Meinberg, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Kalletal, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Lage, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Lemgo, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Leopoldshöhe	1	165.224,47 €	1,06%
Lügde, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Oerlinghausen, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Schieder-Schwalenberg, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Schlängen, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Minden-Lübbecke, Kreis	4	660.897,86 €	4,26%
Bad Oeynhausen, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Espelkamp, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Hille, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Hüllhorst, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Lübbecke, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Minden, Stadt	3	495.673,40 €	3,19%
Petershagen, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Porta Westfalica, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Preußisch Oldendorf, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Rahden, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Stemwede, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Paderborn, Kreis	4	660.897,86 €	4,26%
Altenbeken, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Bad Lippspringe, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Borchen, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Büren, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Delbrück, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Hövelhof, Gemeinde	1	165.224,47 €	1,06%
Lichtenau, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
Paderborn, Stadt	4	660.897,86 €	4,26%

Salzkotten, Stadt	2	330.448,93 €	2,13%
Bad Wünnenberg, Stadt	1	165.224,47 €	1,06%
CVUA OWL AÖR	1	165.224,47 €	1,06%
Gesamtsumme	94	15.531.099,80 €	100%

4.20.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesamtzahlung des Kreises belief sich im Berichtsjahr auf 3.324.581,35 €.

4.20.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr in T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	31.406.980,59	20.440.625,59	10.966
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.108.767,00	1.175.885,00	1.933
II. Sachanlagen	26.179.088,59	19.049.740,59	7.129
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.024.556,59	17.031.473,59	-7
2. Technische Anlagen und Maschinen	7.950.758,00	1.317.253,00	6.634
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.203.774,00	701.014,00	503
III. Finanzanlagen	2.119.125,00	215.000,00	1.904
1. Beteiligungen	0,00	100.000,00	-100
2. Sonstige Ausleihungen	2.119.125,00	115.000,00	2.004
B. Umlaufvermögen	27.552.776,62	16.835.535,37	10.717
I. Vorräte	174.137,36	99.765,69	74
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	110.577,78	99.765,69	11
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	63.559,58	0,00	64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.970.819,61	16.647.904,26	7.323
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.863.066,28	10.486.315,96	13.377
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	6.067.328,82	-6.067
3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr € 2.900,00	107.753,33	94.259,48	13
III. Guthaben bei Kreditinstituten	3.407.819,65	87.865,42	3.320
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.435.302,33	3.505.570,45	7.930
Summe Aktiva	70.395.059,54	40.781.731,41	29.613
Passiva			
A. Eigenkapital	15.531.099,80	5.703.351,90	9.828
I. Kapitalrücklage	669.387,82	669.387,82	0
II. Gewinnrücklagen	12.880.886,93	4.479.480,83	8.401
Andere Gewinnrücklagen	12.880.886,93	4.479.480,83	8.401
III. Gewinnvortrag	1.245.538,76	0,00	1.246
IV. Jahresüberschuss	735.286,29	554.483,25	181
B. Rückstellungen	37.240.417,06	22.291.545,06	14.949
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.790.879,00	18.661.436,00	13.129
2. Steuerrückstellungen	1.693.590,00	985.000,00	709
3. Sonstige Rückstellungen	3.755.948,06	2.645.109,06	1.111

C. Verbindlichkeiten	17.239.142,68	12.786.834,45	4.452
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 1.846.163,05	7.978.482,86	6.272.929,90	1.706
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00	0,00	50.660,00	-51
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 8.664.490,66	8.664.490,66	2.035.135,74	6.629
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,			
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00	0,00	3.973.555,54	-3.974
5. Sonstige Verbindlichkeiten			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 596.169,16	596.169,16	454.553,27	142
davon aus Steuern € 479.725,18			
D. Rechnungsabgrenzungsposten	384.400,00	0,00	384
Summe Passiva	70.395.059,54	40.781.731,41	29.613

4.20.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	111.350.436,44	88.425.372,26	22.925
2. sonstige betriebliche Erträge	436.429,65	56.787,43	380
3. Materialaufwand	54.301.736,54	56.081.703,68	-1.780
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	31.133.379,24	25.717.662,29	5.416
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	23.168.357,30	30.364.041,39	-7.196
4. Rohergebnis	57.485.129,55	32.400.456,01	25.085
5. Personalaufwand	40.482.834,04	24.779.808,27	15.703
a) Löhne und Gehälter	30.009.688,73	18.734.588,84	11.275
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	10.473.145,31	6.045.219,43	4.428
davon für Altersversorgung			0
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	6.951.012,63	1.904.957,75	5.046
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	7.412.541,03	3.490.548,00	3.922
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142.908,72	5.452,15	137
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.552.006,06	941.707,68	610
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	491.361,22	733.143,21	-242
11. Ergebnis nach Steuern	738.283,29	555.743,25	183
12. sonstige Steuern	2.997,00	1.260,00	2
13. Jahresüberschuss	735.286,29	554.483,25	181

4.20.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	22	14	58
Eigenkapitalrentabilität	5	10	-51
Anlagendeckungsgrad 2	223	200	12
Verschuldungsgrad	351	615	-43
Umsatzrentabilität	1	1	5

4.20.9 Personalbestand

Im Jahr 2024 betrug der durchschnittliche Personalbestand 517 Personen, davon 33 Beamte und 484 tariflich Beschäftigte

4.20.10 Geschäftsentwicklung

Die Ostwestfalen-Lippe-IT (OWL-IT) ist ein kommunaler Zweckverband mit Sitz in Lemgo und Paderborn. Der Zweckverband hat lt. Satzung das Ziel, den aktuell 58 Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen zu erbringen. Hierbei ist die Organisationshoheit des einzelnen Verbandsmitgliedes unter Berücksichtigung der wechselseitigen Informationsbeziehungen sowie wirtschaftlicher und technischer Gegebenheiten besonders zu beachten. Darüber hinaus ermöglicht die Satzung die Leistungserbringung für weitere Kommunen, soweit sich dadurch Vorteile für die Verbandsmitglieder ergeben.

Hinweis: Alle Vorjahresvergleiche beziehen sich auf den bisherigen Zweckverband krz Lemgo. Eine Konsolidierung der Vorjahreszahlen erfolgt nicht.

Wesentliche Geschäftsvorfälle im Wirtschaftsjahr

Fusion

Zum 01.01.2024 erfolgte die Fusion der drei kommunalen Zweckverbände GKD Paderborn, krz Lemgo und OWL-IT. Kommunalrechtlich haben sich die beiden Zweckverbände GKD Paderborn und OWL-IT nach 22a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit dem krz Lemgo' zum 01.01.2024 angeschlossen. Es erfolgte zeitgleich die Umfirmierung in Ostwestfalen-Lippe-IT (OWL-IT).

Ziel der Fusion ist es, die Mitglieder- und Kundenzufriedenheit gemessen am aktuellen Stand deutlich zu steigern und dauerhaft auf einem hohen Niveau zu etablieren.

Hierzu sind verschiedene Lösungsansätze vorhanden, die in der neuen Organisation umgesetzt werden.

- Verankerung von durchgängiger Dienstleistungs- und Servicementalität sowie Kundenorientierung in
- der neuen Unternehmenskultur
- Etablierung einer professionellen Kundenschnittstelle über ein zentrales Kundenmanagement Etablierung eines passgenauen Betreuungsmodells für Mitglieder/Kunden anhand unterschiedlicher Kundensegmente (z. B. für Kreise, kreisangehörige Kommunen nach Größenklassen...)
- Hohe ,Kommunalorientierung, insbesondere durch Fokussierung auf die Mitglieder und deren Bedürfnisse

- Schaffung von Zusammenarbeitsformaten auf Fachebene zwischen Mitgliedern und dem Kundenmanagement sowie Produktmanagement des IT-Dienstleisters
- Partizipation der Mitglieder und Kunden an der fachlichen und technischen Portfolioentwicklung/-gestaltung zur Schaffung segmentspezifischer Lösungen für passgenaue Umsetzungen der konkreten Anforderungen vor Ort
- Transparente kennzahlenbasierte IT-Steuerung zur Messung von Kunden- und User-Zufriedenheit im Bereich IT und Service

Mit der Fusion wird ein gemeinsames Unternehmen geschaffen, das dem Konsolidierungsdruck im Markt der kommunalen IT-Dienstleister in NRW standhält und gleichzeitig die regionale Bereitstellung von IT-Dienstleistungen mit gewohnter Gremienpartizipation sowie zunehmenden Mitglieder-/Kundenanforderungen in OWL gewährleistet.

Durch die wirtschaftlichen Effekte in der Fusion sollen ausreichende Spielräume geschaffen werden, um aktiv in die in allen Kommunen brennenden Zukunftsthemen der Digitalisierung investieren zu können. Synergiepotenziale ergeben sich vor allem durch den Wegfall nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer im Binnengeschäft, da die bisherigen Zweckverbände unter verschiedenen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen geführt werden mussten. Die Fusion gleicht diese Rechtsunterschiede aus. Die Zusammenführung von Fachverfahren und Nutzung einer gemeinsamen technischen Infrastruktur sowie organisatorische Anpassung schaffen ebenso zusätzliche Potentiale, die Chancen für die Zukunft bieten. Mit der Fusion gelingt es, die Attraktivität am Arbeitsmarkt der fusionierten OWL-IT zu steigern, sodass dem akuten und weiter steigenden Fachkräftemangel deutlich besser begegnet werden kann.

Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Im Jahr 2024 herrscht noch immer Krieg in Europa. Die Folgen daraus auf viele Lebens- und Wirtschaftsbereiche sind weiterhin präsent und ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen ist nicht in Sicht. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich im Laufe des Jahres stabilisiert, die EZB konnte in vier Schritten die Zinsen von 4,50 % auf 3,15 % senken, da sich die Inflation im Vergleich zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie wieder größtenteils reduziert hat. Die Präsidentschaftswahlen im November in den USA hat Donald Trump gewonnen und in Deutschland kam es einen Tag später zum Bruch der Koalition auf Bundesebene. Beide Ereignisse erhöhen zum Ende des Jahres die politische und wirtschaftliche Unsicherheit im Land und in der Welt.

Unter dem Eindruck vieler Unsicherheiten und Unwägbarkeiten hat die fusionierte Ostwestfalen-Lippe-IT den Geschäftsbetrieb aufgenommen und aus den bisherigen drei Zweckverbänden fortgesetzt. Der erste Jahresabschluss 2024 konnte mit einem positiven Ergebnis vorgelegt werden. In einen vereinbarten Übergangszeitraum von zwei Jahren (2024 und 2025) ist geplant, alle Geschäftsbereiche kritisch zu betrachten und die Ziele der Fusion Schritt für Schritt umzusetzen.

Aus den Fachbereichen sind aus dem Jahr 2024 folgende Punkte herauszuheben:

Kompetenzzentrum Security

Im Frühjahr 2024 wurde vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zum siebten Mal das ISO 27001-Zertifikat auf der Basis von IT-Grundschutz an unser Unternehmen vergeben. Gleichzeitig wurde im Dezember das 1. Überwachungsaudit mit einem positiven Votum des Auditteamleiters durchgeführt.

Das Kompetenzzentrum Security stellt ab 01.08.2024 die/den externen Datenschutzbeauftragten für den Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN in Siegburg.

Bürgerservices, Schulverwaltung und Soziales

Die Europawahl 2024 wurde erfolgreich umgesetzt.

Die VOIS-Plattform als die zentrale Kommunikationsplattform für den Bereich Bürgerservice ist eingerichtet worden. VOIS Fund für die Stadt Herford, VOIS GESO für die Gemeinden Dörentrup und Extertal und VOIS Vera im Ausländerbereich sind installiert sowie in Produktion gegangen. Weitere Mandanten und Verfahren folgen in 2025.

Die Umstellung Baugenehmigung erfolgte erfolgreich bei den ersten Mandaten von BBG zu PROSOZ Bau. Das viele Jahre eingesetzte Verfahren „Schüler Online“ wird bis 2026 vollständig durch „Schulbewerbung.de“ abgelöst sein.

Beim Großkunden Bochum wurde das Verfahren SchiLD Zentral erfolgreich eingeführt. Insgesamt sind mittlerweile mehr als 650 Installationen erfolgt. Die OWL-IT ist größter Anbieter in NRW.

Personalservice

Die OWL-IT hat ihre Bezugskonditionen für das Produkt LOGA HR durch einen neuen Rahmenvertrag mit der P&I AG in Wiesbaden langfristig abgesichert.

Die neue Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit bis 2035. Sie ermöglicht eine langfristige sowie strategisch ausgerichtete Planung der Digitalisierung aller wesentlichen personalwirtschaftlichen Prozesse der Kunden der OWL-IT auf einer hochintegrierten Plattform.

Finanzservices

Im Jahr 2024 lag im Bereich Finanzservice der Fokus in großen Teilen auf der Umsetzung der Grundsteuerreform.

Die OWL-IT hat durch eigene Analysen, Entwicklungen und Auswertungen dabei unterstützt den politischen Prozess in den Kommunen mit Daten und Zahlen zu begleiten, um Grundlagen und Auswirkungen für Hebesatzanpassungen und zur Differenzierungsmöglichkeit in der Grundsteuer B greifbar zu machen. Trotz aller Herausforderungen, u. a. die immer wieder veränderten Datenlieferungen aus den Finanzämtern, konnten alle Kommunen die Grundsteuerreform für ihre Kommune wie geplant durchführen.

Weiter wurden mit den Kommunen Stadt Bergkamen und Gemeinde Bönen zwei neue Anwender auf den OWL IT Finanzservice mit Infoma umgestellt. Der Echtstart ist planmäßig zum Jahreswechsel 2025 umgesetzt worden.

Digitalisierung und Innovation

Urbane Datenplattform (UDP)

Eine Urbane Datenplattform ist eine zentrale digitale Infrastruktur, die Daten aus unterschiedlichen Quellen innerhalb einer Stadt oder Region sammelt, integriert, analysiert und visualisiert. Ziel ist es, datenbasierte Entscheidungen zur Verbesserung der Lebensqualität, Effizienz städtischer Dienstleistungen und nachhaltiger Stadtentwicklung zu ermöglichen. Es müssen die vielfältigen Datenquellen über Schnittstellen (APIs), Sensoren und bestehende IT-Systeme eingebunden werden.

Im Rahmen des E&I-Projekts „Smarte Technologien“ — Teilprojekt Smart City wurden verschiedene Lösungen geprüft. Dazu diente eine Anforderungsmatrix, die gemeinsam mit den Förderprojekt-Teilnehmern der Kommunen Detmold, Lemgo und Kalletal erarbeitet wurde.

Zunächst wurden Kooperationen mit anderen Dienstleistern geprüft. Im Zuge der Fusion und Konsolidierungsuntersuchungen bestehender Komponenten erfolgte im Jahr 2024 ein Strategiewechsel. Mit externer Unterstützung konnte eine UDP auf Basis der Erweiterung unserer bestehenden GIS-Infrastrukturen konzipiert werden, die OWL-IT UDP oder kurz OUDP. Die Plattform befindet sich im Aufbau. Bestehende Lösungen („Schnellboote“) sollen künftig auf dieser UDP betrieben und weitere Lösungen entwickelt werden. Darüber hinaus sind Kommunen nicht nur Nutzer, sondern aktive Gestalter einer UDP.

IT-Services

Seit Herbst 2024 ist in der zertifizierten Rechenzentrums-Umgebung eine neue VOIS-Plattform produktiv in Betrieb genommen worden. Diese Plattform wird technisch durch das Team Windows Web-Services administriert und durch die Teams der Datenbankadministration unterstützt. Auf dieser Plattform wurden bereits einige Fachanwendungen (z.B. VERA, GESO) etabliert und weitere werden folgen. Eine wesentliche Aufgabe in allen Teams des Bereichs IT-Services besteht in der täglichen Sicherstellung des stabilen Betriebs für die komplexen IT-Umgebungen. Auf deren Basis werden die Fachanwendungen betrieben, für die laufend Updates, Hotfixes oder Security Patches einzuspielen sind.

IT-Infrastruktur

Erste Sicherheitsrichtlinien der OWL-IT

Am 20.06.2024 wurden vom Verwaltungsrat die ersten Sicherheitsrichtlinien der OWL-IT beschlossen. Davor galten die Sicherheitsrichtlinien des krz vom 27.10.2020. Diese wurden aktualisiert, ergänzt und für die OWL IT angepasst. Eine der wichtigsten Neuerungen in den Sicherheitsrichtlinien ist der verpflichtende Einsatz einer modernen EDR-/XDR-Lösung (Endpoint Detection & Response / Extended Detection and Response) auf allen Servern und Clients. Um ein einheitliches Sicherheitsniveau zu erreichen, wird diese Lösung zentral durch die OWL-IT beschafft und im gesamten Netzverbund - auch in den Verwaltungsnetzen - eingesetzt und betrieben.

Entwicklung der Personalsituation

Im Jahr 2024 hat sich der durchschnittliche Personalstamm durch die Eingliederung der GKD Paderborn und alten OWL-IT von insgesamt 344 im Vorjahr auf 517 tariflich Beschäftigte und Beamte erhöht. Durch die Zusammenführung der drei Zweckverbände zum 01.01.2024 hat sich der Personalbestand deutlich erhöht. Um zukünftige Bedarfe vermehrt durch eigene Beschäftigte abdecken zu können, bietet dies OWL-IT neben den bisherigen IT-Berufen (Fachinformatiker/in in der Anwendungsentwicklung und Systemintegration) auch eine kaufmännische Ausbildung (Kaufleute für Büromanagement) an. Zudem bietet die OWL-IT den dualen Studiengang „Verwaltungsinformatik — Bachelor of Science“ an.

Im aktuellen Benchmark, der sich auf die Erhebung der statistischen Daten im KDN Dachverband (Vergleich von Rechenzentren) bezieht, liegt die OWL-IT mit dem Durchschnittsalter der Belegschaft weit unter dem Vergleichsdurchschnitt. Auch in den Vergleichszahlen zu Betriebszugehörigkeit und Fluktuation liegen die ermittelten Zahlen der OWL-IT wie in den Jahren zuvor unter den ermittelten Durchschnittswerten.

Die nicht beamteten Beschäftigten unterliegen den Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst / Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV6D VKA-Kommunen) und werden dementsprechend vergütet. Die Beamten werden nach dem Landesbesoldungsgesetz — LBesG NRW besoldet.

Den wachsenden Anforderungen im IT-Umfeld begegnet die OWL-IT mit permanenter Aus- und Weiterbildung in allen Bereichen. Eine Vielzahl dieser Maßnahmen wird über die OWL-IT-eigene Akademie angeboten.

Einspruchsverfahren gegen Umsatzsteuerfestsetzung

Für die ehemalige OWL-IT läuft derzeit noch ein Einspruchsverfahren gegen die Umsatzsteuerfestsetzung des Jahres 2020. Grundsätzlich besteht auf Seiten der OWL-IT die Rechtsauffassung, dass die Leistungen der ehemaligen OWL-IT nicht steuerbar bzw. ggf. steuerfrei sind. Zur Durchsetzung dieser Rechtsauffassung wurde Einspruch gegen die Festsetzung der Umsatzsteuer 2020 eingelegt. Im zweiten Halbjahr 2024 hat die Betriebsprüfung der Groß- und Konzernbetriebsprüfung Detmold bei der OWL-IT begonnen.

Wirtschaftliche Lage

Ergebnislage

Grundsätzlicher Hinweis:

Die erheblichen Abweichungen zwischen 2023 und 2024 resultieren aus der fusionsbedingten Übernahme von Geschäftsbeziehungen von GKD Paderborn und der ehemaligen OWL-IT zum 01.01.2024. Die Zahlen 2023 beziehen sich nur auf den Zweckverband krz Lemgo. Eine Konsolidierung der Vorjahreszahlen erfolgte nicht. Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahrs 2024 schließt gegenüber der Planung mit einem Überschuss in Höhe von T€ 735 ab. Die mit dem Wirtschaftsplan 2024 getroffene Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses, welches durch Entnahme aus der Rücklage in Höhe von T€ 1.448 erreicht werden konnte, konnte damit übertroffen werden. Die Verbesserung gegenüber der Planung im Wesentlichen auf die Fusion zurückzuführen.

Im Folgenden werden wesentliche Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Umsatzerlöse belaufen sich für das Jahr 2024 auf insgesamt T€ 111.350 (Vorjahr: T€ 88.425). Dies entspricht einem Anstieg von T€ 22.925 bzw. 25,9% gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung bzw. die Zusammensetzung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

a) Nach Produkt- und Leistungsgruppen

Umsatzerlöse	2024 T€	2023 T€
Produktion	48.423,00	31.387,00
Handelsware Hard- und Software	29.724,00	22.179,00
Serviceleistungen	15.182,00	7.985,00
Druck- und Kuvertiersystem	7.605,00	4.195,00
Entwicklung und Innovation	2.551,00	2.891,00
Beratung/Schulung	5.412,00	6.855,00
Datennetz	2.174,00	2.015,00
Sonstige betriebliche Erträge	279,00	10.918,00
Gesamt	111.350,00	88.425,00

b) Nach Organisationseinheiten

Umsatzerlöse	2024 T€	2023 T€
Allgemeine Services (Stabstellen GL) davon 27.341 T€ aus Handelsware	29.060,00	24.358,00
Zentrale Service	3.857,00	12.538,00
Bürgerservices, Bildung und Soziales	17.110,00	9.877,00
Personalservices	17.580,00	16.083,00
Finanzservices	13.583,00	9.508,00
Digitalisierung und Innovation	9.439,00	5.260,00
IT-Services	2.708,00	1.338,00

IT-Infrastruktur	18.013,00	9.463,00
Gesamt	111.350,00	88.425,00

Größere Zuwächse haben sich im Bereich der Handelsware ergeben, da die Förderprogramme des Landes NRW im Jahr 2024 ausgelaufen sind, dadurch erfolgten überdurchschnittlich viele Bestellungen durch Mitglieder und Kunden. Alle weiteren Bereiche entwickeln sich planmäßig.

Die Preise als Basis für die Umsatzerlöse ergeben sich aus dem vom Verwaltungsrat genehmigten Entgeltverzeichnis. Hier wurden Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr von bis zu 4,9 % berücksichtigt.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 15.703 und beträgt T€ 40.483. Durch die Zusammenführung der drei Zweckverbände zum 01.01.2024 hat sich der Personalbestand deutlich erhöht.

Unabhängig von den fusionsbedingten Abweichungen haben sich die Personalaufwendungen unterhalb der Planung entwickelt. Nicht alle Stellen sind im laufenden Jahr besetzt worden.

Der Materialaufwand ist von T€ 56.082 auf T€ 54.302 gesunken. Dieser Rückgang ist auf den Wegfall der bezogenen Leistungen im Zuge der Fusion der drei Zweckverbände zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind von T€ 1.905 im Vorjahr auf T€ 6.951 gestiegen. Die höchsten Abschreibungen sind bei den Sachanlagen mit T€ 4.550 (VJ T€ 1.082) zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.922 und belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ 7.413. Der Anstieg ist im Wesentlichen fusionsbedingt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Gesamtbilanzsumme zum 31.12.2024 beträgt T€ 70.395 (VJ T€ 40.872).

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 44,6 %. Im Berichtsjahr wurden Investitionen in“ Höhe von T€ 6.259 (ohne fusionsbedingte Zugänge) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen getätigt.

Der abschließende Saldo der Kapitalflussrechnung 2024 ergibt einen Finanzmittelfonds (liquide Mittel) am Ende der Periode in Höhe von T€ 3.408. Der Liquiditätsgrad II beläuft sich auf 165,4 % nach 149,3 % im Vorjahr.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 9.828, bedingt durch die Fusion sowie das erzielte positive Ergebnis des Berichtsjahres. Die Eigenkapitalquote stieg von 14,0 % im Vorjahr auf 22,1 % im Berichtsjahr an.

Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt steht zukünftig u. a. unter dem Unsicherheitsfaktor der sich schnell verändernden Außen- und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Wirkungen daraus werden vielfach auch Unternehmen in Deutschland treffen. Darunter auch Lieferanten und Dienstleister der Ostwestfalen-Lippe-IT. Diese Unsicherheit wird sich hinsichtlich der Inflationsentwicklung auch auf die Wirtschaftsplanung in den Folgejahren auswirken und bringt finanzielle Risiken mit sich.

Die Ostwestfalen-Lippe-IT als kommunaler Dienstleister zur Sicherung der regionalen öffentlichen IT-Infrastruktur kann wie viele andere öffentliche Einrichtungen Ziel von Cyber-Angriffen werden. Auf diese Risiken müssen sich alle IT- und RZ-Dienstleister, so auch die Ostwestfalen-Lippe-IT, einstellen. Der Ressourceneinsatz zur Sicherung dieser Systeme und Netzwerke wird jährlich steigen, da die Cyber-Kriminalität weltweit wächst.

Der Bedarf an vollständig digitalen Prozessen in der Verwaltung steigt zunehmend. Im neuen Koalitionsvertrag sind dazu neue und erweiterte Ziele vereinbart worden. Für die kommunale Landschaft bietet das erhebliche Potentiale Verwaltungsdienstleistungen effektiver und online für alle anzubieten. Die höhere Abhängigkeit von digitalen Plattformen und Diensten, die Angriffen unterliegen können, sind einerseits zwar höhere Risiken, denen entgegenzuwirken ist, andererseits bietet es erhebliche Sparpotentiale im "kommunalen Dienstleistungsangebot. Als zentrale Schnittstelle in Ostwestfalen und darüber hinausbieten sich dadurch neue Handlungs- und Geschäftsfelder für die Ostwestfalen-Lippe-IT.

Der öffentliche Sektor steht unter einem erheblichen Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt. Die tariflichen Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst sind insbesondere für IT-Mitarbeitende nicht immer konkurrenzfähig. Das birgt Risiken bei der Besetzung von Stellen und Schaffung von neuen Aufgabenfeldern. Durch die Fusion und eine Fokussierung auf die Stärkung der Bindung von Mitarbeitenden im Unternehmen schaffen wir eine niedrige Fluktuationsrate. Zusammen mit der Bindungsdauer von Mitarbeitenden ist die Ostwestfalen-Lippe-IT damit im Branchenvergleich überdurchschnittlich positiv aufgestellt.

Die Fusion der Zweckverbände in Ostwestfalen-Lippe bietet die Chance, den vorgenannten Risiken entgegenzuwirken. «Größere wirtschaftliche Stärke, Konzentration von Wissen, Erfahrung und Personalressourcen und Nutzung neuster IT-Sicherheitssysteme schaffen die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Stetiges Wachstum und eine hohe Mitglieder- und Kundenfokussierung sind notwendig, um sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Ausblick in die Zukunft

Die juristische und politische Fusion der drei kommunalen Zweckverbände GKD Paderborn, krz Lemgo und OWL-IT erfolgte zum 01.01.2024 nach dem zum einen alle Mitglieder der Fusion zugestimmt haben und am 19.12.2023 die Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorlag.

Auf Basis dieser rechtlichen Fusion erfolgt in einem Übergangszeitraum von zwei Jahren (2024-2025) der organisatorische und inhaltliche Vollzug des Zusammenschlusses.

Für das Unternehmen wurden bis 2030 Ziele in den Bereichen Kundenorientierung, Effizienz & Wachstum, Innovation & Sicherheit, Mitarbeiterorientierung sowie Kooperation & Beteiligungen formuliert und mit Schritten zur Zielerreichung hinterlegt.

Die nächsten Schritte zur Zielerreichung sind:

1. Schaffung einer neuen Aufbauorganisation mit Ziel 01.07.2025
2. Zusammenführung von Leistungen und Preismodellen im Wirtschaftsplan und Servicekatalog 2026

Der Wirtschaftsplan 2025 konnte mit einem Volumen von rund T€ 112.656 ausgeglichen vorgelegt werden. Es wird eine Rücklagenentnahme in Höhe von T€ 5.030 geplant. Diese dient hauptsächlich zur Finanzierung von zusätzlicher IT-Sicherheit im Netzbetrieb. Diese Rücklagenentnahme erfolgt einmalig und wird ab 2026 über die Netzumlage finanziert. Es wird erwartet, dass das Jahr 2025 planmäßig abschließt.

4.20.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin. Die Geschäftsleitung wird von der Verbandsversammlung bestellt und abberufen.

Verbandsvorsteher und Geschäftsleitung

Zum Verbandsvorsteher wurde Herr Burkhard Schuchow. Bürgermeister der Stadt Büren, gewählt. Als Vertreter gewählt wurde der Herr Rüdiger Meier, Bürgermeister der Gemeinde Krichelengern.

Als Geschäftsleiter wurden Herr Lars Hoppmann (ausgeschieden 30.09.2024) und Herr Bernd Kürpick bestellt.

Verbandversammlung

Der Kreis Paderborn wird in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Mitglieder	
Name	Vorname
Langer	Bernd
Birkelbach	Carsten
Mühlenhoff	Annette
Ohms	Philipp

Verwaltungsrat

Der Kreis Paderborn wird in dem Verwaltungsrat wie folgt vertreten:

- Annette Mühlenhoff (Vertreter: Philipp Ohms)

4.20.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rund 12 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.20.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.21 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

4.21.1 Basisdaten

Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

Bahnhofstraße 27a

33102 Paderborn

Tel.: 05251/1233-0, Fax: 05251/1233-99, Internet: www.nph.de

Gründungsdatum: 02. Oktober 1995

4.21.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband nimmt die Interessen der Kreise Paderborn und Höxter bezüglich des straßengebundenen und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV und SPNV) wahr. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf das Gesetz über den öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

Ziele des Zweckverbandes sind die bedarfsgerechte Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben des ÖPNV und SPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter sowie die Verknüpfung mit benachbarten Verkehrsräumen. Der ÖPNV und SPNV sollen eine den verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen entsprechende Verkehrsbedienung bieten. Um dieses gemeinsame Ziel möglichst effektiv und kostengünstig verfolgen zu können, schließen sich die Mitglieder zu einem freiwilligen Zweckverband zusammen und übertragen ihm die unter § 3 Abs. 3 genannten Aufgaben.

Der Zweckverband nimmt unter Berücksichtigung der Grundsätze des ÖPNVG NRW insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter.
- Die Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes einschl. Finanzplan und Investitionsplan im Bereich des ÖPNV.
- Die Information und Beratung der Verbandsmitglieder, sowie der Städte und Gemeinden der Kreise Paderborn und Höxter hinsichtlich der Planung und Umsetzung lokaler Verkehrskonzepte (z.B. Stadtverkehre).
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten und abgestimmten Leistungsangebotes. Marktwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze finden hierbei Anwendung.
- Weiterentwicklung des bestehenden Gemeinschaftstarifes, und soweit möglich, einheitlicher Beförderungsbedingungen sowie eines koordinierten Verkehrsangebots im ÖPNV und SPNV.
- Abstimmung der die Verbandsgrenzen überschreitenden Verkehre mit den Nachbarverbänden.
- Erarbeitung eines einheitlichen Marketingkonzeptes und dessen Umsetzung im Bereich des ÖPNV und SPNV.
- Konzeption, finanzielle Abwicklung und Kontrolle gemeinsamer Qualitäts-offensiven im ÖPNV mit Busunternehmen im Rahmen der Verwendung der jährlichen ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW.
- Der Zweckverband trägt die Verantwortung für Nahverkehrsplan, Marketingmaßnahmen, Fahrgastinformation, Sachmittel sowie für besondere Aufgaben wie Gutachten und Zählungen.
- Die Durchführung von ÖPNV-Verkehren ist nicht Aufgabe des nph.

Aufgabenträger für den SPNV in Westfalen ist der Zweckverband NWL. Die Aufgaben des NWL werden satzungsgemäß im Rahmen einer dezentralen Struktur in den Teilräumen seiner Mitgliedverbände wahrgenommen. Ungeachtet der Aufgabenträgerschaft des NWL für den SPNV wirkt der nph im Rahmen seiner Möglichkeiten auf den Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur hin. Der nph stellt dem Zweckverband NWL dazu personelle und sachliche Mittel seiner Geschäftsstelle nach Maßgabe der einschlägigen beamtenrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen und/oder Vereinbarungen mit dem Zweckverband NWL zur Verfügung und arbeitet mit dem NWL auf allen Ebenen (Verbandsvorsteher/in, Geschäftsführung, begleitende Arbeitsgruppen) zusammen.

Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung besonderer außerordentlicher Aufgaben Dritter zu bedienen. Mit Dritten (kommunalen Körperschaften sowie natürlichen und juristischen Personen des

Privatechts) können Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Aufgabenerledigung für den Verband wirtschaftlich ist.

Der Zweckverband vertritt die ÖPNV-Interessen der Kreise Paderborn und Höxter auch in Zweckverbänden, Einrichtungen und Gremien, die über den Bereich beider Kreise hinausgehen. Er ist insoweit berechtigt, sich an der Bildung von Einrichtungen, Verbänden oder Gesellschaften zu beteiligen.

4.21.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er umfasst die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linien- sowie diesen ersetzen, ergänzenden oder verdichtenden Gelegenheitsverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen.

4.21.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Höxter Mitglied des Zweckverbandes.

4.21.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2024 eine Verbandsumlage in Höhe von 5.548.131,00 €. Die Zahlungen wurden auf dem Konto 537900 „ÖPNV-Zweckverbandsumlage an nph“ des Produktes 160101 „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ verbucht.

Der NPH (Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter) ist erstmalig zum 31.12.2023 als wesentliche Beteiligung des Kreises Paderborn anzusehen, die nach § 51 KomHVO NRW in den Gesamtabchluss im Wege der Vollkonsolidierung einzubeziehen wäre. Daher sind auch die Leistungsbeziehungen des NPH und der anderen wesentlichen Beteiligungen untereinander sowie zum Kreis Paderborn darzustellen und zu erläutern.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 5.548.131,00 € resultieren aus der ÖPNV-Umlage 2024. Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Aufwendungen in identischer Höhe gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 47.658,59 € handelt es sich im Wesentlichen um Personalkostenerstattungen (45.109,00 €), Kosten für Schaltung von touristischen Anzeigen (1.249,50 €), Prüfungsgebühren JA 2023 (540,00 €), Leistungen im Bereich der Arbeitssicherheit (397,54 €) und Erstattung von Portokosten (362,55 €). Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Erträge in Höhe von 46.096,90 € gegenüber.

Die vom NPH gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 440,24 € resultieren aus Portokosten (42,70 €) sowie Leistungen im Bereich der Arbeitssicherheit (397,54 €).

Demgegenüber weist der Kreis Paderborn Forderungen gegenüber dem NPH in Höhe von 42,70 € für Portokosten aus.

Der NPH weist gegenüber dem Kreis Paderborn keine Forderungen aus. Auf Seiten des Kreises werden ebenfalls keine Verbindlichkeiten gegenüber dem NPH ausgewiesen.

4.21.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Verän-derung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
0. Aufwendungen zur Aufrechterhaltung d. gemeindlichen Leistungsfähigkeit	1.690.043	1.690.043	0
1. Anlagevermögen	529.129	573.513	-44
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	76.998	57.619	19
1.2 Sachanlagen	452.131	512.644	-61
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.440	4.440	0
1.2.3 Infrastrukturvermögen	2	2	0
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	419.935	465.044	-45
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.754	43.158	-15
1.3 Finanzanlagen	0	3.250	-3
2. Umlaufvermögen	11.024.745	6.955.777	4.069
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.355.682	1.452.521	-97
2.2.1 Öffentl.-rechtl. Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen	0	0	0
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	46.674	0	47
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	1.309.008	1.452.521	-144
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
2.4 Liquide Mittel	9.669.063	5.503.256	4.166
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	743.659	929.941	-186
Summe Aktiva	13.987.575	10.149.274	3.838
Passiva			
1. Eigenkapital	10.455.713	6.660.374	3.795
1.1 Allgemeine Rücklage	843.920	800.496	43
1.2 Sonderrücklagen	0	0	0
1.3 Ausgleichsrücklage	5.859.878	261.155	5.599
1.4 Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.751.915	5.598.723	-1.847
2. Sonderposten	529.129	570.263	-41
2.1 für Zuwendungen	529.129	570.363	-41
3. Rückstellungen	2.036.517	1.354.807	682
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	0	0	0
3.4 Sonstige Rückstellungen	2.036.517	1.354.807	682
4. Verbindlichkeiten	254.288	718.819	-465
4.3 aus Krediten z. Liquiditätssicherung	0	0	0
4.5 aus Lieferungen und Leistungen	238.101	700.285	-462
4.6 aus Transferleistungen	0	0	0
4.7 sonstige Verbindlichkeiten	16.187	18.534	-2
5. Passive Rechnungsabgrenzung	711.929	845.012	-133
Summe Passiva	13.987.575	10.149.274	3.838

4.21.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gesamtergebnisrechnung (in EUR)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.566.939,14	27.706.298,99	1.861
+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	242.991,63	192.440,05	51
+ Sonstige ordentliche Erträge	414.221,93	403.276,24	11
+ Aktivierte Eigenleistung	0,00	0,00	0
+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0
= Ordentliche Erträge	30.224.152,70	28.302.015,28	1.922
- Personalaufwendungen	1.151.545,16	1.125.404,56	26
- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0
- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	6.263.755,82	6.228.036,41	36
- Bilanzielle Abschreibung	105.351,07	109.429,81	-4
- Transferaufwendungen	18.590.787,73	14.743.965,69	3.847
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	570.042,91	601.053,16	-31
= Ordentliche Aufwendungen	26.681.482,69	22.807.889,63	3.874
= Ordentliches Ergebnis	3.542.670,01	5.494.125,65	-1.951
+ Finanzerträge	209.848,98	105.092,49	105
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	603,78	495,19	0
= Finanzergebnis	209.245,20	104.597,30	105
= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	3.751.915,21	5.598.722,95	-1.847
+ außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0
- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0
= Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0
= Jahresergebnis	3.751.915,21	5.598.722,95	-1.847

4.21.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	75	66	14
Eigenkapitalrentabilität	36	84	-57
Anlagendeckungsgrad 2	2409	1523	58
Verschuldungsgrad	22	31	-30
Umsatzrentabilität*	0	0	0

*: in der GuV des NPH werden keine Umsatzerlöse ausgewiesen

4.21.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte der Zweckverband 12 Mitarbeiter (Vj. 14).

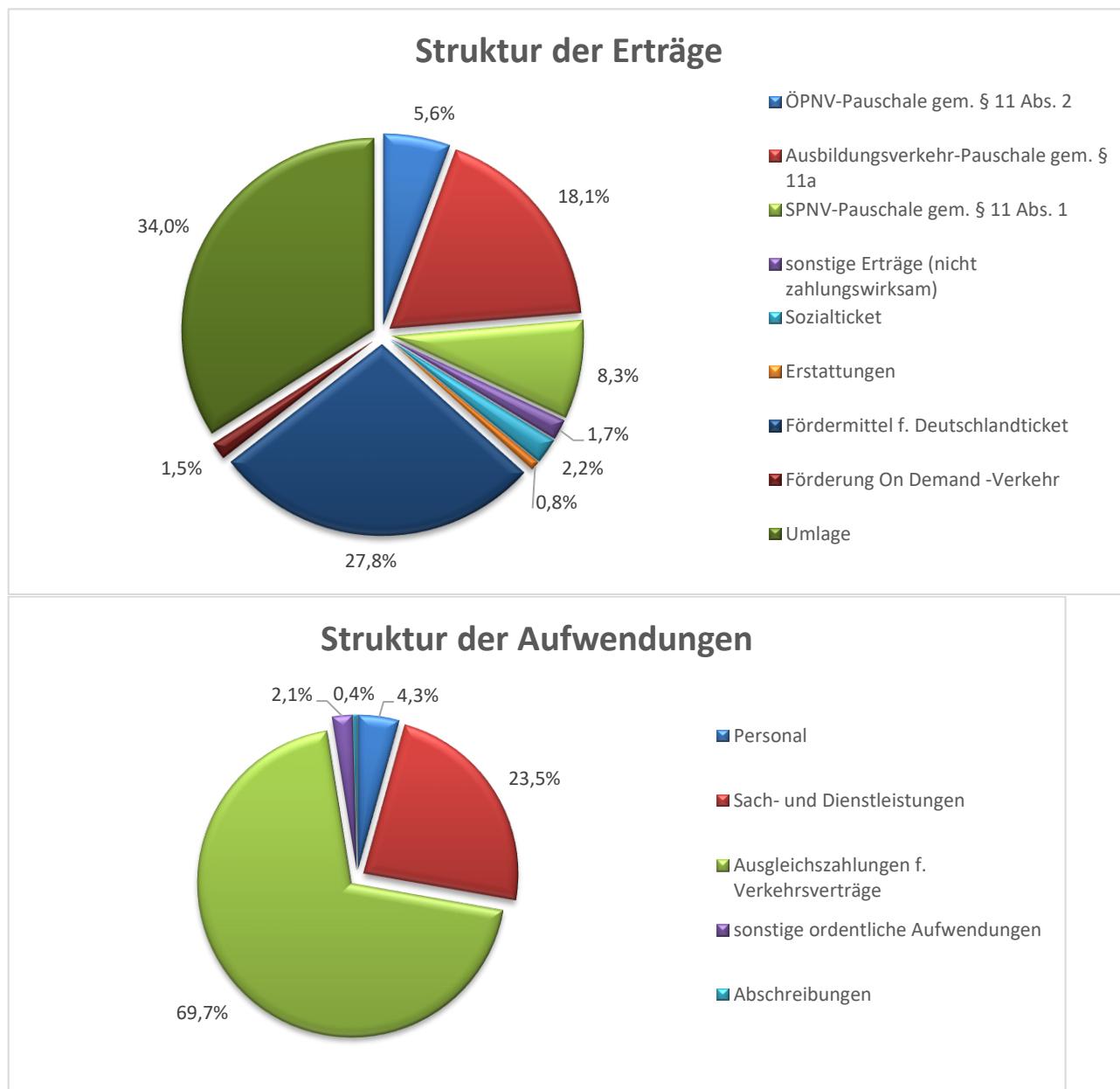
4.21.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf und Lage im Jahr 2024

Das Geschäftsjahr 2024 ist insgesamt wirtschaftlich positiv ausgefallen. In Vorjahren wurden nicht verausgabte zweckgebundene Landesmittel in das Folgejahr übertragen. Jahresüberschüsse konnten vorrangig aus Zinserträgen generiert werden. Seit 2023 muss der nph zur Deckung seines Finanzbedarfs eine Verbandsumlage erheben. Diese Mittel unterstehen dem Grundsatz der Jährlichkeit, so dass bei Nichtverbrauch der Mittel aus der Verbandsumlage ein Jahresüberschuss entsteht. Die Landesmittel sind gemäß der Verbandssatzung jeweils vorrangig zu verwenden. Erneut konnten nennenswerte Zinserträge aus dem Tagesgeldkonto sowie kurzfristigen Termingeldern erzielt werden.

Die Ertragslage war insgesamt, trotz der unter Punkt B3. erläuterten Abweichungen vom Haushaltsansatz, hinreichend. Zudem sind die ordentlichen Aufwendungen entsprechend geringer ausgefallen als geplant. Somit konnte der deutliche Jahresüberschuss erzielt werden.

Die beiden folgenden Grafiken zeigen die Ertrags- und Aufwandsstruktur aus 2024 im Produktbereich 12 ÖPNV:



Die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2024 werden im Folgenden erläutert:

Verwendung der Zuwendungen

Die zur Verfügung stehenden Mittel aus der ÖPNV-Pauschale wurden im Jahr 2024 hauptsächlich im Rahmen von Öffentlichen Dienstleistungsaufträgen über die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen verausgabt.

Gemäß § 11 Abs. 2 des ÖPNVG NRW sind mindestens 30 Prozent der Pauschale als Anreiz zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 Absatz 3 anwenden. Der nph setzt die Regelung durch die Förderung eines entsprechenden Fahrzeugeinsatzes in seinen Verkehrsverträgen um.

Außerdem erhielt der nph auch im Jahr 2024 Mittel nach § 11a ÖPNVG, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale, in Höhe von insgesamt 5,479 Mio. €. Der nph erhält die Mittel für die Kreise Paderborn und Höxter sowie über eine Delegationsvereinbarung mit der Stadt Paderborn auch einen Anteil für die Regionalverkehrsleistungen im Stadtgebiet und leitet diese weiter. Im Jahr 2024 sind 17.967,27 € der 11a-Mittel nicht mehr bis zum Jahresende verausgabt worden. Diese werden in das Folgejahr übertragen und im Rahmen der 1. Auszahlung im Jahr 2025 zusätzlich an die Verkehrsunternehmen ausgezahlt.

Aus den Zuweisungen des NWL aus der SPNV-Pauschale finanziert der nph mittlerweile auch die Verkehrsverträge, soweit die ÖPNV-Pauschale dafür nicht mehr ausreicht. Des Weiteren werden die Mittel zum Begleichen der Aufwendungen im Bereich des Verbundmarketings, der Förderung der „fahr mit“ – Mobithek sowie den laufenden Betriebskosten der DFI-Anzeiger verwendet. Explizit für die Finanzierung der Verkehrsleistung zugewiesen werden die Mittel zur Förderung westfälischer Schnellbuslinien. Die Mittel wurden vollständig verbraucht.

Der ÖPNV-Rettungsschirm, welcher seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie die durch die einhergehenden Fahrgastrückgänge entstehenden Fahrgeldausfälle mit gebündelten Mitteln des Bundes und des Landes ausgeglichen hat, wurde ab 01. Mai 2023 durch die Förderrichtlinien Deutschlandticket abgelöst. Der Ausgleichsmechanismus bezüglich der Fahrgeldausfälle ist weitestgehend mit dem ÖPNV-Rettungsschirm vergleichbar. Die Aufgabenträger sind hier grundsätzlich Empfänger der Ausgleichsleistungen für das gesamte Zuständigkeitsgebiet. Für die verbindliche Weiterleitung der anteiligen Ausgleichsleistungen an die eigenwirtschaftlichen Verkehre, hat der nph jeweils für das einzelne Jahr eine allgemeine Vorschrift erlassen, welche den Deutschlandtarif als Höchsttarif vorgibt.

Die Mittel aus der erhobenen Verbandsumlage werden nachrangig zu allen anderen Finanzmitteln verwendet, um einen verbleibenden Finanzbedarf zu decken.

Wirtschaftliche Lage

Die Entwicklung der wesentlichen Preisindizes blieb unter den erwarteten Werten. Vorrangig waren die Dieselpreise sogar rückläufig. Die aufgrund der Inflation erwarteten Steigerungen im Bereich der Fahrpersonal tarife haben sich noch nicht vollständig in dem angenommenen Maße materialisiert. Wenn auch im laufenden Jahr durch den langwierigen Einigungsprozess zwischen Bund und Ländern lange Unsicherheit bestand, ob die wirtschaftlichen Nachteile aus der Fortführung des Deutschlandtickets zu 100 % ausgeglichen würden, ist dieses für das Jahr 2024 zwischenzeitlich gesichert.

Im Nachgang zur Aufstellung des Haushaltes ergaben sich positive Effekte, welche dazu führten, dass letzten Endes ein nennenswerter Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde.

Insbesondere ist die Einschätzung bezüglich der in den Verkehrsverträgen gegenzurechnenden Erlöse auf der Grundlage der Antragsdaten zum Deutschlandticket deutlich positiver ausgefallen als geplant. Zudem ergaben sich Erträge aus der Vertragsabrechnung für Vorjahre. In Verbindung mit den Kosteneinsparungen im laufenden Betrieb, insbesondere durch vorteilhafte Entwicklungen der für die Preisfortschreibung im Rahmen der Verkehrsverträge maßgeblichen Preisindizes, haben die Veränderungen bei den gemeinwirtschaftlichen Verkehren insgesamt einen Anteil am Jahresüberschuss von rund 2,7 Mio. €.

Zudem wurden einige geplante Aufwendungen in der Produktgruppe 1210 ÖPNV-Aufgaben nicht bzw. in geringerer Höhe wirksam. Bei den bezogenen Sach- und Dienstleistungen sind insbesondere die Aufwendungen für das Verbundmarketing um rund 116 T€ sowie für die Planungssoftware um 90 T€ unter dem Ansatz geblieben. Im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurde insbesondere der Ansatz für externe Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Verkehrskonzepten um 219 T€ unterschritten.

Die zahlungswirksamen Aufwendungen der Geschäftsstelle (Produktgruppe 1220), welche anteilig aus den ÖPNV, SPNV- und Ausbildungsverkehrspauschalen finanziert werden, blieben um rund 300 T€ unter dem Planansatz (Personal: 148 T€, Sach- und Dienstleistungen 86 T€, sonstige ordentliche Aufwendungen 69 T€).

Zusätzlich wirkten sich die Zinserträge aus der vorübergehenden Anlage der liquiden Mittel deutlich positiv auf das Jahresergebnis aus (198 T€).

Tätigkeitsschwerpunkte und Entwicklungen

Der nph ist als Mitgliedszweckverband des NWL auch an der Weiterentwicklung des **SPNV** beteiligt. Dazu nimmt er an regelmäßigen themenspezifischen Arbeitskreisen und an den Sitzungen des NWL-Beirats teil. Im Jahr 2024 war er diesbezüglich an der strukturellen Weiterentwicklung des NWL beteiligt, in dessen Zuge die Voraussetzung für eine temporäre Übernahme der eurobahn geschaffen werden konnte. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung des SPNV in Westfalen erreicht und zusätzliche Kosten für den NWL vermieden. Die strukturelle Weiterentwicklung des NWL soll im Jahr 2025 fortgesetzt werden.

In den vergangenen Jahren wurden durch den NWL mehrere Machbarkeitsstudien beauftragt, welche die Wirtschaftlichkeit bzw. volkswirtschaftliche Vorteilhaftigkeit der Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken beurteilen. Für den Bereich des nph waren dies die Almetalbahn von Paderborn nach Brilon sowie der Abschnitt Hövelhof – Verl. Für beide Strecken kommen die Studien zu positiven Ergebnissen und werden damit Teil des ÖPNV-Bedarfsplans für NRW. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation von Bund und Land ist eine tatsächliche Umsetzung zurzeit nicht absehbar.

Im Bereich des **ÖPNV** standen im Jahr 2024 die Vergabe von Linienbündel 10, das Wettbewerbsverfahren zum Linienbündel 12 sowie die Ingangsetzung der automatischen Fahrgastzählsysteme und die Auswertung der gelieferten Daten im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Geschäftsstelle.

Die Vergabeunterlagen zum LB 10 wurden grundlegend überarbeitet. Die Vergabe wurde im Jahr 2024 erfolgreich durchgeführt und an die Busverkehr Ostwestfalen GmbH (BVO) vergeben. Für das bisher ursprünglich bis 2026 eigenwirtschaftlich betriebene LB 12 hat die BVO erneut einen eigenwirtschaftlichen Antrag bis Mitte 2030 eingereicht, dem in enger Abstimmung mit den Kommunen zugestimmt wurde.

Nachdem im Laufe des Jahres 2023 die vorgesehenen Fahrzeuge der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsverträge mit den automatischen Fahrgastzählgeräten ausgestattet wurden, konnten die erhaltenen Daten bereits zur Angebotsoptimierung genutzt werden. Zudem konnten die beteiligten Kommunen erstmalig detailliert über die Nachfrage ihres derzeitigen Angebotes informiert werden.

Zusätzlich wurde mit Optibus ein neues Planungstool beschafft, welches die Verkehrsplanung erheblich erleichtert.

Anlässlich des Förderaufrufs des Landes NRW zum Programm „ways2work“ hat der nph in Abstimmung mit der Gemeinde Hövelhof einen Förderantrag zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Gewerbegebiets in Hövelhof gestellt und eine Zusage über rund 1,8 Mio. € für die Jahre 2025-2027 erhalten. Das Konzept beinhaltet unter anderem die Einführung des Holibri Hövelhof, der bedarfsoorientiert gebucht werden kann.

Auch in Lichtenau wurde ein On-Demand-Verkehr (Holibri) als Ersatz für den Linienbus in das Verkehrskonzept integriert.

Im Jahr 2024 hat sich der nph aktiv an dem Projekt des Landes NRW zum Aufbau eines landesweiten On-Demand Ridepooling Systems zur Buchung und Disposition von Bedarfsverkehren beteiligt. Die Nutzung des Systems ist ab 2026 vorgesehen, um bestehende unterschiedliche Lösungen kunden- und betriebsorientiert zu ersetzen.

Als assoziierter Partner im „Neue Mobilität Paderborn e.V.“ nimmt der nph an regelmäßigen Abstimmungen zum perspektivischen Einsatz autonomer Fahrzeuge teil.

Nachdem im Herbst 2023 zum ersten Mal das nph-Forum veranstaltet wurde, fand im Herbst 2024 eine Folgeveranstaltung statt, diesmal unter dem Motto „bezahlbare Mobilität im Hochstift“. Neben einer Podiumsdiskussion mit überregionalen ÖPNV-Experten wurde außerdem die erste All-in-one-App für das Hochstift vorgestellt.

Für die „fahr mit“-App wurde die Umstellung auf die neue Technologie „Gullivr“ beschlossen. Damit werden künftig deutliche Verbesserungen für den Kunden erreicht.

Der nph ist mit einem geringen Anteil am Linienbündel Gütersloh Südost beteiligt, welches in Teilen vom Kreis Gütersloh in den Kreis Paderborn hineinragt. Im Frühjahr 2024 informierte das beauftragte Verkehrsunternehmen die beteiligten Aufgabenträger, dass es die Verkehrsleistung nicht über den 31.12.2024 hinaus erbringen könne. Nach der einvernehmlichen Auflösung des Vertrages führte der federführende Aufgabenträger Kreis Gütersloh eine Notvergabe zum 01.01.2025 für 24 Monate durch.

Auch im Jahr 2024 beschäftigte das Thema Deutschlandticket die nph-Geschäftsstelle anhaltend. Aufgrund der im laufenden Jahr ungeklärten Finanzierungsfrage, konnten die Regelungen des nph zur Fortführung dieses Tarifangebots jeweils nur für begrenzte Zeiträume verlängert werden. Erst im Dezember 2024 beschloss der Bundestag die erforderliche Änderung des Regionalisierungsgesetzes, welche die Finanzierung im Jahr 2024 sicherstellte. Für das Jahr 2025 beschloss die Verkehrsministerkonferenz die Erhöhung des Preises des D-Tickets auf 58 €. Auf dieser Basis gehen die Entscheider auf Bund- und Länderebene davon aus, dass die für das Jahr 2025 bereitgestellten Fördermittel ausreichen werden.

Nachdem der nph Anfang 2023 die Mitgliedschaft in der Verbundgesellschaft Paderborn/Höxter (VPH) mit Wirkung zum 31.12.2024 gekündigt hatte, erfolgte in der Gesellschafterversammlung im Dezember 2024 die formale Rückgabe des Gesellschaftsanteils an die VPH.

Die von den beiden Kreisen beauftragte Strukturanalyse wurde vom nph durch Teilnahme an Abstimmungs- und Lenkungskreisen begleitet. Das finalisierte Gutachten liegt seit Oktober 2024 vor. Darauf aufbauend werden im Jahr 2025 die weiteren Schritte zu einer Neuorganisation des nph vorangetrieben.

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des nph

Der Aufgabencharakter, die Geschäftstätigkeit und die Finanzierung des nph bergen keine Risiken im Sinne einer Bestandsgefährdung. Risiken im Bereich des allgemeinen Geldmarktes werden bewusst vermieden.

Die Finanzierung des nph erfolgt über öffentliche Mittel im Rahmen des ÖPNV-Gesetzes NRW.

Darüber hinaus erhält der nph auf der Grundlage der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem NWL und seinen Mitgliedszweckverbänden auf der Schnittstelle zwischen SPNV und ÖSPV weitere Mittel für andere Zwecke des ÖPNV. Die Vereinbarung gilt zunächst bis 2032. Auf Initiative des Landes NRW wird an einer Reorganisation der SPNV-Aufgabenträgerstruktur in NRW gearbeitet. Die hierzu erforderliche Novellierung des ÖPNV-Gesetzes ist in Vorbereitung. Eine Umsetzung soll bereits im Jahr 2026 erfolgen. Ob die genannte Vereinbarung von einer solchen Maßnahme beeinflusst sein würde, ist derzeit noch nicht absehbar.

Der NWL geht für die Jahre bis 2026 von einer gesicherten Finanzierung seiner Leistungen aus und wird nach aktueller Einschätzung in diesem Zeitraum keine Verbandsumlage von seinen Mitgliedszweckverbänden erheben.

Eine Verbandsumlage gemäß § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung wird seit dem Jahr 2023 erhoben. Somit ist die Finanzierung des nph grundsätzlich gesichert.

Die ÖPNV-Pauschalen des Landes nach § 11 Abs. 2 sowie § 11a (Ausbildungsverkehr-Pauschale) ÖPNVG NRW für ÖPNV-Aufgabenträger werden dem nph direkt vom Land ausgezahlt. Mit Wirkung ab 2020 verausgibt der nph diesbezüglich ausschließlich die Mittel für die Regionalverkehre im Verbandsgebiet inkl. des Stadtgebiets Paderborn, während die Stadt Paderborn den Anteil für den Stadtbusverkehr in Paderborn selbst bewirtschaftet.

Seit dem Jahr 2019 erhält der nph auch die Fördermittel des Landes gemäß „Richtlinien Sozialticket“ zur Weiterleitung an die Verkehrsunternehmen in den Kreisen Paderborn und Höxter („FairTicket“), mit denen die preisgünstige Mobilität von Sozialleistungsempfängern unterstützt wird. Die Richtlinie ist aktuell bis zum 31.12.2025 gültig.

Im Haushaltsjahr 2025 wird die aktive Geschäftstätigkeit fortgeführt. Der Haushaltsplan für das Jahr 2025 wurde in der Sitzung am 10.12.2024 durch die Verbandsversammlung des nph beschlossen. Es handelt sich um einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von rd. 26.773 T€. Im Vergleich zur Haushaltssatzung des Vorjahres ist das Gesamtvolume um rund 7 Prozent gesunken. Die Gründe für diese Entwicklung liegen maßgeblich im Bereich der Transferaufwendungen für Verkehrsverträge. Einerseits konnten die Annahmen für die Entwicklung der Preise reduziert werden. Zudem sind geänderte Prämissen in Bezug auf das Deutschlandticket sowie die Höhe der diesbezüglichen Ausgleichsleistungen eingetreten. Unter anderem durch die Preiserhöhung des Deutschlandtickets von 49 auf 58 € mindern sich die Aufwendungen aus Fahrgeldausfällen. Für die Jahre bis einschließlich 2025 ist die Auskömmlichkeit der Ausgleichsleistungen nach aktuellen Informationen als gesichert anzusehen. Inwiefern in den Folgejahren Risiken aus dem Deutschlandticket erwachsen werden, wenn möglicherweise keine Garantie mehr seitens des Landes übernommen wird, die Schäden zu 100% auszugleichen und neue Regelungen zur bundesweiten Einnahmenaufteilung in Kraft gesetzt werden, ist derzeit nur schwer zu beurteilen.

Nach mehreren Jahren hoher Preissteigerungen stellt sich aktuell eine Stabilisierung ein. Während im Jahr 2024 erhebliche Nachholeffekte im Rahmen der Tarifabschlüsse erfolgten, waren Preise für Treibstoffe sogar rückläufig. Wenn Letzteres auch nicht als nachhaltige Entwicklung unterstellt werden kann, so scheint es doch vertretbar, in der Gesamtbetrachtung für die nahe Zukunft wieder mit Preissteigerungsraten in den Verkehrsverträgen zu rechnen, welche nur noch moderat erhöht sind.

Die Finanzierung des ÖPNV steht im Zielkonflikt zwischen dem Wunsch, eine Verkehrswende durch ein attraktives, verlässliches Angebot voranzutreiben und der angespannten Finanzsituation öffentlicher Kassen.

Für das Frühjahr 2025 ist ein Gesetzesentwurf zum ÖPNVG NRW angekündigt. Nach heutigem Kenntnisstand soll die ÖPNV-Pauschale von 130 auf 160 Mio. € angehoben werden. Ob sich in diesem Zusammenhang, beispielsweise durch die Ausgestaltung der Auflagen für die Verwendung der Pauschale, Einschränkungen in

der Handlungsfreiheit und/oder höhere Aufwendungen im Rahmen der Verkehrsleistung ergeben, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Der strukturelle Teil des Revisionsprozesses der WestfalenTarif GmbH ist für 2025/2026 eng an die Weiterentwicklung des NWL gebunden worden. Erst ab 2027 sind Änderungen der Gesellschafter- und Finanzierungsstruktur zu erwarten. Ziel ist weiterhin eine größere Verantwortung der erlösverantwortlichen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen. Die sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden.

Mittelfristig wird auch die weitere Entwicklung der Angebotspreise für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen den Haushalt des nph maßgeblich beeinflussen. Dabei sind finanzielle Risiken aufgrund des Fachkräftemangels im Bereich des Fahrpersonals nicht auszuschließen. Zunehmend fällt es den Verkehrsunternehmen schwer, geeignetes Fahrpersonal in ausreichender Anzahl zu rekrutieren. Erschwerend ist festzustellen, dass auch branchenübergreifend das vorhandene Personal durch bessere Tarif- und Arbeitszeitgestaltungen abgeworben wird.

Einen Teil der Lösung für diese Herausforderung können bedarfsorientierte Verkehre bieten, für die teilweise verringerte Anforderungen an die Qualifikation des Personals gelten.

Um bei der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte aktiv mitwirken zu können, trat der nph im Jahr 2022 dem Verein Neue Mobilität Paderborn e.V. (NeMo Paderborn) bei und ist seit 2024 assoziierter Partner im Verbundprojekt NeMo.bil. Der Themenschwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung und Umsetzung eines schwarmartigen autonomen Mobilitätssystems. Die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Holibri-Systemen sollen die Umsetzung künftiger Anwendungsfälle maßgeblich unterstützen.

Die „EU-Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (Clean Vehicles Directive)“ wurde zwischenzeitlich mit dem „Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge“ in nationales Recht überführt. Dies ist für gemeinwirtschaftliche Ausschreibungen des nph nach bisherigen juristischen Aussagen gesetzlich verpflichtend anzuwenden. Bei der Vergabe von Linienbündel 10 mit Betriebsaufnahme im Sommer 2025 konnte der nph von der bestehenden Branchenvereinbarung profitieren, die auf eine landesweite Erfüllung der Quoten abzielt. Eine Verlängerung der Branchenvereinbarung für die zweite Stufe der CVD ab 2026 steht zurzeit nicht in Aussicht. Um künftig die Quote der sauberen Fahrzeuge zu erfüllen, soll der Einsatz von Dieselkraftstoff aus hydriertem Pflanzenöl (HVO100) in einer Testphase im Jahr 2025 geprüft werden.

Anfang 2023 beauftragten die Kreise Paderborn und Höxter als Verbandsmitglieder eine Strukturanalyse zum ÖPNV im Hochstift, aus der Schlüsse für die künftige Organisation des nph sowie zur Struktur, Wirtschaftlichkeit, Kundenfreundlichkeit und Zukunftsfähigkeit des Verkehrsangebotes im Verbandsgebiet abgeleitet werden sollten. Das Gutachten wurde im Oktober 2024 fertiggestellt.

Das Ergebnis ist eine Empfehlung zur Verschlankung der ÖPNV-Strukturen im Hochstift durch Vermeidung von Doppelstrukturen im Bereich Tarif und Einnahmeaufteilung und einer Zuständigkeit des nph für die gesamte Wertschöpfungskette von Kunde bis Betrieb. Eine deutliche Mitbestimmung der Kommunen bei der Ausgestaltung der Standards der Verkehre und somit der finanziellen Beteiligung ist darüber hinaus wichtiger Bestandteil des Gutachtens.

Für den nph wird eine GmbH-Struktur, die zu gleichen Teilen von den beiden Kreisen und der Stadt Paderborn getragen wird, empfohlen. Die GmbH soll mit weitreichenden Aufgaben und Handlungsspielraum als Dienstleister ausgestattet werden. Dies geht einher mit der Rückführung der Aufgaben der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft auf die beiden Kreise Paderborn und Höxter. Der Zweckverband nph würde somit nach dem Übergang der Aufgaben vsl. Anfang 2026 aufgelöst.

4.21.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Ab 01.08.2022 ist der Landrat des Kreises Paderborn Herr Rüther Verbandsvorsteher des NPH. Die Geschäftsführung erfolgt durch Marcus Klugmann.

Verbandversammlung

Kreis Paderborn	
Ifd. Nr.	Name
1	Birkelbach, Carsten
2	Dr. Hadaschik, Michael
3	Kohlenberg, Christoph
4	Langer, Bernd
5	Lappe, Wilfried
6	Müller, Markus
7	Neesen, Christoph
8	Niggemeier, Ralf
9	Rehmann-Deckert, Edith
10	Risse, Johannes
11	Schmidt, Jürgen
12	Vossebein, Norbert
13	Weigel, Wolfgang

Kreis Höxter	
Ifd. Nr.	Name
1	Denkner, Martina
2	Dr. Franzmann, Marcel
3	Gell, Guido (beratend)
4	Goeken, Matthias
5	Hansmann, Heiko
6	Lücke, Heinrich (beratend)
7	Menzel, Stefan
8	Meyer Sascha (beratend)
9	Wöstefeld, Fabian



4.22 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

4.22.1 Basisdaten

Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge
Grotenburg 52
32760 Detmold
Tel.: 05231/62-7961, Fax: 05231/62-7942, Internet: www.naturpark-teutoburgerwald.de
Gründungsdatum: 22. Juli 1965

4.22.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, den Teutoburger Wald süd-östlich von Bielefeld, das Eggegebirge sowie die darüber hinaus einbezogenen Gebiete der Träger als Naturpark auszugestalten. Der Verband wird im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark mit dem Ziele fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen, auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuführen und, soweit ihm die Aufgaben übertragen wurden, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen. Die Belange der Grundeigentümer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört ferner die Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes Senne und Teutoburger Wald innerhalb der Gebietskulisse, die der Förderung nach dem Förderprogramm des Bundes zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung zu Grunde liegt, im Landschaftsraum Senne, des auf Grund der Größe, Landschaftsgeschichte und Ausstattung für den Naturschutz bedeutsamsten Gebietes in NRW.

Bei der Durchführung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.22.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ziel ist, die einzigartige Kombination aus für den nordwestdeutschen Raum besonders wertvollen Relikten der Naturlandschaft sowie der gut erhaltenen Elementen der alten Kulturlandschaft zu sichern, zu entwickeln und behutsam erlebbar zu machen.

4.22.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Hochsauerlandkreis, Höxter, Gütersloh, Lippe sowie die Stadt Bielefeld Mitglieder des Zweckverbandes.

4.22.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2024 eine Verbandsumlage in Höhe von 76.600,00 €. Die Zahlungen wurde auf dem Konto 531304 „Umlage an Naturpark „Teutoburger Wald /Eggegebirge“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.22.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 10.12.2024. Zu den Punkten 4.22.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.22.7 „Entwicklung der Gewinn- und

Verlustrechnung“, 4.22.8 „Kennzahlen“ und 4.22.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.22.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte der Zweckverband 3 Vollzeitkräfte und 3 Teilzeitkräfte.

4.22.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist Landrat des Kreises Lippe Dr. Axel Lehmann. Geschäftsführerin ist Frau Dörte Pieper (ab 01.03.2024).

Verbandversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Kreistagsmitglieder Frauen Block, Dr. Schaper sowie von der Verwaltung stellv. Amtsleiterin des Amtes für Umwelt, Natur und Klimaschutz Frau Schnell und die Kreistagsmitglieder Herren Janzen, Striewe, Zündorf .

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.23 Sparkassenzweckverband

4.23.1 Basisdaten

Sparkassenzweckverband der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Sitz Brakel: Nieheimer Straße 2, 33034 Brakel

Tel.: 05251/29 29 29, Fax: 05251/292-1549, Internet: -

Gründungsdatum: Zum 1. April 2023 wurden die Sparkasse Paderborn-Detmold, die Sparkasse Höxter und die Stadtsparkasse-Delbrück gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt. Der Verband ist ab 1. April 2023 Träger der Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter. Der Kreis Höxter und die Städte Delbrück, Höxter und Warburg sind mit Wirkung vom 1. April 2023 dem bestehenden Zweckverband der Sparkasse Paderborn-Detmold beigetreten. Der Zweckverband trägt den Namen „Sparkassenzweckverband der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“,

4.23.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen „Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter“.

4.23.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkassen verfolgen den öffentlichen Auftrag auch in der Fläche die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sicherzustellen.

4.23.4 Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes

Neben den Kreisen Höxter, Lippe und Paderborn sind die Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, und Paderborn und Warburg Mitglieder des Zweckverbandes.

4.23.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.23.6 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kannwahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes ist Herr Borris Ortmeier, Bürgermeister der Stadt Barntrup. Seine Stellvertreter sind Herr Tim Sölter, Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters und Kämmerer der Stadt Horn-Bad Meinberg, sowie Herr Thomas Schröder, Bürgermeister der Stadt Marsberg.

Verbandversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Kreistagsmitglied Frau Schüssler, die Kreistagsmitglieder Herren Birkelbach, Jakobsmeyer, Konersmann, Krause, Neesen, Niedernhöfer, Nolte, Schmidt, Tegethoff, Dr. Welsing, Werth, Wittmer und Zündorf sowie Landrat Rüther.

4.23.7 Personalbestand

Der Sparkassenzweckverband beschäftigt kein eigenes Personal.



4.24 Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter

4.24.1 Basisdaten

Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.: 05251/29 29 29, Fax: 05251/292-1549, Internet: www.sparkasse-pdh.de

Gründungsdatum: Die Trägerversammlungen der Stadtsparkasse Delbrück, der Zwecksverbandssparkasse Höxter und der Sparkasse Paderborn-Detmold haben im Juni 2022 die Vereinigung der drei Institute mit Wirkung vom 1. April 2023 beschlossen. Die fusionierte Sparkasse firmiert unter der Bezeichnung „Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter (Lippische Spar- und Leihekasse), Zwecksverbandssparkasse der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“ und hat ihren Sitz in Paderborn und Detmold

4.24.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Der Unternehmenszweck der Sparkasse ergibt sich aus § 2 Sparkassengesetz NRW. Danach haben die Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen. Weiterhin stärken die Sparkassen den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen orientieren sich am Prinzip der Nachhaltigkeit und tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

4.24.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die kommunalen Sparkassen kümmern sich um die geld- und kreditwirtschaftlichen Belange der Bevölkerung sowie der Wirtschaft. Somit dienen sie dem öffentlichen Zweck.

4.24.4 Träger der Sparkasse

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist eine Zweckverbandssparkasse der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“ und hat ihren Sitz in Paderborn und Detmold.

4.24.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2024 eine Ausschüttung in Höhe 1.309.161,75 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 040201 „allg. Kulturpflege“ in Höhe von 559.161,75 € und Produkt 040101 „Kreismuseum Wewelsburg“ in Höhe von 750.000,00 € verbucht.

4.24.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
1. Barreserve	181.118.659,72	167.823.663,57	13.295
a) Kassenbestand	85.931.974,95	80.696.158,10	5.236
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	95.186.684,77	87.127.505,47	8.059
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute	820.405.650,32	479.232.024,89	341.174
4. Forderungen an Kunden	8.996.846.031,49	8.860.480.857,56	136.365
5. Schuldverschreibungen und andere	1.067.597.623,28	1.025.385.583,73	42.212
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche WP	620.142.974,19	601.562.217,44	18.581
6a. Handelsbestand	0,00	0,00	0
7. Beteiligungen	154.015.946,30	146.051.561,57	7.964
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	542.795,41	542.795,41	0
9. Treuhandvermögen	27.319.285,41	33.712.799,43	-6.394
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentl. Hand	0,00	0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte	40.199,00	21.855,00	18
12. Sachanlagen	54.747.338,61	53.011.764,24	1.736
13. Sonstige Vermögensgegenstände	2.606.003,57	7.331.901,80	-4.726
14. Rechnungsabgrenzungsposten	380.972,67	88.724,04	292
Summe Aktiva	11.925.763.479,97	11.375.245.748,68	550.518
Passiva			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.214.245.645,32	1.233.807.357,18	-19.562
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.097.552.002,62	8.603.907.065,32	493.645
3. Verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
3a. Handelsbestand	0,00	0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten	27.319.285,41	33.712.799,43	-6.394
5. Sonstige Verbindlichkeiten	11.335.812,47	6.234.137,01	5.102
6. Rechnungsabgrenzungsposten	2.811.705,52	950.340,76	1.861
7. Rückstellungen	202.015.220,66	200.059.184,37	1.956
a) R. für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	111.063.760,00	112.739.664,00	-1.676
b) Steuerrückstellungen	21.169.024,72	9.431.572,00	11.737
c) andere Rückstellungen	69.782.435,94	77.887.948,37	-8.106
8. (weggefallen)	0,00	0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	1.411.500,00	2.844.000,00	-1.433
10. Genussrechtskapital	0,00	0,00	0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	771.200.000,00	703.000.000,00	68.200
12. Eigenkapital	597.872.307,97	590.730.864,61	7.141
a) gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00	0
c) Gewinnrücklagen	583.230.864,61	576.140.998,88	7.090
ca) Sicherheitsrücklage	573.418.621,54	566.328.755,81	7.090
cb) andere Rücklagen	9.812.243,07	9.812.243,07	0
d) Bilanzgewinn	14.641.443,36	14.589.865,73	52
Summe Passiva	11.925.763.479,97	11.375.245.748,68	550.518

4.24.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung in €)	2024	2023	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Zinserträge aus	295.730.910,47	253.804.191,42	41.927
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	280.362.098,69	241.290.092,86	39.072
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	15.368.811,78	12.514.098,56	2.855
2. Zinsaufwendungen	108.236.581,44	61.696.741,28	46.540
3. Laufende Erträge	19.204.084,06	10.199.184,44	9.005
a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	15.095.902,01	6.275.817,55	8.820
b) aus Beteiligungen	3.862.577,29	3.423.366,89	439
c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	245.604,76	500.000,00	-254
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften,	116.200,94	146.697,61	-30
5. Provisionserträge	94.076.297,72	86.237.377,02	7.839
6. Provisionsaufwendungen	10.030.564,52	7.564.898,08	2.466
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0,00	0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge	21.865.008,11	13.058.584,16	8.806
9. weggefallen	0,00	0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		173.123.609,46	-173.124
a) Personalaufwand	109.207.319,35	124.427.006,52	-15.220
aa) Löhne und Gehälter	82.140.970,69	76.506.263,75	5.635
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	27.066.348,66	47.920.742,77	-20.854
b) andere Verwaltungsaufwendungen	55.358.747,42	48.696.602,94	6.662
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle	7.015.463,07	4.793.398,14	2.222
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.514.149,44	3.784.320,12	-1.270
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Ford.	24.045.055,26	8.182.920,33	15.862
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best.	0,00	0,00	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verb. Unternehmen und wie Anlagevermögen	0,00	493.961,31	-494
16. Erträge a. Zuschreibungen zu Beteiligungen	6.716.848,19	0,00	6.717
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	65.502,13	86.006,48	-21
18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	68.200.000,00	56.543.000,00	11.657
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	53.035.966,86	47.177.179,45	5.859
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38.082.288,66	32.227.091,85	5.855
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	312.234,84	360.221,87	-48
25. Jahresüberschuss	14.641.443,36	14.589.865,73	52
26. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00	0
27. Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0
28. Einstellung in Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0
29. Bilanzgewinn	14.641.443,36	14.589.865,73	52

4.24.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
			Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5	5	0
Eigenkapitalrentabilität	2	2	0
Anlagendeckungsgrad 2	920	948	-3
Verschuldungsgrad	1765	1706	3
Umsatzrentabilität	0	0	0

Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	(in €)	2024	2023	Ver- änder- ung (in %)
Bilanzsumme	11.925.763.479,97	11.375.245.748,68	4.8396	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.097.552.002,62	8.603.907.065,32	5,74	
Forderungen an Kunden	8.996.846.031,49	8.860.480.857,56	1,54	

4.24.9 Geschäftsentwicklung

Geschäftsentwicklung

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2024 um 550,6 Mio. EUR bzw. 4,8 % auf 11.925,8 Mio. €. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen stieg um 591,4 Mio. € oder 5,1 % auf 12.105,0 Mio. € an. Die Durchschnittsbilanzsumme von 11.589,2 Mio. € hat sich etwas unter den Erwartungen entwickelt.

Aktivgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich von 479,2 Mio. EUR auf 820,4 Mio. €. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

Kundenkreditvolumen

In Folge der Zinsentwicklung im Jahr 2024 war eine Abschwächung der Kreditnachfrage zu beobachten. Dennoch erhöhten sich die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und Aktiva 9) um 130,0 Mio. € bzw. 1,5 % auf 9.024,2 Mio. €. Das zu Jahresbeginn prognostizierte spürbare Wachstum konnte nicht erreicht werden.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich sowohl im kurzfristigen als auch im langfristigen Bereich. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2024 auf 1.452,0 Mio. € und überschritten damit den Wert des Vorjahrs. Die darin enthaltenen Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 21,7 % auf 706,5 Mio. €. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme sank leicht auf 75,7 % (Vorjahr 78,2 %).

Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 60,8 Mio. € auf 1.687,7 Mio. €. Für die Zunahme war insbesondere der Zugang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 42,2 Mio. € maßgeblich.

Beteiligungen/Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2024 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen auf 154,6 Mio. € (Vorjahr 146,6 Mio. €). Die Veränderung ergab sich im Wesentlichen aus einer Zuschreibung auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Höhe von 5,1 Mio. € und aus einer Zuschreibung auf die Unterbeteiligung am Kommanditkapital des DSGV ö.K. Sondervermögen Berlin in Höhe von 1,9 Mio. €. Der Bestand entfiel im Wesentlichen mit 140,5 Mio. € auf die Beteiligung am SVWL und mit 8,8 Mio. € auf die Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co.KG.

Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) verringerten sich von 1.267,5 Mio. € auf 1.241,6 Mio. €. Es handelt sich dabei überwiegend um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Die Sparkasse hat aufgenommene Termingelder zurückgezahlt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen um 493,7 Mio. € oder 5,7 % auf 9.097,6 Mio. € zu. Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (leichte Steigerung) wurden somit deutlich übertroffen.

Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau bevorzugten unsere Kunden sowohl feste als auch liquide Anlageformen. Der Bestand an Sparkassenbriefen ist um 709,4 Mio. € und der Bestand der Sichteinlagen ist um 308,2 Mio. € gestiegen. Dem gegenüber ist der Bestand an Spareinlagen um 354,8 Mio. € gesunken.

Dienstleistungsgeschäft

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Konten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 852 Konten auf 343.208 Konten. Die Anzahl der Kreditkarten lag mit 61.737 Karten etwas über dem Vorjahresniveau (60.964 Karten).

Vermittlung von Wertpapieren

Das Wertpapiergeschäft wurde auch im Jahr 2024 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Anlagen in Investmentfonds wurden dabei bevorzugt. Die Anlagen in Anleihen sind rückläufig. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 200,0 Mio. € wurde im Jahr 2024 nicht erreicht.

Immobilienvermittlung

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 79,1 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr (58,0 Mio. €) deutlich gestiegen. Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf den Bereich der Privatimmobilien.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 2.719 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 145,1 Mio. € abgeschlossen (Vorjahr 3.814 Verträge mit einem Volumen von 197,8 Mio. €).

Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich das Vermittlungsvolumen im Jahr 2024 auf 111,1 Mio. € (Vorjahr 68,6 Mio. €). Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 0,9 Mio. € und lag unter dem Vorjahresniveau (1,0 Mio. €).

Auslandsgeschäft

Im Auslandsgeschäft kam es trotz der konjunkturbedingt geringeren Nachfrage durch Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr zu einer leichten Steigerung der Erträge.

Insgesamt konnten die erwarteten Erträge im Dienstleistungsgeschäft übertroffen werden.

Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Kundenkreditvolumens bzw. der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme in Höhe von 75,7 % bzw. 76,3 % (im Vorjahr: 78,2 % bzw. 75,6 %).

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2023. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2024 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 597,9 Mio. € (Vorjahr 590,7 Mio. €) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 68,2 Mio. € erhöht.

In dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)) übertrifft am 31. Dezember 2024 mit 16,71 % (im Vorjahr: 16,47 %) den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREP Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer (Eigenmittelzielkennziffer) deutlich.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich.

Der für 2024 prognostizierte leichte Rückgang der Gesamtkapitalquote trat nicht ein.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine gute Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung zum 31. Dezember 2024 bis zum Jahr 2029 ist eine gute Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 166,5 % bis 218,9 % oberhalb des Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zu 31. Dezember 2024 bei 177,8 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 124,1 % bis 129,4 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im Jahr 2024 nicht genutzt. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2024	2023	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	206,8	202,5	4,3	2,1
Provisionsüberschuss	84,0	78,7	5,3	6,7
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	21,9	13,0	8,9	68,5
Personalaufwand	109,2	124,4	-15,2	-12,2
Anderer Verwaltungsaufwand	55,4	48,7	6,7	13,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9,6	8,7	0,9	10,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	138,5	112,4	26,1	23,2
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-17,3	-8,7	8,6	98,9
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	68,2	56,5	11,7	20,7
Ergebnis vor Steuern	53,0	47,2	5,8	12,3
Steueraufwand	38,4	32,6	5,8	17,8
Jahresüberschuss	14,6	14,6	0,0	0,0

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet

werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,18 % (Vorjahr 1,19 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2024; es lag damit deutlich über dem Planwert von 0,87 %. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost- Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2024 verschlechterte sich diese Kennzahl leicht auf 53,3 % (Vorjahr 52,5 %). Das Unternehmensziel für 2024 von 61,2 % konnte damit dennoch deutlich unterschritten werden.

Im Geschäftsjahr erhöhte sich der Zinsüberschuss um 1,4 % auf 208,3 Mio. EUR und stieg damit höher als erwartet. Der deutliche Anstieg der Zinsaufwendungen wurde durch den Anstieg der Zinserträge kompensiert. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 6,8 % auf 83,9 Mio. EUR und lag damit etwas über unseren Erwartungen.

Des Weiteren ist der Personalaufwand entsprechend den Erwartungen gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Tariferhöhung.

Der Sachaufwand verringerte sich um 1,9 % auf 50,4 Mio. €. Er ist entgegen unseren Erwartungen und der allgemeinen Teuerung gesunken.

Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) bestanden in Höhe von 17,3 Mio. € (Vorjahr 8,7 Mio. €). Während sich im Kreditgeschäft ein negatives Bewertungsergebnis ergab, das über dem Vorjahreswert lag, stellte sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund von Wertaufholungen bei festverzinslichen Anleihen positiv dar. Der Bewertungsaufwand lag insgesamt über unseren Erwartungen.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der anhaltenden Niedrigzinsphase ist die Sparkasse mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2024 zufrieden.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettoverdienst (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2024 0,1 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewertet die Sparkasse den Geschäftsverlauf und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr 2024 als gut.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmensaktivität auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung.

Mit Veröffentlichung der 7. MaRisk-Novelle im Juni 2023 sind auch ESG-Risiken in das Risikomanagementsystem sukzessive zu integrieren. Die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten wurden zunächst qualitativ in Form von physischen und transitorischen Szenarien untersucht und im Rahmen einer Risikoinventur berücksichtigt. Auf der Grundlage der durchgeföhrten Risikoinventur und der unterzeichneten „Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften“ hat die Sparkasse erste Nachhaltigkeitsgrundsätze und -ziele in die Geschäfts- und Risikostrategie aufgenommen und mit der Risikoberichterstattung verknüpft. Die Sparkasse sieht darüber hinaus eine Einbindung der ESG-Risiken in die Risikotragfähigkeitsrechnung vor. Zusätzlich sollen die Verfahren

zur Umsetzung von Szenarioanalysen u. a. hin zu einer quantitativen Betrachtung unter Berücksichtigung eines angemessen langen Zeitraums weiterentwickelt werden.

In der **Geschäftsstrategie** werden die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Ziel der **Risikoinventur** ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten untersucht. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeföhrten Risikoübersicht wurden folgende Risiken in der **ökonomischen und der normativen Perspektive** als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2024 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 1.790,8 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 1.140,0 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden **Diversifikationseffekte** berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Gesamtlimits eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit Mio. €	Limitauslastung Mio. €	%
Adressenrisiko		150,0	113,4	75,6
	Kundengeschäft			
	Eigengeschäft			
Marktpreisrisiko		620,0	465,7	75,1
	Zinsänderungsrisiko			
	Spreadrisiko			
	Aktienrisiko			
	Immobilienrisiko			
Beteiligungsrisiko		60,0	38,5	64,1
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko	190,0	136,8	72,0
Operationelles Risiko		120,0	62,5	52,1
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko		1.140,0	816,9	71,7

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung **der Risikotragfähigkeit** in der **normativen Perspektive** ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2029. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleichermaßen gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (**Validierung**).

Die Sparkasse setzt **zur Steuerung** der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei unerwarteten Ereignissen die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige **Risikoberichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die

Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (**Interne Kontrollverfahren**) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die **Risikocontrolling-Funktion**, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -Controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird durch den Direktor des Bereiches Controlling und Finanzen wahrgenommen.

Die **Compliance-Funktion** wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die **Interne Revision** prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsysteams im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter **Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen** bestehen Definitionen und Regelungen.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -Controllingprozessen können die wesentlichen Risiken frühzeitig identifiziert und gesteuert sowie relevante Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Im Jahr 2024 bewegten sich die Risiken innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 71,7 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeföhrten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen in starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3) sowie im Fall sich einer weiter eintrübenden Konjunktur durch ein hohes Adressenrisiko.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe „grün“ zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

Chancen- und Prognosebericht

Chancenbericht

Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir vor allem nutzen, indem wir künftig in der Individualkundenberatung insbesondere in den Geschäftsfeldern Immobilien und Wohnen, finanzielle Absicherung sowie Vermögensaufbau und -strukturierung weiter wachsen.

Zur Sicherung künftiger Potentiale wollen wir den Marktanteil im Jugendmarkt und bei den jungen Erwachsenen und Familien ausbauen. In den Segmenten „gewerbliche Kunden“ und „Private Banking“ sehen wir weitere Schwerpunkte für unser Wachstumspotenzial.

Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking, Internetbanking-Angebote und digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen und intelligent miteinander vernetzen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

Prognosebericht

Rahmenbedingungen

Ausblick 2025

Die ohnehin fragile geopolitische Lage hat sich seit der US-Präsidentenwahl weiter verschärft. Große Unsicherheit besteht insbesondere hinsichtlich der Handelspolitik und des außen- und verteidigungspolitischen Kurses. Der Krieg in der Ukraine dauert an, während Gespräche zwischen Russland und den USA über die Zukunft der Ukraine und die Finanzierung des Wiederaufbaus neue Besorgnis auslösen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet vor diesem Hintergrund mit einem vergleichbaren Wachstum der Weltwirtschaft wie im vergangenen Jahr. In seiner jüngsten Prognose hat der IWF seine Wachstumserwartung für die Weltproduktion (BIP) im laufenden Jahr 2025 um 0,1 Prozentpunkte auf 3,3 % angehoben und prognostiziert einen Anstieg des Welthandels um 3,2 % (2024: +3,4 %). Im Folgejahr erwartet der IWF eine unveränderte BIP-Wachstumsrate von 3,3 % und eine weitere Zunahme des Welthandels um 3,3 % im Jahr 2026.

Für Deutschland fällt der Ausblick verhaltener aus. Die Prognosen der großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Dezember 2024 reichten von einer Stagnation der Wirtschaft (RWI) bis zu

einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um +0,6 % (RWI). Für das Jahr 2026 erwarten die Wirtschaftsforscher ein leicht höheres Wachstum zwischen 0,8 % und 1,5 %.

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden internationalen Herausforderungen – darunter die zunehmende Konkurrenz in Schlüsselbranchen und protektionistische Tendenzen, insbesondere in den USA. Die künftige Handelspolitik ihres größten Handelspartners, insbesondere im Hinblick auf Zölle und andere Handelshemmisse, ist dabei von besonderer Bedeutung. Forschungsinstitute prognostizieren eine weitgehende Stagnation der Exporte (0,9 % bis +1 %) und eine leichte Zunahme der Importe um 0,8 % bis 2,9 %. Der Außenhandel dürfte das BIP-Wachstum damit reduzieren, die Prognosen liegen hier bei -0,6 bzw. -0,7 Prozentpunkten.

Über die direkten wirtschaftlichen Risiken für die deutsche Außenwirtschaft hinaus, wirkt sich die angespannte geopolitische Lage auch indirekt negativ aus. Die zunehmende Verunsicherung von Privatpersonen und Unternehmen belastet sowohl den inländischen Konsum als auch langfristige Investitionsentscheidungen. Gerade letztere werden zudem durch die Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl erschwert.

Die Leitzinssenkungen der EZB – zuletzt am 06.03.2025 – haben in diesem Umfeld nur begrenzte Wirkung. Zwar können niedrigere Zinsen Investitionen von Unternehmen und Haushalten (Stichwort Wohneigentum) begünstigen, doch sie kompensieren nicht die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft. Hohe Energiepreise, der demografische Wandel, die digitale Transformation, notwendige Klimaschutzmaßnahmen und eine hohe Bürokratiebelastung bleiben zentrale Belastungsfaktoren.

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft blieb vor diesem Hintergrund auch zu Jahresbeginn 2025 von Skepsis geprägt, wie der ifo-Geschäftsklimaindex mit 85,2 Punkten im Januar und Februar 2025 zeigte. Während die Unternehmen etwas unzufriedener mit den laufenden Geschäften waren, hellten sich die Erwartungen aber leicht auf, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Lediglich die Dienstleistungsunternehmen blickten im Februar etwas skeptischer in die Zukunft. Allerdings beurteilten nach wie vor mehr Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich ihre aktuelle Geschäftslage eher positiv als negativ. In allen anderen Sektoren dagegen verharrete der entsprechende Indikator weiterhin tief im Minus. Die Industrieproduktion erreichte im Dezember 2024 – nach dem Rückgang um 4,9 % im Gesamtjahr 2024 – den niedrigsten Stand seit Mai 2020. Der anhaltende Abwärtstrend setzte sich damit fort.

Bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe gibt es am aktuellen Rand – trotz eines Rückgangs im Gesamtjahr 2024 – Anzeichen für eine Stabilisierung. Eine deutliche Trendwende zeichnete sich allerdings zum Jahreswechsel nicht ab.

Bei den Bauinvestitionen prognostizieren alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute eine nominale Zunahme der Bauinvestitionen (nach einem Rückgang im Vorjahr). Inflationsbereinigt ergibt sich daraus jedoch weiterhin ein Rückgang um 0,8 % bis 1,2 %. Im darauffolgenden Jahr erwarten die Institute dann auch eine reale Zunahme (zwischen 1,3 % und 2,9 %). Die Baukonjunktur wird nach wie vor durch die hohen Baukosten belastet. Zwar hat sich der Anstieg deutlich verlangsamt, doch das Niveau bleibt aufgrund der starken Steigerungen in den Vorjahren hoch. Während in den vergangenen Jahren insbesondere die Materialkosten teils drastisch stiegen, wirken inzwischen die Arbeitskosten stärker preistreibend, ein Effekt, der sich durch den Fachkräftemangel weiter verstärken dürfte, insbesondere bei steigender Nachfrage.

Sowohl von den Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im laufenden Jahr 2025 daher keine bzw. leicht negative Wirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Positive Wachstumsimpulse werden dagegen von den Staatsausgaben erwartet, wobei die Prognoseunsicherheit angesichts der politischen Übergangszeit vor und nach der Bundestagswahl in diesem Jahr besonders hoch ist und sich inzwischen höhere Staatsausgaben insbesondere für Verteidigung und Infrastruktur abzeichnen.

Ein Wachstumsimpuls (0,4 – 0,5 Prozentpunkte) wird im laufenden Jahr auch von den privaten Konsumausgaben erwartet, die mäßig (< 1 %) zulegen dürften.

Zwar dürften Reallohnsteigerungen aufgrund höherer Tariflöhne und der nachlassenden Inflation einen positiven Einfluss haben. Allerdings wirken sich die zunehmende Arbeitslosigkeit und die allgemein schlechtere Stimmungslage dämpfend aus. Die Verbraucher hatten sich daher – nach einer temporären Aufhellung der Stimmungslage im ersten Halbjahr 2024 – in den letzten Monaten wieder skeptischer geäußert. Der GfK-Konsumklimaindex entwickelte sich zu Jahresbeginn zweimal in Folge rückläufig; während die Sparneigung steigt, werden größere Anschaffungen zurückgestellt.

Auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich die eingetrübte Wirtschaftslage inzwischen in einer steigenden Arbeitslosigkeit sowie einer rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften nieder. Für das Gesamtjahr 2025 erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich einen moderaten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,1 % bis 6,3 % und erstmals seit mehreren Jahren wieder einen Rückgang bzw. eine Stagnation der Zahl der Erwerbstätigen (-0,2 % bis 0 %).

Nach dem deutlichen Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2024, gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2025 mit +2,0 % bis +2,3 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +1,9 % bis +2,2 % noch etwas geringer sein wird. Damit würde die Inflationsrate ungefähr der EZB-Zielmarke von 2 % entsprechen.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verharrte zu Jahresbeginn auf hohem Niveau. Daraufhin weist der IWH-Insolvenztrend hin, der gegenüber November/Dezember unverändert blieb, jedoch 24 % über dem Wert vor einem Jahr lag und 49 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019.

Auch zu Jahresbeginn 2025 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Zu den bestehenden Risiken (insbesondere Ukraine, Nahostkonflikt) sind weitere hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft unverändert vor strukturellen Herausforderungen. Wie eine neue Bundesregierung darauf reagieren wird, wird sich erst im weiteren Jahresverlauf zeigen.

Die EZB hat die Leitzinsen Anfang März 2025 zum sechsten Mal in Folge gesenkt. Es gab im Vorfeld der Zinsentscheidung Äußerungen, dass sich die Leitzinsen womöglich bereits in der Nähe des neutralen Zinsniveaus befinden. In der Presseerklärung der EZB zur Leitzinssenkung am 6. März 2025 hat sich die Wortwahl entsprechend geändert: es ist nun die Rede davon, dass die Geldpolitik spürbar weniger restriktiv wird.

Im bisherigen Jahr 2025 haben sich die Zinsen am Geldmarkt von 2,74 % zum Jahresanfang aktuell 2,41 % reduziert. Am Kapitalmarkt war bei den zehnjährigen Bundesanleihen ein deutlicher Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,36 % und am 21.03.2025 bei 2,76 %.

Nachdem sich die Ertragssituation der Kreditinstitute nach dem Ende der mehrjährigen Niedrigzinsphase im Jahr 2023 deutlich verbessert hatte, dürften sich der geänderte geldpolitische Kurs und anhaltende Umschichtungen von Kundeneinlagen in höher verzinsten Anlageformen zunehmend negativ auf die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ auswirken. Darüber hinaus geht die Deutsche Bundesbank von weiterhin steigendem Investitionsbedarf u.a. zur Verhinderung von Cyberkriminalität und zur verstärkten Digitalisierung aus, die die Ertragslage zunächst belasten.

Die Kreditnachfrage war im vergangenen Jahr angestiegen, hatte sich jedoch zuletzt abgeschwächt, insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen, was die Bundesbank auf die hohe Unsicherheit aufgrund der wirtschaftlichen und (geo-)politischen Lage zurückführt.

Die bereits gestiegenen Wertberichtigungen könnten in den kommenden Quartalen weiter zulegen, so die Bundesbank im aktuellen Finanzstabilitätsbericht. Jedoch seien auch zusätzliche Verluste in einem Szenario mit einer schwächeren Konjunkturentwicklung angesichts der Kapitalreserven der deutschen Kreditinstitute verkraftbar. Bei einem besseren Konjunkturverlauf als in der „Basislinie“ angesetzt, könnte der Scheitelpunkt der Entwicklung der Wertberichtigungsquote dagegen bald überschritten sein, so die Bundesbank.

Die Aussichten der gesamten Finanzbranche gelten im Wesentlichen auch für die Sparkassen. Die Kreditnachfrage hat sich im vergangenen Jahr belebt. Die Tatsache, dass die privaten Haushalte die Lage auf dem Wohnungsmarkt wieder positiver einschätzen, dürfte die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten weiterbefördern, zumal das Niveau früherer Jahre noch nicht wieder erreicht worden ist.

Auf der Passivseite ist mit weiteren Umschichtungen von den Sichteinlagen hin zu Termingeldern und Eigenemissionen zu rechnen, so dass sich aufgrund des stark zinsabhängigen Geschäftsmodells der Sparkassen der Trend eines rückläufigen Zinsüberschusses fortsetzen dürfte.

Ein Anstieg des Preisniveaus um etwas mehr als 2 % würde die Sachaufwendungen in der Tendenz steigen lassen, während die Entwicklung des Personalaufwands wesentlich von den Ergebnissen der laufenden Tarifverhandlungen abhängt.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Geschäftsdevelopment

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2024 rechnen wir mit einem moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft um 2,5 %, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2025 ein Wachstum der Kundeneinlagen um 1,8 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um rund 2,4 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2025 von gleichbleibenden Erträgen aus.

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2025 sind größere Investitionen in den Umbau von Filialen geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der weiterhin leicht inversen Zinsstrukturkurve und dem sinkenden Zinsniveau mit einem um 1,5 Mio. € verringerten Zinsüberschuss. Dies ist insbesondere auf das deutlich sinkende Zinsergebnis bei den Derivaten zurückzuführen.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Rückgang um 2,1 Mio.€ aus. Grund sind insbesondere steigende Provisionsaufwände im Bereich Wertpapiergeschäft und sonstige Dienstleistungen.

Trotz unseres konsequenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand deutlich um bis zu 11,0 % steigen. Die tendenziell steigenden Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Personalmanagement in Grenzen halten. Im Sachkostenmanagement führen Investitionen in unsere Filialen, in Digitalisierung, IT und steigende Beiträge zum Stützungsfonds 2025 zu einer Erhöhung des Sachaufwands.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2025 ein spürbar sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,98 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 11,9 Mrd. €.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir nach den hohen

Zuführungen zu den Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr aufgrund einer weiterhin verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik eine Belastung deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezialfonds und Immobilienfonds rechnen wir aufgrund der hohen zinsinduzierten Abschreibungen im Jahr 2022 mit einem positiven Bewertungsergebnis. Dies ist insbesondere auf die Wertaufholungen unserer festverzinslichen Wertpapiere zurückzuführen.

Für das sonstige Bewertungsergebnis erwarten wir eine Belastung in Höhe von 1,5 Mio. €. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Für 2025 erwarten wir eine Eigenkapitalrentabilität von 7,0 %. Bei der CIR erwarten wir für 2025 mit einem Verhältnis von 59,9 % einen höheren Wert.

Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel. Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote in Höhe von 13,6 %, die sich ergibt aus dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 Prozentpunkten zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers von 2,5 Prozentpunkten, des SREP-Zuschlags von 2,0 Prozentpunkten, dem antizyklischen Kapitalpuffer von 0,75 Prozentpunkten sowie dem Kapitalpuffer für systemische Risiken (0,35 Prozentpunkte), wird mit einem Wert von zurzeit 16,71 % deutlich überschritten. Auf Basis unseres aktuellen Ergebnisses und Kapitalplanung gehen wir davon aus, dass wir diese Anforderungen auch künftig erfüllen werden. Unsere Prognosen für die Gesamtkapitalquote gehen für das Jahr 2025 von einem Wert von 16,7 % aus.

Insbesondere bei einer weiteren konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen sowie Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2025 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2025 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

4.24.10 Organe und deren Zusammensetzung

Die Organe einer Sparkasse sind der Vorstand als geschäftsführendes Gremium und der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium.

Vorstand

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Paderborn-Detmold ist Herr Arnd Paas. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Herr Andreas Trotz und Herr Achim Frohß.

Verwaltungsrat

Nach dem Jahresabschluss 2024 gehören dem Verwaltungsrat der Sparkasse Paderborn -Detmold-Höxter folgende Mitglieder an:

Ifd. Nr	Name
1	Hilker, Frank
2	Dreier, Michael
3	Düwel, Daniel
4	Anke, Reinert
5	Bauerkämper, Jürgen
6	Bekiersch, Oliver
7	Berens, Thomas
8	Bönigk, Hubertus
9	Friedrich, Rainer
10	Grigat, Stephan
11	Hansbuer, Werner
12	Kettelgerdes, Heike
13	Kirchhof, Erhard
14	Klatt van Eupen, Thorsten
15	Koch, Eva (bis 31.10.2024)
16	Lammers, Dr. Josef
17	Lehmann, Dr. Axel
18	Loke, Werner
19	Lüttgens, Hanswalther
20	Mertens, Markus
21	Mürköster, Silke
22	Oppermann, Frank
23	Pohlmeier, Günther
24	Reimers, Jan
25	Rosenkranz, Michael
26.	Rüther, Christoph
27.	Schröder, Dr. Klaus Schüssler, Klaus (ab 17.12.2024)
28.	Tewes, Claudia
30.	Wellsov, Viola
31.	Wittrock, Karin

4.24.11 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat

in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 31 Mitgliedern sieben Frauen an (Frauenanteil: rd. 23 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.24.12 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.25 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

4.25.1 Basisdaten

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

Aldegreverwall 24

59494 Soest

Tel.:02921/3641-0, Fax: 02921/3641-30, Internet: www.studieninstitut-soest.de

Gründungsdatum: Begründet wurde das Studieninstitut 1922 als "Verwaltungsschule" und wird seit 1926 in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt.

4.25.2 Zweck/ Gegenstand des Institutes

Dem Institut obliegen die praxisbezogene theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern, Beamten, Angestellten und sonstigen Dienstkräften der öffentlichen Verwaltung sowie die Abnahme der vorgeschriebenen Prüfungen.

Das Institut kann zusätzliche Aufgaben übernehmen, insbesondere solche, die der Auswahl und der Fortbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes dienen.

4.25.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland ist eine Einrichtung zur Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Personalbereich (Aus- und Weiterbildung). Sie dient somit mittelbar dem öffentlichen Zweck.

4.25.4 Mitglieder des Institutes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Höxter, Soest, Unna, Warendorf, der Hochsauerlandkreis und die Stadt Hamm Mitglieder des Zweckverbandes

4.25.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2024 eine Verbundsumlage in Höhe von 127.404,33 €. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531301 „Umlage an das Studieninstitut Soest“ des Produktes 010401 „Personal“ verbucht.

4.25.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 28.10.2025. Zu den Punkten 4.25.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.25.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.25.8 „Kennzahlen“ und 4.25.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.25.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

siehe Punkt 4.25.6

4.25.8 Kennzahlen

siehe Punkt 4.25.6

individuelle Leistungskennzahlen

Fortbildung				
Jahr	2021	2022	2023	2024
Teilnehmer-tage	2.982	2252	1352	1722
Vor-Ort-Seminare	80	41	36	68
Teilnehmer der Vor-Ort-Seminare	790	713	625	781

Ausbildung				
Jahr	2021	2022	2023	2024
geleistete Unterrichtsstunden	9.648	9.279	9092	9333
davon erbracht durch nebenamtliche Dozenten	3.645	3.167	2903	2656

4.25.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte das Studieninstitut 21 Mitarbeitende (Vj. 15 [davon 4 in Teilzeit VJ. 3]).

4.25.10 Geschäftsentwicklung

siehe Punkt 4.25.6

4.25.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Studienleiter

Verbandsvorsteher des Studieninstitutes ist der Kreisdirektor des Kreises Soest Herr Topp. Der Studienleiter Geschäftsführer ist Herr Brüggenhorst.

Verbandversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist die Amtsleiterin des Amtes Personalservice.

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.26 Zweckverband Wertstofferfassung und -verwertung Paderborner Land

4.26.1 Basisdaten

Zweckverband Wertstofferfassung und -verwertung Paderborner Land

Aldegreverstraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: , Fax: , Internet: meine-wertstofftonne.de

Gründungsdatum: Die Satzung des Verbandes und die Genehmigung der Verbandssatzung durch die Bezirksregierung Detmold wurden am 9. November 2015 in der Nr. 46 des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Detmold öffentlich bekannt gemacht. Nach § 11 Abs. 2 GkG ist der Verband damit am 10. November 2015 entstanden.

4.26.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt für seine Mitglieder als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Kreis Paderborn die Aufgabe der Abstimmung mit den Systemen nach § 6 Abs. 4 S. 1 Verpackungsverordnung vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juli 2014 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist (VerpackV).

Der Zweckverband vereinbart für seine Mitglieder die Entgelte nach § 6 Abs. 4 S. 8 VerpackV (sog. Nebenentgelte) mit den Systembetreibern und zieht dieselben ein.

Der Zweckverband erfüllt für die Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn auf Grundlage der jeweils gültigen Abfallsatzungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Aufgabe der Erfassung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn bleibt von dieser Aufgabenübertragung unberührt. Das Recht, für diese Leistung Benutzungsgebühren nach § 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG) zu erheben, geht nicht mit über. Von der Aufgabenübertragung nach Satz 1 dieses Absatzes ausgenommen ist die Erfassung des kommunalen Anteils für die Stadt Paderborn, da diese die Aufgabe durch die Stadt Paderborn – den ASP – Eigenbetrieb der Stadt Paderborn (ASP) – selbst erfüllt wird.

Der Zweckverband erfüllt anstelle des Kreises Paderborn die kommunale Aufgabe der Verwertung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und des Kreises Paderborn bleiben von den vorstehenden Aufgabenübertragungen unberührt.

4.26.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband übernimmt die Aufgaben seiner Mitglieder, zu denen diese als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gesetzlich verpflichtet sind. Somit dient er dem öffentlichen Zweck.

4.26.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borchen und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten Mitglieder des Zweckverbandes.

4.26.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt nach der Satzung zum 1. Januar und zum 1. Juli eines Jahres auf der Grundlage des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplans eine Umlagen-Vorauszahlung. Die Zahlung erfolgt über den Haushalt des A.V.E. Eigenbetriebes.

4.26.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	(in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen		0,00	0,00	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	0,00	0
II. Sachanlagen		0,00	0,00	0
III. Finanzanlagen		0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen		247.448,85	159.512,49	88
I. Vorräte		0,00	0,00	0
II. Forderungen		43.984,78	40.326,93	4
III. Wertpapiere		0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel		203.464,07	119.185,56	84
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00	0
Summe Aktiva		247.448,85	159.512,49	88
Passiva				
A. Eigenkapital		116.517,44	101.995,42	15
I. Gewinn- / Verlustvortrag		101.995,42	76.326,37	26
II. Jahresüberschuss		14.522,02	25.669,05	-11
B. Rückstellungen		3.000,00	8.175,03	-5
C. Verbindlichkeiten		127.931,41	49.342,04	79
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00	0
Summe Passiva		247.448,85	159.512,49	88

4.26.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	794.801,15	794.092,23	1
2. Materialaufwand	763.188,46	749.370,18	14
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Leistungen	763.188,46	749.370,18	14
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	12.925,73	10.009,34	3
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,14	0,00	0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.171,08	9.043,66	-5
6. Ergebnis nach Steuern	14.522,02	25.669,05	-11
7. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.522,02	25.669,05	-11

4.26.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	47	64	-26
Eigenkapitalrentabilität	12	25	-50
Anlagendeckungsgrad 2	0*	0*	0
Verschuldungsgrad	112	56	99
Umsatzrentabilität	2	3	-43

* In der Bilanz 2023 und 2024 wird kein Anlagevermögen ausgewiesen

4.26.9 Personalbestand

Der Zweckverband verfügte im Jahr 2024 über kein Personal.

4.26.10 Geschäftsentwicklung

Wirtschaftsbericht

Grundlagen des Verbandszwecks - Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Aufgabenbereich des WPL-Zweckverbandes (Zweckverband Wertstofferfassung und -verwertung Paderborner Land) ergibt sich aus der im Jahr 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung und der dazu gehörenden Anlage 8 (Gemeinsame Wertstofferfassung) zur Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systembetreibern nach § 22 Verpackungsgesetzes (VerpackG).

Der WPL verfügt für die Ausführung seiner Aufgaben satzungsgemäß über kein eigenes Personal. Die Leistungen des Zweckverbandes werden durch Unterstützungsleistungen der kommunalen Mitglieder im Kreis Paderborn erbracht bzw. durch den A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn und den ASP-Eigenbetrieb der Stadt Paderborn gemäß § 9 der Zweckverbandsatzung arbeitstechnisch ausgeführt.

Im Zuge der Neuverhandlungen über die Abstimmungsvereinbarung wurde mit den dualen Systembetreibern im März 2021 ein neues wissenschaftliches Gutachten über die Zusammensetzung der gelben Wertstofftonne (WST) aus Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (stNVP) in Auftrag gegeben. Gegenüber dem seit 2016 geltenden operativen Kostenanteil von 27 % für stNVP hat das Gutachten jetzt nur noch einen Anteil von 18% festgestellt. Somit zeigen sich gemäß den Verwertungsanforderungen des Verpackungsgesetzes (VerpackG) die dualen Systembetreiber für den prozentualen Anteil von 82 % LVP verantwortlich. Dagegen hat der WPL-Zweckverband für eine geordnete Verwertung von 18 % stNVP nach den Verpflichtungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) Sorge zu tragen. Beide Vertragsparteien sind übereingekommen, dass aus logistischen und wirtschaftlichen Gründen der 18-prozentige kommunale Flächenanteil des WPL sich auf den Einsammlungsbereich im Stadtgebiet von Paderborn konzentriert. Bereits seit kreisweiter Einführung der WST im Jahr 2016 wird die Einsammlung im Stadtgebiet Paderborn durch den ASP-Eigenbetrieb der Stadt Paderborn durchgeführt. Für den verbleibenden Anteil der Stadt Paderborn sowie für die übrigen neun Kommunen erfolgt die WST-Abfuhr durch den Drittbeauftragten der dualen Systembetreiber. Diese Neuaufteilung findet in Anlage 8 zur Abstimmungsvereinbarung Berücksichtigung und gilt seit dem 01.01.2022. Insoweit sinken mit diesem Zeitpunkt die operativen Geschäftskosten des WPL in beträchtlichem Umfang. Entsprechend der Abstimmungsvereinbarung obliegen dem WPL uneingeschränkt die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, der Koordination der Behältervolumen und die der Zurverfügungstellung der Containerstellplätze sowie deren Abrechnung.

Die kommunale Umsetzung des seit 2019 geltenden VerpackG konnte mit der im Jahr 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung zwischen dem damaligen Verhandlungsführer der dualen Systembetreiber, der BellandVision GmbH (Pegnitz), und dem WPL als Verhandlungsführer aller Kreiskommunen endgültig abgeschlossen werden. Diese Abstimmungsvereinbarung gilt unbefristet. Allerdings werden die der Abstimmungsvereinbarung anhängigen Systemfestlegungen bzw. Systembeschreibungen wie bisher alle drei Jahre dem aktuellen Stand der communal bereitgestellten Wertstofftonnen und Glascontainern über Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern angepasst. Zum Ende des Jahres 2023 wurden neue Vereinbarungen mit dem ausgelosten Systembetreiber für den Kreis Paderborn, Fa. Reclay Systems GmbH, Im Zollhafen 2-4, 50678 Köln für die Einsammlung und Verwertung von Altpapier – gilt ab dem 01.01.2024 - sowie für die Systembeschreibung der Sammelsysteme von Verpackungen – gilt ab dem 01.01.2025 - abgeschlossen. Für die Abstimmung des Sammelsystems für Altglas ab dem 01.01.2025 ist dem Kreis Paderborn PreZero Dual, Stiftsbergstraße 1, 74172 Neckarsulm zugelost worden.

Im Kreis Paderborn sind derzeit rund 90.000 Wertstofftonnen (240 ltr.) sowie 1.820 Rollcontainer (1.100 ltr.) für die Privathaushalte und Kleingewerbebetriebe im Umlauf. Soweit zusätzliche Behältnisse aufgestellt werden, geschieht dieses nach eingehender Prüfung durch die Kommunen. Der Mehrbedarf resultiert in der Regel daraus, dass das kalkulierte Behältervolumen von 40 Liter je Grundstücksbewohner und Monat (eine

240-l-WST für 1 bis 6 Haushaltsbewohner) in Ausnahmefällen zu gering bemessen ist. Die kreisangehörigen Kommunen bewilligen dann bei begründetem Mehrbedarf und nach Absprache mit dem WPL die zusätzliche Bereitstellung einer WST. Für die Bereitstellung erhebt der WPL eine gesonderte Gebühr gegenüber der jeweiligen Kommune.

In der WPL-Zweckverbandssitzung vom 05.11.2024 wurde aufgrund des positiven Geschäftsverlaufes eine Erstattung von 0,50 € pro Einwohner für das Geschäftsjahr 2024 beschlossen. Die Umlage in Höhe von 3,00 € pro Bürger*in für die Behältergestellung, Wertstofferfassung, Materialumschlag und Wertstoffverwertung bleibt 2024 unverändert.

Mengenentwicklung und anschließende Verwertung

Neben der grünen, blauen und grauen Tonne ist die gelbe Wertstofftonne im neunten Jahr nach ihrer kreisweiten Einführung fest in den Privathaushalten etabliert. Die Wertstofftonne besitzt eine fortgesetzt hohe Akzeptanz in den Haushalten. Gegenüber 2023 mit erfassten 11.034 t sind die Wertstoffmengen im Berichtsjahr um 2,4 % leicht angestiegen auf 11.302 t, was ca. 35,8 kg pro Kreisbürger*in entspricht. Ein Grund hierfür liegt unter anderem am Bevölkerungszuwachs im Stadt- und Kreisgebiet. Daraus resultiert der mit 18 % zu verantwortende Mengenanteil des WPL von 2.034 t. Zur Behandlung und Verwertung dieser etwas mehr als 2.000 t besteht zwischen dem WPL /ASP Stadt Paderborn und der Fa. ECOWEST in Ennigerloh ein Vertrag, der in einer mechanischen Aufbereitungsanlage die Sortierung der dahin angelieferten Wertstoffmengen aus Kunststoff und Metall vorsieht. Aus dem Mengenstrom werden speziell Metalle und Tetrapak separiert und werkstofflich verwertet. Die verbleibenden Kunststoffe gelangen derzeit als Mischkunststoffe in die energetische Verwertung - konkret zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen (EBS) in die Zementindustrie. Die insgesamt über die WST erfassten Mengen müssen als weiterhin hoch eingestuft werden.

Dem in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragenen bundesweit gestiegene Online-Handel, gerade auch im Niedrigpreissegment (Temu, Shein oder Aliexpress) sowie der sehr hohe Verbrauch von Convenience- und To-Go-Einwegverpackungen wird womöglich mittels neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen im Jahr 2025 etwas mehr Einhalt geboten werden. (Verpackungssteuer etc.)

Prognose, Chancen- und Risikobericht

Das operative Geschäft des WPL wird ausschließlich per kommunale Umlage finanziert. Demnach haben höhere Kosten des operativen Geschäfts zur Wertstofftonne (Behälter-, Logistik-, Sortier- und Verwertungskosten) unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Umlage. Auch die volatile Preisentwicklung an den Rohstoffmärken für die Verwertung von Kunststoffen und Metallen muss in das operative Geschäft des WPL ebenso mit einbezogen werden wie die vertragliche Gleitklausel bei den Sortier- und Verwertungsleistungen mit ihren jährlichen Kostenanpassungen. Mittel- oder langfristige Geschäftsrisiken für den WPL-Zweckverband bei der Verwertung und Entsorgung von stoffgleichen Nichtverpackungen aus Kunststoffen oder Metallen sind nicht zu erwarten, zumal die jährlich zu verarbeitenden Verwertungsmengen des WPL sehr überschaubar sind.

Neben der neu ausgehandelten Abstimmungsvereinbarung und den dazugehörigen Anlagen zur Systembeschreibung bleiben die Nebenentgelte für Abfallberatung und Altglas-Containerstellplatzreinigung für die Jahre 2024 und 2025 unverändert auf dem Entgeltniveau der vergangenen Jahre, ja leider seit Beginn der 1990er Jahre. Der WPL verfolgt dennoch weiterhin das Ziel, bei den anstehenden Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern höhere Nebenentgelte auszuhandeln, die längst überfällig sind. Die bestehenden Nebenentgelte können aus WPL-Sicht nach wie vor nur als Mindestsätze betrachtet werden.

Im Jahr 2024 unverändert geblieben sind die Verhandlungsergebnisse über die kommunale Mitbenutzung der „Blauen Tonne“ zur Erfassung von Papierverpackungen (PPK: Papier/Pappe/Karton), die nach dem VerpackG den dualen Systembetreibern zugestanden werden. Dieses PPK-Geschäftsgebaren liegt nicht im originären

Verantwortungsbereich des WPL, sondern in dem der zehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Der WPL verfügt hier nur über ein offizielles Verhandlungsmandat von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der prozentuale PPK-Mitbenutzungsanteil der dualen Systeme von 45 % sowie das konkrete Mitbenutzungsentgelt an der kommunalen „Blauen Tonne“ von 145,00 €/t wurde im beiderseitigen Einvernehmen angepasst. Das direkte PPK-Geschäft zwischen Systembetreibern und jeder einzelnen Kommune bleibt infolge uneingeschränkt bestehen. Somit liegt die PPK-Direktvermarkung unverändert bei der Kommune bzw. bei dem von ihr beauftragten Entsorgungsunternehmen.

4.26.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kannwahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes war bis zum 31.12.2023 Herr Dezernent Dipl.-Ing. Martin Hübner. Ab dem 01.01.2024 ist Herr Dezernent Dr. André Brandt Verbandsvorsteher des Zweckverbandes. Stellv. Verbandsvorsteher sind Dr. Dietmar Regener, Paderborn und Bürgermeister Ulrich Berger, Salzkotten. Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist der A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

Verbandversammlung: Mitglieder der Verbandsversammlung im Jahr 2024 waren

Ifd. Nr.	Name	Gemeinde /Kreis
1	Meinolf Päsch	Kreis Paderborn
2	Katharina Fiebig	Kreis Paderborn
3	Matthias Möllers	Gemeinde Altenbeken
4	Hermann Striewe	Gemeinde Altenbeken
5	Ulrich Lange	Stadt Bad Lippspringe
6	Dirk Born	Stadt Bad Lippspringe
7	Christian Carl	Stadt Bad Wünnenberg
8	Norbert Münster	Stadt Bad Wünnenberg
9	Uwe Gockel	Gemeinde Borcheln
10	Hansjörg Frewer	Gemeinde Borcheln
11	Burkhard Schwuchow	Stadt Büren
12	Dirk Herbst	Stadt Büren
13	Brigitte Wecker-Brökelmann	Stadt Delbrück
14	Josef Westerhorstmann	Stadt Delbrück
15	Andreas Schwarzenberg	Sennegemeinde Hövelhof
16	Dr. Christian Berg	Sennegemeinde Hövelhof
17	Ute Dülfer	Stadt Lichtenau
18	Dr. Dietmar Regener	Stadt Paderborn - ASP-
19	Sascha Pöpke	Stadt Paderborn
20	Ulrich Berger	Stadt Salzkotten
21	Hubertus Kaiser	Stadt Salzkotten

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



4.27 Wasserverband Aabach-Talsperre

2.28.1 Basisdaten

Wasserverband Aabach-Talsperre

Bleiwässcher Straße 6,

33181 Bad Wünnenberg

Tel.: 02953/9877-0,

Fax: 02953/9877-10/15,

Internet: www.aabachtalsperre.de

Gründungsdatum: 16. August 1973

2.27.2 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Verband hat die Aufgaben:

- aus der Aabach-Talsperre seinen Mitgliedern Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und an den Übergabeanlagen bereitzustellen
- die hierfür erforderlichen Anlagen der Gewinnung, Förderung, Aufbereitung, Speicherung und des Transportes zu bauen, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern
- mit der Talsperre zum Hochwasserschutz beizutragen
- anfallende Wasserkraft zur Energierückgewinnung zu nutzen

2.27.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser; Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und T€es Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebens-grundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

2.27.4 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind der Kreis Soest, die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (Erwitte), die Wasserversorgung Beckum GmbH (Beckum), die Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Rheda-Wiedenbrück) und die Wasserwerke Paderborn GmbH (Paderborn) Mitglieder des Wasserverbands Aabach-Talsperre.

2.27.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat die Rechte für die Wasserabnahme abgetreten und zahlt somit keine Verbandsbeiträge.

2.27.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 31.12.2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.27.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.27.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.27.8 „Kennzahlen“ und 4.27.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	12.383.575,74	12.144.939,42	-239
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	88.363,00	71.428,00	-17
II. Sachanlagen	12.295.212,74	12.073.511,42	-222
B. Umlaufvermögen	3.949.297,03	4.220.450,99	271
I. Vorräte	213.519,22	162.985,85	-51
II. Forderungen und sonstige	497.516,57	350.890,49	-147
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.238.261,24	3.706.574,65	468
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.840,00	33.557,76	1
Summe Aktiva	16.365.712,77	16.398.948,17	33
Passiva			
A. Eigenkapital	14.316.172,67	14.316.172,67	0
B. Rückstellungen	781.927,98	334.510,36	-447
C. Verbindlichkeiten	1.267.612,12	1.748.265,14	481
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	16.365.712,77	16.398.948,17	33

2.27.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	6.601.226,05	6.129.246,45	-472
a) Beiträge	5.881.194,78	6.384.099,78	503
b) Beitragsunterdeckung / Beitragsüberzahlung (-)	640.375,89	-425.212,42	-1.066
c) Stromerzeugung Steinhausen	57.765,03	123.153,55	65
d) sonstige Umsatzerlöse	21.890,35	47.205,54	25
2. andere aktivierte Eigenleistungen	49.336,00	34.732,00	-15
3. Sonstige betriebliche Erträge	101.499,31	141.339,84	40
4. Materialaufwand	3.230.770,57	2.996.796,81	-234
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.823.180,86	1.609.960,17	-213
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.407.589,71	1.386.836,64	-21
5. Personalaufwand	1.964.855,62	1.922.579,58	-42
a) Löhne und Gehälter	1.536.249,32	1.520.879,35	-15
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	428.606,30	401.700,23	-27
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.174.404,83	1.129.054,91	-45
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	433.631,41	251.267,27	-182
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59.148,98	1.578,00	-58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	333,00	0,00	0
9. Ergebnis nach Steuern	7.214,91	7.197,72	0
10. sonstige Steuern	7.214,91	7.268,80	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

2.27.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 2.27.6

2.27.9 Personalbestand

Siehe Punkt 2.27.6

2.27.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 2.27.6

2.27.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im an (letzte Information 31.12.2023):

Vorstand (6 Vertreter) :
Holger Hellemeier (Verbandsvorsteher ab 11.2023)
Dipl.-Ing. Andreas Becker (1. stellv. Verbandsvorsteher)
Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring (2. stellv. Verbandsvorsteher)
Eva Irrgang (Kreis Soest)
Dr. André Brandt (Kreis PB)
Holger Hellemeier (Lörmecke-Wasserwerke GmbH bis 11.2023)
Rainer Roggatz (Gelsenwasser Stadtwerkedienstleistungs-GmbH für Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH ab 11.2023)

Die Geschäftsführung des Wasserverbandes wird vom Verbandsvorsteher ausgeübt, der sich hierfür des Geschäftsführer bedient:

Geschäftsführung:

Herr Ralf Schmidt trat am 01.06.2024 die Position des Geschäftsführers an.

4.27.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: rd. 20,83 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.27.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin,

dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.28 Wasserverband Obere Lippe

4.28.1 Basisdaten

Wasserverband Obere Lippe
Königstraße 16
33142 Büren
Tel.: 02951/93390-0, Fax: 02951/93390-10, Internet: www.wol-nrw.de
Gründungsdatum: 01. Februar 1971

4.28.2 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Soest Mitglied des Wasserverbandes Obere Lippe.

4.28.3 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Wasserverband Obere Lippe ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung kann beschließen, dass verwaltungsmäßige Aufgaben des Verbandes durch die Verwaltung eines Mitglieds gegen Erstattung der Kosten wahrgenommen werden.

4.28.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser. Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und teures Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

4.28.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2024 einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.608.750 €. Der Mitgliedsbeitrag wird auf dem Konto 531307 „Zuweisungen an Wasserverband Obere Lippe“ des Produktes 130101 „Gewässerschutz“ verbucht.

4.28.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 31.12.2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.28.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.28.7 „Entwicklung

der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.28.8 „Kennzahlen“ und 4.28.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	44.166.869,04	43.681.137,17	486
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	170.786,28	134.952,52	36
II. Sachanlagen	43.996.082,76	43.546.184,65	450
B. Umlaufvermögen	412.622,47	560.017,45	-147
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.181,28	24.907,21	13
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditins.	374.441,19	535.110,24	-161
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Aktiva	44.579.491,51	44.241.154,62	338
Passiva			
A. Eigenkapital	6.094.703,80	5.894.130,45	201
B. Sonderposten	31.510.819,18	31.074.090,74	437
C. Rückstellungen	184.668,11	140.077,06	45
D. Verbindlichkeiten	6.789.300,42	7.132.856,37	-344
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	44.579.491,51	44.241.154,62	338

4.29.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	2.096.020,99	2.002.967,05	-93
2. Sonstige betriebliche Erträge	684.861,01	575.856,04	-109
3. Materialaufwand	368.142,77	406.158,75	38
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	32.261,38	23.250,66	-9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	335.881,39	382.908,09	47
4. Personalaufwand	1.122.854,23	924.929,03	-198
a) Löhne und Gehälter	882.636,23	721.324,08	-161
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	240.218,00	203.604,95	-37
5. Abschreibungen auf immater. Vermögen	841.040,79	810.587,67	-30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	288.911,83	179.481,02	-109
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.626,18		-2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	158.401,98	166.979,90	9
9. Ergebnis nach Steuern	3.156,58	90.686,72	88
10. sonstige Steuern	2.583,23	2.149,75	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	573,35	88.536,97	88
12. Einstellungen in die allgemeine Rücklage	573,35	88.536,97	88
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.28.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.28.6

4.28.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.28.6

4.28.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.28.6

4.28.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher, Vorstand und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Obere Lippe ist Herr Landrat Rüther. Der Vorstand besteht darüber hinaus aus: Eva Irrgang, Landrätin des Kreises Soest, Henrik Egeler, technischer Dezernent der Kreisverwaltung Paderborn.

Die Funktion des Geschäftsführers hat Herr Dipl.-Ing. (FH) Karthaus inne.

Verbandversammlung

Name		
Birgit Dalhoff	Kommunalverwaltungsbeamtin	Kreis Soest
Hubertus Rickert-Schulte	Landwirt	Kreis Soest
Dr. Günter Friedler	Pensionär	Kreis Soest
Jan Hülsemann	Gastronom	Kreis Soest
Dr. André Brandt	Dezernent	Kreis Paderborn
Michael Pavlicic	Stadtarchivar	Kreis Paderborn
Klaus Zündorf	Landwirt	Kreis Paderborn
Silvia Bunte	Pharmazeutisch-technische Assistentin	Kreis Paderborn
Ralf Niggemeier	Kaufmännischer Angestellter	Kreis Paderborn
Markus Müller	Technischer Angestellter	Kreis Paderborn
Simon Schmitt	Student	Kreis Paderborn
Wolfgang Scholle	Schäfermeister	Kreis Paderborn
Gunda Köster	Berufsbetreuerin	Kreis Paderborn
Lukas Lambrecht	Student	Kreis Paderborn



4.29 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe

4.29.1 Basisdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe (CVUA-OWL)

Westerfeldstraße 1

32758 Detmold

Tel.: 05231/911-9, Fax: 05231/911-503, Internet: www.cvua-owl.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 01. Januar 2008 errichtet.

4.29.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung einer integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Detmold. Darüber hinaus ist die Untersuchungsanstalt mit der Durchführung vergleichbarer Aufgaben auf dem Gebiet des Gentechnikrechts, der Strahlenschutzvorsorge und der Untersuchung von Tierarzneimitteln – mit Ausnahme der Untersuchung von Fertigarzneimitteln – betraut.

4.29.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes dient der effizienten, qualitativ homogenen und leistungsstarken hoheitlichen Untersuchungsstruktur dieser Bereiche in Nordrhein-Westfalen und liegt somit im öffentlichen Interesse.

4.29.4 Träger der Anstalt

Träger der Untersuchungsanstalt sind Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

4.29.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2024 eine Umlage in Höhe von 795.538,26 €. Die Zahlungen wurden auf dem Konto 523401 „Erstattungen an das CVUA (Entgelte)“ des Produktes 020401 „Veterinärwesen und Verbraucherschutz“ verbucht.

4.29.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	32.259.706,39	24.132.914,81	8.127
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23.652,18	23.938,49	0
II. Sachanlagen	2.644.277,21	2.267.199,32	377
III. Finanzanlagen	29.591.777,00	21.841.777,00	7.750
B. Umlaufvermögen	3.315.521,52	7.148.569,68	-3.833
I. Vorräte	108.877,10	103.650,79	5
II. Forderungen u. sonst. VG	1.213.755,59	546.434,50	667
III. Liquide Mittel	1.992.888,83	6.498.484,39	-4.506
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.778,69	174.915,19	-153
Summe Aktiva	35.597.006,60	31.456.399,68	4.141

Passiva				
A. Eigenkapital	13.636.988,93	9.498.301,49	4.139	
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00	0	
II. Kapitalrücklage	630.028,50	630.028,50	0	
III. Gewinnrücklage	8.606.744,25	3.937.095,21	4.670	
IV. Bilanzgewinn / -verlust	4.150.216,18	4.681.177,78	-531	
B. Sonderposten	578.612,35	685.754,22	-107	
C. Rückstellungen	20.585.856,48	20.836.697,87	-251	
D. Verbindlichkeiten	795.548,84	435.646,10	360	
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0	
Summe Passiva	35.597.006,60	31.456.399,68	4.141	

4.29.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2024	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	18.011.854,71	16.484.584,71	1.527
2. Sonstige betriebliche Erträge	560.673,54	1.705.882,80	-1.145
3. Materialaufwand	2.901.259,79	2.937.035,04	-36
a) Aufwendungen für R/H/B	1.215.876,60	1.008.829,47	207
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.685.383,19	1.928.205,57	-243
4. Personalaufwand	7.344.373,67	6.566.338,25	778
a) Löhne und Gehälter	5.845.506,88	5.250.357,08	595
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.498.866,79	1.315.981,17	183
5. Abschreibungen auf immater. VG	538.284,13	666.411,91	-128
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.537.289,00	3.105.333,95	432
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	230.710,82	74.151,54	157
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	342.293,04	318.633,19	24
9. Ergebnis nach Steuern	4.139.739,44	4.670.866,71	-531
10. sonstige Steuern	1.052,00	1.052,00	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.138.687,44	4.669.814,71	-531

4.29.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	38	30	8
Eigenkapitalrentabilität	30	49	-19
Anlagendeckungsgrad 2	109	128	-19
Verschuldungsgrad	157	224	-67
Umsatzrentabilität	23	28	-5

Individuelle Leistungskennzahlen

Umsatzträger	Jahr 2023		Jahr 2024		Veränderungen	
	Unter-suchungs-zahlen	Ergebnis in T€	Unter-suchungs-zahlen	Ergebnis in T€	Unter-suchungs-zahlen	Ergebnis in T€
Fleischhygiene-Untersuchungen*, **	43.404	347	42.896	134	-508	-213
Diagnostische Untersuchungen	125.004	-2.570	120.977	-2.733	-4.027	-163
Lebensmitteluntersuchungen*	10.953	-6.210	11.943	-7.387	990	-1.177
Umweltanalytik*	12.046	-1	13.171	-121	1.125	-120
sonstige Untersuchungen*	424	251	409	547	-15	296
Sonstiges	0	0		0	0	0
Summe	191.831	-8.183	189.396	-9.560	-2.435	-1.377

* Probenzahl

** Die Zählweise wurde von Anzahl der Untersuchungen auf Anzahl der Proben um gestellt.

4.29.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2024 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts 152 (davon 6 Beamte) Mitarbeiter (Vj. 145 [davon 7 Beamte]).

4.29.10 Geschäftsentwicklung

I. Ausgangslage

Das CVUA-OWL ist ein integriertes Untersuchungsamt im Regierungsbezirk Detmold in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR). Träger sind das Land Nordrhein-Westfalen (NRW), die Stadt Bielefeld sowie die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes.

Das Amt hat seinen Sitz in Detmold.

II. Geschäftsentwicklung

Die fachlichen Ergebnisse und Statistiken des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Ostwestfalen-Lippe werden in einem gemeinsamen Jahresbericht aller CVUÄ in NRW auf den jeweiligen Homepages der Ämter veröffentlicht. Näheres und mehr zur Arbeit des CVUA-OWL ist dort zu erfahren.

Die Liste der anzeigenpflichtigen Tierseuchen im Regierungsbezirk Detmold wurde im Berichtsjahr vom massenhaften Auftreten der Blauzungengröße (z.Zt. Serotyp 3), einer durch Mücken übertragenen Viruserkrankung von Haus- und Wildwiederkäuern und Neuweltkameliden (Lamas und Alpakas) angeführt. Diese Entwicklung war für Nordrhein-Westfalen bereits im letzten Jahr abzusehen (siehe Lagebericht 2023). Sie ist u.a. eine direkte Folge des Klimawandels, da die übertragenden Mücken milde Winter überdauern und bei früh einsetzenden, warmen Temperaturen eine schnelle Vermehrung erfahren. 615 amtliche Meldungen des Ausbruchs von Blauzungengröße sind im Regierungsbezirk Detmold im Jahr 2024 aufgelistet. Hinter

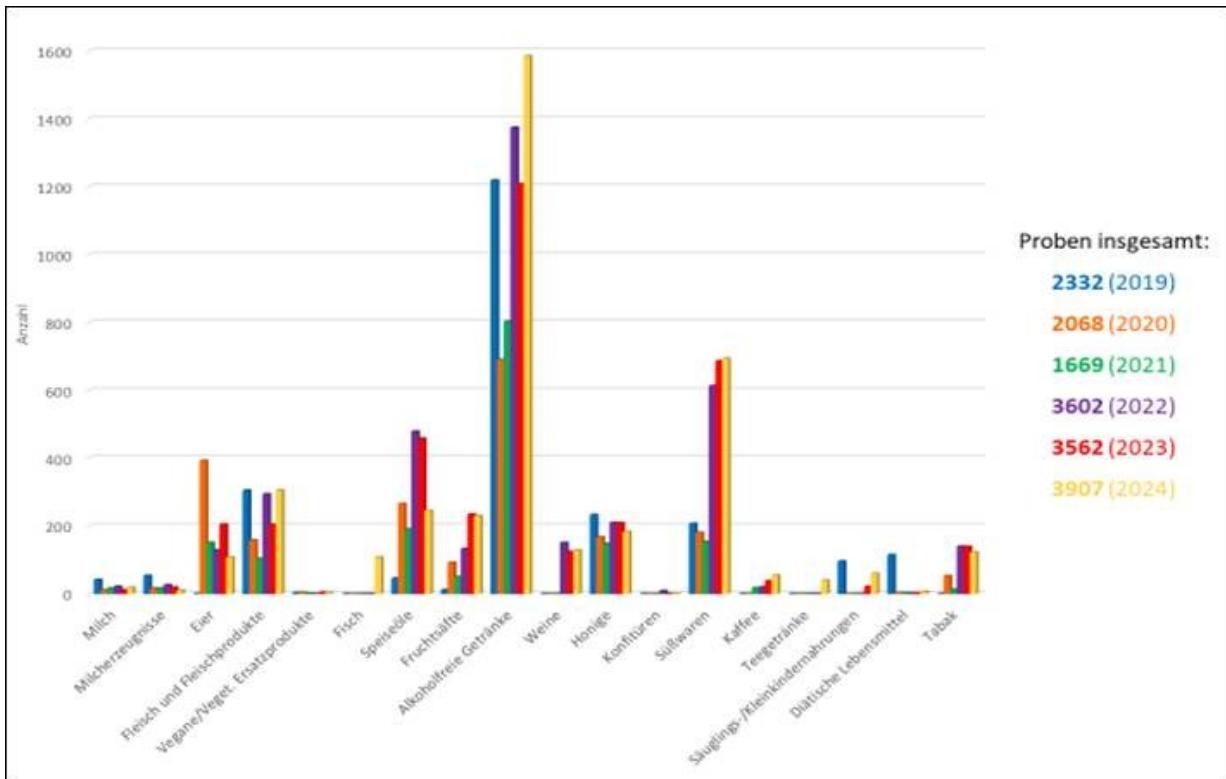
jedem Fall stecken zahlreiche Tierverluste und massives Tierleid. Zur Bekämpfung steht zwar ein Impfstoff zur Verfügung, dessen Anwendung von der Tierseuchenkasse auch durch eine Beihilfe unterstützt wurde, seit Inkrafttreten des Tiergesundheitsrechtsaktes in der EU ist allerdings fraglich, ob der Seuche, die von der EU nicht mehr als verpflichtend zu tilgen bzw. sofort zu bekämpfen eingestuft wird, mit den richtigen, konsequenten Bekämpfungsmaßnahmen begegnet werden kann. Die o.g. 615 Ausbruchsmeldungen der Blauzungenkrankheit sind das Ergebnis von insgesamt 2.433 Untersuchungen auf das Virus im CVUA-OWL.

Es ist außerdem von einem Virus zu berichten, das in der Statistik eher untergeht: in drei Kreisen unseres Regierungsbezirks wurde im Jahr 2024 jeweils ein Fall von Tollwut bei einer Fledermaus im CVUA-OWL festgestellt. In ganz Deutschland gab es im Jahr 2024 insgesamt elf Fälle von Fledermaustollwut, sodass drei Fälle in OWL bereits eine auffällige Häufung darstellen. Das Vorkommen von Tollwut bei Fledermäusen gefährdet den Status „Tollwut frei“ in Deutschland zwar nicht, es bleibt aber bemerkenswert, dass Tollwut weiterhin vorkommt. Das Virus der Fledermaustollwut stellt für den Menschen eine Gefahr dar. Darauf sollten insbesondere die mit Fledermäusen befassten Auffangstationen immer wieder hingewiesen werden.

Eine weitere, zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Viruserkrankung sollte nicht unerwähnt bleiben. In OWL konnte im Jahr 2024 zweimal das Westnil-Virus (1 x Greifvogel, 1 x Pferd) festgestellt werden. Dieses von heimischen Stechmücken sowie von exotischen Mücken übertragbare Virus infiziert Vögel, Pferde, aber auch den Menschen. Auch hier ist absehbar, dass milde Winter und eine lang andauernde Mückensaison die weitere Ausbreitung des Virus begünstigen.

Von Fällen der derzeit drohenden Afrikanischen Schweinepest sowie von der Maul- und Klauenseuche blieb OWL bislang verschont. Unsere Labore schließen hier mit regelmäßigen Untersuchungen das Vorkommen bislang aus. Für den Fall eines massenhaften Probenaufkommens bei Ausbruch der Seuchen in der Region sind sie gewappnet.

Das CVUA-OWL war weiterhin damit beschäftigt, die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der NMR-Analytik (Kernspinresonanzspektroskopie) zu erweitern und sich bundesweit in Arbeitsgruppen und Kooperationen einzubringen. Auch die anderen Untersuchungsämter in NRW konnten zwischenzeitlich von unserer langjährigen Expertise und den Geräten profitieren. Während im Jahr 2023 insgesamt 3.562 Proben mittels NMR untersucht wurden, stieg die Probenzahl im Jahr 2024 auf 3.907. Etwa 30 % der untersuchten Proben stammten dabei aus anderen CVUÄ in NRW. Die untenstehende Grafik zeigt die untersuchten Matrices seit 2019 und unterstreicht, wie vielfältig NMR sowohl bei der ungezielten Untersuchung der Authentizität verschiedener Lebensmittel als auch bei der quantitativen Bestimmung verschiedenster Parameter einsetzbar ist.



Einen Schritt nach vorn tat das CVUA-OWL mit der weiteren Umsetzung des Konzeptes zur genomischen Echtzeit-Überwachung von bakteriellen Zoonoseerregern mittels NGS (Ganzgenomsequenzierung). Im CVUA-OWL wurden im Jahr 2024 insgesamt 454 Bakterienisolate mittels NGS sequenziert. Im Focus standen dabei die Sequenzierungen von Isolaten von Listerien (insgesamt 358), insbesondere aus fleischverarbeitenden Betrieben. Das o.g. Konzept ermöglicht in einem prospektiven Ansatz epidemiologische Zusammenhänge rechtzeitig zu erkennen und so Risiken durch frühzeitiges Gegensteuern (z.B. durch gezielte Hygienemaßnahmen) zu minimieren. Dies wird durch kontinuierliche Sequenzierungen von Listerienfunden in Lebensmitteln, in Hygieneproben von Betrieben und in Proben aus dem Bereich Tiergesundheit erreicht. Außerdem kann mittels NGS-Technik bei Listerienerkrankungen von Menschen in vergleichenden Analysen schnell herausgefunden werden, mit welchen Isolaten aus Lebensmitteln das Humanisolat verwandt ist, sodass ggf. weitere Humaninfektionen verhindert werden können. Im Jahr 2024 wurden alle Kreisordnungsbehörden im Regierungsbezirk Detmold sowie die Stadt Bielefeld vom CVUA-OWL in o.g. Konzept geschult. Außerdem fanden im Jahr 2024 insgesamt sechs sogenannte Clustercalls mit Vertreterinnen und Vertretern des CVUA-RRW, des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz statt. Hier ging es insbesondere um den fachlichen Austausch über das Auftreten unterschiedlicher Cluster pathogener Keime. Als Cluster kann die Ansammlung von Isolaten, die genetisch sehr eng verwandt oder gleich sind, bezeichnet werden. Besondere Beachtung findet ein solches Cluster, wenn es zum sogenannten Match mit Humanisolaten kommt, sich also ein solches Isolat einem Cluster anderer Isolate (z.B. aus Lebensmitteln) zuordnen lässt. Insbesondere die enge Einbeziehung der anderen CVUÄ in NRW und das Ausrollen des o.g. Konzepts auf alle Kreisordnungsbehörden in NRW stehen im Jahr 2025 an.

III. Forschung und Entwicklung

Tätigkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung wurden nicht ausgeübt.

IV. Ertragslage

Das CVUA-OWL hat das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 4,1 Mio. € gegenüber einem Überschuss von 4,7 Mio. € im Vorjahr abgeschlossen. Der Überschuss resultierte insbesondere aus dem Wegfall der Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen bzw. Erträgen aus deren Auflösung, der unvorhergesehenen, rückwirkenden Erstattung des Bundes für Personalaufwendungen am Strahlenmessplatz, höheren Erträgen aus den Untersuchungen, geringeren Aufwendungen für Gehälter sowie der Entwicklung der Zinserträge.

Im Folgenden wird hierauf näher eingegangen:

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 18.012 T€ (Vorjahr: 16.485 T€):

in T€	2023	2024	Differenz
Umlage Träger	12.747	13.890	1.143
Fleischhygiene-Untersuchungen	1.715	1.787	72
Umweltanalytik	1.042	1.110	68
Diagnostische Untersuchungen	288	348	60
davon:			
Entgelte von der Tierseuchenkasse	156	157	1
Lebensmitteluntersuchungen	26	58	32
Zusatzaufgaben	72	61	-11
Radioaktivitätsuntersuchungen	587	750	163
fachliche Stellungnahmen	7	7	0
periodenfremde Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstiges	1	1	0
Gesamt	16.485	18.012	1.527

Die Umsatzerlöse stiegen deutlich um 1.527 T€. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf eine Erhöhung der Umlagen um 1.143 T€.

Des Weiteren gab es erneut eine rückwirkende Erstattung des Bundes für die Aufwendungen am Strahlenmessplatz i.H.v. 668 T€. Insgesamt beliefen sich die Zahlungen des Bundes für den Strahlenmessplatz auf 750 T€.

Eine weitere Ertragssteigerung gab es im Bereich der Fleischhygieneuntersuchungen (2024: 1.787 T€, 2023: 1.715 T€). Hier wurde die Abrechnung ab dem 30.05.2024 umgestellt von einer Gebühr auf Basis der Schlachtzahlen auf eine Gebühr auf Basis der erteilten Untersuchungsaufträge. Die pauschalen Gebührensätze wurden auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung der beteiligten CVUÄ NRW ermittelt.

Die Erträge aus der Umweltanalytik (Betrieb gewerblicher Art) nahmen aufgrund zeitlicher Verschiebungen von Untersuchungen sowie eines größeren Einzelauftrages um 7 % zu (2024: 1.111 T€, 2023: 1.042 T€).

Die Gebühren für die Tierdiagnostik (ohne Abrechnungen über die Tierseuchenkasse) stiegen deutlich um 45 % (2024: 191 T€, 2023: 132 T€). Hier wirkten sich insbesondere die Erträge für ein Monitoring zur Blauzungengröße (38 T€) aus. Dagegen waren die Entgelte der Tierseuchenkasse insgesamt relativ konstant (2024: 157 T€, 2023: 156 T€). Bei den einzelnen Untersuchungsprogrammen gab es geringfügige Schwankungen, die sich insgesamt aufhoben.

Die Erträge aus Lebensmitteluntersuchungen haben sich mehr als verdoppelt (2024: 58 T€, 2023: 26 T€). Der Anstieg ergab sich insbesondere bei den Verfolgsproben (Art. 79 EU VO 2017/625 vom 15.03.2017); diese stiegen um 28 T€, Erträge aufgrund von Beanstandungen von Lebensmittelproben stiegen leicht um 3 T€. Hier sind regelmäßig erhebliche Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren zu verzeichnen. Insgesamt bewegen sich die Erträge gemessen an den Gesamtuntersuchungen auf einem sehr niedrigen Niveau.

Bei den Zusatzaufgaben war ein Rückgang von 11 T€ (15 %) zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich um vom Land finanzierte Untersuchungsprogramme zur Erweiterung des Untersuchungsspektrums (Projekte: „Gute Hygiene als Grundlage zur Produktion von sicheren Lebensmitteln“ und „Entwicklung einer 1H-NMR-Methode zur Quantifizierung von Inhaltsstoffen- und Zusatzstoffen in Fisch“) sowie um Untersuchungen außerhalb des Aufgabenkatalogs nach dem IUAG, wie z.B. Zolluntersuchungen.

Die übrigen Umsatzerlöse lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken deutlich (2024: 561 T€, 2023: 1.706 T€). Hier gab es im Vorjahr höhere Erträge durch die Zuschreibung (Wertaufholung) der Anteile des CVUA-OWL am Versorgungsfonds der kvv (896 T€), die Erstattung von Nebenkostenvorauszahlungen seitens des BLB sowie die Erstattung von Personalkosten für eine Personalstelle für Sachverständigentätigkeit im Bereich Tabak seitens des Landes. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind trotz der Steigerung im Bereich der Pensions- und Beihilferückstellungen, insbesondere aufgrund eines Todesfalls, (+ 216 T€) zurückgegangen (- 21 T€). Hier wirkten sich im Vorjahr die teilweisen Auflösungen der Rückstellungen für den Wasserschaden sowie für Nachzahlungen für Mietnebenkosten aus.

Die betriebsgewöhnlichen Aufwendungen stiegen um 8 % (2024: 14.321 T€, 2023: 13.275 T€).

Der Personalaufwand stellte insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen dar (7.344 T€). Der Anteil der Personalaufwendungen an den betrieblichen Aufwendungen betrug 51 % (2023: 49 %).

in T€	2023	2024	Differenz
Bezüge der Beamten	518	454	-64
Gehälter der Tarifbeschäftigte	4.571	5.402	831
Beiträge zur Sozialversicherung	934	1.062	128
Beihilfen	62	71	9
Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigte	298	339	41
Anpassung Rückstellungen	161	-11	-172
Sonstiges	22	27	5
Summe	6.566	7.344	778

Die Personalaufwendungen stiegen um 12 %. Die Aufwendungen für Gehälter inkl. Sozialabgaben und Personalgestellung (siehe unten bezogene Leistungen) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 623 T€. Hier wirkten sich insbesondere der Tarifabschluss und die entsprechende Besoldungsanpassung sowie die Neubewertung von Tätigkeiten aus. Durch das Ausscheiden von Beamten und die Ersatzeinstellung von Tarifbeschäftigte gab es eine Verschiebung von der Besoldung zu den Tarifentgelten.

Die Aufwendungen für Beihilfeleistungen für die aktiven Beamten stiegen von 62 T€ in 2023 auf 71 T€. Innerhalb der vergangenen Jahre gab es hier, auch durch die geringe Zahl an Beamten, erhebliche Schwankungen.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden konnten nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr wieder geringfügig reduziert werden (- 11 T€), was sich aufwandsmindernd auswirkte. Weitere Rückstellungen für Alterszeit erfolgten nicht mehr.

Die bezogenen Leistungen verringerten sich von 1.928 T€ im Vorjahr auf 1.685 T€. Hier wirkte sich insbesondere der Rückgang der Aufwendungen für die Personalgestellung (2024: 1.223 T€, 2023: 1.536 T€) aus. Die Anzahl des gestellten Personals konnte durch die Übernahme von Beschäftigten in die AöR, durch Freistellungen und durch altersbedingtes Ausscheiden deutlich reduziert werden. Dagegen stiegen die Kosten für das Rechenzentrum im Zuge der Neuorganisation der OWL-IT um 33 T€ (+ 18 %) und die Kosten für die Auditierungen durch die DAkkS um 25 T€. Die Kosten der DAkkS sind jeweils abhängig von den Terminen der Auditierung und (Re-) Akkreditierung und variieren dadurch systembedingt deutlich. Die Kosten für Unteraufträge für Untersuchungen stiegen um 14 T€. Dies betrifft die Bereiche Textilkennzeichnung, Umweltanalytik, Honig und Tierschutz. Im Zuge eines Wechsels in der arbeitsmedizinischen Betreuung sowie in Abhängigkeit von Untersuchungsintervallen stiegen die Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung inkl. Vorsorgeuntersuchungen um 6 T€.

Die übrigen bezogenen Leistungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die Materialintensität (Materialaufwand/Gesamtleistung) betrug 16 % gegenüber 18 % im Vorjahr.

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Gebäudemieten mit 1.732 T€ (2023: 1.640 T€). Die Jahresmiete stieg aufgrund des Anstiegs des Preisindexes für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Deutschland (Basis für die Anpassung des Mietzinses laut Mietvertrag) um 5,62 %.

Die Kosten für den Materialaufwand, insbesondere für Laborverbrauchsmaterial, stiegen aufgrund erheblicher Steigerungen der einzelnen Produktpreise und der Logistikkosten von 1.009 T€ im Jahr 2023 auf 1.216 T€ in 2024 (+ 21 %).

Der Abschreibungsaufwand ging gegenüber den Vorjahren noch einmal zurück (2024: 538 T€, 2023: 666 T€). Hier wirkte sich das vergleichsweise geringe Investitionsvolumen in den Vorjahren aus. Die Sofortabschreibungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern sanken von 24 T€ im Jahr 2023 auf 19 T€ im Berichtsjahr.

Die sonstigen Gebäudekosten -neben der schon erwähnten Miete- stiegen gegenüber dem Vorjahr um 82 T€ (2024: 993 T€, 2023: 911 T€). Hier wirkte sich die Rückstellung für die Mietnebenkosten auf Basis der Abrechnung für das Jahr 2023 aus. Demgegenüber gingen die Aufwendungen für bauliche Maßnahme aufgrund von Rückstellungen für Umbauarbeiten in der Pathologie sowie für die Anpassung des Stromnetzes im Zuge der zusätzlichen Ausstattung mit USV-Anlagen (unterbrechungsfreie Stromversorgung) im Vorjahr sowie die Aufwendungen für Reinigungsleistungen aufgrund von Kürzungen wegen Leistungsmängeln zurück. Da es sich bei den sonstigen Gebäudekosten im Wesentlichen um Abschlagszahlungen für die Mietnebenkosten handelt, sind die Zahlen nur bedingt aussagekräftig.

Die Nebenkostenabrechnung des BLB für das Jahr 2024 liegt noch nicht vor. Es kann daher noch keine Aussage zu der Entwicklung der Verbrauchskosten getroffen werden. Aus der Nebenkostenabrechnung 2023 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Stromkosten um 33 % trotz eines Entlastungsbetrags „Preisbremse“ von 196 T€ und eines geringfügig gesunkenen Verbrauchs. Bei den Heizkosten gab es einen Anstieg von 80 % (im Vorjahr Rückgang um 29 %) bei einem Verbrauchsanstieg um 10 %. Die Abwassergebühren sanken um 28 % (- 4 T€), die Entwässerungsgebühren sanken um 3 T€. Die Kosten für die Wartung der technischen Anlagen stiegen von 145 T€ auf 240 T€. Hier wirkten sich vor allem die DGUV-

Prüfungen der ortsfesten elektrischen Betriebsanlagen (63 T€) aus, die alle vier Jahre erfolgen. Die übrigen Gebäudekosten waren im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant.

Die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen, insbesondere von Laborausstattung, stiegen aufgrund der Preisanpassungen der Dienstleister sowie eines erhöhten Reparatur- und Wartungsbedarf um 31 T€ (+ 8 %).

Bei den Kraftfahrzeugkosten gingen die Reparatur- und Wartungskosten nach einem deutlichen Plus im Vorjahr wieder auf das übliche Niveau zurück (- 6 T€) zurück. Die Kosten der KFZ-Versicherungen lagen 27 % unter dem Vorjahresniveau (4 T€).

Die Reisekosten lagen mit 27 T€ auf dem Niveau des Vorjahrs.

Bei den sonstigen Verwaltungskosten stiegen die Fortbildungskosten durch die Schulung von Anwendern von Laborgeräten sowie vermehrte Schulungen im Bereich der Soft-Skills auch vor dem Hintergrund der Einstellung junger Führungskräfte in den letzten Jahren erneut (+ 18 T€). Ebenso ergibt sich ein erhöhter Aufwand für die Abschluss- und Prüfungskosten vorwiegend durch die Neuauusschreibung der Wirtschaftsprüfung (+ 12 T€). Aufgrund der Neubesetzung des Personalrates gab es hier erhöhte Schulungskosten (Kosten für Personalrat und Schwerbehindertenvertretung insgesamt: 2024: 10 T€, 2023: 2 T€).

Die Mietkosten für Einrichtungen nahmen im Zuge der Umstellung des Druckersystems von dezentralen Druckern hin zu einigen Zentraldruckern im Mietverfahren noch einmal um 5 T€ zu.

Die Bekanntmachungskosten konnten durch die Bündelung von Ausschreibungen auch vor dem Hintergrund einer geringeren Anzahl kurzfristiger Ausschreibungsbedarfe z.B. durch Kündigungen und Schwangerschaften reduziert werden.

Nach der Aktualisierung von Microsoft-Exchange-Lizenzen für das gesamte Amt im Vorjahr gingen die Aufwendungen für Lizenzen im Jahr 2024 insgesamt wieder zurück (- 6 T€). Höhere Kosten entstanden hier durch die Einführung eines Client-Management-System zur zentralen Steuerung von PC-Arbeitsplätzen.

Die sonstigen Betriebsaufwendungen lagen mit 12 T€ im üblichen Rahmen.

Vorwiegend durch eine Nachzahlung von Mietnebenkosten für das Jahr 2023 waren periodenfremde Aufwendungen von insgesamt 193 T€ zu verbuchen.

Eine Abschreibung der Finanzanlage (Versorgungsfonds) musste im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht vorgenommen werden.

Die übrigen Aufwendungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Der Aufwandsdeckungsgrad (Verhältnis betriebliche Erträge zu betrieblichen Aufwendungen) lag bei 130 % (Vorjahr: 137 %), die Deckung durch Umsatzerlöse bei 126 % (Vorjahr: 124 %).

Das Finanzergebnis verbesserte sich von - 245 T€ in 2023 auf - 112 T€ in 2024. Die Ergebnisverbesserung resultierte aus der positiven Zinsentwicklung bei den Bankguthaben; die Zinsentwicklung führte zugleich zu höheren zinsähnlichen Aufwendungen bei den Rückstellungen insbesondere für Pensionen und Beihilfen.

V. Finanz- und Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln (Bankguthaben bis zu einer Laufzeit von einem Jahr) auf 1.993 T€ (2023: 6.498 T€). Neben den Mitteln auf den Kontokorrentkonten für die laufenden

Geschäftsausgaben sind die Mittel als Termingelder angelegt. Entsprechend dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 07.12.2017 sind die Finanzmittel zur Deckung zukünftiger Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in die Versorgungsfonds der kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) investiert. Insgesamt belief sich der Vermögensanteil am kvw-Versorgungsfonds Klassik wie im Vorjahr auf 21,4 Mio. €.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 926 T€ in Vermögensgegenstände (Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände) investiert (vgl. Anlagespiegel).

Die Investitionen wurden vorwiegend in neue Laborgeräte (866 T€) getätigt. Insbesondere wurden ein Triple-Quadrupol-Massenspektrometer zur Quantifizierung von Arzneimittelrückständen in Proben tierischer Herkunft und weiteren Spurenstoffen in unterschiedlichen Matrices, wie Pestiziden in Wasser oder Farbstoffen in Bedarfsgegenständen, ein Maldi-TOF-Massenspektrometer für die Differenzierung von Bakterien und Pilzen aus Kulturen von Untersuchungsmaterial aus Lebensmitteln, Tieren und der Primärproduktion, ein Gaschromatograph mit Triple-Quadrupol-Massenspektrometer zur quantitativen Untersuchung von Bedarfsgegenständen auf verschiedene Schadstoffe, wie z.B. polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Weichmacher und bromierte Flammschutzmittel, ein vollautomatisches Analysengerät für die photometrische, kolorimetrische, enzymatische und elektrochemische Messung von Lebensmittelproben, ein Extraktionsgerät für die Aufarbeitung fettlöslicher Vitamine und Cholesterin in Lebensmitteln, ein Mikroskop für histologische Schnitte der Veterinärpathologie, ein automatisiertes System für die Soxhlet-Extraktion zur Bestimmung des Fettgehaltes von Lebensmitteln und zusätzliche und aktualisierte Auswertesoftware für quantitative und hochauflösende qualitative Massenspektrometer-Daten zur Analyse von bekannten und unbekannten Arzneimittelrückständen in Proben tierischer Herkunft und weiteren Spurenstoffen in unterschiedlichen Matrices, wie Pestiziden in Wasser oder Farbstoffen in Bedarfsgegenständen beschafft.

Für IT-Geräte wurden 41 T€ verausgabt. Hierbei handelte es sich insbesondere um ein Serversystem zur virtuellen Bereitstellung von PC-Anwendungen für die Nutzer sowie mobile Endgeräte für die Probenahme im Bereich der Umweltanalytik.

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter (vorrangig IT- und Laborgeräte sowie -software) im Umfang von 22 T€ wurden sofort abgeschrieben.

Der Anteil des Anlagevermögens (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) an der Bilanzsumme lag wie im Vorjahr bei 7 %. Die Investitionsquote (Verhältnis Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 107 % (2023: 25 %). Insgesamt sank das Anlagevermögen von 2.291 T€ auf 2.668 T€.

In der Position Sonderposten finden sich die aktuellen Buchwerte von Investitionszuschüssen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Zahlungen des Landes für Investitionen im Zuge der Kapazitätsausweitung für die ASP-Diagnostik, für die Durchführung und Weiterentwicklung des Untersuchungsportfolios von Landesaufgaben sowie für die Beschaffung von USV-Geräten (unterbrechungsfreie Stromversorgung) zum Schutz von Geräten und Untersuchungsmaterial vor größeren Schäden bei plötzlichem Stromausfall im Zuge von Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen. Die Zuschüsse werden parallel zu den beschafften Anlagegütern abgeschrieben (Wert 2024: 579 T€, 2023: 686 T€).

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr von 31.456 T€ auf 35.597 T€.

Der Anstieg bei den Aktiva ergab sich in erster Linie aus dem Anstieg der längerfristigen Termingelder (mehr als ein Jahr) (+ 7,7 Mio. €), dies ging teilweise zu Lasten der kurzfristigen Termingelder (- 3,5 Mio. €) sowie der Bestände auf den Bankkonten (- 991 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag stiegen vor dem Hintergrund der Systemumstellung und der daraus resultierenden späten Abrechnung der Gebühren für Untersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan um 666 T€. Aufgrund der Investitionstätigkeit stieg das Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) um 377 T€.

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sanken im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Mietzahlungen für den Monat Januar des Folgejahres bereits im Berichtsjahr ausgezahlt wurden, um 153 T€.

Bei den Passiva stieg das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses um 4.139 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) stieg auf 38 % (Vorjahr 30 %).

Im Einzelnen entwickelte sich das Eigenkapital wie folgt:

in T€	2023	2024	Differenz
Stammkapital	250	250	0
Kapitalrücklage	630	630	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung	1.037	1.507	470
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 3 der Finanzsatzung	750	750	0
andere Gewinnrücklagen	695	4.894	4.199
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.670	4.139	-531
Vortrag auf neue Rechnung	11	11	0
Eigenkapital	9.499	13.637	4.138

Die Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Leistungen sanken aufgrund eines Todesfalls (Wegfall von Versorgungsansprüchen) sowie eines höheren Rechnungszinssatzes (Abzinsungsfaktor) um 1.350 T€ (2024: 31.568 T€, 2023: 32.918 T€). Dem stehen Erstattungsansprüche an die ehemaligen Dienstherren der Beamten i. H. v. 12.166 T€, (2023: 13.167 T€) gegenüber; diese werden nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

Die sonstigen Rückstellungen stiegen gegenüber dem Vorjahr geringfügig (2024: 1.183 T€, 2023: 1.086 T€). Der Anstieg ergab sich vor allem bei den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aufgrund einer Rückstellung für Mietnebenkosten 2024 entsprechend der letzten vorliegenden Abrechnung für das Jahr 2023 sowie einer unterjährigen Reduzierung der Vorauszahlungen.

Dagegen gingen die Rückstellungen für sonstige Personalkosten, insbesondere aufgrund des Ablaufs der Sabbatjahre, um 43 T€ zurück. Die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub sanken nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr (+ 83 T€) wieder um - 23 T€. Die sonstigen Rückstellungen, insbesondere für den

Wasserschäden und für Archivierungen, wurden an die aktuelle Entwicklung angepasst und um 34 T€ reduziert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 365 T€ (2024: 771 T€, 2023: 406 T€). Ursächlich hierfür waren insbesondere noch nicht erfolgte Zahlungen für die Nebenkostenabrechnung 2023, die Dienstleistungen der OWL-IT, ein Laborgerät sowie die Personalgestellung.

Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt gab es zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr nicht. Die Werte sind jeweils abhängig vom Zeitpunkt der Abrechnung der Kosten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung.

VI. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Jahres 2024 i. H. v. 4.139 T€ soll den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Die entstehende Rundungsdifferenz wird mit dem Bilanzgewinn verrechnet.

VII. Risiken

Das CVUÄ-OWL nimmt für die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Land NRW amtliche Aufgaben auf Basis des Artikels 37 der EU-Verordnung 2017/625 vom 15.03.2017 wahr. Es ist auf Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) benanntes Labor in den Bereichen Tiergesundheit und Verbraucherschutz. Allein diese Benennung als amtliches Labor im Sinn der vorgenannten Basisverordnung unterstreicht, dass das CVUÄ-OWL von derart hohem öffentlichen Interesse ist, dass es seine Aufgaben dauerhaft, nachhaltig und mit gleichbleibend hoher Qualität wahrnehmen muss. Dieser Qualitätsanspruch ist durch eine Akkreditierung nach der Norm EN ISO/IEC 17025 durch die DAkkS regelmäßig zu belegen. Bei erheblichen Abweichungen stünde die Akkreditierung und damit die Berechtigung zur Durchführung der Untersuchungen für die betroffenen Bereiche in Frage.

Um Risiken für den Erfolg sowie den Fortbestand des CVUA-OWL frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. nach deren Auftreten den möglichen Schaden zu minimieren, wurde ein Risikomanagement eingerichtet, das voll in das vorhandene Qualitätsmanagement-System integriert ist.

Der Anteil der Umlagen der Träger an der Gesamtleistung des Amtes betrug im Berichtsjahr 75 %. Die Aufgabenwahrnehmung und Leistungsfähigkeit des CVUA-OWL hängt damit entscheidend von der sachgerechten und angemessenen Anpassung der Umlagehöhe an die Kosten- und Bedarfsentwicklung entsprechend den fachlichen Vorgaben ab. Beschlüsse über die Höhe der Umlage bedürfen gem. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 8 Abs. 3 des IUAG NRW einer Mehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, d.h. mindestens 11 Stimmen. Dies erschwert eine kurzfristige Reaktion auf aktuelle Bedarfsänderungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015 wurde die Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu geregelt. Nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) gelten juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen; dies gilt nicht, sofern dies zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Beim CVUA-OWL könnte sich die geänderte Rechtslage neben der Umsatzsteuerpflicht für die Zahlungen an die Träger für die Personalgestellung, auf die Untersuchungsgebühren auswirken. Das CVUA-OWL hat mit Antrag beim Finanzamt Detmold von dem Optionsrecht der Fortführung des bisherigen Umsatzsteuerrechts bis zum 31.12.2020 Gebrauch gemacht (§ 27 Abs. 22 UStG). Die Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2026 verlängert.

Die Körperschaftssteuerbescheide des Finanzamtes Detmold für die Jahre 2015 bis 2022 stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Abgabenordnung. Ebenso stehen die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 2020 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abgabenordnung. Nachträgliche Änderungen können nicht ausgeschlossen werden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) erwirtschaftet weiterhin Verluste. Bei Einstellung des Betriebes würde allerdings dessen Deckungsbeitrag für die Gemein- und Overheadkosten des CVUA-OWL entfallen und sich das wirtschaftliche Jahresergebnis des CVUA-OWL entsprechend verschlechtern.

Es steht die Möglichkeit, dass der Ausgleich der Verluste als nicht zulässige staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV gewertet wird. Mögliche Maßnahmen zur Eliminierung eines daraus resultierenden Risikos werden mit dem Wirtschaftsprüfer sondiert.

Allgemeine Risiken werden durch Versicherungen (u.a. D&O-, Inventar- und Betriebshaftpflichtversicherung) abgedeckt.

VIII. Ausblick/Prognose

Die Lage der Tierdiagnostik, und hier die Bereiche der Virologie und Serologie, bleibt weiterhin angespannt. Aktuelle Ereignisse wie die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest oder das plötzliche Auftreten der Maul- und Klauenseuche würden ein massenhaftes Probenaufkommen nach sich ziehen. Das CVUA-OWL ist auf einen exponentiellen Probenanstieg vorbereitet, wohlwissend, dass sich Personal- und Materialressourcen gar nicht soweit vorhalten lassen, dass einem Worst-Case-Szenario von Anfang an adäquat begegnet werden kann.

Wachsendes Augenmerk legt das CVUA-OWL neben präziser Untersuchungstechnik und gutachterlicher Expertise auf zügige Befundung und Verfügbarkeit von Prüfberichten, da es nicht nur an der Präzision und Kompetenz gemessen wird, sondern auch an der zeitgerechten Bereitstellung der Gutachten. Nur zeitnah zur Verfügung stehende Prüfberichte können in der Überwachung ihre volle Wirkung vor Ort entfalten.

Mit Techniken wie der NMR-Analytik (Kernspinresonanzspektroskopie) und NGS (Ganzgenomsequenzierung) wurden im CVUA-OWL Verfahren etabliert, die in der Untersuchung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Tabak, aber auch in der Tierdiagnostik in die Zukunft weisen. Die o.g. Verfahren werden hier auch von den anderen CVUÄ in NRW zunehmend nachgefragt und im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten in deren Auftrag durchgeführt.

4.29.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

Vorstand/ Geschäftsführung

Ab 01.12.2021 ist Dr. Ulrich Kros alleiniger Vorstand des CVUA-OWL.

Verwaltungsrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

Land NRW:
Michael Hülsenbusch (Vorsitzender), bis 30.06.2024
Dr. Andrea Bokelmann (stellv. Vorsitzende ab 01.07.2024)
Elke Reichert ab 01.02.2024
Stadt Bielefeld:

Martin Adamski
Kreis Gütersloh:
Thomas Kuhlbusch
Kreis Herford:
Markus Altenhöner
Kreis Höxter:
Dr. Ronald Woltering
Kreis Lippe:
Ricarda Rottmann
Kreis Minden-Lübbecke:
Jörg-Michael Schrader
Kreis Paderborn:
Dr. André Brandt

4.29.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: rd. 30 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.29.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.30 d-NRW AöR

4.30.1 Basisdaten

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Rheinische Str. 1

44137 Dortmund

Tel.:0231/222438-10, Fax: 0231/222438-11, Internet: www.d-nrw.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 1. Januar 2017 errichtet.

4.30.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten.

4.30.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Einsatz von Informationstechnik und die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen leisten einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung: Die Prozesse werden beschleunigt, die Kommunikation vereinfacht und damit insgesamt die Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht. Für die Bürgerinnen und Bürger und die ansässigen Unternehmen eröffnen sich neue Möglichkeiten, mit der Verwaltung in Kontakt zu treten.

4.30.4 Träger der Anstalt

Die Träger der d-NRW AöR sind (Stand 2023):

- a) Land Nordrhein-Westfalen – vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium,
- b) 352 Städte und Gemeinden,
- c) 31 Kreise inkl. Der Städteregion Aachen sowie
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

4.30.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2024 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.30.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 31.12.2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.30.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.30.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.30.8 „Kennzahlen“ und 4.30.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelte Anstalt des öffentlichen Rechts daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.30.7 Entwicklung der Gewinn und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.30.6

4.30.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.30.6

4.30.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.30.6

4.30.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.30.6

4.30.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

Vorstand/ Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus der/ dem Vorsitzenden und einer allgemeinen Vertreterin/einem allgemeinen Vertreter. Sie wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig. Als Vorsitzenden der Geschäftsführung der d-NRW AöR hat die Aufsichtsbehörde im Dezember 2016 Herrn Dr. Roger Lienenkamp bestellt. Zum allgemeinen Vertreter der Geschäftsführung der Anstalt hat die Aufsichtsbehörde Herrn Markus Both bestellt.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen (Stand 2023):

Ifd.	Nr. Name
1	Sebastian Kopietz Stadtdirektor Stadt Bochum
2	Harald Zillikens Bürgermeister Stadt Jüchen
3	Andreas Wohland Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW
4	Dirk Brügge Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss
5	Dr. Marco Kuhn Landkreistag NRW
6	Daniel Sieveke Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik (CIO)
7	Simone Dreyer MAGS NRW
8	Lee Hamacher MKFFI NRW
9	Dr. Heinz Oberheim FM NRW
10	Katharina Jestaedt IM NRW
11	Diane Jägers MHKBG NRW

4.30.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsratgremium diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 30 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.30.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für

mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist uns nicht bekannt.



4.31 Breitband OWL eG

4.31.1 Basisdaten

Breitband OWL eingetragene Genossenschaft

Aldegreverstraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.:05251/308-9115, Fax: 05251/308-8101, Internet: -

Gründungsdatum: Die Breitband OWL eG wurde am 12.03.2018 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Paderborn unter GnR 351 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

Gemäß Beschluss der Generalversammlung vom 27.03.2025 ist die Breitband OWL eG zum 01.04.2025 aufgelöst worden. Als Liquidator wurde Herr Dezernent Ingo Tiemann bestellt.

4.31.2 Zweck/ Gegenstand der Genossenschaft

Ziel der Genossenschaft ist es, ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz zu schaffen, welches auch der steigenden Nachfrage an hochbitratigen symmetrischen Bandbreiten standhalten kann. Das Genossenschaftsmodell sieht vor, dass die von der Genossenschaft errichteten oder an die Genossenschaft übertragenen Infrastrukturen gebündelt vermarktet werden. So sollen sich die kommunalen Investitionen im Laufe des Betriebes innerhalb von 20 Jahren refinanzieren. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

4.31.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

4.31.4 Mitglieder der Genossenschaft

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder der Genossenschaft.

4.31.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat zur Deckung der laufenden Kosten für den Geschäftsbetrieb 231,50 € an die Genossenschaft gezahlt. Die Zahlung wurde über das Konto 543155 „Prüfungs- und Beratungsleistungen“ des Produktes 150101 „Wirtschaftsförderung“ verbucht.

4.31.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.31.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.31.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.31.8 „Finanzkennzahlen“, 4.31.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Genossenschaft können für die hier behandelte Genossenschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.31.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.31.6

4.31.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.31.6

4.31.9 Personalbestand

Die Genossenschaft hat kein eigenes Personal.

4.31.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften brauchen keinen Lagebericht i. S. d. § 289 HGB zu erstellen.

4.31.11 Organe und deren Zusammensetzung

Eine eingetragene Genossenschaft (eG) hat drei Organe: den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Vorstand: Herr Dezerent Tiemann sowie der Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Herr Christian Carl.

Generalversammlung: Vertreter des Kreises in der Generalversammlung ist ab dem 21.6.2021 Kreistagsmitglied Herr Langer. Dieser wird vertreten von Kreistagsmitglied Herrn Konersmann.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat (von den einzelnen Genossen entsendet) gehörten im Jahr 2024 an:

Ifd.	
Nr.	Name
1.	Christoph Rüther
2.	Ulrich Berger
3.	Stefan Lütkemeier
4.	Ulrich Lange
5.	Christoph Wittler
6.	Uwe Gockel
7.	Dirk Freise
8.	Udo Neisens
	Hermann
9.	Dickgreber
10.	Michael Dreier

4.31.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.31.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt uns nicht vor.



4.32 Energiegenossenschaft Paderborner Land eG

4.32.1 Basisdaten

Energiegenossenschaft Paderborner Land eG

Marktstraße 15

33154 Salzkotten

Tel.: 05254/66183, Fax: 05254/66135,

E-Mail: info@energiegenossenschaft-paderboner-land.de

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

4.32.2 Zweck/ Gegenstand der Genossenschaft

1. Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder sowie deren sozialer oder kultureller Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Die Genossenschaft darf auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte betreiben.

2. Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung von Energien,
- b) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
- d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung von Energien für Mitglieder und Dritte
- e) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, auch im Rahmen von Energiecontracting.

3. Die Genossenschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen.

4.32.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Energiegenossenschaft Paderborner Land eG hat sich daher zum Ziel gesetzt, den Bürgerinnen und Bürgern der Region über eine Beteiligung an der Energiegenossenschaft die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv für eine nachhaltige und dezentrale Energieversorgung einzusetzen und sich damit für die Mitbestimmung und Mitgestaltung der lokalen und regionalen Energiezukunft zu engagieren.

Dieses bürgerschaftliche Engagement bewirkt somit einen direkten Beitrag zur Sicherung der Klima- und Energiezukunft zum Nutzen nachkommender Generationen und zur wirtschaftlichen Förderung der Region und ihrer Einwohner.

4.32.4 Mitglieder der Genossenschaft

Genossenschaftsmitglieder	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Mitglieder zum Beginn des Geschäftsjahres	833	5.760
Während des Geschäftsjahres eingetretene Mitglieder	13	19
Während des Geschäftsjahres ausgeschiedene Mitglieder	11	10
Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres	835	5.769

Das Geschäftsguthaben die verbleibenden Mitglieder hat sich im Geschäftsjahr 2024 um 4.500 € vermehrt.

Die Höhe eines Geschäftsanteils beträgt 500 €. Das Mindestkapital der Genossenschaft, das durch Rückzahlungen einer Auseinandersetzungsguthabens an ausgeschiedene Mitglieder oder durch Kündigung einzelner Anteile nicht unterschritten werden darf beträgt 90 Prozent des Gesamtbetrages des Eigenkapitals des letzten Bilanzstichtages. Der Kreis Paderborn ist an der Energiegenossenschaft Paderborner Land eG durch die AVE GmbH mit zehn Geschäftsanteilen zu je 500 € beteiligt.

4.32.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat zur Deckung der laufenden Kosten für den Geschäftsbetrieb 1.248,10 € an die Genossenschaft gezahlt. Die Zahlung wurde über das Konto 543155 „Prüfungs- und Beratungsleistungen“ des Produktes 150101 „Wirtschaftsförderung“ verbucht.

4.32.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2024	2023	Verände- rung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	8.432.296,49	9.462.093,50	-1.030
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0
II. Sachanlagen	8.052.295,49	9.082.092,50	-1.030
III. Finanzanlagen	380.000,00	380.000,00	0
B. Umlaufvermögen	1.452.282,20	1.830.736,77	-378
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	585.426,20	494.043,00	91
IV. Guthaben bei Kreditinstituten	866.856,00	1.336.693,77	-470
C. Rechnungsabgrenzungsposten	50.819,62	57.726,47	-7
Summe Aktiva	9.935.398,31	11.350.556,74	-1.415
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben			
1. der verbleibenden Mitglieder	2.884.500,00	2.880.000,00	5
- davon Mindestkapital laut Satzung (4.171.387,83 €; VJ 4.023.403,45 €)			
II. Ergebnisrücklagen	615.500,00	460.500,00	155
1. gesetzliche Rücklagen	540.500,00	405.500,00	135
2. andere Ergebnisrücklagen	75.000,00	55.000,00	20
III. Gewinnvortrag	938.002,87	741.894,41	196
IV. Jahresüberschuss	200.206,82	552.480,96	-352
Summe Eigenkapital	4.638.209,69	4.634.875,37	3
B. Rückstellungen	368.260,56	777.923,25	-410
C. Verbindlichkeiten	4.928.928,06	5.937.758,12	-1.009
Summe Passiva	9.935.398,31	11.350.556,74	-1.415

4.32.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Geschäftsjahr in €	Vorjahr in €
1. Umsatzerlöse	1.782.529,41	2.133.959,79
2. sonstige betriebliche Erträge	238.156,74	58.812,35
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	38.853,20	32.051,49
4. Abschreibung		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.076.587,00	1.076.912,50
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	549.193,76	563.639,90
6. Erträge aus Beteiligungen	120.908,39	344.452,88
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.800,67	2.263,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	119.255,50	136.758,53
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	174.352,84	173.577,38
10. Ergebnis nach Steuern	205.152,91	556.548,22
11. sonstige Steuern	4.946,09	4.067,26
12. Jahresüberschuss	200.206,82	552.480,96

4.32.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	47	41	6
Eigenkapitalrentabilität	2	5	-3
Anlagendeckungsgrad 2	59	57	2
Verschuldungsgrad	114	145	-31
Umsatzrentabilität	12	26	-15

4.32.9 Personalbestand

Die Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 0.

4.32.10 Geschäftsentwicklung

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§242 ff. HGB unter der Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kleinstkapitalgesellschaften und des Genossenschaftsgesetzes aufgestellt.

4.32.11 Organe und deren Zusammensetzung

Eine eingetragene Genossenschaft (eG) hat drei Organe: den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Vorstandsmitglieder	
Hartmut Lüther	
Heinz Sonntag	Austritt am 30.06.2024
Thomas Petrik	Eintritt am 01.07.2024

Aufsichtsratsmitglieder	
Karl-Heinz Rawert	Vorsitzender
Thorsten Wolff	Stellv. Vorsitzender
Peter Götde	Austritt 02.07.2024
Ute Dülfer	
Klaus Menne	Eintritt 02.07.2024
Karl-Udo Lütteken	
Reinhard Piepenbrock	

Generalversammlung: Vertreter des Kreises in der Generalversammlung ist Frau Kreistagsmitglied Verena Haese und als Stellvertreter Kreistagsmitglied Hans-Bernd Janzen.

4.32.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern eine Frauen an (Frauenanteil: 16,666 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.32.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt uns nicht vor.

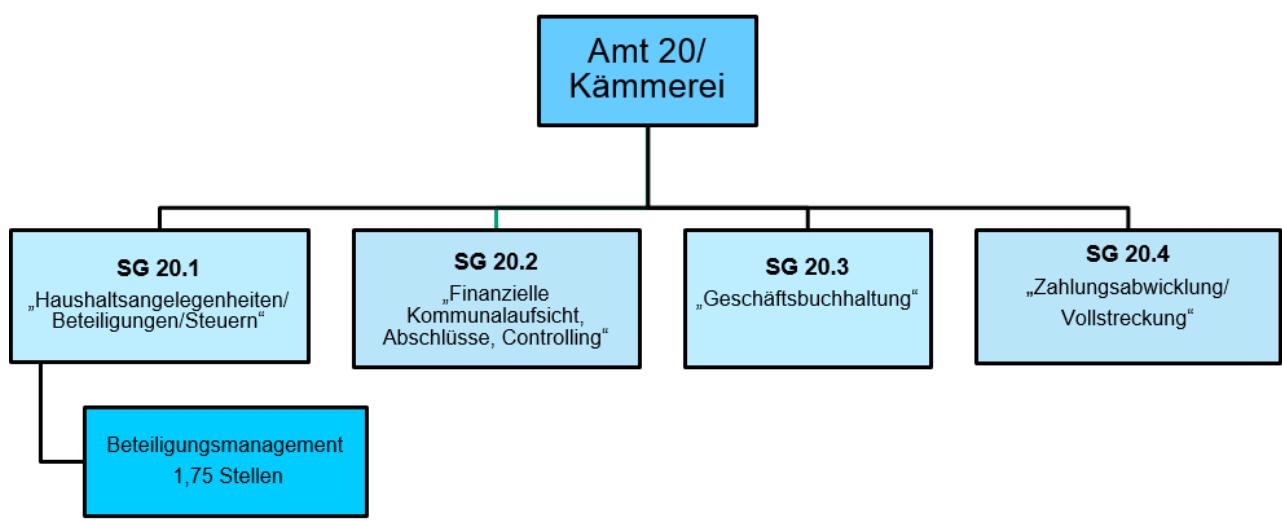


5. ORGANISATION DER BETEILIGUNGSVERWALTUNG



5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Der Kreis Paderborn hat die Verwaltung der Beteiligungen organisatorisch im Amt 20 Kämmerei angesiedelt. Sowohl die Beteiligungen in privater Rechtsform, die Beteiligungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform als auch die Beteiligungen anderer Rechtsformen werden aufgabenorientiert nach den zugrundeliegenden wichtigen gemeindlichen Interessen und nicht in erster Linie gewinnorientiert geführt.



Impressum

Kreis Paderborn

- Der Landrat – Kämmerei

Aldegreverstraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: 05251 308 - 2010

E-Mail: kaemmerei@kreis-paderborn.de, www.kreis-paderborn.de;

 @KreisPaderborn

 [kreis_paderborn](#)

Satz und Gestaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn

Stand: August 2025

